1 deutsche architektur



Berlin
Januar
1972

Ökonomische und gestalterische Probleme im städtebaulichen Umgestaltungsprozeß • Stadtsilhouetten • Plastanwendung im Bauwesen

Preis 5,– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

- Westdeutschland
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Veröffentlichungsgenehmigungs-Nr. P 3/1/72 bis P 3/10/72

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Allen Lesern
und Autoren
wünscht
die Redaktion
ein glückliches
neues Jahr,
Gesundheit und
erfolgreiches Schaffen.

Aus dem vorigen Heft:

Zur Vorbereitung von Investitionen nach den „Grundsätzen für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds"
Die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in der Stadt Rostock
Wohngebiet Cottbus-Sandow
Würfelhaus Cottbus
Internatskomplex Zellescher Weg in Dresden
Einwohner und Wohnungen in Halle-Neustadt
Kapazitätsdiagramm für gesellschaftliche Einrichtungen im Wohngebiet
Grundsätze für den Aufbau von Versorgungs- und Betreuungsnetzen in Städten
Die mongolische Architektur – Tradition und Gegenwart
Interhotel „Stadt Berlin"

Im nächsten Heft:

Städtebauliche Planung der Messestadt Leipzig
Zur Standortplanung des komplexen Wohnungsbaus für den Fünfjahrplanzeitraum
Wohnkomplex Straße des 18. Oktober
Kindereinrichtungen und Schulen
Betriebsgebäude des VEB Kombinat Robotron
Rekonstruktion „Barthels Hof"

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 29. Oktober 1971
Illusdruckteil: 8. November 1971

Titelbild:

Luftbild des Zentrums von Neustadt (Sachsen)
Foto: Lothar Willmann, Berlin (Luftbild-Nr. ZLB/034571)

Fotonachweis:

E. Heideck, Neubrandenburg (1); P. A. Interpress, Warschau (1); Lothar Willmann, Berlin (1); Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (1); Helmut Diehl, Erfurt (1); Corazza, Frankfurt (Oder) (4); Dieter Urbach, Berlin (1); Gert Wessel, Berlin (4); Stadtarchiv Greifswald (3); Zentralbild, Berlin (2); Fotoatelier Goethe, Cottbus (5); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (1); Deutsche Bauakademie, Abt. Faserbaustoffe, Dresden (1); Georg Zimmer, Leipzig (2); VEB Chemische Werke Buna (2); Peter Binder, Greifswald (1); Günter Ewald, Stralsund (1)

1 deutsche architektur

XXI. Jahrgang
Berlin
Januar 1972

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion:
Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

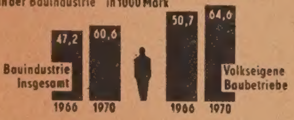
Gestaltung: Erich Blocksdorf



BdA-Präsidiumssitzung über Bauen auf dem Lande

„Die Aufgaben der im ländlichen Bauen tätigen Architekten nach dem VIII. Parteitag der SED" lautete das Hauptthema der 2. Präsidiumssitzung des BdA der DDR, die am 21. und 22. 10. 1971 in Neubrandenburg stattfand. Der Beratung, die vom Präsidenten Prof. Collein geleitet wurde, ging eine Exkursion zu modernen landwirtschaftlichen Produktionsanlagen in Ferdinandshof und zur LPG Kotelow voraus. Eine außerordentlich anregende Aussprache mit der Genossin Margarete Müller, Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzende der LPG in Kotelow, gab den Mitgliedern des Präsidiums einen konkreten Einblick in die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft und die Probleme der Dorfbevölkerung. Margarete Müller sagte dabei, daß die Genossenschaftsbauern von den Architekten solche Pläne und Projekte erwarten, die ihnen helfen, mit eigener Initiative die Arbeits- und Lebensbedingungen im Dorf zu verbessern. Dieser Gedanke der Gemeinschaftsarbeit von Architekten und Genossenschaftsbauern stand auch im Mittelpunkt des Hauptreferates von Dr.-Ing. Walter Niemke sowie der Referate von Dipl.-Ing. Klaus Kluge und Dipl.-Ing. Metelka über Anforderungen an das Siedlungsnetz im Bezirk Neubrandenburg und die Aufgaben der Architekten bei der Gestaltung der räumlichen Umwelt auf dem Lande. Das Präsidium beauftragte die Zentrale Fachgruppe „Ländliches Bauen" die wichtigsten Schlußfolgerungen aus der Problemdiskussion in der nächsten zentralen Fachtagung auszuwerten und konkrete Beschlüsse vorzubereiten.

Links: Genossin Margarete Müller, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, im Gespräch mit Mitgliedern des Präsidiums des BdA, Prof. Edmund Collein, Werner Wachtel, Dr. Krenz und Dr.-Ing. Niemke (v. r. n. l.)



So stieg die Bauproduktion der DDR.

Kommission für Projektierung

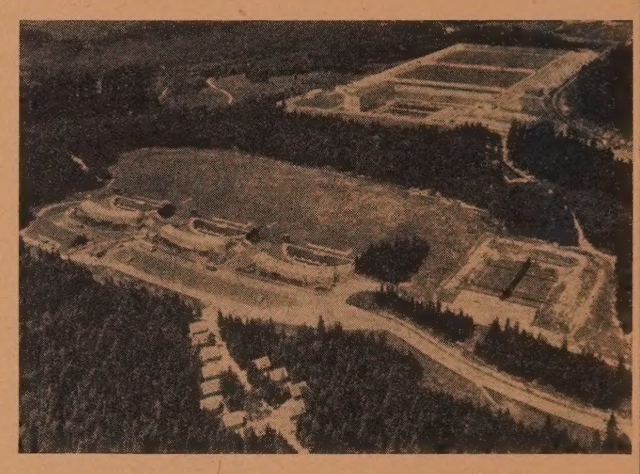
Am 28. 9. 1971 konstituierte sich die Zentrale Kommission Projektierung des BdA der DDR. Der Kommission gehören die Kollegen Dr.-Ing. G. Andres, Dr.-Ing. H. Wieland, Dr.-Ing. habil. G. Zimmermann, Dr.-Ing. A. Nestler, Dipl.-Ing. L. Bortenreuter, Dipl.-Ing. E. Buchholz, Dipl.-Ing. G. Kröber, Dipl.-Ing. G. Schlotterhoß, Dipl.-Ing. H. Schultz, Dipl.-Ing. K. Ullmann, Dipl.-Ing. H.-J. Katzig, Architekt A. Rämmler, Architekt P. Grzegorz, Architekt H. Gerth und Architekt A. Dorn an. Die Kommission wählte Kollegen Dorn zum Vorsitzenden und als dessen Stellvertreter die Kollegen Buchholz und Dr. Wieland.

Schwerpunkte des Arbeitsplanes werden Fragen der Organisation und Rationalisierung in der Projektierung, die Weiterentwicklung der Projektierung zur komplexen Bauvorbereitung, die Stellung der Projektierung im Reproduktionsprozeß und die Aufgaben der Architekten in den verschiedenen Ebenen der Investitionsvorbereitung sein.

Architektur und Hygiene

Im Oktober 1971 trafen sich in Rostock-Warnemünde über 500 Hygieniker und Architekten, um gemeinsam über aktuelle Probleme der Umweltgestaltung zu beraten. Die Tagung war von der Gesellschaft für allgemeine und kommunale Hygiene gemeinsam mit dem BdA der DDR vorbereitet worden. Die Themen der Referate reichten von praktischen Fragen des Mikroklimas und des Lärms bis zu Problemen der Landeskultur und der Städtebauprognose. („da" wird ausführlich über diese Tagung berichten.)

Wo sind die besten Erfahrungen im Wohnungsbau? Senden Sie uns Ihre Vorschläge, Projekte, Planungen und gebauten Beispiele für den rationellen Wohnungsbau, damit sie allen nutzen!



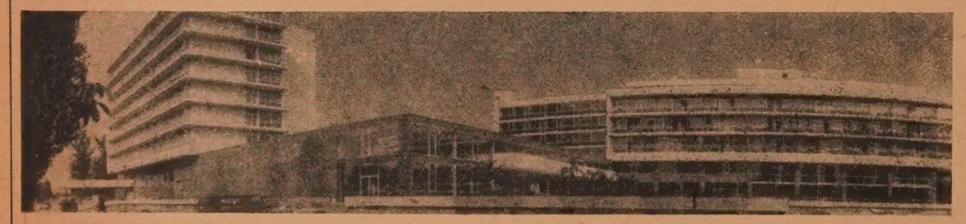
Hohe Auszeichnungen

Anläßlich des 22. Jahrestages der DDR erhielten zahlreiche Architekten in Anerkennung besonderer Leistungen hohe Auszeichnungen.

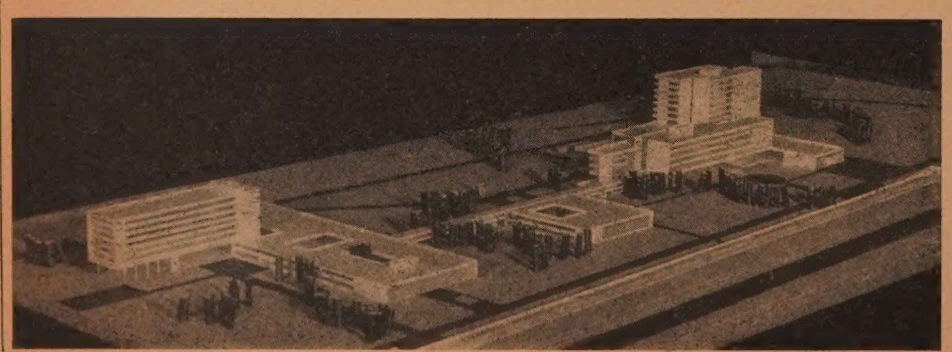
Für seine denkmalpflegerische Arbeit erhielt Dipl.-Ing. Hans Berger den Nationalpreis 3. Klasse. Für die Leistungen beim Bau des Kulturpalastes in Dresden wurde dem Kollektiv H. Böhnert, S. Emmrich, K.-H. Fischer, W. Hänsch, L. John, H. Kriesche, H. Löschau, E. Müller, Prof. W. Reichardt, E. Reinhardt, G. Ringelmann, Dr.-Ing. K. Wever, Prof. L. Wiel, H. Zimmermann der Orden „Banner der Arbeit" verliehen. Mit dem Orden „Banner der Arbeit" wurde auch das Neubaukollektiv des ADN-Gebäudes ausgezeichnet. Der Vaterländische Verdienstorden in Bronze wurde an den Bundessekretär des BdA der DDR, Architekt Werner Wachtel verliehen.

An Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, dem Chefarchitekten von Rostock, wurde der Kunstpreis des Rates des Bezirkes Rostock verliehen.

Das Entwurfskollektiv der Schießsportanlage in Suhl (Bild oben), auf der 1971 die Europameisterschaften im Schießen ausgetragen wurden, die Kollegen Dipl.-Ing. A. Backhaus, Dipl.-Ing. K. Angermüller, Bauing. M. Brückner, Dipl.-Ing. G. Bennecke und Dipl.-Ing. W. Schmidt, wurden mit dem Kunstpreis des Bezirkes Suhl ausgezeichnet.



Oben und unten: In Bad Piestany (ČSSR) entsteht ein neues Kurzentrum mit Hotels, Kurhäusern und Bädern.



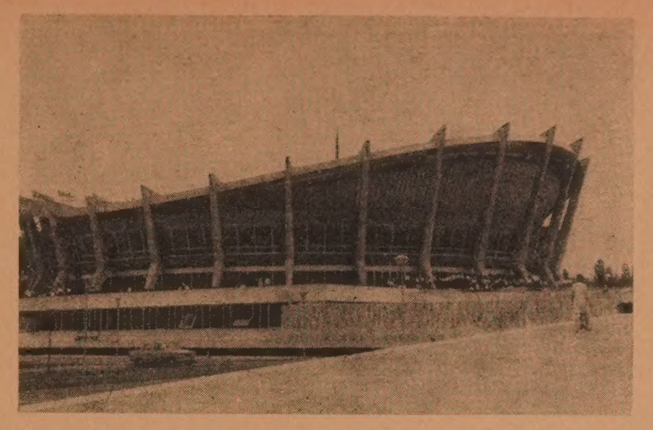


Geschäfte mit „Mobile Homes"

Über 400 000 sogenannte „Mobile Homes" (Bild oben) wurden im vergangenen Jahr in den USA verkauft. Die fahrbaren Wellblechwohnungen werden von Werbemanagern verheißungsvoll mit dem Slogan „nichts könnte amerikanischer sein" angepriesen. Für teure Typen wird die Einrichtung in „frühamerikanischem, orientalischem" und sogar „gotischem Stil" mitgeliefert. Dennoch sind diese Behausungen wenig mobil, da sie nur mit Spezialtransportern ihren Standort ändern können und meist fest in „Mobile-Home-Parks" aufgestellt sind. Die „Blech-Ghettos" sind meist von Mauern umgeben und bewacht („White only"). Reale Ursachen dieses neuen Geschäfts: Wohnungsnot, Bodenkosten, Angst vor Wechsel des Arbeitsplatzes und Flucht vor der Kriminalität in den großen Städten.

Treffen sozialistischer Architektenverbände in Sofia

Vom 12. bis 18. 10. 1971 fand in Sofia ein Treffen der Präsidenten und Sekretäre der Architektenverbände befreundeter sozialistischer Staaten statt, an dem Vertreter der Architektenverbände und Chefredakteure von Architekturzeitschriften aus der UdSSR, der VR Bulgarien, der VR Polen, der UVR, der ČSSR, der SR Rumänien und der DDR teilnahmen. Der Delegation des BdA der DDR gehörten der Präsident, Prof. Collein, der Bundessekretär, Werner Wachtel, Dr. Krenz und Dipl.-Ing. Angermüller an. Die Beratung diente dem Erfahrungsaustausch über die Tätigkeit der Architektenverbände und hatte das Ziel, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Verbände zu vertiefen. Als Fachthema wurde das Problem „Architektur und Freizeit" diskutiert. Dabei kam zum Ausdruck, daß in den sozialistischen Ländern große Anstrengungen zum Bau von vielfältigen Erholungseinrichtungen für die Werktätigen unternommen werden. Bei ihrer Exkursion fanden die hervorragenden Leistungen der bulgarischen Architekten auf diesem Gebiet hohe Anerkennung.



In dem 1968 fertiggestellten Kultur- und Sportpalast von Varna (Architektenkollektiv unter Leitung von Stefan Koltschev) wird 1972 der XI. Weltkongreß des Internationalen Architektenverbandes stattfinden. Die moderne Halle hat 5200 Plätze

XI. UIA-Kongreß in Varna

Am 25. 9. 1972 um 10.00 Uhr wird in der bulgarischen Schwarzmeer-Stadt Varna der XI. Weltkongreß des Internationalen Architektenverbandes (UIA) eröffnet werden. Der Kongreß wird unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der VR Bulgarien, Todor Shiwkow, stehen. Vorsitzender des Vorbereitungskomitees ist der Präsident des bulgarischen Architektenverbandes, Methodi Pissarski. Das jetzt veröffentlichte vorläufige Programm sieht neben dem Generalbericht, weiteren Berichten und Diskussionen in Arbeitsgruppen zum Thema „Architektur und Erholung" vielfältige Veranstaltungen vor: Eine Länderausstellung zum Kongreßthema, einen internationalen Studentenwettbewerb, die Ausstellung und Auszeichnung der besten Arbeiten, ein Festival des Architekturfilms, Kulturprogramme und Empfänge, Exkursionen zu neuen Kurorten und erstmalig auch einen internationalen Wettbewerb der Architekturzeitschriften.

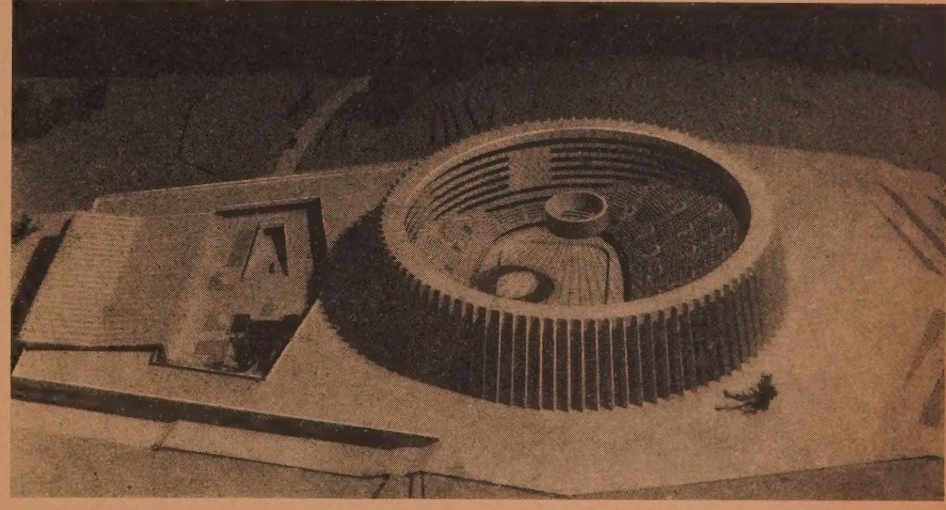
Alle nationalen Sektionen der UIA wurden aufgefordert, für die Vorbereitung des Generalberichtes Materialien einzureichen.

Erfahrungsaustausch mit leitenden Architekten

Am 21. und 22. 10. 1971 fand auf Anregung des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Architektur der erste Erfahrungsaustausch der leitenden Architekten der Wohnungsbaukombinate statt. Gastgeber war das Wohnungsbaukombinat Magdeburg. Im Mittelpunkt der Beratung standen Probleme der Leitung und Planung von Städtebau und Architektur in den Kombinaten und der Gestaltung des Lehrplanes des WBI.

Teilnehmer aus 11 bezirksgeleiteten WBK tauschten in reger Diskussion Erfahrungen bei der Anwendung des Entwurfs der Durchführungsbestimmung zum Gesetzblatt Teil II Nr. 1 vom 6. 1. 1971 aus und forderten übereinstimmend eine engere sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Eine besondere Rolle muß dabei die Suche nach neuen Möglichkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bei Einhaltung der staatlichen Normative spielen. Unter diesem Gesichtspunkt stand auch die Debatte über den Lehrplan des WBI, in deren Ergebnis das derzeitige Lehrprogramm bestätigt wurde. An der Ausarbeitung des Lehrplans des WBI für die Jahre 1973 bis 1975 werden die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches aktiv mitwirken.

Als ständiger Sprecher der leitenden Architekten der WBK wurde Dipl.-Ing. Schroth, Chefarchitekt im WBK Magdeburg und Mitglied des Rates des WBI, gewählt. Der nächste Erfahrungsaustausch findet auf Einladung des WBK Cottbus im März 1972 in Cottbus statt. W. S.

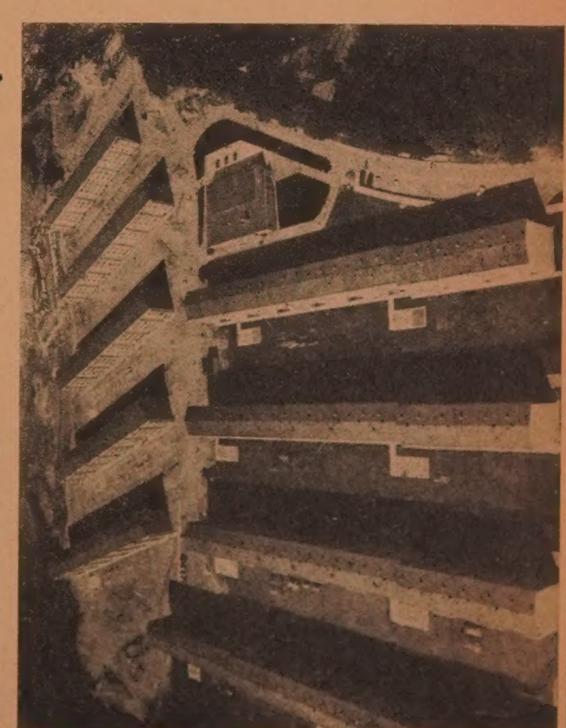


Projekt für einen Sportpalast mit 10 000 Plätzen in Erewan. Architekten K. A. Akonjan, S. G. Kataschjan, G. N. Muschegjan, G. G. Popasjan, A. A. Tarchanjan, S. E. Chagikjan

Eine Lampe für eine Stadt

Im Institut für Lichttechnik in Moskau wurde eine 50-kW-Xenonlampe entwickelt, deren Leuchtkraft allein ausreicht, um eine Stadt von mehr als 4 km Durchmesser zu beleuchten.

Was ist das?



Kein Vexierbild, sondern ein kritischer Blick in ein neues Wohngebiet im Bezirk Dresden. Die Wohnungen sind gut. Aber was soll man zu diesem Städtebau sagen? Was meinen unsere Leser dazu?

Neue Brücke für Warschau

Warschauer Städtebauer und Architekten projektieren gegenwärtig eine neue Verkehrsstraße, die Gebiete im Süden der polnischen Hauptstadt an beiden Seiten der Weichsel miteinander verbinden soll. Die 3,5 km lange Lazienkowska-Trasse (Bild unten) soll zur Entlastung anderer Brücken sehr schnell gebaut und 1975 dem Verkehr übergeben werden.

Die moderne Verkehrsanlage soll so geplant werden, daß der vorhandene wertvolle Baubestand weitgehend erhalten wird. Zur gesamten Trasse gehören neben der Stahlbrücke über die Weichsel auch Tunnels, Stahlbetonrampen und Hochstraßen.





Städtebau und sozialistische Demokratie

Umfrage der Redaktion „deutsche architektur"

An einige Bürgermeister, Abgeordnete und Stadtarchitekten richtete unsere Redaktion die folgenden Fragen:

1. Auf dem VIII. Parteitag forderte der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, die Rolle der Volksvertretungen und die Mitwirkung der Bevölkerung zu erhöhen. Welchen Einfluß nehmen in Ihrer Stadt Volksvertretung und Bevölkerung auf den Städtebau?

2. Auf welche gesetzlichen Grundlagen gründet sich die Wirksamkeit der sozialistischen Demokratie im Städtebau? Werden die gesetzlichen Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung bereits voll ausgenutzt?

3. Wir haben verschiedentlich Hinweise erhalten, daß städtebauliche Projekte der Volksvertretung und der Bevölkerung erst zu einem Zeitpunkt zur Diskussion vorgelegt wurden, wo wichtige Vorschläge nicht mehr wirksam werden konnten. Es wird auch kritisiert, daß Projekte von den Fachleuten so vorgetragen werden, daß der Eindruck hervorgerufen wird, als könnten aus technischen Gründen keine Änderungen vorgenommen werden. Was ist Ihre Meinung dazu?

4. Welche Formen und Methoden der Information und Diskussion haben sich in Ihrer Stadt am besten bewährt, um breite Kreise der Bevölkerung in die Beratung über städtebauliche Probleme einzubeziehen?

5. Können Sie aus Ihrer Arbeit ein konkretes Beispiel nennen, wie Vorschläge oder Eingaben von Bürgern zur Qualifizierung einer städtebaulichen Planung beitrugen?

6. Wie sollten nach ihren Erfahrungen Projekte aufbereitet werden, damit sie nicht allein technische Unterlagen für Fachleute darstellen, sondern das Planungsziel und die vorgeschlagene Lösung für jeden Bürger möglichst anschaulich und bewertbar werden?

Nachfolgend veröffentlichen wir die eingegangenen, sehr interessanten Antworten. Fragen und Antworten stellen wir damit allen Lesern zur Diskussion.

Verfassung ist Grundlage

Kurt Anding
Bürgermeister der Stadt Gotha

Zu Frage 1:

In Stadtverordnetenversammlungen werden Planungsvorschläge, Studien, Modelle und andere Materialien in Form von Ausstellungen zur Diskussion gestellt, beispielsweise berieten wir im Juni vorigen Jahres Probleme der Verkehrsplanung und -gestaltung und des Wohnungsneubaugebietes.
Innerhalb der Ständigen Kommission Bauwesen unserer Stadtverordnetenversammlung wurde unter anderem ein Aktiv „Architektur und Stadtplanung" gebildet.
Als beratendes Organ für städtebauliche Fragen gibt es in der Fachabteilung des Rates, dem Stadtbauamt, einen ehrenamtlich tätigen Beirat für Architektur und Stadtplanung. Er wirkt mit bei der Entscheidungsfindung in der städtebaulichen Einordnung von Einzelbauwerken, der Gestaltung der Alt- und Neubausubstanz sowie bei der Zuarbeit der örtlichen Volksvertretung für generelle Planungswerke, wie Generalbebauungsplan und Generalverkehrsplan.
Interessant ist vielleicht, daß die Arbeitsgemeinschaften Modellbau der Station „Junger Techniker" mit in den Modellbau städtebaulicher Lösungen einbezogen wurde.

Zu Frage 2:

Die wichtigsten Grundlagen sind die Verfassung der DDR (Artikel 81 bis 83), der Erlaß des Staatsrates über die Aufgaben und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe vom 2. 7. 1965 und der Beschluß des Staatsrates über sozialistische Kommunalpolitik vom 16. 4. 1970 (Abschnitt V, Punkt 3).

Zu Frage 3:

Bei grundsätzlichen Entscheidungen (z. B. über Neubaukomplexe) wurde auch in Gotha die Volksvertretung und die Bevölkerung oft erst viel zu spät über Umfang und Gestaltung informiert. Die Behandlung solcher Fragen konnte sogar mehrmals durch Festlegungen übergeordneter Organe nicht in der notwendigen Breite der Öffentlichkeit erfolgen. (Bei Teilproblemen und kleineren Gebieten siehe 1)

Zu Frage 4:

Die beste Form der Information sind Ausstellungen über längere Zeiträume, in denen sich gute Diskussionen entwickeln (bei Einzelobjekten erfolgte dies z. T. in Schaufenstern). Einmalige Vorstellungen von Materialien gestatten den Bürgern nur in begrenztem Umfang, die gesamte Problematik zu erfassen und zu verarbeiten.

Zu Frage 5:

Nach Durchführung und Auswertung des städtebaulichen Ideenwettbewerbes zur Rekonstruktion des Stadtzentrums 1969 wurde der größte Teil der Modelle in einer Ausstellung der Bevölkerung zur Diskussion vorgestellt.
Dabei wurden sehr viele Vorschläge und Anregungen für die weitere Planung erfaßt, die jedoch gegenwärtig nur zum Teil ihren Niederschlag im Rahmen der derzeitigen Erarbeitung der II. Stufe des Generalbebauungsplanes und Generalverkehrsplanes finden können.

Zu Frage 6:

Die verständlichste Darstellung im Städtebau bietet ein Modell. Da diese Methode jedoch aufwendig ist, kann sie nicht in jedem Fall angewendet werden.
Perspektivische Ansichten der Planungsobjekte unter Einbeziehung der Umgebung sollten eine breitere Anwendung finden, da diese Darstellungsform ebenfalls sehr allgemeinverständlich ist. (Gute Unterstützung im Modellbau bei nur sehr geringem finanziellen Aufwand, siehe Punkt 1)
Erschwerend für eine noch bessere Öffentlichkeitsarbeit wirkt sich bei uns aus, daß bei einer Stadt von rund 60 000 Einwohnern nur ein hauptamtlicher Mitarbeiter im Bereich der Stadtplanung tätig ist.

Zusammenarbeit von Bürgern, Abgeordneten und Städtebauern



Dr.-Ing.
Herrmann Rühle
Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen, Investitionen und Wohnungswirtschaft der Stadtverordnetenversammlung Dresden

Zu Frage 1:

Bisher war durch das Stadtbauamt nicht in jedem Fall gesichert, daß die Vorbereitung der Beschlüsse in enger Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und darüberhinaus mit der Bevölkerung erfolgte. Das hat sich in den letzten Monaten wesentlich geändert, indem alle Beschlüsse über die wichtigsten komplexen Wohngebiete in dem Aktiv „Komplexer Wohnungsbau" und der Ständigen Kommission ausführlich und kritisch beraten werden. Dabei werden Anregungen der Bürger unter anderem über die Kontakte zu den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front, Einwohnerversammlungen usw. verarbeitet. Verwertbar sind vor allen Dingen meist sehr konkrete Vorschläge für Nachfolgeeinrichtungen.
Wir halten sehr viel von einer derartigen aktiven Mitarbeit in der städtebaulichen Vorbereitungsphase und werden sie konsequent in unsere weitere Arbeit einbauen.

Zu Frage 2:

Meiner Meinung nach werden die Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung noch zu wenig effektiv genutzt. Zu oft wurden getroffene Entscheidungen im Städtebau erst nachträglich diskutiert, und es konnte kaum noch etwas geändert werden. Die gesetzlichen Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung müssen mehr als bisher gerade auf so einem entscheidenden Gebiet wie dem Städtebau zur Qualifizierung von Beschlüssen genutzt werden.

Zu Frage 3:

Das ist leider den Tatsachen entsprechend. Nicht in jedem Fall, aber zu oft!

Zu Frage 4:

Einwohnerversammlungen, Diskussionen in den Wirkungsbereichen der Nationalen Front, Versammlungen in Betrieben und anderen Gremien haben sich gut bewährt. Eine breitere Zusammenarbeit mit dem BdA wäre auf diesem sehr wichtigen Gebiet sinnvoll. Wir haben uns in Dresden ein solches Ziel gesetzt.

Zu Frage 5:

In der Direktive zum Fünfjahrplan ist vorgesehen, in unserer Stadt 21 080 Wohnungen durch Neu-, Um- und Ausbau sowie durch Modernisierung zu schaffen und so entscheidend zur weiteren sozialistischen Umgestaltung der Stadt beizutragen.
Die Ständige Kommission hat ausgehend von vielen sachkundigen Hinweisen der Bevölkerung und der Bauarbeiter den Fachorganen der Stadt die Aufgabe gestellt, die vorhandenen Bebauungspläne auf ihre Effektivität hin zu überprüfen. Dabei konnte erreicht werden, daß im Wohnungsneubaugebiet Leuben durch bessere Nutzung der vorhandenen Primärerschließungen und der bestehenden Wohnstraßen rund eine Million Mark und Kapazitäten eingespart sowie 180 Wohnungen mehr errichtet werden können.
In gleicher Weise arbeitet die Ständige Kommission mit dem Bereich Bauwesen und Investitionen bei der Durchsetzung einer Direktive zur Vorbereitung und Durchführung von Freiflächen im komplexen Wohnungsbau in der Stadt Dresden zusammen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Richtlinie über die rationelle Einordnung und Nutzung von Baustelleneinrichtungen zu erwähnen, die vom Rat der Stadt beschlossen wurde.
In allen Fällen gaben auch ganz besonders Vorschläge und Eingaben von Bürgern den entscheidenden Anstoß zu Veränderungen, die offensichtlich notwendig sind.

Zu Frage 6:

Nicht nur zentral Modelle und Pläne im Rathaus ausstellen, sondern mehr Modelle und Planunterlagen von Wohngebieten in die Wirkungsbereichsausschüsse zu deren Versammlungen, um so aus dem Wohngebiet heraus eine breitere und bestimmt sehr sachkundige Diskussion möglich zu machen. Der BdA könnte dabei mithelfen und in Zusammenwirken mit Abgeordneten „populärstädtebauliche" Veranstaltungen durchführen. Es sollte so zum Erfahrungsaustausch zwischen Bürgern, Abgeordneten und Städtebauern kommen.
Ich begrüße sehr, daß die „deutsche architektur" die Initiative ergriffen hat, den Erfahrungsaustausch über Probleme der sozialistischen Demokratie im Städtebau zu fördern.

Mitwirkung in jeder Planungsphase sichern



Dipl.-Ing. Joachim Näther
Chefarchitekt von Berlin
Ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie

Zu Frage 1:

Der VIII. Parteitag hat die Hauptrichtung zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht festgelegt. Sie besteht darin, „die zentrale Leitung und Planung zu qualifizieren und sie mit der wachsenden schöpferischen Aktivität der Werktätigen auf allen Gebieten wirksamer zu verbinden."

Diese Zielstellung ist auch bei der Entwicklung von Städtebau und Architektur mit der inhaltlichen Orientierung der weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bürger zu verbinden. Für uns Architekten kommt es darauf an, unsere Hauptstadt auf der Grundlage der objektiv wirkenden Gesetze des Sozialismus planmäßig zu entwickeln und deren Reproduktionsprozeß auf effektivste Weise vorzuschlagen. Je rationeller und effektiver unsere Hauptstadt umgestaltet wird, um so schneller und besser können die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger verändert werden. Die gründliche und breite Vorbereitung und die Beschlüsse der 18. Tagung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin haben uns auf diesem Gebiet ein gutes Stück vorangebracht.

Die Aussprachen mit den Stadtverordneten in den Ständigen Kommissionen, die Projektverteidigungen sind ein gutes Beispiel für die Überwindung einer ressortmäßigen Arbeitsweise und hat die sozialistische Gemeinschaftsarbeit immer mehr in den Vordergrund treten lassen. Auch die Tätigkeit des Beirates für Stadtgestaltung und bildende Kunst ist ein Ausdruck der sozialistischen Demokratie. Unser Wunsch und Ziel ist es, im Rahmen der Investitionsvorbereitung, bei Projektverteidigungen und Abnahmen die Bevölkerung – insbesondere die künftigen Nutzer – in die Diskussion noch mehr miteinzubeziehen. Damit wollen wir erreichen, daß die städtebaulichen Maßnahmen gemeinsam mit den Werktätigen vorbereitet, durchgeführt und die praktischen Ergebnisse kontrolliert werden.

Zu Frage 2:

Durch eine Reihe umfassender rechtlicher Regelungen ist eine gute Grundlage gegeben, um die Mitwirkung der Bevölkerung bei allen Phasen der Leitung, Planung und Durchführung des einheitlichen Prozesses städtebaulich-architektonischer und bildkünstlerischer Gestaltung der Hauptstadt der DDR – Berlin – zu gewährleisten. Die Wirksamkeit der sozialistischen Demokratie im Städtebau gründet sich dabei insbesondere auf:

- den Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds
- den Beschluß des Staatsrates der DDR zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik vom 16. 4. 1970,
- die Verordnung über die Grundsätze zur Planung der Standortverteilung von Investitionen sowie die Richtlinie des Magistrats von Groß-Berlin über die Anwendung der Grundsätze zur Planung der Standortverteilung von Investitionen im Territorium der Hauptstadt der DDR – Berlin –
- die Grundsätze für die Planung, Leitung und Durchführung des einheitlichen Prozesses städtebaulich-architektonischer und bildkünstlerischer Gestaltung der Hauptstadt der DDR – Berlin – vom 10. 5. 1971.

Eine nicht zu unterschätzende Funktion trägt hierbei auch die Stadtordnung zur Gewährleistung der Ordnung, Sauberkeit und Hygiene in der Hauptstadt der DDR – Berlin, die am 17. 11. 1969 von der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschlossen wurde.

Sicherlich erfordert die Komplexität und Spezifik der städtebaulichen Planung ständig eine exaktere Darstellung der rechtlichen Regelungen. Die Lösung der Aufgabe „Mitwirkung der Bevölkerung auf breiter Ebene" liegt jedoch weniger in der Schaffung neuer Gesetze und Verordnungen, sondern primär bei dem Problem, die Gesetze mit Leben zu erfüllen, d. h., sie in ihrer Komplexität anzuwenden und die Entscheidungen sorgfältig unter Nutzung der gewonnenen Erfahrungen vorzubereiten. Obwohl wir in den letzten Jahren einen entscheidenden Schritt vorangekommen sind und vor allem durch die Tätigkeit des Beirates auf dem Gebiet der Stadtgestaltung und bildenden Kunst ein gutes Beispiel für die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie gegeben ist, sind noch viele Aufgaben zu lösen, um die volle Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Entfaltung der demokratischen Mitwirkung der Bevölkerung zu erreichen.

Zu Frage 3:

Die Hinweise und Kritiken aus der Bevölkerung über unzureichende, verspätete oder auch formale Informationen und Aussprachen zu Planungsvorschlägen und Projekte sind durchaus begründet. Trotz guter Beispiele für die enge Zusammenarbeit zwischen den Architekten, Städtebauern, Projektanten, Bauarbeitern und Vertretern aus der Bevölkerung ist es notwendig, die Beratungen und Diskussionen über städtebauliche Probleme noch effektiver zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist die Vergrößerung des Vorlaufes in der Projektierungsarbeit sowie die Entwicklung einer einheitlichen, komplexen Technologie für die produktionsvorbereitenden Prozesse im Bauwesen. In diesem Zusammenhang sind auch neue Überlegungen erforderlich über den Prozeßablauf in der Vorbereitung der Investitionen sowie über die Aufgaben und Arbeitsweise der Projektanten bis zur Ausarbeitung und praxiswirksamen Anwendung eines neuen Verfahrens für die Verteidigung von Projekten. Hierbei muß, ausgehend von den positiven Erfahrungen aus den Beratungen über die Planungsmaßnahmen im komplexen Wohnungsbau 1971–1975, berücksichtigt werden, daß:

- die Mitwirkung der Bevölkerung nicht auf eine einmalige „Aktion" beschränkt bleibt, sondern eine kontinuierliche Abstimmung in jeder Planungsphase erfolgt;
- schneller auf Hinweise und berechtigte Forderungen aus der Bevölkerung reagiert wird;
- die wesentlichsten Probleme vor Beginn der Arbeiten am Ausführungsprojekt geklärt sind, damit die Effektivität und Arbeitsproduktivität in der Projektierung entsprechend den erhöhten qualitativen und quantitativen Anforderungen maximal gesteigert werden kann;
- die Informationstätigkeit dadurch beeinflußt wird, daß die späteren Nutzer der Objekte, insbesondere im Wohnungsbau, in den meisten Fällen zum Zeitpunkt der Projektierung noch unbekannt sind;
- die Probleme bei der Verlagerung von Objekten, des Umweltschutzes sowie der Gestaltung und des Bauablaufes für die nachgelagerten Maßnahmen – wie Freiflächen, gesellschaftliche Einrichtungen, Anlagen des ruhenden Verkehrs – konsequenter vorbereitet und ausführlicher diskutiert werden.

Zu Frage 4:

Nach den bisher gewonnenen Erfahrungen haben sich zwei Formen der Unterrichtung und Beratung über städtebauliche Planungsmaßnahmen gut bewährt. Das ist **erstens die Informationstätigkeit** durch Tagespresse, Zeitschriften, Rundfunk, ständige und zeitweilige Ausstellungen über allgemein interessierende Probleme des Städtebaus, der Architektur und bildenden Kunst sowie über den weiteren Aufbau der Hauptstadt der DDR – Berlin – und **zweitens eine echte demokratische Mitwirkung der Bevölkerung**

- durch Beratungen mit den örtlichen Volksvertretungen, den Räten der Stadtbezirke und Vertretern der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front unter Mitwirkung der Auftraggeber und der Projektanten über städtebauliche Konzeptionen und Direktiven im Rahmen der Vorbereitung der Investitionsvorentscheidung;
- durch Aussprachen mit breiten Kreisen der Bevölkerung über Problemlösungen in der Phase der Grundsatzentscheidungen für Investitionsmaßnahmen sowie
- nach Nutzung der neuen Objekte durch die Bevölkerung durch Diskussionen mit den neuen Bewohnern, insbesondere über die Lösung der Versorgung und Betreuung, der Gestaltung der Freiflächen, der Kindereinrichtungen, der Anlagen des ruhenden Verkehrs.

Zu Frage 5:

Es gibt viele Beispiele für die Qualifizierung der städtebaulichen Planung und Projektierung durch Beiträge, Forderungen und Eingaben von Bürgern der Hauptstadt der DDR. Im Vordergrund standen hierbei die Probleme der weiteren Entwicklung und Gestaltung der Wohngebiete. Daher liegen auf diesem Gebiet die besten Ergebnisse und Erfahrungen vor. So konnten z. B. bei der Planung und Projektierung der Wohnkomplexe Liebknechtstraße, Fischerkietz und Ostbahnhof sowie bei den gesellschaftlichen Einrichtungen zur Komplettierung vorhandener Wohngebiete auf der Grundlage der Hinweise aus Problemdiskussionen mit breiten Bevölkerungskreisen sowohl gestalterisch als auch ökonomisch günstigere Lösungen für die städtebaulichen Konzeptionen, die Gebäude und baulichen Anlagen sowie für den Bauablauf entwickelt und realisiert werden.

Zu Frage 6:

Da die Volkssouveränität das Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung ist, so muß jederzeit gewährleistet sein, daß die schöpferischen Gedanken der Werktätigen in die staatliche Arbeit einfließen. Die Einbeziehung der Werktätigen zur Lösung städtebaulicher Fragen ist über Anfänge noch nicht herausgekommen und beschränkt sich auf die Auslegung der Aufbaupläne und die Erläuterung von Bebauungsplänen in Einwohnerversammlungen. Diese bisher praktizierte Gewohnheit entspricht nicht den Forderungen der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse gemäß den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Zur Erreichung einer höheren Qualität bei der Einbeziehung der schöpferischen Potenzen der Bevölkerung möchte ich folgenden Vorschlag machen:

Die Bebauungskonzeptionen für ein bestimmtes Gebiet sind mit der Bevölkerung dieses Gebietes öffentlich zu diskutieren. Alle in der Diskussion von der Bevölkerung unterbreiteten Anregungen, die vielfach von großer Bedeutung sein werden, weil sie die großen Bemühungen der Bürger an der aktiven Umgestaltung ihrer Stadt ausdrücken, sind sorgfältig zu prüfen und bei der Ausarbeitung der Bebauungspläne zu verwenden.

Die auf dieser Basis ausgearbeiteten Bebauungspläne sind dann vor dem gleichen Forum zu verteidigen.

Erfahrungsschatz der Bürger ist unersetzbar



Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel
Chefarchitekt der Stadt Leipzig

Zu Frage 1:

Die Volksvertreter und die Bevölkerung unserer Stadt nehmen seit Jahren Einfluß auf den Leipziger Städtebau. Insbesondere begann die gegenwärtige Legislaturperiode der Stadtverordneten mit einer breiten öffentlichen Diskussion über den Generalbebauungsplan, also über die weitere städtebaulich-architektonische Entwicklung der Messestadt.

Erst nach umfangreichen Beratungen bestätigten die Abgeordneten auf ihrer 2. Tagung im Juni 1970 die Grundlinie der Generalpläne für die Bebauung, den Verkehr und die technische Versorgung. Dabei wurden für die weitere Bearbeitung entsprechende Auflagen erteilt.

Hervorzuheben ist die aktive Einflußnahme der Abgeordneten bei der Auswahl der Wohnungsbaustandorte bis 1975 und darüber hinaus. Das betrifft die Neubaugebiete, wie aber auch die Modernisierungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen.

Bei dieser Zusammenarbeit reifte immer mehr die Erkenntnis, daß die große Aufgabenstellung, wie sie der VIII. Parteitag vorgegeben hat, nur erfüllt werden kann, wenn die aktive sozialistische Wohnungspolitik als Einheit von rationeller Nutzung der vorhandenen Wohnfonds, planmäßiger Erhaltung und Erweiterung (Neubau) gesichert wird. Die 9. Tagung der Stadtverordnetenversammlung, die sich im September 1971 mit dieser einheitlichen Zielstellung befaßte, hat für den Leipziger Städtebau entscheidende Prämissen gesetzt.

Zu Frage 2:

Trotz des erreichten Standes sind wir noch nicht zufrieden. Die gesetzlichen Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung werden noch nicht voll genutzt. Wir sind gegenwärtig dabei, die entsprechenden Schlußfolgerungen für unsere Arbeit zu ziehen. Zielsetzung dabei ist, noch mehr Bürger als bisher in unsere Arbeit einzubeziehen. Das betrifft sowohl die Bevölkerung, die in den jeweiligen Planungsbzw. Baugebieten bereits wohnt oder Anlagen besitzt, wie aber auch die späteren Nutzer und Bewohner. Letzteres ist nicht ganz so einfach, da zum Zeitpunkt der städtebaulichen Planung die zukünftigen Mieter noch nicht immer bekannt sind.

Eine weitere Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung besteht u. a. darin, daß vor dem Fällen der Investitionsvorentscheidung die städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Konzeption öffentlich ausgelegt werden sollte. Das gleiche sollte nochmals vor dem Fällen der Grundsatzentscheidung für

die jeweiligen Teilbereiche oder Bauabschnitte erfolgen. Diese öffentlichen Auslegungen müssen in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Stadtbezirk durchgeführt werden. In Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen zum Gesetzblatt Teil II, Nr. 1/71 ist diese öffentliche Auslegung zu prüfen.

Zu Frage 3:

Es gab auch in Leipzig die Erscheinung, teilweise gibt es sie noch, daß einige Planungen und Projekte zu einem sehr späten Zeitpunkt diskutiert werden. Oft wird von einigen Kollegen auch die Meinung vertreten, daß auf Grund der oft sehr kurzen Bearbeitungsdauer zu wenig Zeit für umfangreiche Diskussionen vorhanden sei. Ich vertrete jedoch die Auffassung, daß man durch die Beratungen mit den Abgeordneten und der Bevölkerung nicht nur an Zeit gewinnt, sondern damit gleichzeitig die Qualität der Arbeit erhöht. Schließlich ist der Erfahrungsschatz unserer Bürger ein unersetzbarer Wissensspeicher, den wir Architekten nutzen müssen, und zwar unabhängig davon, ob ein Architekt als staatlicher Leiter, Stadtplaner, Wissenschaftler oder Projektant in einem Baukombinat tätig ist.

Zu Frage 4:

Die unmittelbare Diskussion mit den Bürgern hat sich am besten bewährt. Der direkte Meinungsaustausch gibt allen Partnern Denkanstöße und trägt zur gegenseitigen Verständigung bei. Vor allem wird damit auch die Komplexität der städtebaulichen Planungsprobleme besonders gut erkennbar. Das betrifft auch die Dialektik von langfristiger Planung und etappenweiser Realisierung.

Zur Information für viele Bürger ist die Publikationstätigkeit, insbesondere auch in der Tagespresse, sehr gut geeignet. Wir haben dabei sehr gute Erfahrungen gemacht, z. B. mit der Veröffentlichung der Konzeption für die Gestaltung des „Sachsenplatzes". Viele Leser übersandten uns ihre Meinungen und Anregungen.

Gegenwärtig nehmen wir in Leipzig diese Möglichkeit noch nicht voll wahr. Wir sind jedoch dabei, Vorbereitungen dafür zu treffen, um in regelmäßigen Abständen entsprechende Beiträge zu veröffentlichen.

Zu Frage 5:

Ein konkretes Beispiel wie durch Eingaben und Vorschläge von Bürgern die städtebauliche Planung beeinflußt wurde, ist das Baugebiet Lößnig im Süden der Stadt. Um vorhandene Reserven der technischen Erschließung zu nutzen, mußte kurzfristig dieses Baugebiet ausgewählt und vorbereitet werden. Durch die Einflußnahme der Bürger wurde eine optimale städtebauliche Lösung unter Einbeziehung von Kleingartenanlagen gefunden sowie die Stellung einiger Wohnblöcke verändert.

Eine sehr interessante und weitere Möglichkeit, die Bevölkerung bereits in die Programmformulierung mit einzubeziehen, bereiten wir gegenwärtig vor. Das betrifft eine soziologische Studie „Jugend und Umwelt".

Zu Frage 6:

Nach meiner Erfahrung müssen den jeweiligen Planungen und Objekten klare Zielstellungen und Kriterien vorangestellt werden. Schließlich ist Bauen, und somit Städtebau und Architektur sowie bildende Kunst, kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das heißt also, es muß vorangestellt werden, welche soziale Zielstellung mit der Planung erreicht werden soll, insbesondere die Organisation für den Tagesablauf (Beziehungen von der Wohnung zu den gesellschaftlichen Einrichtungen, zu den Kinderkrippen und -gärten, Schulen und zu den Haltestellen der Massenverkehrsmittel sowie zu den Arbeitsstätten) in Verbindung mit ökonomischen Kriterien. Die geplante Lösung muß mit den gestellten Zielen und Kriterien verglichen und gemessen werden. Wichtig dabei ist, daß die inhaltlich-funktionelle Lösung allgemeinverständlich grafisch aufbereitet werden muß. Des weiteren sind sämtliche Daten wie z. B. städtebauliche Kennzahlen und ökonomische Aufwendungen vergleichbar und leicht überschaubar darzustellen.

Stadtverordnetenversammlung entscheidet



Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Chefarchitekt beim Rat der Stadt Rostock

Zu Frage 1:

In der Stadt Rostock werden Beschlüsse zu Fragen der Architektur und des Städtebaues grundsätzlich in der Stadtverordnetenversammlung gefaßt, aber vorher werden diese Planungen schon in den Ständigen Kommissionen und Aktivs gründlich beraten.

In Auswertung des VIII. Parteitages faßte die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß über Um-, Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen in der Altbausubstanz. Dieser Beschluß war und ist Grundlage für alle eingeleiteten und einzuleitenden Maßnahmen durch den Rat. Daß bei den entsprechenden Tagungen Modelle und Bildtafeln zu den Planungen ausgestellt und einschlägiges Material verteilt wird, gehört bei uns in Rostock zu den Aufgaben des Büros für Stadtplanung.

Zu Frage 2:

Grundlagen sind dafür unter anderem der Beschluß des Staatsrates der DDR zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik vom 16. April 1970 und das Gesetzblatt Teil II, Nr. 1/71. In dem erwähnten Gesetzblatt wird gefordert, „die Initiative und Schöpferkraft der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen zu entfalten" und eine solche Leitungstätigkeit zu entwickeln, „die Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Wissenschaftler und alle anderen Werktätigen eng in die Lösung der Aufgaben einbezieht".

Weitere Grundlagen sind die „Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Planungssystems für die Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden" („Sozialistische Demokratie" vom 31. 7. 1970) und die „Thesen für eine wirksame kommunalpolitische Öffentlichkeitsarbeit" („Sozialistische Demokratie" vom 7. 8. 1970)

Zu Frage 3:

Generell möchte ich sagen, daß wir gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Bürgern unserer Stadt gemacht haben. In gewissen Intervallen und bereits in einem frühen Stadium werden städtebauliche Konzeptionen vorgestellt, so daß dem Bürger die Möglichkeit des Mitgestaltens seiner Stadt gegeben ist.

Weiterhin erscheint mir in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß das vorgestellte Material möglichst anschaulich und optisch ansprechend (z. B. hat das farbige Modell vom Raum Rostock-Lütten Klein großen Anklang gefunden) vorgestellt werden sollte. Es kann von der Broschüre bis zum Dia-Vortrag reichen.

Zu Frage 4:

Am geeignesten erscheint mir die persönliche Aussprache am Modell. Aus diesem Grunde wurde ein Modellraum im Rostocker Rathaus für eine ständige Bauausstellung eingerichtet. Bürger und Besucher können sich dort durch das Büro für Stadtplanung oder das Informationszentrum nach Anmeldung informieren lassen und sie interessierende Probleme diskutieren.

Die alljährlich stattfindende Ostseewoche mit der Bauausstellung auf der Ostseemesse bietet weiterhin Gelegenheit, die Planungen der Stadt der Bevölkerung vorzustellen.

Andere Möglichkeiten sind Veröffentlichungen in der Presse sowie Vorträge in den Wohnbezirken, der Urania, BdA, KDT u. a. So ging z. B. der Entwurf einer Stadtordnung als Postwurfsendung zur Diskussion an alle Bürger der Stadt.

Zu Frage 5:

Es gibt dazu eine ganze Reihe von Beispielen. Ich möchte einige nennen, die wesentliche Anregungen gebracht haben: Bei der Aufstellung des Programmes für den geplanten Sportpark Lütten Klein kamen eine Reihe von Anregungen aus der Bevölkerung, die in das Planungsprogramm aufgenommen werden konnten. So schlug ein Bürger vor, die frühere Warnow-Insel Hundsburg (heute mit dem Festland verbunden) wieder als Insel in Verbindung mit einer Gaststätte und damit als besonderes Ausflugsziel zu gestalten. Von anderen Bürgern kam der Vorschlag, alte Bauernhöfe im Bereich der Neuplanung Evershagen, Lichtenhagen und Groß Klein als Gaststätten umzubauen und in die Komposition einzubeziehen. Andere Hinweise bezogen sich auf die Stellung eines Punkthauses in Lütten Klein.

Besonders hervorzuheben sind aber auch die Hinweise zur Anlage von Grünflächen und Kinderspielplätzen in der Altbausubstanz und die insbesondere in Kraftfahrerversammlungen gegebenen Hinweise zu Fragen des fließenden und ruhenden Verkehrs.

Zu Frage 6:

Diese Frage wurde zum Teil bereits beantwortet. Nur soviel sei noch gesagt, daß es für die meisten Bürger schwer ist, sich in Schemaplänen zurechtzufinden. Es ist also notwendig, das Material von Zeit zu Zeit ausstellungsreif aufzubereiten, sei es in der Form von Plänen, Perspektiven ‚Modellfotos, Modellen oder Fotomontagen, um das Planungsziel anschaulicher zu machen. Ganz besonders instruktiv erscheint mir die Nebeneinanderstellung von Bestand und Neuplanung. Insbesondere in der komplexen Modernisierung der Altbausubstanz ist diese Frage von großer Wichtigkeit, da sie gute Ansatzpunkte für eine Diskussion mit den Bürgern gibt.

Aktive Mitarbeit – nicht demokratische Geste



Dr.-Ing. Iris Grund
Stadtarchitekt beim Rat der Stadt Neubrandenburg

Zu den Fragen 1 bis 6:

Der Städtebau dient dem Leben der Individuen und ihrem gesellschaftlichen Zusammenspiel als räumliche Ordnungsform. Unsere städtebaulichen Planungen müssen somit von den Zielstellungen unserer sozialistischen Gesellschaft ausgehen und ihrer schrittweisen Verwirklichung vorangehen. Dabei gilt aber auch für den Städtebau, daß Ideale nur dann realisierbar sind, wenn die Realität nicht idealisiert wird.

Die Aufgabe des Städtebaus wurde so oder ähnlich, umfassender oder besser schon oft formuliert. Von Fachkreisen wurde auch bewiesen, daß der Städtebau die Entwicklung der Gesellschaft beeinflußt und daß dieser Prozeß um so wirksamer ist, wenn gleichzeitig die Entwicklung des Städtebaus von der Gesellschaft beeinflußt wird. Das heißt, Zielstellungen werden dann am schnellsten erreicht, wenn das Ziel von allen Beteiligten gemeinsam abgesteckt wurde. In der sozialistischen Wirtschaft haben wir aus dieser Erkenntnis die Methode der Plandiskussion entwickelt.

Auf der Tagesordnung steht jedoch noch immer, wie nun die bewiesenermaßen notwendige Mitwirkung der Gesellschaft am Bau ihrer Städte echte Praxiswirksamkeit erreichen kann. Tatsächlich wird die Forderung nach Mitwirkung der Bevölkerung beim Städtebau in Fachkreisen mitunter nur als demokratische Geste verstanden. Und das Resultat mancher Öffentlichkeitsarbeit scheint diese Meinung auch zu bestätigen.

Notwendig ist natürlich auch der Produktionsnachweis eines gewissen unvermeidbaren Mehraufwandes an Zeit und Arbeitskraft. Denn heutigentags findet man wohl kaum eine städtebauliche Aufgabe und ein Planungskollektiv mit Arbeitszeit- und Arbeitskraftreserven. Ja, die meisten Fertigstellungstermine städtebaulicher Planungen liegen für den gesetzlich vorgeschriebenen Planungsablauf der Baudurchführung zu spät.

Für mich sind somit aus der Fragestellung der Redaktion zwei Seiten erkennbar:

1. Ist der Sinn der Forderung allen – übrigens nicht nur den Baufachleuten sondern auch den Kommunalpolitikern, die diesen Prozeß mit uns gemeinsam steuern müssen – ausreichend klar?

2. Welche Formen sind geeignet, um die objektiven Schwierigkeiten zu überwinden und mit der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur nicht produktionshemmend zu wirken sondern eine spürbare Qualitätserhöhung des Endproduktes zu erreichen?

Aufgefordert, zur Fragestellung der Redaktion mit eigenen Erfahrungen beizutragen, möchte ich besonders zur zweiten Seite der Frage, zur Arbeitsmethode, Gedanken darlegen, die teilweise Erfahrungen und teilweise aus diesen Erfahrungen ergänzte Idealvorstellungen zur Methode sind.

Vorauszuschicken wäre noch, daß die Mitwirkung der Bevölkerung aus der Anonymität befreit werden muß und ich im folgenden als Partner des Städtebauers die gewählten Vertreter des Volkes, die Stadtverordneten, die Räte der Städte und Gemeinden sowie deren Arbeitsorgane, die Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung und die Fachabteilungen der Räte verstehe.

Als gemeinsame Arbeitsziele, die gleichzeitig Arbeitsetappen eingrenzen, sollen unterschieden werden:

Mitverantwortung, Mitwirkung und Information.

Die Mitverantwortung im Städtebau trägt der örtliche Rat, indem er das städtebauliche Programm vorgibt. Hierbei sollte bereits die Mitwirkung der ständigen Kommission in aller Breite zur Regel werden. Die Information über die zusammengefaßten und verarbeiteten Hinweise und über die erreichten Arbeitsergebnisse in den verschiedenen Arbeitsetappen ist dann nicht nur eine Geste der Höflichkeit. Sie dient der Qualifizierung und der Aktivierung der weiteren Zusammenarbeit.

Der Schlüssel zum Erfolg jeder Zusammenarbeit ist ihre Planmäßigkeit und diese beginnt bei der Rechtzeitigkeit.

Allen Beteiligten ist noch viel zu wenig klar, daß das städtebauliche Programm, welches in den Fachabteilungen des örtlichen Rates erarbeitet wird, bereits der Grundstein eines komplexen Wohngebietes ist. Schon diese Arbeit ist terminlich und in der Qualität ihrer Aussage unlösbar eingebunden in den Bauprozeß. So richtig deutlich wird diese Tatsache eigentlich erst durch negative Erscheinungen, so z. B. wenn das Programm einer Abteilung ungenügend durchdacht war und später korrigiert werden soll. Wenn man nicht in Kauf nehmen will, daß damit die Vorbereitung des gesamten Gebietes gestoppt und die Fertigstellung verzögert werden soll, gibt es unüberwindliche Schwierigkeiten. Kommt das Programm einer Fachabteilung zu spät, kann auch mit dem übrigen Material noch nicht gearbeitet werden. An dieser Stelle liegen bereits wesentliche Quellen für ungenügend vorbereitete Baustellen, schlechte Planerfüllung, zu späte Fertigstellung der Wohnungen usw. Es muß ein Weg gefunden werden, um der Arbeit der Fachabteilungen, die natürlich zur rechten Zeit mit der erforderlichen Aussage vorliegen muß, die notwendige Sicherheit in bezug auf das Übereinstimmen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten zu geben. Diesen Weg sehe ich darin, daß die einzelnen Programmteile wie z. B. das Programm des Handels, der Volksbildung, der Abteilung Körperkultur, Jugendfragen und Sport usw. mit den entsprechenden ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretung gründlich beraten werden sollte. Zu diesen Beratungen sollten neben anderen Fachleuten auch die Städtebauer eingeladen werden. In bestimmten Fragen, so z. B. zu staatlichen Normativen und Kennziffern, werden sie Auskunft geben können. In anderen Fragen werden sie aus den Erfahrungen der Mitglieder der Kommission lernen können.

Ich halte es nicht für überhöhten Aufwand, ein städtebauliches Programm derart zu fundieren, denn in der Regel erhöht sich dadurch auch seine Aussage, bevor es von der Plankommission dem Örtlichen Rat zur Bestätigung vorgelegt wird.

Gerade zum städtebaulichen Programm, auf dem alle weitere Arbeit aufbaut, gibt es in darauffolgenden Arbeitsetappen an den verschiedensten Stellen und bis zum letzten Handgriff immer wieder unterschiedliche Meinungen, Zweifel und Widersprüche. Meines Erachtens kann die kompetente und damit unanfechtbarste Aussage nur auf sehr breiter Basis also von den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen getroffen werden. Ich habe übrigens bei der Arbeit mit den Neubrandenburger Kommissionen die Erfahrung gemacht, daß mit hohem Verantwortungsbewußtsein von den meisten Kommissionsmitgliedern neben den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung auch die ökonomischen Grenzwerte unserer gegenwärtigen Möglichkeiten Grundlage der Diskussion waren.

Noch nicht alle Fachabteilungen arbeiten in dieser Weise mit ihren Kommissionen am städtebaulichen Programm. So besteht z. B. eine Schwierigkeit darin, daß diese Arbeit drei bis vier Jahre vor Baubeginn geleistet werden muß, und daß dieser lange Zeitraum an der Verbindlichkeit der Aussage zweifeln läßt und den Ernst der Arbeit beeinträchtigt. Ein zweites Problem ist das richtige Einbinden der Kommission in den weiteren Planungsverlauf. Das ist aber notwendig, damit den Mitgliedern die Ergebnisse ihrer Tätigkeit deutlich werden und sie neben dem anspornenden Erfolgserlebnis auch die Auswirkungen ihrer Einflußnahme kennenlernen.

Daher sollte die nächste gemeinsame Arbeitsetappe darin bestehen, daß den Kommissionen von den Architekten die städtebaulichen Planungen vorgelegt werden. Hier kommt es auch wieder auf den richtigen Zeitpunkt an. Es sollte sich bei dieser Vorlage um Konzepte handeln, keinesfalls um bis ins letzte stadttechnische Detail durchgeplante und grafisch voll ausgearbeitete Zeichnungen. In solchen Fällen entsteht nicht nur der Eindruck, daß nichts mehr zu beeinflussen ist. Der Architekt wehrt sich auch – und bis zu einem gewissen Grade mit Recht – dagegen, Arbeitsschritte wiederholen zu müssen, also Tage und Stunden praktisch vergeudet zu haben. Es ist notwendig, daß der für die Planung verantwortliche leitende Architekt im Arbeitsplan des Kollektivs diese Arbeitsetappe berücksichtigt.

Denn sie erfordert eine bestimmte Zeit und auch eine gewisse Vorbereitung, d. h. eine entsprechende jedoch keinesfalls umfangreiche grafische Aufbereitung der Konzepte. Einfache Arbeitsmodelle aus Gips im M. 1 : 1000 haben sich bei uns dafür am besten bewährt. Wir fertigen sie ja sowieso zu unserer Selbstverständigung an.

Der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, daß diese Zwischenstufe gleichzeitig genutzt werden kann für die Beratungen mit den örtlichen Baubetrieben und mit den verschiedenen speziellen Institutionen wie z. B. der Hygieneinspektion, der Verkehrspolizei und dem Büro für Verkehrsplanung, der staatlichen Bauaufsicht usw. Es soll auch nicht vergessen werden, daß der Gedankenaustausch im Kollegenkreis – z. B. in der BdA-Gruppe – an dieser Stelle am wirksamsten eingeordnet ist. Mitunter begegne ich allerdings hier noch der Auffassung, daß damit bereits der demokratischen Form genüge getan sei.

Doch daß über den Städtebau nur der Architekt kompetent urteilen und entscheiden kann, diese These gehört nicht in unsere Republik.

Wir sind in Neubrandenburg auf dem beschriebenen Weg erste Schritte gegangen, die es mir möglich machten, eine solche Verfahrensweise abzuleiten. Meine Erfahrungen stützen sich dabei besonders auf die Zusammenarbeit mit der Ständigen Kommission der Stadtverordnetenversammlung für Architektur, Bauwesen und Wohnungswirtschaft bei der Planung des Wohngebietes Neubrandenburg-Ost. Ich möchte auch nicht versäumen zu erwähnen, daß der Oberbürgermeister uns immer wieder auf die Rolle der Kommissionen hinwies und bei der gemeinsamen Arbeit wertvolle Unterstützung leistete. Und es ist auch der Aktivität des Vorsitzenden gerade dieser Kommission zu danken, daß wir hier eine beispielhafte Zusammenarbeit erreichten.

So war z. B. die Mitarbeit der Kommission bei der Gestaltung des Wohnungsverteilerschlüssels unter der Berücksichtigung der vorgegebenen staatlichen Normative – in diesem Fall die durchschnittlich 56 m² große Wohnung – ausschlaggebend. Eine erste Fassung der Abteilung Wohnungswirtschaft sah vor, diese 56 m²/WE durch einen sehr hohen Anteil Einraumwohnungen zu erreichen.

Das Wohnungsangebot des Wohnungsbaukombinates auf der Basis des „WBS 70" ließ zunächst keine andere Lösung erkennen. In den Beratungen der Kommission gemeinsam mit den Kollegen des Kombinates wurde schließlich erreicht, daß nun Wohnungsgrundrisse erarbeitet werden können, die bei einem der Neubrandenburger Bevölkerungsstruktur angemessenen Anteil von Einraumwohnungen (rund 10 Prozent) auch die Einhaltung des staatlichen Normativs ermöglichen. Ich glaube, daß wir nur mit Hilfe der Autorität der gewählten Volksvertreter und ihrer geduldigen und verantwortungsbewußten Mitarbeit zu diesem alle Teile befriedigenden Ergebnis kommen konnten.

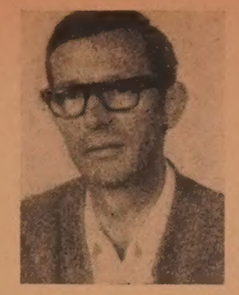
Und natürlich stärkt dieser Erfolg auch die Aktivität und das Selbstbewußtsein der Kommissionsmitglieder. In weiteren Beratungen der Kommission werden nun einzelne Phasen aus der Projektierung des Wohngebietes Ost kontrolliert und begutachtet. Wichtig ist auch hier wieder, daß solche Beratungen immer zum rechten Zeitpunkt organisiert werden. Nämlich dann, wenn es für die Projektanten eine echte Beratung und Entscheidungshilfe bedeutet und nicht erst dann, wenn alles fertig ist und jeder Änderungsgedanke eines Kommissionsmitgliedes den verantwortlichen Architekten nervös werden läßt. Nicht aus Überheblichkeit, sondern weil er nicht weiß, wie er in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit dieses aufgeworfene Problem noch lösen soll.

So werden z. B. alle Grundrisse unter die Lupe genommen. Aufmerksam gemacht durch eine Eingabe über Schlafzimmer, in denen trotz aller Kompromißbereitschaft kein drittes Bett für das fast erwachsene Kind mehr unterzubringen ist, wird nun von den Kommissionsmitgliedern hierauf besonders geachtet. Nicht um größere Schlafzimmer geht es, sondern um optimale Nutzungsmöglichkeiten. Denn es kann keine Garantie dafür gegeben werden, daß eine Familie immer genau dann ihre Zweiraumwohnung in eine Dreiraumwohnung umtauschen kann, wenn das Kind dem Kinderbett entwachsen ist.

Loggien, Balkons, keine Balkons? Diese Frage bewegte die Kommission bei der Gestaltung der Fassaden. Wie ist es mit den Kosten? Welche Wohnungen könnten ohne wesentliche Verluste in der Wohnqualität auf einen Balkon verzichten? Die Wohnungen im Erdgeschoß, die Einraumwohnungen? Wie sieht das dann in der Fassade aus?

Natürlich ist eine solche Arbeitsmethode mit einem zusätzlichen Arbeitszeitaufwand z. B. auch für mich persönlich verbunden. Ich empfinde es dennoch nicht als Belastung, denn ich habe gemerkt, daß durch solche Beratungen die komplizierte – weil nach verschiedenen Seiten orientiert – Frage nach der richtigen Entscheidung in vielen Dingen leichter zu beantworten ist, denn sie kann sich auf die Erfahrungen der gewählten Vertreter der Bevölkerung stützen.

Mitdenken und Mitgestalten ermöglichen



Dipl.-Ing.
Chlotar Seyfarth
Stadtarchitekt
beim Rat
der Stadt Gera

Zu den Fragen 1 und 2:

Einfluß der Bürger unserer Stadt auf den Städtebau ermöglichen und ihn richtig, das heißt im Bearbeitungsprozeß, einschalten, heißt, Formen des Zusammenwirkens zu finden, die das Mitdenken und Mitgestalten schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt ermöglichen.

Es muß eingeschätzt werden, daß wir noch nicht in allen Fällen den Stand erreicht haben, den wir wünschen und der andererseits aus den Forderungen unserer sozialistischen Demokratie notwendig ist. Es gibt jedoch gute Ansätze, die weiter ausgebaut werden müssen.

Vor allem zu komplexen Planungen, wie Wohngebieten usw. finden Beratungen mit den Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung, Aussprachеabende mit Bürgern in den betreffenden Wohnbezirken, aufgabenbezogene Versammlungen in den Wirkungsbereichen der Nationalen Front, mit DFD-Gruppen und Jugendgruppen statt, um Gedanken, Vorschläge und Hinweise in der Planung mit zu berücksichtigen. Ergebnisse derartiger, zum Teil sehr hart und kritisch geführten Diskussionen, führten schon in verschiedenen Fällen zu Veränderungen in Planungsaufgaben, die dadurch nachweisbar berechtigte Forderungen und Hinweise der Bevölkerung in sich aufnahmen. Daneben finden Werkstattgespräche im Rahmen der Arbeit des BdA der DDR statt.

Die Grundlage zu der dargelegten Einbeziehung der Öffentlichkeit sehe ich in unserer Verfassung. Aus ihr ableitend hat die Bevölkerung das Recht des Mitplanens, das für uns als Städtebauer und Architekten die Pflicht ableitet, die entsprechenden Formen zu finden, die dieses Recht garantiert.

Zu Frage 3:

Wenn ich bereits zum Ausdruck gebracht habe, daß wir noch nicht den Stand erreicht haben, der notwendig ist, so gilt dies vor allem in der Hinsicht, daß die Diskussionen mit unseren Bürgern zum Teil erst begonnen wurden, wenn die Planungsarbeiten abgeschlossen waren. Ich halte dieses Verfahren für eine Verletzung unserer sozialistischen Demokratie und für unfair gegenüber unseren Gesprächspartnern. Daher haben wir ernsthafte Bemühungen unternommen, schon in der Phase der ersten Konzeptionen zu Gesprächen zu kommen. Natürlich spielt dabei auch die Form des Vortrages eine Rolle, und ich meine, daß ein Zurückziehen auf den „Fachmann-Standpunkt" ebenfalls unfair ist. Eine Planung erläutern und über sie diskutieren heißt doch letzten Endes, meinen Gesprächspartner in die Lage zu versetzen, die Absicht der Planung zu verstehen, und aus diesem Verständnis eine fruchtbringende Diskussion zu führen.

Zu Frage 4:

Beste Erfahrungen, jedoch noch nicht genug genutzt, haben wir mit Ausstellungen und in der Pressearbeit gemacht. Hier liegt noch ein weites Feld, um die notwendigen Informationen zu verbessern, wobei die Ausstellung das am besten geeignete Objekt für die Organisierung von Diskussionen ist. Eine weitere, gut angelaufene Methode ist die Erläuterung und Verteidigung von Planungen in Einwohnerversammlungen der Wohnbezirke, wo es sehr gute Ergebnisse gab. Daneben gibt es gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gremien, wie Ständige Kommissionen, Jugendgruppen, Wohnbezirksausschüssen, DFD-Gruppen, Beiräten usw.

Zu Frage 5:

Bei der Planung des städtebaulichen Rekonstruktionsgebietes Gera–Debschwitz fanden allein zur Erläuterung der Planung drei Ausschußsitzungen der betroffenen Wohnbezirke und zwei Einwohnerversammlungen statt.

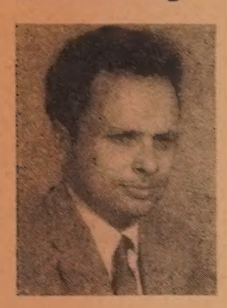
Diese Versammlungen waren sehr gut besucht und es gab kritische Hinweise, die ihren Niederschlag vor allem in der Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen fanden. Darüber hinaus war ein weiteres wertvolles Ergebnis zu verzeichnen, da die Wohnbezirke sehr konkrete Vorstellungen entwik-

kein, in welchem Umfang und an welchen Arbeiten sie mit ihren Bürgern eigene freiwillige Aufbauleistungen übernehmen, die zur Freiflächengestaltung beitragen und Wünsche der Bevölkerung in dieser Hinsicht selbst mit realisieren helfen.

Zu Frage 6:

Die technische Aufbereitung von Projekten für die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wird eigentlich durch das sehr frühe Einbeziehen der Bürger bestimmt. Das heißt, es kann keine fertige technische Planungsunterlage, sondern müssen diskussionsreife Skizzen und Pläne sein. Als sehr vorteilhaft hat sich die Benutzung von Arbeitsmodellen gezeigt, während ein Modell nach Fertigstellung einer Planung nur Informationswert besitzt, da ja zu diesem Zeitpunkt die Diskussion zur Planung abgeschlossen sein soll und nur noch Informationsgespräche stattfinden können.

Langfristiger Vorlauf ist notwendig



Dipl.-Ing.
Eckehard Tattermusch
Stadtarchitekt
beim Rat
der Stadt Schwedt

Zu Frage 1:

Die Einflußnahme der Volksvertretung und der Bevölkerung auf die Stadtplanung und den Städtebau beginnt bereits bei der Erarbeitung der generellen Planungen für die Stadt.

So war zum Beispiel die Standortbestimmung für den komplexen Wohnungsbau nach Fertigstellung des Wohnkomplexes VII Gegenstand längerer Untersuchungen des Büros für Stadtplanung.

Die Ständige Kommission Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverordnetenversammlung, sowie das Kollektiv der Ratsmitglieder wurden bereits bei der Beratung der Zwischenergebnisse wirksam. Im Ergebnis dieser breit angelegten Diskussion konnte eine Lösung gefunden werden, die gegenüber früheren Vorstellungen in den nächsten Jahren eine Bebauung zentrumsnaher Flächen vorsieht. Mit dieser Maßnahme kann eine schrittweise Abrundung der Stadt und eine Verbesserung der kommunikativen Beziehungen innerhalb der Stadt erreicht werden.

Die demokratische Beratung setzt sich fort in der Phase der städtebaulichen Konzeption, die ausgiebig in den ständigen Kommissionen, im Kollektiv des Rates und in der Stadtverordnetenversammlung bereits während der Bearbeitung diskutiert wird, um zu sichern, daß die Hinweise der Volksvertreter und Bürger auch wirklich berücksichtigt werden können.

Bei der Planung des Wohnkomplexes VIII wurde darüber hinaus erstmalig der Versuch unternommen, die Gruppe Soziologie der Deutschen Bauakademie im Rahmen einer Umfrage unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in die Arbeit mit einzubeziehen. Wenn auch in diesem Falle das Ergebnis noch nicht befriedigen konnte, sollte trotzdem die Methode qualifiziert werden und für weitere Planungsaufgaben Anwendung finden.

Zu Frage 2:

Unserer Verfassung entsprechend haben wir als Vertreter der örtlichen Staatsmacht auch im Städtebau die sozialistische Demokratie in allen Planungsphasen zu sichern. Die Basis dafür sind neben den Beschlüssen des VIII. Parteitages und des Zentralkomitees der SED solche wichtigen Dokumente wie der Staatsratserlaß zur sozialistischen Kommunalpolitik. Die speziell für den Städtebau gegenwärtig geltenden Regelungen (zum Beispiel Aufbaugesetz, Richtlinien für die Erarbeitung von Bebauungsplänen) sind, wenn man von unserer gewachsenen gesellschaftlichen Ordnung ausgeht, meiner Meinung nach nicht mehr ausreichend. Eine Neuregelung müßte nicht nur Zielstellung und Gegenstand der Planungsphasen der städtebaulichen Arbeit klar definieren, sondern auch grundsätzliche Festlegungen zur Sicherung der demokratischen Mitwirkung in den einzelnen Phasen treffen und damit den Prozeß der Durchsetzung der sozialistischen Demokratie im Städtebau fördern. Gegenwärtig werden die durch unsere Gesellschaftsordnung gebotenen Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft.

Zu Frage 3:

Aus der Beantwortung der ersten Fragen ist bereits zu erkennen, daß wir eine derartige Methode ablehnen. Eine städtebauliche Konzeption ist mehr als eine Warenproduktion, deshalb muß jeder in der städtebaulichen Planung Tätige bereit sein, gute und innerhalb der ökonomischen Grenzen realisierbare Vorschläge der Bürger zu berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist ein langfristiger städtebaulicher Vorlauf. Bei einer überstürzten Investvorbereitung werden zwangsläufig die Möglichkeiten der Mitwirkung unserer Bürger beschränkt, wenn nicht gar gänzlich ausgeschaltet. Bei der Konzipierung des Stadtzentrums, des Wohnkomplexes VII und des Wohnkomplexes VIII haben wir uns bemüht, in Zusammenarbeit mit den beauftragten Bearbeitern beim Baukombinat und beim Büro für Städtebau die Prinzipien der Mitwirkung der Bevölkerung soweit wie möglich durchzusetzen.

Zu Frage 4:

Als beste Methoden für das Herantragen städtebaulicher Probleme an die Bevölkerung haben sich Veröffentlichungen in der Tagespresse, Postwurfsendungen und öffentliche Ausstellungen bewährt. Wir können hierbei auf die sehr gut besuchten Ausstellungen „Schwed 69" und „Schwedt 70" verweisen. In diesen Ausstellungen wurde eine Vielzahl von Hinweisen und Anregungen aus allen Schichten der Bevölkerung herangetragen, die bereits zum Teil in die weitere städtebauliche Arbeit einfließen konnten .Die schwierigsten Probleme bestehen zur Zeit darin, in den Phasen Investvorbereitung und Projekt für die einzelnen Baumaßnahmen die Mitwirkung der Bevölkerung zu sichern. Der bisher übliche Verfahrensweg bei der Bestätigung von Vorbereitungsdokumentation reicht dazu nicht aus.

Wir sind dabei, zu prüfen, welche Methode der öffentlichen Beratung von Vorbereitungsunterlagen im komplexen Wohnungsbau für alle Partner am rationellsten ist. Es ergeben sich hierbei grundsätzlich höhere Anforderungen an die Projektbearbeiter, die nicht nur formal eine bestätigte Konzeption umzusetzen haben, sondern sich bemühen, in dieser Phase eine weitgehende Annäherung an die gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu erreichen.

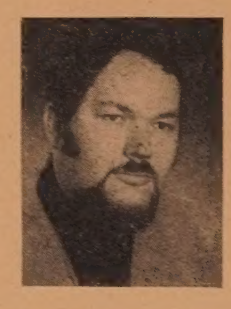
Zu Frage 5:

Ein besonders anschauliches Beispiel der Mitwirkung der Bevölkerung an der Qualifizierung der städtebaulichen Planung stellt die Entwicklung der funktionellen und kompositorischen Grundstruktur der Stadt dar. Nicht zuletzt die Vorschläge und Hinweise der Bevölkerung zu dem problematischsten Verkehrsknoten und zu dem kompliziertesten städtebaulichen Raum waren Anlaß, die generelle Stadtstruktur und die generelle Verkehrslösung der Stadt zu überprüfen. Dabei war es möglich, anstelle der bisherigen statischen Verkehrs- und Stadtstruktur ein flexibles Prinzip zu finden, daß sich der dynamischen Entwicklung anpassen kann. Die anstehenden Probleme werden durch eine Neugestaltung der Stadtstruktur und des Verkehrsnetzes gelöst.

Zu Frage 6:

Infolge des ständig wachsenden Interesses der Bürger an der Gestaltung ihrer Umwelt ist es nach unseren Erfahrungen notwendig, die für die öffentliche Aussprache bestimmten Unterlagen besonders aufzubereiten. So bedürfen zum Beispiel Pläne für Freiflächengestaltung oder Lagepläne eines Teilgebietes der Stadt einer besonderen graphischen Aufbereitung, um die gedachte gestalterische Konzeption plastisch sichtbar werden zu lassen. Ein Arbeitsmodell ist sehr instruktiv, sollte jedoch nur bei größeren Aussprachen Verwendung finden. Wir müssen uns jedoch als Architekten von einem Modellfetischismus lösen, durch den in den letzten Jahren beträchtliche Summen verausgabt wurden. Zu einer gut vorbereiteten Aussprache gehört weiterhin eine Kurzdarstellung der inhaltlichen Grundkonzeption einschließlich der erreichten ökonomischen Kennziffern. Als Schlußfolgerung ergibt sich, daß die Erhöhung der Qualität und Effektivität der Einflußnahme unserer Bevölkerung auf den Städtebau eine Erhöhung der Qualität und Aussagekraft der dazu verwendeten Unterlagen erfordert.

Kritik und Diskussion fördern Erkenntnisprozeß



Dipl.-Ing.
Günter Hartmann
Stadtarchitekt
beim Rat
der Stadt Bautzen

Zu den Fragen 1 bis 6:

Innerhalb der letzten Jahre haben sich die Wechselbeziehungen zwischen Architekten, Städtebauern, Künstlern und den gesellschaftlichen Kräften zunehmend aktiviert. Offene Kritik und ehrlich geführte Diskussionen förderten diesen Erkenntnisprozeß, was sich als Triebkraft für die Weiterentwicklung der sozialistischen Lebensweise erwies.

Im Jahre 1969 beschloß die Stadtverordnetenversammlung und der Kreistag den Generalbebauungsplan und den Generalverkehrsplan für die Kreisstadt Bautzen. In Vorbereitung der Beschlüsse wurden diese für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt ausschlaggebenden Dokumente mit den Einwohnern in den Wohnbezirken, der Nationalen Front, in den Ständigen Kommissionen und Bauaktiven ausgiebig beraten. Als Ergebnis dieser Aussprachen ging eine Vielzahl von Vorschlägen unserer deutschen und sorbischen Bürger ein, die ein lebhaftes Interesse an der künftigen Gestaltung ihrer Stadt bekundeten.

Deshalb besteht unser besonderes Anliegen darin, mit allen Schichten der Bevölkerung die städtebaulichen Probleme zu diskutieren und dabei ihre schöpferische Mitarbeit an den Planungsvorgängen in Form von Hinweisen und Vorschlägen entsprechend dem Grundsatz unserer sozialistischen Verfassung „Arbeite mit – plane mit – regiere mit" einzubeziehen.

Hierbei ist die rechtzeitige Darlegung von Planungsvorhaben vor der Volksvertretung und Bevölkerung von großer Bedeutung, da nur durch deren Mitarbeit die Prinzipien der sozialistischen Demokratie verwirklicht werden können.

Wir mußten feststellen, daß gerade bei neuen Wohnungsbaustandorten, Neubauten von gesellschaftlichen Einrichtungen und nicht zuletzt bei Fragen der Verkehrsplanung ein zeitiges Einbeziehen der demokratischen Öffentlichkeit zu nützlichen Hinweisen führte, die in die Bearbeitung der Objekte mit einfließen konnten. Ein Beispiel dafür:

Bei der Erarbeitung des Generalverkehrsplanes waren zwei Varianten eines zentrumsnahen Tangentensystems zur Aufnahme des Ziel- und Quellverkehrs vorgeschlagen worden, die beide Eingriffe in die bestehende städtebauliche Substanz mit sich brachten. Durch Hinzuziehung des ehrenamtlichen Verkehrssicherheitsaktivs und anderer Gremien aus Kreisen der Bevölkerung erhielten wir Vorschläge, die wesentlich zur Entscheidungsfindung für eine optimale Lösung des Problems beitrugen.

Als Formen der Information haben sich öffentliche Projektverteidigungen mit den Projektanten und auch Darlegungen in der Tagespresse bewährt. So konnten durch die Presseveröffentlichungen eines Vorschlages zur Lösung des innerstädtischen Verkehrs wertvolle Anregungen von seiten der Bevölkerung in die endgültige Konzeption aufgenommen werden. Besondere Erfolge erzielten wir mit größeren Ausstellungen über generelle Probleme der Stadtplanung, da hierdurch auch ein größerer Besucherkreis angesprochen wurde. Ausliegende Handzettel gaben jedem Bürger die Möglichkeit, seine Meinung und Vorschläge zu den ausgestellten Planungen zu äußern. Die positiven Gedanken wurden abschließend zu gutachtlichen Stellungnahmen zusammengefaßt und dienten mit zur Vorbereitung von Beschlüssen des Rates und der Stadtverordnetenversammlung.

Abschließend sei bemerkt, daß für den Bürger eine allgemeinverständliche Aufbereitung der vorzustellenden Projekte von Bedeutung ist. Das betrifft vor allem die gute Lesbarkeit, da für den interessierten Bürger im allgemeinen das Planungsziel bei nur technischen Darstellungen schwer verständlich bleibt. Wir haben mit dem Hervorheben wichtiger Punkte durch farbige Signaturen sowie durch das Hinzufügen kurzgefaßter schriftlicher Erläuterungen mit größerem Schriftbild gute Erfahrungen gemacht. Bei Rekonstruktionen von Altbausubstanz haben sich fotografische Dokumentationen des alten Zustandes in Verbindung mit der Neuplanung als sehr anschaulich erwiesen.

Bei Wohnungsgrundrissen sollten auch immer Vorschläge für die Möblierung – wenn möglich farbig – eingetragen sein, da der Betrachter damit eine bessere Vorstellung über die Funktionstüchtigkeit der Wohnungen erhält. Schaubilder sollten nur in sparsamer Form in Anwendung kommen, da grafische Effekte vielfach zu falschen Vorstellungen über den späteren Zustand verleiten.

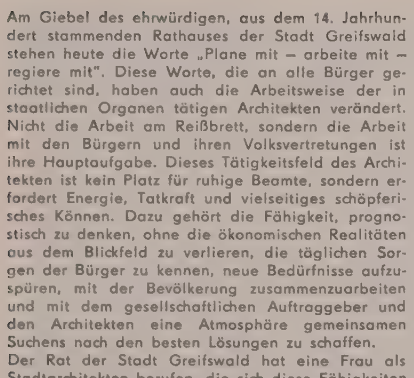
Architektenporträt



Helga Hüller



1



Am Giebel des ehrwürdigen, aus dem 14. Jahrhundert stammenden Rathauses der Stadt Greifswald stehen heute die Worte „Plane mit – arbeite mit – regiere mit". Diese Worte, die an alle Bürger gerichtet sind, haben auch die Arbeitsweise der in staatlichen Organen tätigen Architekten verändert. Nicht die Arbeit am Reißbrett, sondern die Arbeit mit den Bürgern und ihren Volksvertretungen ist ihre Hauptaufgabe. Dieses Tätigkeitsfeld des Architekten ist kein Platz für ruhige Beamte, sondern erfordert Energie, Tatkraft und vielseitiges schöpferisches Können. Dazu gehört die Fähigkeit, prognostisch zu denken, ohne die ökonomischen Realitäten aus dem Blickfeld zu verlieren, die täglichen Sorgen der Bürger zu kennen, neue Bedürfnisse aufzuspüren, mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten und mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber und den Architekten eine Atmosphäre gemeinsamen Suchens nach den besten Lösungen zu schaffen.

Der Rat der Stadt Greifswald hat eine Frau als Stadtarchitekten berufen, die sich diese Fähigkeiten in ihrer praktischen Arbeit erworben hat. Helga Hüller kann sich in ihrer Arbeit als Stadtarchitekt und Mitglied des Rates der Stadt auf das Vertrauen ihrer Mitbürger stützen. Sie ist Stadtverordnete und kennt vor allem durch ihre langjährige gesellschaftliche Tätigkeit als Abgeordnete die Probleme der Bürger sehr gut. Und die Bürger kennen sie. Sie kommen mit ihren Sorgen zu ihr. Wo sie helfen kann, wird das unbürokratisch getan. Sie weiß aber auch, daß viele Probleme einer so alten und heute schnell wachsenden Stadt nicht von heute auf morgen zu lösen sind. Das ist für sie keineswegs ein tröstendes Argument, sondern ein Grund, Wege zu suchen, Notwendiges schneller zu verwirklichen.

Helga Hüller ist nicht der Typ von Architekten, die sich schon an Plänen und Modellen berauschen. Für sie zählt nur das Realisierbare und Realisierte, das, was das Leben der Menschen verbessert. Sie kann sich darüber ein fundiertes Urteil erlauben, denn die 1926 in Prag geborene Stadtarchitektin hat in ihrer Praxis das Bauen von allen Seiten her kennengelernt. Nach der Maurerlehre und dem Examen an der Staatsbauschule war sie in einem Architektenbüro und später im Stadtbauamt in Erfurt tätig. Zu den Aufgaben gehörten der Wiederaufbau im Krieg zerstörter Gebäude und die Mitarbeit bei der Planung des RFT-Funkwerkes in Erfurt. 1952 übernahm sie eine Aufgabe in der Hauptabteilung Aufbau der damaligen Landesregierung Thüringen. Nach der Bildung der Räte der Bezirke wurde ihr beim Rat des Bezirkes Erfurt eine verantwortungsvolle Aufgabe für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau übertragen. 1953 erhielt sie eine Berufung in den Architekturbeirat beim Rat des Bezirkes. Im gleichen Jahr wurde sie als Referent in der Abteilung Städtebau eingesetzt. 1956 übernahm sie eine neue Aufgabe in Greifswald. Schon ein Jahr später wurde sie als Stadtverordnete gewählt und 1958 als Stadtbaudirektor von Greifswald mit dem Aufbau des neuen Stadtbauamtes betraut. 1961 erhielt sie in Anerkennung ihrer Leistungen eine Berufung in den Beirat des Ministeriums für Bauwesen. 1963 wurde sie als Kreisbaudirektor eingesetzt. Seit 1958 war sie Mitglied des Rates der Stadt beziehungsweise des Kreises, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete und leistete darüber hinaus gesellschaftliche Arbeit als Mitglied der Kreisleitung der SED. 1969, als die Entwicklung der Stadt, vor allem mit dem Aufbau des Kernkraftwerkes Nord und anderer neuer Industrien, starke Impulse erhielt, wurde Helga Hüller als Stadtarchitekt berufen. Die Arbeit an der perspektivischen Generalbebauungsplanung, bei der Gestaltung des Wohngebietes Greifswald-Schönwalde und die Vorbereitung der komplexen Modernisierung und Instandhaltung in der Stadt bilden gegenwärtig ihre Arbeitsschwerpunkte.

Für ihre Leistungen wurde sie bereits viermal mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen", zweimal als „Aktivist", als Mitglied eines Kollektivs der sozialistischen Arbeit und 1968 mit der „Verdienstmedaille der DDR" ausgezeichnet.

2



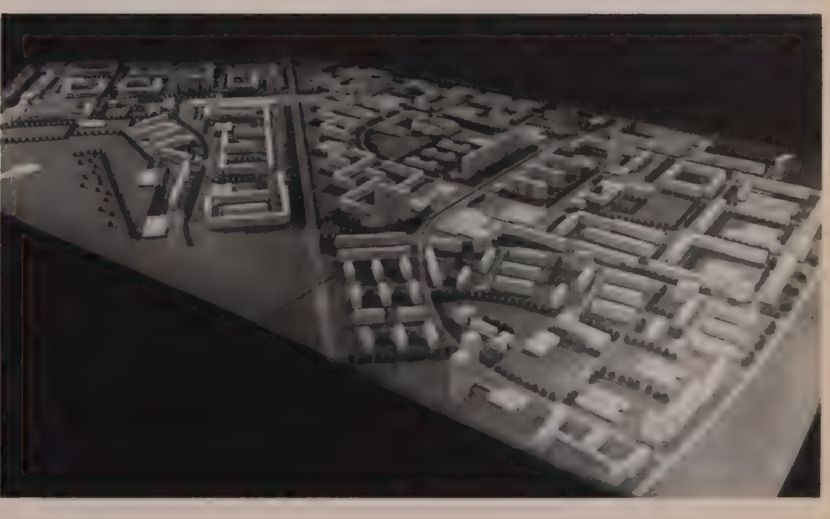
Dennoch sagte sie mir, daß ihr nicht sehr wohl ist bei dem Gedanken, in der Zeitschrift hervorgehoben zu werden, da sie nicht, wie andere Kollegen, die Möglichkeit hatte, selbst „große" Projekte zu entwerfen.

Sie hat lange Jahre – wie viele Architekten – verantwortungsbewußt und bescheiden eine große Arbeit als Funktionär unseres Staates geleistet. Gerade diese wenig sichtbare, verdienstvolle Arbeit, für die es noch keine Architekturpreise gab, sollte hier einmal gewürdigt werden. Z.

3



4



1 Greifswald. Rathaus und Platz der Freundschaft

2 In der vom Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Rostock, Genossen Tisch, geleiteten Architekturkommission erläutert Helga Hüller Arbeitsmodelle

3 Erste Wohnbauten im neuen Wohngebiet Greifswald-Schönwalde

4 Modell des Wohngebietes Greifswald-Schönwalde, das in den nächsten Jahren aufgebaut wird

Neue Tendenzen in der Entwicklung des Massenwohnungsbaues der UdSSR

Dipl.-Ing. Dietmar Schirmer



1



2

Der 24. Parteitag der KPdSU legte im April 1971 mit dem Beschluß über die Direktiven zum 9. Fünfjahrplan die Entwicklung des Wohnungsbaues der nächsten Jahre fest.

A. Kossygin stellte in seinem Rechenschaftsbericht der Bauindustrie und den Projektanten folgende Aufgaben: „Im Entwurf der Direktiven ist vorgesehen, in den Jahren 1971 bis 1975 Häuser mit einer Wohnfläche von 565 bis 575 Millionen Quadratmetern zu bauen. Das wird die Wohnverhältnisse von etwa 60 Millionen Menschen verbessern. Der Wohnungsbau wird in immer stärkerem Maße nach neuen Projekten erfolgen, die einen günstigeren Grundriß sowie die bessere Ausstattung und Inneneinrichtung vorsehen. Der genossenschaftliche Wohnungsbau ist zu entwickeln. Ferner muß der Bau von Eigenheimen in Stadt und Land gefördert werden."

Die Zielstellung für den Massenwohnungsbau ist das Ergebnis einer intensiven und allseitigen Forschungs- und Entwicklungsarbeit im Verlauf der vorhergehenden Jahre. Diese Vorbereitungsphase wurde eingeleitet durch eine Entschließung des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 28. Mai 1969 („Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Wohn- und Gesellschaftsbaues"). Ausgehend von dem erreichten Stand des Typenbauwesens werden in der Entschließung konkrete Schritte zur weiteren qualitativen Verbesserung des Massenwohnungsbaues festgelegt. Die wichtigsten dieser Punkte betreffen:

1. Die allgemeine Verbesserung der Qualität des Wohnungsbaues sowie der Ausstattung der Wohnungen.
2. Die Erhöhung der Nebenfunktionsfläche der Wohnungen sowie die mögliche Ausstattung der Wohnung mit einer Kücheneinrichtung und mit Einbauschränken.
3. Die Schaffung von Abstellräumen für Kinderwagen und Fahrräder.
4. Einbau von Müllschluckern in Wohnhäuser ab fünf Geschossen.
5. Ausrichtung der Typenplanung auf die Bedingungen der Klimazonen der UdSSR.
6. Erarbeitung und Einführung von Typenprojekten, die unterschiedliche architektonische Lösungen des Wohnungsbaues zulassen und die sowohl in der Geschoßzahl als auch in der Blocklänge und in der Fas-

Tabelle 1 Anteil der Wohnungsgrößen in den neuen Typenserien und die Belegung der Wohnungen

Zahl der Zimmer in der Wohnung	Anteil der Wohnungen %		Personen je WE	Anteil der Familien %	Hauptfunktionsfläche WE m²	Wohnfläche je WE m²
1	8	20	1	8	12 bis 14	25 bis 28
1	12		2	15	18 bis 21	35 bis 38
2	3	30	2		24 bis 25	40 bis 42
2	27		3	27	28 bis 30	49 bis 50
3	27	39	4	27	36 bis 38	54 bis 58
3	12		5	15	39 bis 41	60 bis 63
4	3	8	5		46 bis 48	66 bis 70
4	5		6	8	49 bis 51	73 bis 75
5	3		7		56 bis 65	84 bis 91

Tabelle 2 Anteil der Fertigungsverfahren am Bauvolumen des Wohnungsbaus

	1970 %	1975 %	Konstruktive Varianten	Anzahl der Typenserien
1. Großplattenbauten	42 bis 44	54 bis 58	20	42
Großplatten-Skelettbauten				9
demontierbare Konstruktionen				
2. Raumzellenbau	0,3 bis 0,4	1,5 bis 2	1	8
3. Monolithbau (Gleitverfahren, Tunnelschalverfahren)	—	1,5 bis 2	5	—
4. Bauten aus örtlichen Materialien				
a) Großblockbau	8 bis 9	8 bis 9	14	31
b) Ziegel und Natursteinbau	44 bis 46	30 bis 33		
c) Holzbau einschließlich Standardserien	2 bis 3	2 bis 3		



3

sadengestaltung differenziert werden können.

Die Entschließung sieht vor, Typenprojekte, die diese Forderungen berücksichtigen, ab 1971 in die Produktion zu überführen. Damit verbunden ist der Übergang der Bauindustrie zu neuen Technologien, die den gewachsenen architektonischen Forderungen entsprechen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Tätigkeit der Baukombinate außer nach der allgemeinen Planerfüllung auch nach der Realisierung eines städtebaulich notwendigen Typenprogramms bewertet werden.

Damit waren für die Projektanten die notwendigen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen gegeben, die eine qualitative Verbesserung der Typenprojekte zuließen.

Entsprechend den unterschiedlichen demographischen Bedingungen werden bis zu zehn unterschiedliche Wohnungsgrößen innerhalb einer Typenserie angeboten. In Abhängigkeit von unterschiedlichen Lebensgewohnheiten verschiedener Nutzergruppen werden auch Wohnungen mit gleicher Zimmerzahl in Größe und Zuschnitt unterschiedlich ausgebildet.

Die Hauptfunktionsfläche wird in den neuen Typenprojekten auf 9 bis 9,5 m^2/Person erhöht, die Wohnfläche steigt auf 14,5 bis 15 m^2/Person. In den meisten Projekten werden die Wohnungen funktionell differenziert in einen Wohnbereich (Wohnzimmer mit Küche und Vorraum) und einen Schlafbereich (Schlaf- und Kinderzimmer mit Sanitärräumen). Die Wohnzimmer sind im allgemeinen etwa 18 m^2 groß. Die Schlafzimmer haben eine Mindestgröße von 12 m^2; ein Kinderzimmer für zwei Kinder ist größer als 12 m^2, für ein Kind beträgt die Mindestgröße des Zimmers 8 m^2.

Die Küchen der Zwei- und Dreiraumwohnungen haben eine Grundfläche von 7 bis 8 m^2, bei Vier- und Fünfraumwohnungen erhöht sich die Größe der Fläche auf 9 bis 10 m^2.

Für sämtliche Wohnungen werden innenliegende Abstellräume mit einer Größe von 1 bis 1,5 m^2 vorgesehen. In die Wohnungen werden Einbauschränke eingebaut.

Die Treppenhäuser sind im allgemeinen als außenliegende Treppenhäuser konzipiert; Innentreppenhäuser dürfen nur in nördlichen Gebieten der UdSSR angewendet werden. Haupterschließungsform ist eine sektionsweise Erschließung mit Zwei- und Dreispännern. Bei neungeschossigen Typen mit Aufzug kommt vielfach eine Sektionserschließung als Vierspännertyp zur Anwendung. Die Gebäude sind in den verschiedenen Typenserien zwischen 10 und 12 m tief.

Das geplante Bauvolumen der nächsten Jahre soll zu mehr als 50 Prozent aus Großplattenbauten realisiert werden. Dabei werden die Typenserien und konstruktiven Systeme auf der Basis der örtlich vorhandenen technischen Bedingungen geschaffen. In Gebieten mit fehlenden oder unzureichenden technischen Voraussetzungen werden neue Fertigteilwerke errichtet. Neben

1
Moskau. Neubauviertel Nowo-Tscherjomuschki im 10. Mikrorayon

2 3
Moskau. Neubauviertel Chimki-Chowrino

4
Teil einer neuen Wohnsiedlung in Taschkent

4





5

diesen Typenserien auf der Basis von Großplattenkonstruktionen werden weitere Serien für Raumzellenhäuser, Bauten im Monolithverfahren oder für die Errichtung aus örtlichen Baumaterialien erarbeitet.
Als rationellste Bauverfahren der nächsten Jahre gelten Großplattensysteme mit tragenden Längs- oder Querwänden. Zur Zeit werden in Städten mit konzentrierter Bauproduktion 70 bis 90 Prozent des Bauvolumens nach diesen Verfahren errichtet.
Für die Rekonstruktion der bestehenden Fertigteilwerke und die Errichtung neuer Anlagen wurde eine neue Technologie für die Herstellung der Betonfertigteile geschaffen. Diese im zentralen Forschungsinstitut für Wohnungsbau ausgearbeitete Technologie gestattet die Produktion einer großen Zahl vielseitig verwendbarer Elemente auf der Basis einer freien Nomenklatur. Die Technologie gestattet die Verbesserung der architektonischen Qualität der bestehenden und der neuen Typenserien, gleichzeitig garantiert sie die Bereitstellung brauchbarer Elemente auch für individuelle Projektlösungen. Wichtige Bestandteile der Technologie sind folgende Teilbereiche:

1. Übergang von der Standfertigung der Außenwände zur Linienfertigung mit Wärmebehandlung in Batterien oder Wärmekammern mit nachfolgender Oberflächenbehandlung und Komplettierung der Elemente.
2. Oberflächenbehandlung von Innenwänden und Deckenelementen bis zur Farbbehandlung oder Tapezierung.
3. Deckenfertigung mit komplettem Schichtenaufbau.
4. Herstellung von Treppenläufen und Podesten, Balkonen und Loggienelementen in Kassettenfertigung, falls die entsprechenden Anlagen vorhanden sind.
5. Bei einem Produktionsvolumen der Baukombinate über 100 000 m² Wohnfläche je Jahr Herstellung von kompletten Sanitärkabinen und oberflächenfertigen Dachelementen.
6. Maximale Vorkomplettierung aller sonstigen Elemente.

Um einen Produktionsrückgang bei der Umstellung der Vorfertigungswerke zu vermeiden, sollen die vorhandenen technischen Anlagen weiter genutzt werden. Die notwendigen Veränderungen und neu zu schaffenden Anlagen werden nach besonderen Projekten – aufbauend auf die vorhandenen Ausrüstungen – entwickelt. Die dabei notwendigen Kompromisse gestatten nicht immer den gewünschten Übergang auf neue Elementeabmessungen. So werden zum Beispiel auch in Zukunft neben den Deckenspannweiten von 3,0 und 3,6 m auch solche von 2,7 oder 3,2 m zur Anwendung kommen. In neuen Werken wird in stärkerem Maße mit größeren Deckenspannweiten gearbeitet.

In den Typenserien auf der Basis örtlicher Baumaterialien sollen in verstärktem Maße industriell vorgefertigte Elemente verwendet werden.

Zur Erprobung des Lift-Slab-Verfahrens mit Montage der Wandkonstruktion in Erdgeschoßebene lief in den letzten Jahren in Jerewan ein umfangreiches Versuchsprogramm ab. Es wurden vier- und neungeschossige Häuser errichtet; zur Zeit erfolgt der Übergang zum Bau zwölfgeschossiger Gebäude nach diesem Verfahren.

Die Baukosten wurden bei der Errichtung der Versuchsbauten um 15 bis 20 Prozent gesenkt, der Arbeitsaufwand konnte im Vergleich zu sonst angewandten Monolithverfahren um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden.

Seit 1967 werden in Tula und Sotschi Versuchsbauten im Tunnelschalverfahren ausgeführt. Weitere Versuchsbauten sind für Adler und Rostow (Don) geplant. Nach vorläufigen Ergebnissen konnte der Stahlverbrauch in den Experimentalbauten um 20 bis 40 Prozent gesenkt werden, der Arbeitsaufwand sank um etwa 10 Prozent im Vergleich zu zehngeschossigen Hochhäusern in Großplattenbauweise.

Nach der Auswertung breit angelegter Versuchsserien zur Erprobung der Raumzellenbauweise in den Jahren 1966 bis 1970 in Minsk, Krasnodar, Sotschi und anderen

6

Reines Wohnbauland der Wohngebiete in m²/ha / Anteil der bebauten Fläche in %	Geschoßanzahl der Häuser: 4		5		9		12		16	
	2 800 / 22	87 % / 95 %	3 200 / 21	100 % / 100 %	4 200 / 17	131 % / 85 %	4 350 / 15	135 % / 75 %	4 500 / 13	140 % / 60 %
1	R/m² HFFL	%	R/m² HFFL	%	R/m² HFFL	%	R/m² HFFL	%	R/m² HFFL	%
Bauaufwand										
1 Aufwendungen im Bereich der Investitionen für den Wohnungsbau										
Kosten für den Hochbau	144	103,6	139	100	150,5	108,3	165	119	163	117,3
Kosten für Tiefbau und Freiflächengestaltung des Wohngebietes	12,4	113	11	100	8	72,8	7,8	71	7,6	69,1
Kosten für Hochbau, Tiefbau und Freiflächengestaltung	156,4	104,3	150	100	158,5	105,7	172,8	115,2	170,6	113,7
2 Aufwendungen im Bereich der stadttechnischen Erschließung										
Kosten der stadttechnischen Erschließung und für die Freiflächengestaltung des Wohnkomplexes sowie der Leitungs- und Straßensysteme in Städten mit einer Einwohnerzahl von										
1000 Tausend Einwohner	52,6 / 43,5	108 / 108	48,7 / 40,2	100 / 100	39,5 / 31,5	81 / 79,3	39,4 / 32,2	80,6 / 80,2	38,8 / 32	79,6 / 79,6
500 Tausend Einwohner	28,1	108,1	26	100	21	81	20,7	79,5	20,4	78,4
200 Tausend Einwohner	22,6	108,1	20,9	100	16,9	81	16,6	79,5	16,4	78,4
100 Tausend Einwohner	15,1	107,9	14	100	11,4	81	11,2	80	11,1	79,3
50 Tausend Einwohner	14,6	108,2	13,5	100	10,9	81	10,7	79,2	10,6	78,6
3 Allgemeine Kosten des Wohnungsbaus unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Leitungs- und Transportsysteme in Städten mit einer Einwohnerzahl von										
1 000 Tausend Einwohner	209 / 199,9	105,2 / 105,1	198,7 / 190,2	100 / 100	198 / 190,4	99,6 / 10,1	212,2 / 205	106,8 / 107,8	209,4 / 202,6	[illegible]
500 Tausend Einwohner	184,5	104,8	176	100	179,5	102	193,5	110	191	[illegible]
200 Tausend Einwohner	179	104,7	170,9	100	175,4	102,6	189,4	110,8	187	[illegible]
100 Tausend Einwohner	171,5	104,6	164,6	100	169	103,6	184	112,2	181,7	[illegible]
50 Tausend Einwohner	171	104,6	163,5	100	169,4	103,6	183,5	112,2	181,2	[illegible]
Jährliche Nutzungsaufwendungen für die Wohnbauten	6,62	103	6,43	100	7,6	118	8,23	128	8,3	[illegible]
4 Für die stadttechnische Erschließung und die Freiflächegestaltung des Wohngebietes einschließlich der Kosten für städtische Leitungs- und Transportsysteme in Städten mit einer Einwohnerzahl von										
1 000 Tausend Einwohner	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	3,98 / 3,64	78 / 77,8	3,68 / 3,53	76 / 75	3,74 / 3,43	75 / 72,6
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	3,17	78	3,08	75,6	2,98	73
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	78	2,51	75,6	2,43	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	2,26	82	2,19	79,3	2,12	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

5
Modell des künftigen Stadtzentrums von Bratsk

6
Ungefähre Bau- und Nutzungsaufwendungen für eine Wohnbebauung mit 4-, 5-, 9-, 12- und 16geschossigen Großplattenhäusern (Zähler mit, Nenner ohne Kosten für Metro)

7
Leningrad. Neubauten in der Maurice-Thorez-Straße

8
Vilnius. Neubaugebiet Shirmunai

Städten beschloß der Ministerrat der UdSSR die Errichtung von 25 Werken für die Herstellung von Raumzellen mit einer Kapazität von 1,72 Mio m² Wohnfläche je Jahr.
Im Zeitraum von 1971 bis 1975 wird sich die Bauproduktion weiter entsprechend den unterschiedlichen territorialen und klimatischen Bedingungen entwickeln. Dabei wird der Anteil des fünfgeschossigen Wohnungsbaues auch künftig – wie in der DDR – noch den größten Umfang einnehmen. Viergeschossige Häuser werden dabei vorwiegend in Gegenden mit starker Erdbebentätigkeit errichtet. In Gebieten mit extremen Witterungsbedingungen (Polargebiete, südliche Gebiete der UdSSR) wird außerdem die Geschoßhöhe auf 3,0 m erhöht. Neungeschossige Gebäude werden in verstärktem Maße in Städten mit mehr als 1 Millionen Einwohnern errichtet werden, aber auch dann, wenn geringe Baulandreserven die Erhöhung der Einwohnerdichte fordern. Gebäude mit mehr als neun Geschossen sind im allgemeinen nicht in die neuen Typenserien eingeschlossen, eine Ausnahme können jedoch zwölfgeschossige Punkthäuser bilden. Andere Hochhäuser werden in Abhängigkeit von den städtebaulichen Bedingungen nach individuellen Projekten errichtet. In den Jahren 1971 bis 1975 wird sich die Geschoßzahl der Wohnbauten entsprechend Tabelle 3 entwickeln. Zur Einschätzung der städtebaulichen und hochbaulichen Gesamtökonomie wurden detaillierte ökonomische Untersuchungen vorgenommen. (Abbildung 6)

Tabelle 3 Entwicklung der Geschoßzahl der Wohnungsbauten in %

Geschoßzahl	1970	1975
1 bis 2	5 bis 6	7 bis 9
3 bis 4	13 bis 14	16 bis 18
5	62 bis 64	48 bis 50
9 und mehr	16 bis 17	25 bis 26

Besondere Aufmerksamkeit bei der Erarbeitung der Typenprojekte wurde der in der Entschließung des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR aufgestellten Forderung gewidmet, die Schablonenhaftigkeit und Monotonie in der Gestaltung der Häuser und der Wohngebiete zu überwinden.
Dieses Ziel soll vorrangig durch eine plastische Gliederung der Fassaden erreicht werden; als Mittel dienen unterschiedliche Loggien- und Balkonstrukturen, die plastische Betonung der Treppenhäuser sowie versetzte Baukörperfluchten im Ergebnis entsprechender Grundrißgestaltung.
Die Anwendung der in Länge, Geschoßzahl und baukörperlicher Lösung unterschiedlichen Gebäudeabschnitte soll befriedigende architektonische Lösungen garantieren.
Mit dem Ziel einer großen städtebaulichen Variabilität werden in den Bestand der Typenserien außerdem Verbindungssegmente, Endsegmente und besondere Bauteile eingeschlossen. Die neuen Typenprojekte berücksichtigen in der funktionellen Konzeption und in der Gestaltung weitgehend nationale und territoriale Besonderheiten. So können in südlichen Gegenden tiefe schattenspendende Loggien als wichtiges Gestaltungs- und Funktionselement zur Anwendung kommen. In nördlichen Bezirken sind Trockenschränke für Kleidung in den Wohnungen vorzusehen.
Um die Aufgaben der Projektierung optimal zu lösen, wird folgende Verteilung der Projektierungskapazität als sinnvoll angesehen:

45 bis 50 Prozent Typenprojekte für Gebäudeabschnitte;

25 bis 30 Prozent Typenprojekte mit besonderen Bedingungen (Fassadengestaltung, Funktionsüberlagerung)

20 bis 25 Prozent Projekte unter Einfluß von Verbindungssegmenten und besonderen Bauteilen

5 bis 8 Prozent individuelle Projekte.

Außer den Typenprojekten werden auch Experimentalprojekte erarbeitet, die der Überprüfung und Präzisierung neuer funktioneller und konstruktiver Lösungen des Wohnungsbaues dienen. Diese Experimentalvorhaben stehen in engem Zusammenhang mit der Erarbeitung weitreichender Prognosen durch die zentralen sowjetischen Forschungsinstitute für Städtebau, für Wohnungsbau und für Gesellschaftsbau. Ziele dieser umfangreichen Arbeiten sind Prognosen für die Entwicklung des sowjetischen Städtebaues sowie des Wohn- und Gesellschaftsbaues für den Zeitraum bis 1980, bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.
Nach den dort vorliegenden Urteilen von Ökonomen und Architekten wird bis zum Jahr 1980 im wesentlichen die Aufgabe gelöst werden, jeder Familie eine Wohnung zu geben, deren Zimmerzahl der Zahl der Familienmitglieder entspricht. Außerdem wird in diesem Zeitraum der Versorgungsgrad der Wohngebiete mit Dienstleistungseinrichtungen wesentlich erhöht werden. In der nachfolgenden Etappe soll jede Familie eine Wohnung erhalten, in der außer einem Zimmer für jedes Familienmitglied zusätzlich ein gemeinsamer Wohnraum vorhanden ist. In diesem Zeitraum werden in großem Umfang Konstruktionslösungen mit der Möglichkeit flexibler Wohnungsgrundrisse errichtet werden. Wohnungen und gesellschaftliche Einrichtungen werden baulich zusammengefaßt, was bestmögliche Bedingungen für die Verlagerung eines großen Teils der Hauswirtschaft in den gesellschaftlichen Bereich schafft. Ein großes Versuchsprogramm in der gegenwärtigen Etappe dient der Erarbeitung der Fakten und Erkenntnisse, die notwendig sind, um die am meisten geeigneten Wege für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaues in funktioneller und konstruktiver Hinsicht zu ermitteln und günstigste Voraussetzungen für die zukünftige Investitionsgestaltung zu schaffen. Innerhalb dieses Versuchsprogramms, in dessen Rahmen in Moskau und anderen Städten Versuchsbauten errichtet werden, ist der baldige Beginn des Experiments im I. Quartal in Moskau Tscherjomuschki zu erwarten. Ähnlich konzipierte Komplexe und solche mit anders gearteten räumlich-sozialen Strukturen befinden sich im Bau. Sie gestatten die Gewinnung und Auswertung der Daten, die für die Ermittlung optimaler Lösungswege für die räumliche Struktur in der kommunistischen Gesellschaftsordnung als Voraussetzung zu betrachten sind.


7


8

Literatur

(1) ND vom 7. 4. 1971
(2) Die Richtung der Entwicklung des Wohnungsbaues in der UdSSR (ZNIIEP zilisza), Moskau 1969
(3) Weisungen zur Erarbeitung der Serien von Typenprojekten und Typenwohnbauten für das Bauwesen in Städten und Arbeitersiedlungen in den Jahren 1971 bis 1975 (ZNIIEP zilisza), Moskau 1970
(4) Architektura SSSR 1970, 1971
(5) Zilicnoe stroitelstvo 1970, 1971

Neubukow – zur Nutzung baulicher Ressourcen im städtebaulichen Umgestaltungsprozeß

Dipl.-Ing. Horst Gräfe, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Rolf Grebin, Architekt BdA/DDR
Büro für Städtebau Rostock

Auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde festgelegt, die Wohnverhältnisse unserer Bevölkerung im laufenden Fünfjahrplanzeitraum entscheidend zu verbessern, sowohl durch Neubau als auch durch Modernisierung, Um- und Ausbau vorhandener Wohnungen.
In diesem Zusammenhang hat auch der Konzentrationsprozeß der Bevölkerung in den größeren Siedlungszentren Auswirkungen auf die proportionale Entwicklung von Kleinstädten mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur ihres Einzugsbereiches. Dieser Prozeß fordert auch die schrittweise Umgestaltung dieser Städte unter Ausnutzung der baulichen Ressourcen. Die planmäßige Nutzung der erhaltenswürdigen Substanz schließt ihre bauliche Erneuerung und Pflege sowie die Einbindung in die neue Bebauung ein, wodurch auch die Qualität der Altbaugebiete schrittweise erhöht wird und die Arbeits- und Lebensbedingungen ständig verbessert werden. Zur Aufrechterhaltung und Vervollkommnung der Funktionstüchtigkeit der Stadt ist es notwendig, daß der Reproduktionszyklus der gesamten Bausubstanz in dialektischer Einheit von Alt und Neu abläuft.
Am Beispiel der Kleinstadt Neubukow wurden erste Untersuchungen zur Nutzung baulicher Ressourcen im städtebaulichen Umgestaltungsprozeß durchgeführt und erste Schlußfolgerungen gezogen. Ausgangspunkt bei dieser Arbeit im Büro für Städtebau Rostock bildete der Generalbebauungsplan des Bezirkes sowie die Konzeption zur politisch-ökonomischen Entwicklung der Stadt, die von den örtlichen Organen erarbeitet wurde.
Das Profil der Stadt Neubukow wird schon heute durch Großanlagen der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft bestimmt (Abb. 1). Die sich im Laufe des Konzentrationsprozesses vollziehende Ansiedlung der Auspendler in der Nähe ihrer Arbeitsstätten wird die Voraussetzung für die Konzentration von Arbeitskräften der Landwirtschaft in diesen kleineren Siedlungszentren schaffen. Die wichtigsten Ausgangsdaten für die prognostische Berechnung der Größe des Siedlungszentrums Neubukow waren die erforderlichen Arbeitskräfte für die Betriebe und Einrichtungen der Stadt und für die Versorgung des Umlandes unter besonderer Berücksichtigung der oben bereits erwähnten Zuwanderung aus dem landwirtschaftlichen Einzugsbereich und der Abwanderung der Auspendler in die größeren Siedlungszentren. Die noch vorhandenen Auspendler in den Kleinstädten dieser Größenordnung spielen eine nicht unerhebliche Rolle bei dieser Berechnung. In Neubukow pendeln 10 Prozent der Einwohner aus; für die prognostische Berechnung wurden hiervon 50 Prozent als verbleibende



1



2



3

1
Blick auf die Stadt

2
Blick in die
erhaltenswerte
Kröpeliner Straße

3
Marktplatz
von Neubukow

Wohngebäude
Gesellschaftliche Einrichtungen
Wirtschafts- und Nebengebäude

4

5

Gebäude geeignet
Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes erforderlich
Gebäude vorläufig zu erhalten
Gebäude nicht zu erhalten

4
Bestandshauptkarte

5
Karte der Analyse
der Bausubstanz



6
Graphische Darstellung des Bestandes

7
Graphische Darstellung der Analysen

Einwohner angenommen. Die erforderliche Zuwanderung aus dem landwirtschaftlichen Einzugsbereich wurde der Abwanderung gleichgesetzt.
Auf der Grundlage der Untersuchung der Altstadt Neubukow zur Rekonstruktion der Hochbausubstanz konnte davon ausgegangen werden, daß die noch erforderlichen Wohnneubauten, abgesehen von geringfügigen Abrundungen in den Außengebieten, durch Verdichtung in der Altstadt errichtet werden können, so daß keine landwirtschaftlichen Nutzflächen in Anspruch genommen werden müssen. Im Untersuchungsgebiet der Altstadt wohnen 1760 Menschen, das sind 45 Prozent der Gesamtstadt, in 545 WE. Diese Daten entsprechen 3,23 Einwohner je Wohnung und einer Einwohnerdichte von 80 EW/ha. Hier befinden sich 80 Prozent der Hochbausubstanz der Gesamtstadt in geschlossener Bebauung, an den Hauptstraßen 2geschossig und an den Nebenstraßen vorwiegend 1geschossig (Abb. 2). Der Durchgangsverkehr soll aus dem Stadtzentrum herausgenommen werden, somit kann dem Fußgänger hier eine attraktive Kommunikationszone angeboten werden. Das Stadtzentrum bleibt also auch weiterhin gesellschaftlicher Mittelpunkt (Abb. 3), und die Stadtstruktur wird nicht zerstört. Zur Zeit sind die gesellschaftlichen Einrichtungen der Stadt stark zersplittert an den Hauptstraßen und am Markt in den Erdgeschossen der Wohngebäude untergebracht (Abbildung 4).
Mit Hilfe einer im Büro für Städtebau Rostock entwickelten „Methode zur Aufnahme, EDV-gerechten Aufbereitung und Auswertung der Daten für städtebauliche Ressourcen" wurden die Daten ausgewertet und die Bausubstanz der Altstadt beurteilt. Folgende Kriterien wurden für die Analyse herangezogen: Gebäudeabmessung, Gebäudeart, Bauweise, Ausbaustufe, Bauzustand, Baualter und sanitäre Ausstattung (Abb. 5 und Abb. 7). Diese Auswertung ergab folgendes Bild:

Beurteilungsgruppe 1 (Gebäude geeignet)	6 Prozent
Beurteilungsgruppe 2 (Instandsetzung und Modernisierung erforderlich)	35 Prozent
Beurteilungsgruppe 3 (Gebäude vorläufig zu erhalten)	13 Prozent
Beurteilungsgruppe 4 (nicht zu erhalten)	46 Prozent

Wohngebäude mit einer Restnutzungsdauer von 10 bis 25 Jahren sind nach den dargestellten Kriterien nur für eine Instandhaltung (Beurteilungsgruppe 3) vorgesehen. Es handelt sich zwar vorwiegend um 1geschossige Gebäude; ob es jedoch zumutbar ist, daß diese Wohnungen bis zum Jahre 2000 ohne sanitär-technische Ausstattung bewohnt werden sollen, bleibt ein offenes Problem. Zur Errechnung des Aufwandes wurden Aufwandsnormative nach örtlich ermittelten Kriterien erarbeitet.
Die sozialistische Umgestaltung des Ortes wird in mehreren Etappen vorgeschlagen

8
Plan der Umgestaltungsetappen

Etappe

1 2 3

Modernisierung der Wohngebäude und gesellschaftlicher Bauten

Abriß und Neubau gesellschaftlicher Bauten

Abriß und Neubau von Wohngebäuden

Wohnungsbau

Gesellsch. Einrichtungen

Fußgängerbereich

9
Bebauungskonzeption







10 Modellfoto 1. Etappe
11 Modellfoto 2. Etappe
12 Modellfoto 3. Etappe
13 Neubauten am Rande der Stadt



(Abb. 10, 11, 12), um den örtlichen Organen eine bessere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Die einzelnen Etappen weisen die Modernisierung, den Abriß und Neubau von Wohngebäuden und gesellschaftlichen Einrichtungen aus. Der mögliche Ablauf wurde am Beispiel des nördlichen Bereiches der Altstadt untersucht und dargestellt (Abb. 8):

1. Etappe: Beginn der Modernisierung
2. Etappe: Weiterführung der Modernisierung und Neubau ohne Abriß
3. Etappe: Abriß und Neubau und Weiterführung der Modernisierung.

Parallel dazu erfolgt im übrigen Stadtgebiet die laufende Instandhaltung. Nach der Durchführung dieser Baumaßnahmen sind in diesem Bereich 432 WE – vorwiegend 3- bis 4geschossig – untergebracht, während sich hier jetzt 242 WE in 1- bis 2geschossiger Bebauung befinden, also fast die doppelte Anzahl nach der Umgestaltung. Eine einzige Kaufhalle für Lebensmittel und Industriewaren – gegenwärtig am Markt im Bau – zwingt zur Überprüfung der Funktionen des gesamten Handelsnetzes der Stadt. Die Modellfotos zeigen, daß entsprechend den örtlichen Gegebenheiten die Struktur der Stadt erhalten werden kann, jedoch auch weiterentwickelt wird (Abb. 9).

Die Anwendung des Modells Halle für die industrielle Ausführung von komplexen Reparaturen und Modernisierungsmaßnahmen in der Stadt Halle wurde am Beispiel der Altstadt Neubukow untersucht. Es besteht die Möglichkeit, die Erzeugnislinien „Dach" und „Fassade" auch hier industriell anzuwenden. Die übrigen Fließstrekken bereiten generelle Schwierigkeiten, da

■ durch die starke Überalterung der Wohnbausubstanz unregelmäßige Instandsetzungen durchgeführt worden sind, so daß die Wohngebäude unterschiedliche Konstruktionsmerkmale aufweisen. Die Gebäudekomplexe sind nicht so homogen wie in Halle.

■ die Eigentumsverhältnisse sich sehr nachteilig auswirken; 74,7 Prozent der Grundstücksflächen der Altstadt sind Privateigentum (Abb. 6). Die allseitige Bereitschaft der Hauseigentümer fehlt. Uns sind keine gesetzlichen Grundlagen bekannt, die Hauseigentümer mit Modernisierungsmaßnahmen zu beauflagen. In Halle wurden volkseigene Häuser modernisiert.

■ die Modernisierungsmaßnahmen ein zentrales Entwässerungssystem voraussetzen, das in den meisten Kleinstädten dieser Größenordnung – so auch in Neubukow – nicht vorhanden ist. Im Untersuchungsgebiet Altstadt sind lediglich 11,0 Prozent der Wohnungen mit WC und 8,0 Prozent mit Bädern ausgestattet (Abb. 6). Da bereits die gesamte Stadt an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen ist, hat das zur Folge, daß die Grundwasserverseuchung ständig zunimmt. Die Diskrepanz zwischen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung muß dringend beseitigt werden. Die Veränderung der Sanitärverhältnisse wird zu einer spürbaren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung beitragen.

■ die Voraussetzung für die Vorbereitung von Modernisierungsmaßnahmen die Bildung eines Hauptauftraggebers für Instandsetzung und Modernisierung sowie der Zusammenschluß aller örtlichen Baubetriebe zu einer Kooperationsgemeinschaft ist.

Es kann zusammenfassend eingeschätzt werden, daß die Untersuchungsergebnisse des Beispieles Neubukow auch auf die übrigen 15 Kleinstädte gleicher Größenordnung im Bezirk Rostock übertragen werden können.

Folgende Forschungsarbeiten wurden zu diesen Untersuchungen herangezogen:

1. Umgestaltung ländlicher Siedlungen, Forschungsarbeit der Deutschen Bauakademie Berlin 1970
2. Modell für die industrielle Ausführung von komplexen Reparaturen und Modernisierungsmaßnahmen in Halle, sozialistische Gemeinschaftsarbeit 1969.

Eine Untersuchung über das Verhältnis Nutzungskosten und Geschossigkeit

Dipl.-Ing. Peter Sniegon

Während zum Problem der Abhängigkeit der Investkosten von der Geschossigkeit eine Reihe Untersuchungen des In- und Auslandes vorliegen, sind zur Frage der Abhängigkeit der Nutzungskosten von der Geschossigkeit nur wenige Arbeiten bekannt, so aus der Sowjetunion die Untersuchungen von Wainberg und Kraschenikowa, aus der VR Polen das Sammelwerk über „Technische und ökonomische Kriterien des Bauens von Hochhäusern" und jetzt aus der DDR die umfangreiche „Vergleichende Untersuchung der Bewirtschaftungskosten ..." der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der TU von 1969. Das zeigt eine nicht vertretbare Unterschätzung dieses die gesamte volkswirtschaftliche Effektivität eines Objektes stark beeinflussenden Kostenfaktors.

Die Nutzungskosten der Wohngebäude, die sich bei voller kostendeckender Miete in den Mietkosten der Bürger niederschlagen, bei nicht voller kostendeckender Miete zusätzlich in staatlichen Stützungen, beeinflussen durch ihre Höhe die volkswirtschaftlichen Aufwendungen in dem dem Investitionszyklus folgenden, mindestens 80 bis 100 Jahre dauernden Nutzungszyklus. Ihre relative Höhe beeinflußt über die Miethöhe den Lebensstandard der Bürger und über die staatlichen Stützungen und die kapazitätsseitige Abdeckung der Nutzungskosten die Effektivität der Kommunalwirtschaft. Die Klärung der Frage des Verhältnisses der Nutzungskosten der Wohngebäude zur Geschossigkeit liegt deshalb im volkswirtschaftlichen Interesse und beeinflußt als ein Faktor die optimale Geschossigkeit in Großstädten. Dabei kommt es auf die Überprüfung der Annahme an, daß eine Steigerung der Geschossigkeit zu einer Steigerung der Nutzungskosten führt sowie auf die Feststellung eventueller Progressivität und der Ausbildung von Kostenschwellen einschließlich der Herausarbeitung der hauptsächlich wirksamen Kostenanteile.

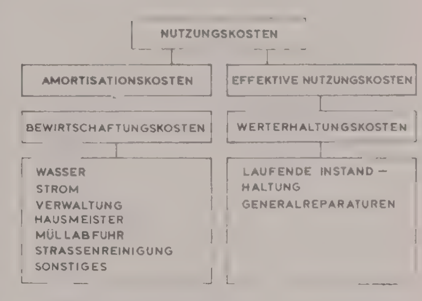
Aufgabe der 1968/1969 durchgeführten Untersuchung war es, einen Beitrag zu dieser Aufgabenstellung zu leisten und anhand der geringen Erfahrungen bei der Nutzung von Wohnhochhäusern (das erste Wohnhochhaus Dresdens wurde 1963 übergeben, das ist eine Nutzungsdauer von 5 Jahren = 5 Prozent des Nutzungszyklus) zumindest die erkennbaren Tendenzen und Zusammenhänge aufzuzeigen.

Bei zukünftigen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Nutzungskosten ist es notwendig, die Untersuchungsbreite wesentlich zu vergrößern und neben den Nutzungskosten der Wohngebäude auch die Nutzungskosten des Wohngebietes einschließlich aller ökonomischen Auswirkungen auf die Betriebe der Stadtwirtschaft in Abhängigkeit von Geschossigkeit und Dichte zu untersuchen.

Grundbegriffe

Infolge der großen Bedeutung, die das Produkt Wohnung für die Reproduktion der Arbeitskraft besitzt, wird in der DDR bei der Mietpreisbildung grundsätzlich von den Selbstkosten ausgegangen, das heißt, es erfolgt keine Gewinnbildung und Gewinnabführung. Zu den Investitionskosten – die sich in den Amortisationskosten niederschlagen – treten bei der Bildung der Mietpreise die effektiv auftretenden Nutzungskosten.

Das in Abbildung 1 vorgeschlagene Schema bildete die Grundlage für die weiteren Untersuchungen (Abbildung 1).



1 Effektive Nutzungskosten = Bewirtschaftungskosten + Werterhaltungskosten

Im Schema nicht enthalten sind Kosten für die Werterhaltung und Abschreibung der Einbaumöbel sowie Bewirtschaftungskosten für Heizung und Warmwasser, die gesondert in Rechnung gestellt werden, also kein direkter Bestandteil der die Miethöhe bestimmenden Nutzungskosten sind.

Analyse der Nutzungskosten

Im Interesse einer einheitlichen Ausgangsbasis in bezug auf die Preisbildung wurde bei der Analyse ausschließlich von Objekten der Stadt Dresden ausgegangen. Es wurden 9 Objekte ausgewählt, die vom 4geschossigen, ofenbeheizten Wohnungsbau bis zu 17geschossigen Wohnhochhäusern reichen und alle typischen Wohnhochhäuser und vielgeschossigen Wohnbauten umfassen (ein 4geschossiges Objekt, drei 5geschossige Objekte, je ein Objekt mit 8, 10, 12, 14 und 17 Geschossen).

Infolge der geringen zur Verfügung stehenden Skala entsprechender Objekte ergeben sich unterschiedlichste Abweichungen in einzelnen Parametern, z. B. in der Wohnungsgröße, die die Vergleichbarkeit der Zahlen beeinflussen und bei Schlußfolgerungen entsprechend berücksichtigt werden müssen. Trotzdem können die Ergebnisse als genügend typisch angesehen werden, um Abhängigkeiten und Tendenzen eindeutig aufzuzeigen.

Die Nutzungskosten wurden auf Grund der absoluten Werte für ein Jahr (1968) – durch Umrechnung auf den qm Wohnfläche oder auf die Prozentsätze der Kostenanteile – vergleichbar gemacht.

Sie beinhalten folgende Werte (A = Ansatz, E = effektive Kosten, P = pauschale Kosten):

a) Miete		
b) Nutzungskosten		
c) Verlust/Gewinn		
d) Amortisationskosten		
e) effektive Nutzungskosten		
f) Werterhaltungskosten		
g) Bewirtschaftungskosten		
h) Generalreparatur		(A)
i) Instandhaltung	Gebäude	(E)
j) Instandhaltung	Aufzug	(E)
k) Instandhaltung	Lüftungsanlage	(E)
l) Wasser		(E)
m) Strom		(E)
n) Verwaltung		(E)
o) Hausmeister		(E)
p) Müllabfuhr		(E)
q) Straßenreinigung		(P)
r) Sonstiges		(E)
s) Ansatz Instandhaltung		(A)
t) prozentuale Inanspruchnahme		

Auf Grund des vorgeschlagenen Schemas ergeben sich folgende Beziehungen:

$a - b = c$
$b = d + e = d + f + g$
$e = f + g$
$f = h + i + j + k$
$g = l + m + \ldots q + r$
$s : (i + j + k) = t$

Bei allen drei Listen wurde auch der Gesamtdurchschnitt aller Analyseobjekte errechnet.

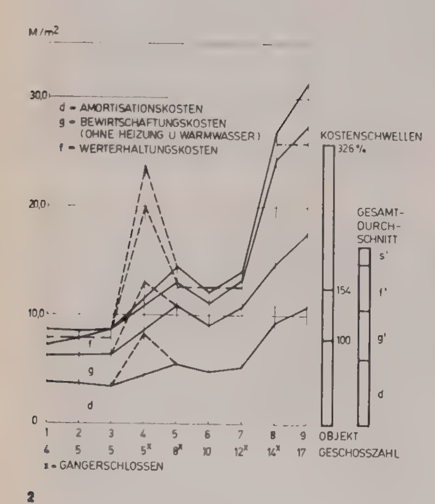
Die Werte für Generalreparaturen stellen Ansätze dar, effektive Kosten liegen infolge der kurzen Nutzungsdauer der Objekte nicht vor.

Bei den Instandhaltungskosten wurde der Ansatz den effektiven Werten gegenübergestellt. Die Schwankungen der Inanspruchnahme von 8,8 Prozent bis 104 Prozent verdeutlichen den schwerpunktmäßigen, nicht objektgebundenen Einsatz dieser Mittel durch die VE Wohnungsverwaltung. Die Verwaltungskosten werden pauschal berechnet, effektive Kosten je Objekt sind nicht zu ermitteln.

Für die Kosten der Straßenreinigung gibt es einen Pauschalbetrag auf der Grundlage der Mieteinnahmen (1,4 Prozent der Miete), effektive Kosten je Objekt waren nicht zu ermitteln.

Alle sonstigen Einzelwerte wurden anhand von Unterlagen der VE Wohnungsverwaltung ermittelt und stellen effektive Kosten auf der Grundlage der Rechnungslegung dar.

Zur Verdeutlichung der Aussagen wurden die wesentlichsten Ergebnisse grafisch dargestellt.



2

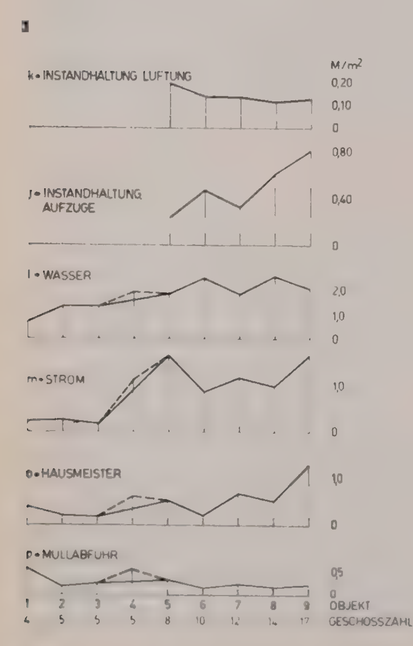
2
Entwicklung der Nutzungskosten der Analyseobjekte

3
Entwicklung einzelner Kostenanteile

4
Entwicklung der Investitionskosten

5
Durchschnittliche Steigerung der Nutzungskosten, der Investitionskosten und der Geschossigkeit

3



Die Grafik 2 zeigt für die Objekte 1 bis 9 die Entwicklung der Nutzungskosten der Analysenobjekte (stark hervorgehobene Linie) einschließlich der entsprechenden Anteile an Amortisationskosten (d), Bewirtschaftungskosten (g) und Werterhaltungskosten (f) (von unten nach oben) ohne Bewirtschaftungskosten für Heizung und Warmwasser. Die oberste Linie verdeutlicht die Nutzungskosten bei Berücksichtigung des vollen Ansatzes an Instandhaltungskosten (s'). Die Ansätze für Heizung und Warmwasser wurden nicht dargestellt, da sie unabhängig von der Geschossigkeit auf den m² bezogen sind. (Auch die Ist-Werte zeigen keine eindeutige Geschoßzahlabhängigkeit).

In Grafik 3 wurden die Entwicklungen der Kostenanteile für laufende Instandhaltung der Aufzüge (j) und die laufende Instandhaltung der Lüftungsanlagen (k) einerseits und für Wasser (l), Strom (m), Hausmeister (o) und Müllabfuhr (p) andererseits in ihrer Tendenz dargestellt. (Durch unterschiedlichen Maßstab absolute Werte nicht vergleichbar.)

Grafik 4 zeigt die Entwicklung der Investitionskosten (b'), womit gleichfalls die Entwicklung der davon abhängigen Amortisationen und der Ansätze für Generalreparatur und laufende Instandhaltung sichtbar gemacht ist. Desweiteren wurde der Verlauf der Investitionskosten für hochhausspezifische Ausrüstungen dargestellt (o'), wobei sichtbar wird, daß die Maximalwerte bei den reinen Hochhäusern (8,9) auftreten.

Grafik 5 veranschaulicht die ermittelte durchschnittliche Steigerung der Nutzungskosten (b) nach Geschoßzahlgruppen im Vergleich zur entsprechenden Entwicklung der Investitionskosten (b') und der Geschossigkeit (a).

Die Entwicklung der Geschossigkeit der gewählten Geschoßzahlgruppen zeigt folgendes Bild:

mehrgeschossige Objekte (1, 2, 3)
durchschnittliche Geschoßzahl 4,7
= 100 Prozent

vielgeschossige Objekte (5, 6, 7)
durchschnittliche Geschoßzahl 10,7
= 228 Prozent

reine Hochhäuser (8, 9)
durchschnittliche Geschoßzahl 15,7
= 333 Prozent

Ein Vergleich mit den Investitions- und Nutzungskosten zeigt, daß im Bereich der vielgeschossigen Bebauung die Geschossigkeit wesentlich schneller steigt, als die Nutzungs- und Investitionskosten (von 100 Prozent auf 228 Prozent, 135 Prozent, 143 Prozent), im Bereich des Hochhausbaus ist eine Parallelität der Entwicklung der Geschossigkeit und der Investitionskosten festzustellen (von 100 Prozent auf 205 Prozent, 206 Prozent), während die Entwicklung der Nutzungskosten langsamer verläuft (von 100 Prozent auf 155 Prozent).

Die Steigerungen liegen im Bereich des reinen Hochhausbaus sowohl für die Unterhaltungskosten als auch für die Investitionskosten wesentlich höher als im Bereich des vielgeschossigen Wohnungsbaus.

Der Vergleich der Entwicklung der Nutzungskosten (einschließlich Heizung und Warmwasser) mit der Entwicklung der Investitionskosten zeigt, daß die letzteren mit wachsender Geschossigkeit schneller steigen als die Nutzungskosten. Dabei liegt die Differenz im Bereich der reinen Hochhäuser wesentlich höher als im Bereich der vielgeschossigen Bebauung (190/249 Prozent und 135/143 Prozent).

Der Einfluß der aufgezeigten Tendenz liegt hier eindeutig bei den Bewirtschaftungskosten, wobei insbesondere der Kostenanteil Stromkosten mit seiner Abhängigkeit von den Investkosten für hochhausspezifische Ausrüstungen sowie der Kostenanteil Heizung und Warmwasser eine Rolle spielen.

Schlußfolgerungen

In Zusammenfassung der genannten Ermittlungen kann festgestellt werden, daß folgende Kostenanteile der gemäß den zur Zeit gültigen gesetzlichen Festlegungen ermittelten Nutzungskosten eine eindeutige Abhängigkeit von der Geschoßzahl zeigen.

Anteil an den Nutzungskosten im Durchschnitt:

Amortisationen	= 23,9 Prozent
Werterhaltungskosten	= 31,0 Prozent
Von den Bewirtschaftungskosten (45,1 Prozent)	
Kosten für Strom	= 3,5 Prozent
Kosten für Hausmeister	= 2,0 Prozent
Insgesamt	= 60,4 Prozent

Der überwiegende Teil der geschoßzahlabhängigen Unterhaltungskosten von 60,4 Prozent, der Anteil der Amortisations- und Werterhaltungskosten mit 54,9 Prozent, ist dabei direkt von den Investitionskosten der Objekte abhängig, der Rest mit 5,5 Prozent (Strom, Hausmeister) indirekt vom Investitionskostenanteil für hochhausspezifische Ausrüstungen.

Eine Reduzierung der Unterhaltungskosten ist unter den derzeitigen Bestimmungen im wesentlichen nur in Verbindung mit einer Reduzierung der Investitionskosten zu erreichen.

Die Untersuchung der Frage, inwieweit die zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen den ökonomischen Zielstellungen entsprechen, ergibt folgendes Ergebnis:

■ Der Ansatz von 1 Prozent der Investitionskosten für Amortisationen geht von einer Lebensdauer der Gebäude von durchschnittlich 100 Jahren aus. Unabhängig von der Annahme der Lebensdauer ist die Bindung an die Investitionskosten ohne Berücksichtigung der Geschossigkeit richtig, wobei vorauszusetzen ist, daß die Kostenproportionen zwischen den Geschoßzahlgruppen dem echten volkswirtschaftlichen Aufwand entsprechen. Dieser volkswirt-

schaftliche Aufwand spiegelt sich jedoch nicht in den zur Zeit zum Ansatz gebrachten Investitionskosten der Hochbauten wider, sondern nur im entsprechenden gebietswirtschaftlichen Aufwand, der die stadttechnischen und verkehrlichen Erschließungskosten und die Investitionskosten für die Freiflächengestaltung des Wohnbaulandes einschließt. Da die Erschließungskosten stark von der Geschossigkeit abhängig sind und die Tendenz der Investitionskosten für die Hochbauten ausgleichend beeinflussen, ergäbe sich ein völlig anderer Verlauf der Kurve für die Amortisationskosten. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der im In- und Ausland geführten Untersuchungen zum Verhältnis Geschossigkeit – gebietswirtschaftlicher Aufwand gleichen sich die Schwellwerte für den mehr- und vielgeschossigen Wohnungsbau an und es erfolgt ein Abbau der Differenz der Schwellwerte Hochhausbau und sonstige Wohnbauten.

Unabhängig davon, welcher Anteil der Amortisationskosten der Mietpreisbildung zugrundegelegt wird und für welchen Anteil staatliche Fonds eingesetzt werden, ist eine einheitliche Amortisationsbildung für die gesamten mit dem Wohnungsbau direkt zusammenhängenden Investitionen erforderlich.

■ Bei den Ansätzen für die Generalreparatur gilt in Bezug auf die anzusetzenden Investitionskosten das oben Gesagte. Die Höhe des Prozentsatzes muß nach Vorliegen von Erfahrungswerten präzisiert werden. Inwieweit eine Differenzierung nach Geschoßzahlgruppen entsprechend des unterschiedlichen Anteils von hochhausspezifischen Ausrüstungen mit einer relativ kurzen Lebensdauer vorgenommen wird, das bedarf ebenfalls nach Vorliegen entsprechender langjähriger Erfahrungen einer gesonderten Untersuchung.

■ Auch beim Ansatz für die Instandhaltungskosten werden lediglich die Investitionskosten der Hochbauten zugrundegelegt. Hier gilt vollinhaltlich das zu den Kosten für Generalreparaturen Gesagte. Ziel der Regulierungen beim Ansatz für Amortisationen und Werterhaltungskosten muß es sein, auf Grund realer Kostenrelationen zwischen dem gebietswirtschaftlichen Aufwand der einzelnen Geschoßzahlgruppen zu einer Fondsbildung zu kommen, die einen normalen Reproduktionszyklus entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten gestattet.

■ Bei den Bewirtschaftungskosten erfolgt lediglich für die Verwaltungskosten und die Kosten der Straßenreinigung eine Pauschalberechnung. Die mit steigender Geschoßzahl und damit steigender Konzentration der Wohnungen günstiger werdenden Voraussetzungen für eine Rationalisierung der Verwaltungsarbeit sollen Anlaß zu einer Überprüfung sein, inwieweit eine Differenzierung der Höhe der Verwaltungskosten vorgenommen werden kann. Eine Reduzierung der Verwaltungskosten dadurch, daß nicht generell die Höchstsumme von 30,– M/WE angesetzt wird, würde dazu beitragen, die Schwellwertdifferenz mehrgeschossige Bebauung – sonstige Bebauung zu verringern.

Das gleiche gilt für die Handhabung bei den Kosten für die Straßenreinigung, wo ebenfalls, ausgehend von der Reduzierung der Straßenfläche und ihrer konzentrierten Anordnung bei kompakterer Bebauung, eine Differenzierung des Kostenansatzes nach der Geschossigkeit der Gebiete oder, exakter, der anteiligen Straßenfläche des Wohnkomplexes, erfolgen sollte (wie in anderen Städten der DDR).

Alle anderen Kostenanteile, die Kosten für Wasser, Strom, Hausmeister, Müllabfuhr, Sonstiges entsprechen im Prinzip den echten Aufwendungen. (Bei Wasser erfolgt auf Grund der Industriepreisreform eine Stützung von 0,40 M/m³).

Die unterschiedlichen Kosten für Wasser auf Grund der unterschiedlichen Heizungs- und Warmwassersysteme und der soziologischen Zusammensetzung der Mieter werden sich im Laufe der Zeit vollkommen ausgleichen, so daß diese Position die unterschiedliche Höhe der Bewirtschaftungskosten entsprechend der Geschossigkeit kaum beeinflußt.

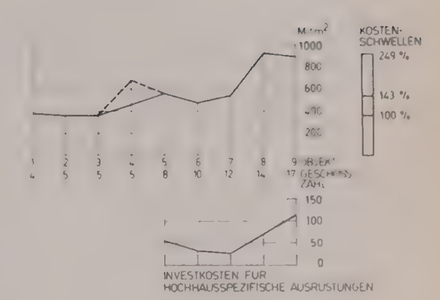
Die Kostendifferenzen bei den Stromkosten beruhen auf dem Anteil der hochhausspezifischen Ausrüstungen, die jedoch gleichzeitig eine Steigerung der Wohnqualität bedeuten.

Würde man von gleichen Voraussetzungen bei allen Geschoßzahlgruppen ausgehen, wäre ein Angleichen der Kosten zu erwarten (siehe auch Analyseobjekt 4) und eine wesentlich geringere Abhängigkeit von der Geschoßzahl. Gleiches gilt für den Kostenanteil Hausmeisterkosten, der ebenfalls in enger Verbindung zum Anteil der hochhausspezifischen Ausrüstungen steht.

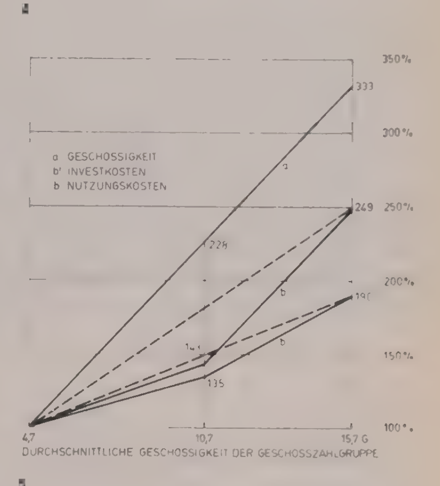
Für die Kosten der Müllabfuhr gilt das bei der Straßenreinigung Gesagte. (Steigende Konzentration mit steigender Geschossigkeit.)

Die Berechnung der Kosten für Heizung und Warmwasser auf der Grundlage der Fläche, also nicht geschoßzahlabhängig, entspricht den ausgeglichenen Ist-Werten. Die Ermittlung der realen Höhe des Ansatzes und die Überprüfung der These, daß mit steigender Geschoßzahl ein Absinken der Kosten für Heizung und Warmwasser erreicht werden kann, bedarf noch eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen. Träfe letzteres zu, würden sich die ökonomischen Werte weiter zugunsten der vielgeschossigen Bebauung verschieben.

Insgesamt gesehen ist unter der Annahme gleicher Wohnqualität und effektiver Kostenlegung bei den Bewirtschaftungskosten nur eine äußerst geringe Abhängigkeit von der Geschossigkeit zu erwarten. Ausschlaggebend sind die Amortisationskosten und die Werterhaltungskosten, deren Abhängigkeit von der Geschossigkeit – legt man den volkswirtschaftlichen Aufwand zugrunde – der Entwicklungskurve des gebietswirtschaftlichen Aufwandes parallel läuft.



4



5

Die Entwicklung der Nutzungskosten ist also im Prinzip von der Entwicklung der Investitionskosten für die Wohnbauten, die Erschließung und die Freiflächengestaltung abhängig, das heißt, das Optimum liegt auch hier beim mehr- oder unter bestimmten Bedingungen beim vielgeschossigen Wohnungsbau.

Durch den Ansatz gleicher Wohnqualität stabilisiert sich der Anteil der Bewirtschaftungskosten an den Nutzungskosten zu etwa 45 Prozent. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich für die Berechnung der Nutzungskosten der Wohnbauten die Formel:

$N = 0{,}041 \cdot J$ (Mark Jahr)
(Investitionskosten des Wohnungsbaus).

Es besteht danach eine direkte Abhängigkeit der Nutzungskosten von den Investitionskosten, wodurch die Ergebnisse der Untersuchungen über die Abhängigkeit Geschossigkeit – Investitionskosten in ihrer Tendenz gleichfalls auf die Nutzungskosten zutreffen.

Der Frage des volkswirtschaftlichen Aufwandes für die Investitionen kommt deshalb besondere Bedeutung zu, da sich dieser in über vierfacher Höhe während des Nutzungszyklus erforderlich macht.

Siedlungssoziologie und Städtebau in der VR Ungarn

Dr. Gábor Preisich, Budapest



1
Äußere Josefsstadt – erstes soziologisch untersuchtes Stadtgebiet in Budapest

2
Entwurf für die Rekonstruktion der äußeren Josefsstadt (Stadtplaner: A. Mester, T. Gönczi)



1

Man liest in der Fachliteratur wiederholt von Gegensätzen zwischen Städtebauern und Soziologen. Die den Städtebau seit Jahrzehnten beeinflussenden Grundsätze der „Charta von Athen" – die funktionelle Trennung der städtischen Nutzflächen, die nachbarschaftliche Organisation der Wohneinheiten und das Streben nach Durchgrünung der Stadt – werden von Soziologen als überholt betrachtet. Die Soziologie war jedoch bisher nicht imstande, neue Grundsätze für den Städtebau zu formulieren; dies sei – wie Soziologen behaupten – auch nicht ihre Aufgabe.

Die Städtebauer fordern dagegen vom Soziologen klar umrissene und als Bauprogramm verwendbare Thesen und sind enttäuscht, daß sie solche nicht erhalten können. Es wird behauptet, die Denkart und Ausdrucksweise der Experten seien voneinander so grundverschieden, daß sie sich nicht verstehen könnten – Soziologen denken verbal, Architekten visuell. Diese Meinung vertritt unter anderem der westdeutsche Soziologe Hans Paul Bahrdt (1). Städtebau bleibt aber ohne die Kenntnis der Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung – also ohne soziologische Grundlage – steril, widerspiegelt nur die Meinungen der Planer über die Bedürfnisse, nicht aber die Bedürfnisse der Menschen selbst.

Der mit guten Fachkenntnissen ausgestattete, politisch und wirtschaftlich entsprechend gebildete Städtebauer, der auch Phantasie besitzt, hat zwar die Fähigkeit, sich die vorhandenen und zu erwartenden Bedürfnisse mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit vorzustellen. Seine Vorstellungen werden jedoch nur dann annähernd real sein, wenn sie auf der Grundlage soziologischer Forschungen beruhen. Dazu ist eine „Meinungsforschung" nicht ausreichend. Auch diese ist notwendig, ersetzt jedoch in keiner Weise die wissenschaftliche soziologische Forschung. Rolf Xago Schröder meint dazu, daß im Städtebau mehr als bisher anwendungsbereite soziologische Fragestellungen formuliert werden müßten (2).

Ähnlich wie in anderen sozialistischen Ländern werden in Ungarn neue große Wohnsiedlungen errichtet. Einige entstehen auf bisher unbebautem Gelände, andere durch Sanierung alter Stadtteile. Dadurch ändert sich die Stadtstruktur und es entsteht eine neuartige Umgebung. Unerläßlich scheint die Kontrolle, ob die schon erbauten neuen Wohnsiedlungen den Ansprüchen und Erwartungen ihrer Bewohner und denen der Stadtbevölkerung insgesamt entsprechen. Diese Erfahrungen müssen unbedingt bei den immer größer werdenden neuen Projekten berücksichtigt werden.

Diese Überlegungen veranlaßten einige ungarische Städtebauer für ihre Arbeiten und Ansichten eine soziologische Kontrolle zu verlangen und eine Zusammenarbeit von Soziologen und Städtebauern anzuregen. Die Soziologen selbst kamen – nach einigem Zögern – darauf, daß sich ihnen bei dieser Zusammenarbeit gute Möglichkeiten bieten, die städtische Gesellschaft besser kennenzulernen und waren daher zur Mitarbeit bereit. Die Finanzierung der soziologischen Untersuchungen übernahm das Ministerium für Bauwesen und Stadtentwicklung. Auch das Soziologische Forschungsinstitut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bot seine Hilfe an.

So begannen 1966 die stadtsoziologischen Untersuchungen unter Leitung des Städtebaulichen Entwurfsbüros der Stadt Budapest – BUVÁTI – (3). Die erste Untersuchung befaßte sich mit einem zum Umbau bestimmten Sanierungsgebiet (Äußere Josefstadt in Budapest). Sie hatte vor allem das Ziel, methodologische Erfahrungen zu sammeln. Dabei beschäftigten wir uns hauptsächlich mit dem Verhältnis der Bevölkerung zu ihrer Wohnumwelt.

1967 wurden zwei neuerrichtete große Wohnsiedlungen in Budapest untersucht. Gleichzeitig begannen andere Entwurfsbüros ähnliche Untersuchungen in Budapest und mehreren Provinzstädten. Unter anderem wurde der Grad der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der neuen Umgebung untersucht und die Sozialkontakte analysiert.

Auf Grund dieser Untersuchungen klärte sich eine Reihe soziologischer Probleme der neuen Wohnsiedlungen; bestimmte Aspekte für die weitere Planung wurden herausgearbeitet (4).

Bei der Auswertung der Untersuchungen fanden jedoch die Soziologen, daß für eine generelle Bewertung der Tendenzen und Erwartungen der Bewohner eine umfassendere Kenntnis der Großstadt und der großstädtischen Lebensweise im allgemeinen notwendig sei. Daher wurden 1968 und 1969 weitere stadtsoziologische Untersuchungen in fünf verschiedenen inneren Wohngebieten Budapests durchgeführt. Diese Untersuchungen erstreckten sich auch auf Probleme der Nutzung der durch die



2

Großstadt gebotenen Möglichkeiten, besser gesagt, auf die großstädtische Lebensform.
Hauptziel der Untersuchungen war es festzustellen, wie die unterschiedlichen Wohnformen und Wohngebiete in das Leben der Großstadt einbezogen wurden und welche Impulse sie selbst diesem Leben geben.
1969 bis 1970 wurden auf Anregung der Städtebauer auch in der näheren Umgebung Budapests soziologische Untersuchungen begonnen. Die erste Untersuchung bezog sich auf die schnell wachsende, zur Zeit 12 000 Einwohner zählende Ortschaft Gyál. Aufgabe war es, festzustellen, welche Motive die Menschen dazu veranlaßten, sich hier anzusiedeln. Es sollte ermittelt werden, ob die suburbane Lebensform ihren Erwartungen entspricht, wie und in welcher Weise sich die Nähe der Großstadt auf ihre Lebensweise auswirkt.
Auf Grund der Erfahrungen konnte 1970 bis 1971 eine neue Untersuchung durchgeführt werden, die außer rein soziologischen Forschungszielen auch auf ein konkretes städtebauliches Ziel gerichtet war. Eine der wichtigsten äußeren Industriebezirke von Budapest – Ujpest, früher eine selbständige Stadt – steht vor seiner Rekonstruktion. Innerhalb von 15 Jahren sollen hier etwa 20 000 neue Wohnungen errichtet und rund 12 000 Altbauwohnungen abgerissen werden. Es handelt sich also um die Umstrukturierung einer seit Jahrzehnten an Ort und Stelle eingebürgerten städtischen Gemeinschaft. Die Untersuchung ihrer Lebensweise, der Gebundenheit an den Wohnort, ihrer Erwartungen und Wünsche sollten für das Programm des Städtebauplanes und für dessen Realisierung entsprechende Hinweise geben.
Zunächst wurden die statistischen Daten des betreffenden Stadtteils erfaßt. In den anschließenden Interviews wurde ein repräsentativer Personenkreis erfaßt. Die Fragebogen beinhalteten etwa 150 bis 200 Fragen. Die Befragungen wurden von Studenten und jüngeren Angestellten der Entwurfsbüros durchgeführt.
Für die Auswertung der Daten wurde ein Computer eingesetzt.
Die Ergebnisse jeder Untersuchung wurden von den Soziologen in Teilstudien zusammengefaßt und dann von den Städtebauern der betreffenden Entwurfsbüros diskutiert.
Diese stadtsoziologischen Untersuchungen boten dem Soziologen wichtige Informationen über die Gesellschaft der Großstadt. Sie erwiesen sich bereits in diesem Stadium für die Stadtplaner als günstig und wichtig. Ihr Einfluß und ihre Nutzbarheit müssen aber etwas ausführlicher erörtert werden.
Es wäre falsch, wenn die Stadtplaner von den Soziologen irgendwelche exakten Normative für ihre Arbeit erwarteten. Die Soziologie ist nicht imstande, unmittelbar verwendbare Direktiven zu geben. Dagegen erweitert die Kenntnis soziologischer Feststellungen den Gesichtskreis der Stadtplaner. Diese lernen die Menschen, für die sie planen, deren Lage, Erwartungen, Probleme besser kennen und das dient indirekt einer besseren Planung.
Die soziologischen Untersuchungen tragen auch dazu bei, die Tendenzen der Entwicklung der gesellschaftlichen Erwartungen kennenzulernen und auf Grund dessen die wünschenswerten Entwicklungstendenzen der Stadt selbst zu formulieren. Es sei hier aber bemerkt, daß die soziologischen Untersuchungen nur auf schon vorhandene, bestehende Erwartungen und Tendenzen gerichtet werden können. Eine futurologische Beschreibung der zukünftigen Stadt überschreitet die Möglichkeiten der Soziologie. Die Vorstellungen von der Stadt der Zukunft hängen von dem durch die politische Überzeugung bedingten Bild einer zukünftigen Gesellschaft ab. Dabei spielen politisch-ökonomische und technische Überlegungen die Hauptrolle.
Nach der Ansicht der Budapester Soziologen sind zwei extreme Formen großstädtischer Lebensweise festzustellen, die zusammenfassend als „urban" und „lokal" bezeichnet werden können (5). Von einer urbanen Lebensweise können wir dann reden, wenn die Familie in optimaler Weise das Netz der großstädtischen Institutionen in Anspruch nimmt. Charakteristisch für die urbane Lebensweise ist die „Offenheit", die sich sowohl in den gesellschaftlichen Beziehungen als auch in der Nutzung der vielfältigen materiellen und kulturellen Möglichkeiten der Großstadt ausdrückt. Dazu im Gegensatz ist die lokale Lebensform durch die „Geschlossenheit" des Lebens der Familien gekennzeichnet. Ihre Beziehungen zum Gesellschaftsganzen sind weniger stark, nachbarschaftliche Kontakte spielen eine größere Rolle. Ihre Beziehungen zur Stadt beschränken sich vor allem auf die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstelle. Die Nutzung der städtischen Institutionen wird auf das Notwendigste beschränkt.

Unseren gesellschaftlichen ökonomischen Verhältnissen, unseren Entwicklungsvorstellungen entspricht die urbane Lebensweise mehr. Sie ermöglicht, daß die Familien Mitglieder des Gesellschaftsganzen werden, die Probleme der Stadt mitfühlen, „gesellschaftlich" denken; sei dies in bezug auf kleine Ereignisse des Alltags, oder auch auf die, die ganze Gesellschaft betreffenden politischen, ökonomischen oder kulturellen Fragen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen wiesen darauf hin, daß der Bau neuer großer Wohnsiedlungen zur Lösung der Wohnungsfrage unserer Städte allein nicht genügt. Diese Wohnform betrifft nur einen Teil der Stadtbevölkerung. Die Rekonstruktion und Rehabilitation existierender Stadtteile sollte stärker als bisher in den Vordergrund treten. Die Kontinuierlichkeit der Stadterneuerung, die entwicklungsfähige Elemente der Stadtstruktur enthält, entspricht mehr dem Ziel einer urbanen Stadtentwicklung.

Die Erfolge der stadtsoziologischen Untersuchungen gaben Anregung zur soziologischen Forschung in kleineren Einheiten. Die Zehntausende neuer Wohnungen die jährlich errichtet werden, bedürfen einer ständigen Kontrolle. Es muß dabei geprüft werden, ob die Wohnungen den Bedürfnissen und Erwartungen der Bewohner entsprechen. Bei unseren begrenzten ökonomischen Möglichkeiten und mit Rücksicht auf den großen Wohnungsbedarf ist es selbstverständlich noch nicht immer möglich, Wohnungen zu errichten, die hinsichtlich der Größe und der Einrichtung allen Ansprüchen genügen. Es ist jedoch notwendig, unsere Möglichkeiten rationell zu nutzen und das richtige Verhältnis zwischen Quantität und Qualität zu finden.

Daher wurden neben den siedlungssoziologischen Untersuchungen auch wohnungssoziologische Untersuchungen vorgenommen, die sich vor allem auf die Nutzung der massenmäßig hergestellten Wohnungen bezogen.

Besonders die Beziehungen zwischen Wohnungsgröße, Anzahl der Bewohner, Struktur und Größe der Familie, Verbindung der einzelnen Räume, Wohnfunktionen, Einrichtungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Ansprüchen der Nutzer sind solche Fragen, für deren Beantwortung die Hilfe der soziologischen Untersuchungen unerläßlich ist.

Wohnungssoziologische Untersuchungen mit solchen und ähnlichen Fragestellungen führen für den Soziologen zu einer besseren Kenntnis der Lebensweise der Einwohner, für den Architekten zur besseren Kenntnis der Wohnbedürfnisse. Die wohnungssoziologischen Untersuchungen sind in Ungarn bereits seit drei Jahren im Gange, jedoch ist eine größere Anzahl von Untersuchungen notwendig, um eine zusammenfassende Wertung geben zu können (6).

Zum Abschluß möchte ich noch einige Bereiche nennen, deren Erforschung — unserer Meinung nach — die Arbeit des Soziologen für die Stadtplanung besonders nutzbringend machen kann:

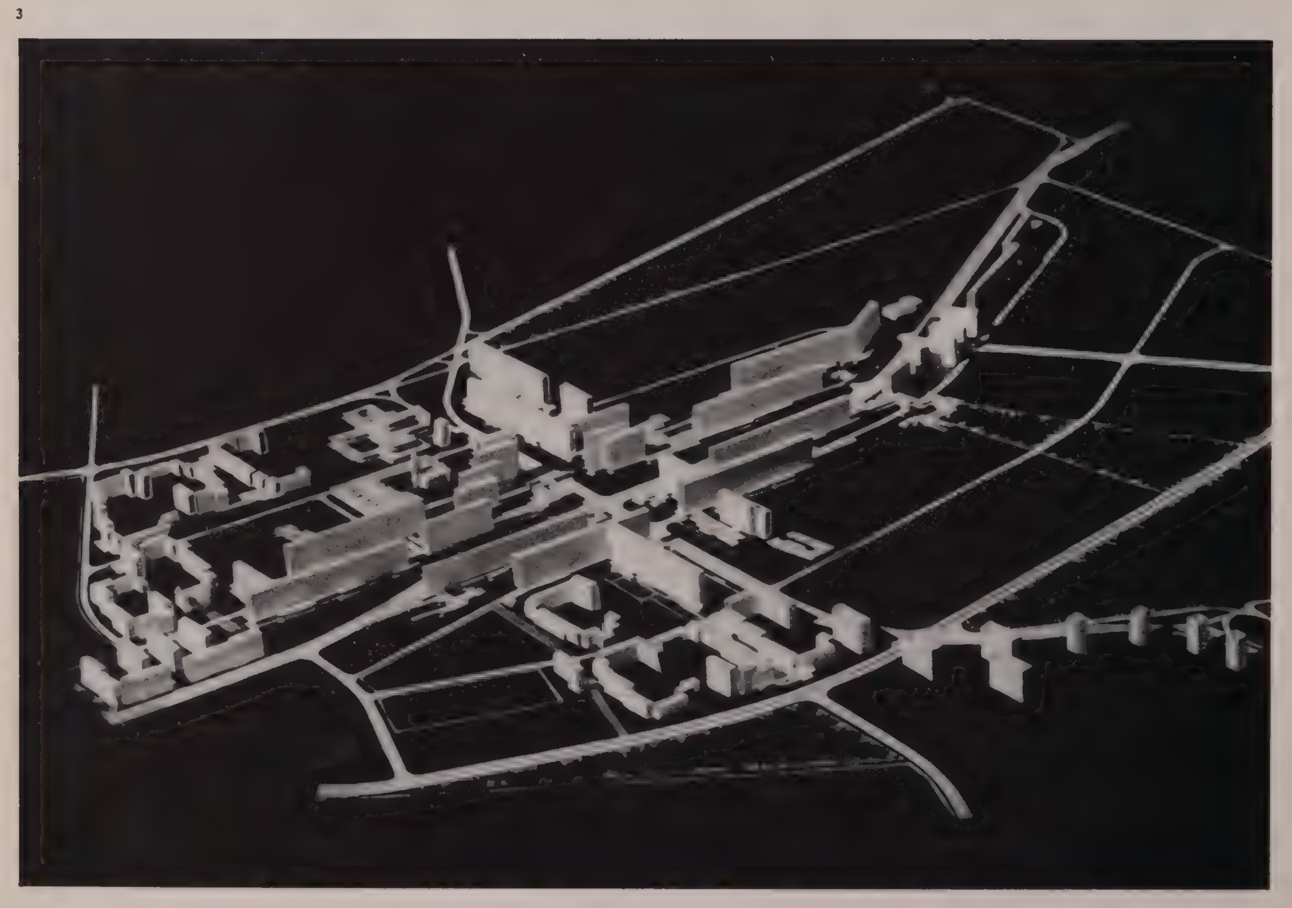
1. In welcher Richtung und mit welchem Charakter ist die Entwicklung oder Ausdehnung der Stadt wünschenswert? Welche gesellschaftlichen Folgerungen ergeben sich aus der Konkretisierung verschiedener Entwicklungstheorien für die gegebene Stadt?
2. Welche Gesichtspunkte sind ausschlaggebend für die Wahl des Verhältnisses von verschiedenen Wohnformen, wie zum Beispiel das Verhältnis von Mehrfamilienhaus- zu Einfamilienhausgebieten?
3. Gesellschaftliche Gesichtspunkte für die Durchführung von Stadtsanierungs-, Rekonstruktions- und Rehabilitierungsaktionen. Richtlinien für deren Reihenfolge. Abgrenzung mangelhafter Gebiete, Aufdeckung der Tendenzen, die zur Abwertung von Stadtgebieten führen.
4. Agglomerationsbeziehungen zwischen der Großstadt und ihrer Umgebung. Gründe der Entwicklung der Schlaf- und Trabantenstädte, deren gesellschaftliche Probleme.
5. Soziologische Gesichtspunkte für die Standortwahl neuer Wohnsiedlungen und für die Ausarbeitung der Planung.
6. Feststellung des Anspruchsniveaus der Nutzer in bezug auf Größe, Komfort und Grundriß der Wohnungen.

Es sei noch erwähnt, daß die Budapester stadtsoziologischen Untersuchungen über die Grenzen Ungarns hinaus großes Interesse finden. Auf der Basis unserer Methode werden zur Zeit im Ausland ähnliche Untersuchungen vorgenommen.

Literatur

(1) Bahrdt, H. P.: Die moderne Großstadt, Hamburg 1969
(2) Schröder, R. X.: Soziologie im Städtebau, in „deutsche architektur" Nr. 12 70, S. 716 f
(3) Die stadtsoziologischen Forschungen in Budapest wurden unter der Leitung von Dr. István Szücs fortgeführt.
(4) Szelényi, J.; Konrad, G.: Soziologische Probleme der neuen Wohnsiedlungen, Budapest 1971
(5) Szücs, J.: Von der siedlungssoziologischen Forschungsarbeit in Budapest, in: Siedlungswissenschaftliche Berichte, Jg. 1970
(6) Preisich, A.: Wohnungssoziologische Untersuchungen in fabrikmäßig hergestellten Wohnungen in Budapest, Manuskript Budapest 1970

3



3
Entwurf für die Rekonstruktion von Ujpest
(Stadtplaner: A. Schwarzuk)

4
Neue Wohnsiedlung in Budapest, in der soziologische Untersuchungen vorgenommen wurden.

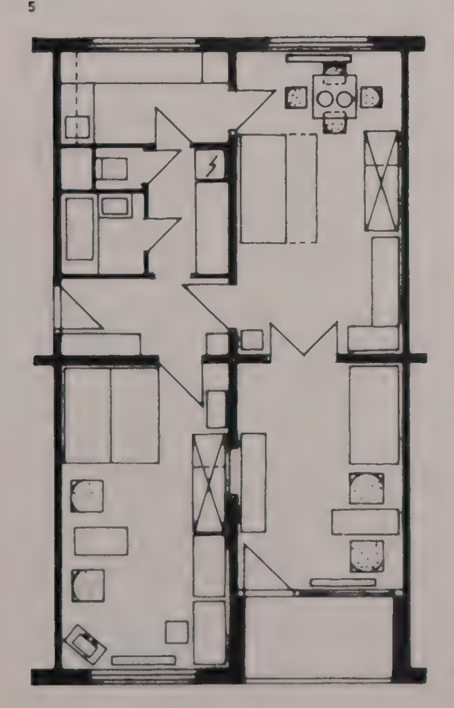
5 6 7
Graphische Darstellungen der Nutzung von Dreizimmerwohnungen aus vorgefertigten Teilen.
3 Beispiele
(nach Untersuchungen von A. Preisich)

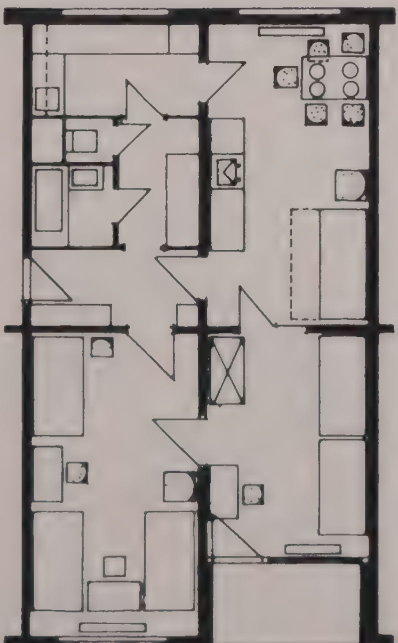
Legende zu 5
Zwei zusammenlebende Familien, 1 Mädchen (12 bis 18 Jahre)
Wohnungsgröße: 63,35 m²; Wohnfläche: 49,98 m²;
soziale Zuordnung des Wohnungsinhabers: Intellektueller;
Ausbildung: Universität;
Einkommen je Kopf im Monat: 1665 Ft;
Möblierung: modern;
Meinung zur Wohnung: zufrieden;
Hauptmangel: Bauausführung

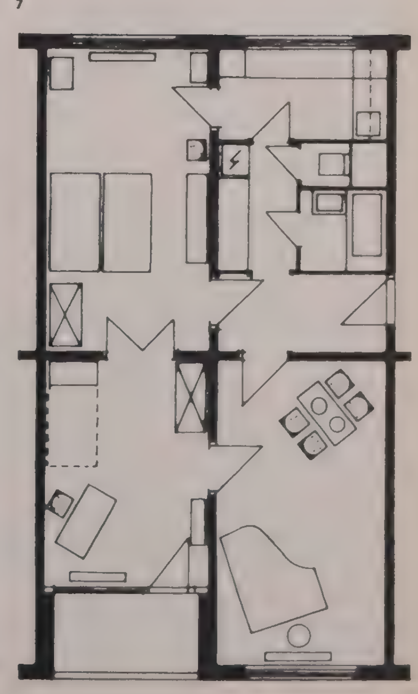
Legende zu 6
Ehepaar, 2 Jungen (6 bis 12 Jahre), 1 Junge (12 bis 18 Jahre), 1 Mädchen (12 bis 18 Jahre)
Wohnungsgröße: 63,35 m²; Wohnfläche: 49,98 m²;
soziale Zuordnung des Wohnungsinhabers: Facharbeiter;
Ausbildung: Grundschule;
Einkommen je Kopf im Monat: 890 Ft;
Möblierung: modern und alt gemischt;
Meinung zur Wohnung: zufrieden;
Hauptmangel: Wohnung zu klein

Legende zu 7
Ehepaar, 1 Mädchen (6 bis 12 Jahre), 1 Mädchen (12 bis 18 Jahre)
Wohnungsgröße: 63,35 m²; Wohnfläche: 49,98 m²;
soziale Zuordnung des Wohnungsinhabers: Intellektueller;
Ausbildung: Hochschule;
Möblierung: alt;
Einkommen je Kopf im Monat: 1250 Ft;
Meinung zur Wohnung: zufrieden
Hauptmangel: ohne Angabe


4

5


6


7


Stadtsilhouetten

Dipl.-Ing. Gerd Wessel
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Die Silhouette als Widerspiegelung der baulich-räumlichen Ordnung des Stadtgrundrisses gehört zu den eindrucksvollsten Bildern, die wir von Städten kennen. In historischen Städten waren gesellschaftlich bedeutende Gebäude wie Dom, Burg oder Rathaus durch Form und Größe als Dominanten in der Silhouette deutlich zu erkennen. Mit dem Aufkommen neuer technischer Möglichkeiten und in Abhängigkeit von den Bodenpreisen, wurden im 19. Jahrhundert stapelbare Funktionseinheiten in unterschiedlich hohen Geschoßbauten untergebracht. So entstanden in den Städten nach der Jahrhundertwende in zunehmendem Maße Büro- und Wohnhochhäuser als neue dominante Gebäude. Auch beim Wiederaufbau und bei der Umgestaltung unserer Städte wurde versucht, gesellschaftlich bedeutende Gebäude als Dominanten einer neuen Epoche zu gestalten. Mit dem weiteren Aufbau unserer Städte, besonders dem umfangreichen Wohnungsbauprogramm, ergibt sich die Frage, wie sich Gebäude mit wichtigen gesellschaftlichen Funktionen gegenüber diesen Baumassen als dominante Gebäude auszeichnen. Im Prozeß der Umgestaltung wird dabei die Tendenz deutlich, daß nicht mehr das Einzelhaus, sondern ganze Gebäudestrukturen unterschiedlicher Funktion und Form die Stadt gliedern und sich neben historischen Gebäudestrukturen als neue Dominanten in der Stadt markieren.

Die Umgestaltung unserer Städte wird von einer Reihe sozialer, technischer und ökonomischer Probleme bestimmt, die im Zusammenhang mit Fragen der städtebaulich-räumlichen Ordnung und der Stadtgestalt gelöst werden müssen. Ausgehend von den gewachsenen Strukturen ist es wichtig, ein geordnetes und harmonisches Nebeneinander von alter und neuer Bebauung anzustreben, d. h., daß den guten Formen vorhandener Bauten gute Formen hinzugefügt werden, die sowohl in der Stadt als auch in ihrer Silhouette eine Bereicherung und Weiterentwicklung des Stadtbildes ergeben. Das gilt besonders für jene Städte, die ihren Ruf und ihre Bedeutung in nicht geringem Maße berühmten Silhouetten verdanken. Erfahrungen zeigen, daß es aus gestalterischen ebenso wie aus ökonomischen Erwägungen heraus zweckmäßig ist, die Bebauung mit hohen Einzelgebäuden sinnvoll zu begrenzen.

Bedingt durch ihre geringe Ausdehnung vermitteln Silhouetten historischer Städte einen Gesamteindruck vom Aufbau und der Gliederung der Stadt und ihrer Beziehung zur landschaftlichen Umgebung. Wir kennen von vielen Städten Darstellungen der Silhouette aus unterschiedlichen Epochen, die ihr Wachstum und damit verbunden den Struktur- und Gestaltwandel deutlich machen. Bedingt durch das rasche Anwachsen der Städte im 19. Jahrhundert entstand um die historischen Kerne ein Konglomerat von Wohn- und Industriegebieten. Damit wurde sowohl vom Massenaufbau als auch durch die Art der Straßenführung der Blick auf die alte Silhouette oft beeinträchtigt. Nur da, wo durch starke landschaftliche Elemente wie Wasser, Geländebewegung oder Baugrundverhältnisse die Stadt als Ganzes oder in ihren Teilen eine überschaubare Gestalt behielt, ist auch ihre Silhouette noch heute erlebbar.



1



2

Silhouette und Gesamtstadt

Das Anwachsen unserer Städte verändert zwangsläufig die Bedingungen, unter denen wir sie als Ganzes und im Zusammenhang mit Landschaft überschauen können. Erfahrungsgemäß kann man eine Silhouette mit ihren charakteristischen Gebäuden bis auf eine Entfernung von 3 bis 5 km deutlich erkennen.

Bei besonderen Bedingungen kann man wie im Falle von Berlin die Silhouette des Fernsehturmes und des Hotels „Stadt Berlin" auf eine weitaus größere Ertfernung wahrnehmen.

Die Straßenführung zur Stadt, die Ordnung von Baumassen sowie die Einbeziehung landschaftlicher Elemente sind dabei wichtige Bedingungen, die für das Wahrnehmen einer Silhouette ausschlaggebend sind.

Als Beispiel einer überschaubaren Stadt kann Stolpen im Bezirk Dresden gelten. Die Stadt entwickelt sich mit ihrer 2- bis 3geschossigen Bebauung auf einem Hügel. Die Türme der ehemaligen Burg und die Stadtkirche bestimmen die Silhouette, die von den Landstraßen aus Richtung Dresden und Pirna zusammen mit der bewegten Landschaft ein eindrucksvolles Bild ergibt. (Abbildungen 1 und 2).

Auch Tangermünde wurde auf einem Geländerücken angelegt. Die mittelalterliche Stadt erhebt sich über die flache Elblandschaft und ist weithin sichtbar. Die Stadtmauer faßt die Stadt mit ihren Dominanten – der Stephanskirche, den Stadttoren und der Burg – zu einer Gesamtform zusammen, die besonders von der Elbe her gut erlebbar ist. (Abbildung 3).

Auch von Städten in der Ebene mit einer beträchtlichen Ausdehnung können ebenfalls die Silhouetten als Ganzes oder in bestimmten Teilen wahrgenommen werden. In Städten wie Leipzig und Erfurt sind es geplante oder vorhandene Ringstraßen und große Radialstraßen, die oft Ausblicke auf Teile der Silhouette gestatten. In Leningrad und Dresden werden über Flußläufe hinweg Teile der Silhouette sichtbar, und in Stralsund und Venedig sind es ausge-

1/2 Stolpen, eine überschaubare Stadt in der Landschaft

3 Tangermünde. Historische Stadtansicht

4 Moskau. Hochhausgruppe am Südufer der Moskwa (Entwurf)

5 Paris. Plan mit Hochhausbebauung

6 Berlin. Bereiche mit höherer Bebauung

dehnte Wasserflächen, die die Stadtsilhouette erlebbar machen.
Im Umgestaltungsprozeß solcher Städte entstanden eine Reihe von Projekten und Entwürfen, die zeigen, wie historische Silhouetten ergänzt und verändert werden. Eine Tendenz besteht darin, der historischen Silhouette eine neue Gruppe von dominanten Gebäuden entgegenzusetzen, das heißt die historische Silhouette wird als ein selbständiges Element aufgefaßt, dem ein zweites neues Element entgegengesetzt oder zugeordnet wird. Das zeigt sich besonders deutlich in einem Entwurf Moskauer Architekten, die am Südufer der Moskwa eine Gruppe von 5 Hochhäusern vorschlagen und so der Kremlsilhouette ein neues stark kontrastierendes Element gegenüberstellen. (Abbildung 4)

Im bescheideneren Umfang gab es 1969 auch für Potsdam einen ähnlichen Entwurf von den Architekten Berg und Görl. Von der Havel aus bietet die Stadt ein weites Panorama von neuen und alten Gebäuden, die sich am Brückenkopf der Langen Brücke zum Zentrum vereinen. Von hier aus schaut man über einen großen Verkehrsplatz zur Innenstadt. Flankiert wird dieser Platz von zwei selbständigen städtebaulichen Ensembles, mit dem alten Rathaus (heute Klubhaus H. Marchwitza), der Nikolaikirche und dem Knobelsdorffhaus auf der einen Seite und dem Interhotel auf der anderen Seite. Der Vorschlag sah vor, das Hotelhochhaus durch weitere hohe Gebäude zu einer Gruppe zu ergänzen, die als selbständiges Element den historischen Gebäuden gegegenübersteht.

Einen anderen Weg der Umgestaltung und der Neuordnung historischer Bebauungsstrukturen gehen die Stadtplaner von Paris. Um die Innenstadt schlagen sie in Entfernungen von 3 bis 6 km sechs Gebiete vor, wo sich vorwiegend Hochhausbebauung konzentrieren wird. Das bekannteste davon ist das Gebiet La Défence in der Verlängerung der Champs-Élysées.

Hier entstand eine Gruppierung von hohen Gebäuden, die sich zusammen mit der übrigen Hochhausbebauung aus dem Häusermeer von Paris als neue Silhouette markiert. In dieser Hinsicht zeichnet sich auch in Berlin die Konzentration hoher Bebauung auf der Fischerinsel und in der Leipziger Straße eindeutig gegenüber einzelnen und zufällig wirkenden Punkthäusern in der Silhouette ab. (Abbildungen 6/7)

Der Wiederaufbau Dresdens erfolgt nach Konzeptionen, die eine Konzentration der höheren Bebauung um die historische Altstadt, das heißt am Bahnhofsvorplatz, im Bereich Prager, Grunaer und Schweriner Straße vorsieht und die durch einzelne Punkthäuser an wichtigen Straßenkreuzungen und Brücken ergänzt wird. Das führt zu einer starken Vermischung von alten und neuen Dominanten, die sich besonders vom


3


4



5


6

7 Berlin. Silhouette vom Friedrichshain aus gesehen

8 Dresden. Silhouette von der neuen Brücke ausgesehen.



9 Dresden. Bereiche mit höherer Bebauung

Südhang der Stadt dem Betrachter bieten. Von den Elbbrücken überwiegt auch noch heute die historische Silhouette in ihrer Geschlossenheit und Einmaligkeit. (Abbildungen 9/10)

Greifswald und seine Silhouette

Die Erweiterung von Greifswald auf nahezu das Doppelte der jetzigen Stadtgröße muß im Zusammenhang mit einem Struktur- und Gestaltwandel der Stadt betrachtet werden, der die vorhandenen Disproportionen in der bisherigen Stadtentwicklung behebt. Neben wichtigen Fragen der Umgestaltung und Neubebauung ganzer Stadtteile in Verbindung mit einem neuen leistungsfähigen Verkehrssystem gilt es, vornehmlich die historische Altstadt als Zentrum mit ihrer berühmten Silhoutte sinnvoll in eine neue Stadtstruktur einzubeziehen.

Die historische Silhouette sollte als selbständiges Element mit den neuen Stadtteilen ein harmonisches Gesamtbild ergeben. Dabei müssen sowohl die Erfahrungen der Neugestaltung historischer Silhouetten aus anderen Städten als auch die Besonderheiten Greifswalds und seiner landschaftlichen Umgebung berücksichtigt werden. Die flachwellige Grundmoränenlandschaft und der nahe gelegene Bodden sind bestimmend für das äußere Bild der Stadt.

Bodden und Ryck-Fluß waren für die mittelalterliche Hafenstadt wichtige Wasserwege zur offenen See, auf denen die Handelsschiffe aus aller Welt die Stadt erreichten. Der Warenumschlag und die Salzgewinnung waren die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadtentwicklung, die sich bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts nur innerhalb der Stadtmauer vollzog.

Erst danach setzte eine Stadterweiterung vorwiegend in südöstlicher Richtung ein, da die Überschwemmungsgebiete in der Ryckniederung zwischen Wieck und Greifswald eine Stadtentwicklung nach Norden bisher ausschlossen.

Die Verbindung der Stadt mit dem Umland

10 Dresden. Schaubild eines Entwurfs, in dem bereits eine die Silhouette verunklärende Überlagerung hoher Gebäude erkennbar ist



11

12



13



14

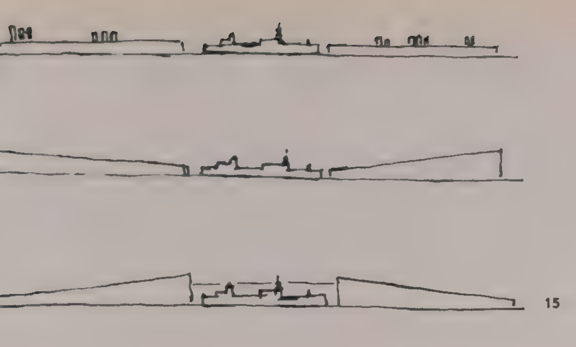


erfolgt heute über die F 96 (nach Neubrandenburg und Stralsund) und F 109 (nach Prenzlau) sowie durch Landstraßen nach Grimmen und Wolgast. Mit erheblichen Schwierigkeiten und Störungen wird der Verkehr auf diesen Straßen durch die Innenstadt geführt.

Das schachbrettartige Raster der Altstadt mit einer Ausdehnung von 1000 m × 600 m wird durch 12 Straßen in Nord-Süd-Richtung und vier Straßen in Ost-West-Richtung gebildet. (Abbildung 11)

Die Nord-Süd-Straßen waren früher wichtige Verbindungen der Stadt mit dem Hafen und den Hafentoren. Im Laufe der Stadtentwicklung wurde das Steinbecker Tor in Verbindung mit einer Brücke der nördliche Stadteingang. Hier passiert heute der von Norden kommende Verkehr die Stadt und wird über die Fischstraße und den Platz der Freiheit über die Fleischerstraße in südlicher Richtung weitergeführt. Die wichtigste Ost-West-Verbindung ist die Straße der Freundschaft als Durchgangs- und Geschäftsstraße. Sie verläuft auf einem Höhenrücken, der zum Hafen hin ein Gefälle von etwa 9 m hat.

Auf diesem höher gelegenen Stadtteil stehen auch die drei Dominanten, die Nicolaikirche, die Jacobikirche und die Marienkirche. Sie ragen weit über die zwei- bis dreigeschossige Altbebauung hinaus und bestimmen mit ihren charakteristischen Turmformen die Silhouette. Gehölzfreie Flächen in der Umgebung der Stadt machen die Silhouette weithin sichtbar. Bevorzugte Standpunkte ergeben sich dabei vom Norden über die Ryck-Niederung. Die Nordansicht ist oft von bekannten Künstlern dargestellt worden. Noch heute haben wir die nahezu unveränderte Ansicht, wie sie ein Stich von Merian zeigt, da die Altstadt in ihrer historischen Struktur kaum verändert wurde. Aber auch vom Süden erlebt man die Silhouette in ihrer breiten ge-


15

11 Greifswald. Historischer Plan

12 Greifswald. Historische Silhouette

13 Greifswald. Silhouette vom Norden

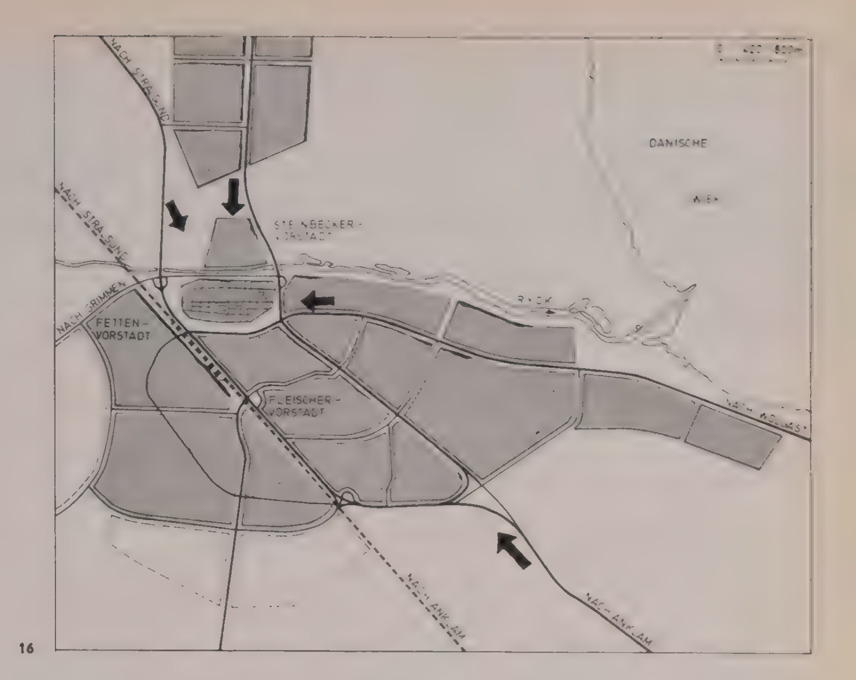
14 Greifswald. Silhouette von Süden

15 Greifswald. Alternativschemata der zukünftigen Silhouette

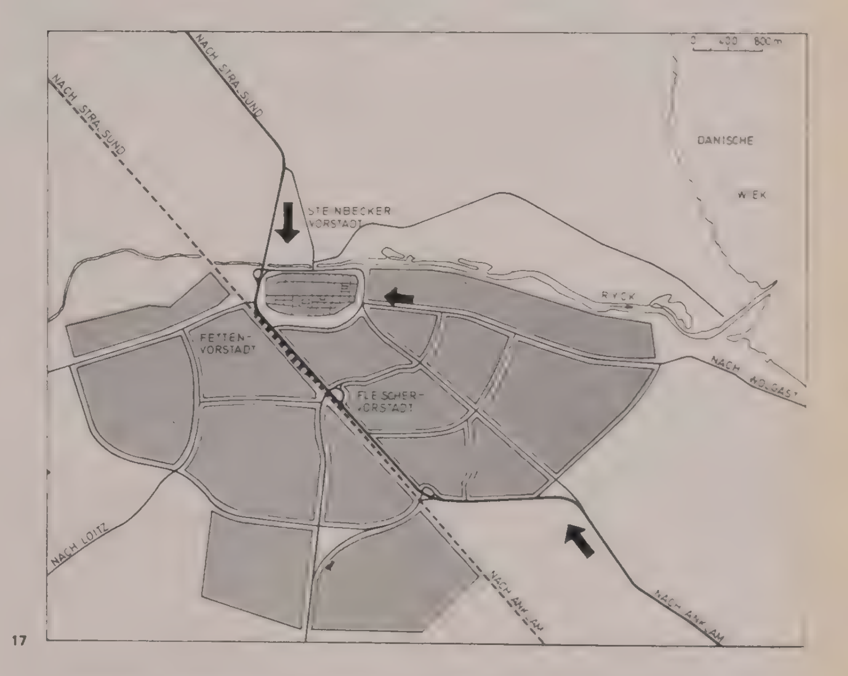
16 Greifswald. Konzeption der Stadtentwicklung, Variante 1

17 Greifswald. Konzeption der Stadtentwicklung, Variante 2

18 Greifswald. Konzeption der Stadtentwicklung, Variante 3



16



17



18

lagerten Form mit den drei Türmen, die untereinander einen Abstand von 200 und 400 m haben. Vom Osten erscheint die Silhouette verdichtet als Überschneidung der Kirchtürme untereinander. (Abbildungen 12/13/14/15)

Für die strukturelle Neuordnung der Stadt auf der Grundlage ihres ökonomischen Profils, das gekennzeichnet ist durch das Kernkraftwerk Lubmin, die Nachrichtenelektronik, die Erdöl- und Erdgaserkundung und -forschung, die Bau- und Baustoffbetriebe, die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie die Ernst-Moritz-Arndt-Universität, wurden drei Erkundungsvarianten ausgearbeitet.

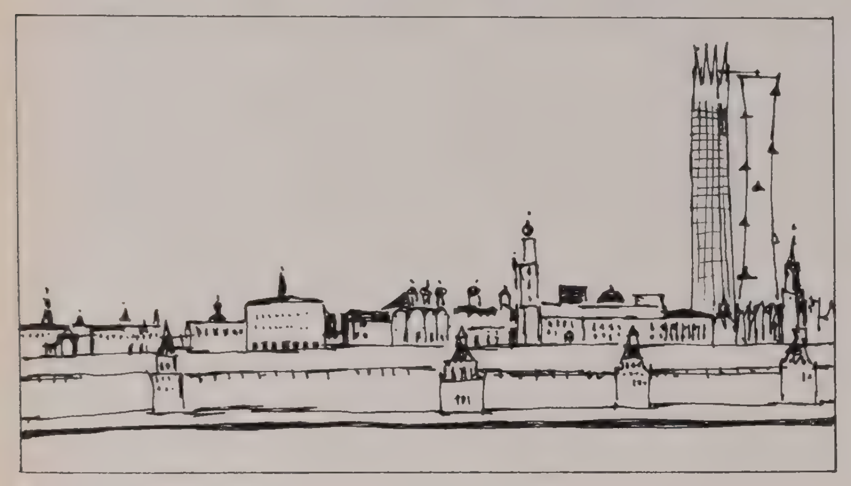
Die Variante 1 sieht eine vornehmlich bandartige Entwicklung der Stadt nach Osten (Bodden) und Norden (Neukirchen) vor.

Ein lineares Massenverkehrsmittel verbindet die Wohngebiete, Arbeitsgebiete und die Altstadt mit einem Erholungszentrum am Bodden. Funktionelle und bauliche Verdichtungszonen erstrecken sich um die Altstadt und folgen den Hauptachsen in Richtung Wolgast und Neukirchen. Dabei werden in der Ryckzone punktartige Konzentrationen von gesellschaftlichen Einrichtungen vorgeschlagen, die in enger Beziehung zu den Verdichtungsgebieten im Bereich der Wolgaster Straße stehen.

Der Durchgangsverkehr in Nord-Süd-Richtung wird parallel zur Reichsbahntrasse Stralsund–Prenzlau gebündelt und so in der schon vorhandenen Zäsur zwischen Stadt- und Industriegebiet tangential am Zentrum vorbeigeführt. Die Hauptverkehrstrassen dieser Konzeption bieten vornehmlich Gelegenheit, die historische Silhouette im Zusammenhang mit Neubaugebieten zu überblicken. Aus nördlicher Richtung bleibt die bekannte Silhouette weithin sichtbar, dabei müßte die Steinbecker Vorstadt allerdings nur niedrige Bebauung haben.



19



20



21

Weiter ergeben sich Ausblicke von der Wolgaster Straße und der Anklamer Straße in Richtung Altstadt. (Abbildung 16)

In der Variante 2 wird eine Stadtentwicklung ausschließlich südlich des Ryck vorgeschlagen mit einer Verdichtungszone um die Altstadt. Der Durchgangsverkehr wird ebenfalls wie in Variante 1 parallel zur Reichsbahntrasse gebündelt. Bei dieser Lösung bleibt die nördliche Ryckniederung frei von Bebauung und ermöglicht damit, das Panorama der Gesamtstadt mit ihren alten und neuen Stadtteilen zu überblicken. Darüber hinaus ergeben sich auch in dieser Variante Ausblicke von der Anklamer und Wolgaster Straße auf die Innenstadt. (Abbildung 17)

Die Variante 3 geht von einer stark konzentrierten Bebauung aus mit besonderer Verdichtung um die Altstadt. Der Durchgangsverkehr wird über zwei Umgehungsstraßen im Osten und Westen der Stadt geführt und vereinigt sich nördlich von Greifswald zur F 96 nach Stralsund. Bei dieser Stadtstruktur ergeben sich von den Umgehungsstraßen nördlich des Ryck Ausblicke auf die Altstadt, wobei das Teilgebiet Steinbecker Vorstadt niedrig bebaut werden müßte, um unangenehme Überschneidungen mit der historischen Silhouette zu vermeiden. (Abbildung 18)

Die drei Varianten ordnen und gliedern die Stadt in dieser Arbeitsetappe nur flächenmäßig und sagen über den möglichen Massenaufbau und die Höhenentwicklung der Neubebauung noch nichts aus. Zur theoretischen Erörterung über das Verhältnis der historischen Stadtsilhouette zur Silhouette der künftigen Gesamtstadt sind folgende Alternativen denkbar:

- Der Bebauungspegel für die Gesamtstadt erhöht sich nur unwesentlich gegenüber der vorhandenen Bebauung und neue dominante Gebäude konzentrieren sich in einem gewissen Abstand von der Altstadt an besonderen Punkten.
- Der Bebauungspegel der Altstadt wird in unmittelbarer Nähe der Altstadt übernommen und wächst nach außen, d. h. an der Peripherie der Stadt, beträchtlich an.
- Der Bebauungspegel wird in unmittelbarer Nähe der Altstadt sprunghaft erhöht und bildet einen starken Kontrast zur bisherigen Bebauung.

Sicher ist auch eine Kombination dieser Alternativen denkbar, die sich noch insbesondere mit der Bebauung unmittelbar südlich der Altstadt (Fleischervorstadt) auseinandersetzen muß. Dieses Gebiet liegt im Blick von Norden zwar weiter zurück, es wird aber doch zusammen mit der historischen Silhouette wahrgenommen. (Abbildung 15)

Alte und neue Dominanten

Die Silhouette wird neben den Gebäudekomplexen der verschiedenen Stadtteile besonders von neuen hohen Bauten in unmittelbarer Nähe der historischen Dominanten beeinflußt und verändert. Die prozeßhafte Entwicklung der Städte bedingt zwangsläufig, daß sich jede Zeit mit dem Nebeneinander von neuen und alten Gebäuden auseinandersetzen mußte.

Die Lösung dieses Problems ist relativ einfach, wenn sie in einem kurzen Zeitraum stattfindet, sie wird meist schwieriger, je weiter die Entwicklung der Stadt fortschreitet und immer aufs neue eine Synthese zwischen alter und neuer Bebauung gefunden werden muß. Veränderte Bautechnologien, neue funktionelle und ästhetische Anforderungen bestimmen die Form und den Maßstab heutiger Dominanten.

Eine Reihe von städtebaulichen Entwürfen und bereits ausgeführten Projekten zeigen diese Problematik. In den dreißiger Jahren setzten sich bekannte Architekten in einem Wettbewerb zum Sowjetpalast in Moskau

19 Rostock. Stadtsilhouette

20 Moskau. Kreml
Haus des Volkskommissariats für Schwerindustrie
Projekt Leonidow 1934

21 Bautzen. Stadtsilhouette

22 Greifswald. Wettbewerb zur Umgestaltung der Innenstadt, 2. Ankauf

23 Greifswald. Wettbewerb zur Umgestaltung der Innenstadt, 1. Ankauf

24 Greifswald. Wettbewerb zur Umgestaltung der Innenstadt, 1. Preis



22

23

24

und dem Haus des Volkskommissariats für Schwerindustrie auf dem Roten Platz mit der historischen Bebauung des Kremls auseinander. Die meisten Entwürfe zeigten Monumentalgebäude, die keine maßstäbliche Beziehung zur vorhandenen Bebauung aufnahmen. Das zeigt z. B. der Entwurf Leonidows, der drei gut gestaltete monumentale Türme unmittelbar neben die Kremlbebauung vorschlug. Diese Türme waren von beträchtlicher Höhe und standen in keiner Beziehung zu den Höhendominanten der alten Bebauung. Der heutige Kremlpalast nimmt dagegen räumlich Bezug auf die historische Anlage und ordnet sich in die Silhouette ein. (Abbildung 20)

Im Zuge der Umgestaltung von Bautzen wurde in der Altstadt ein 13geschossiges Wohngebäude errichtet. Dieses Gebäude ist von der Fassadenstruktur und seinen äußeren Ausmaßen ein neues Element in der weithin sichtbaren Silhouette. Aus sehr großer Entfernung wirkt es als neutrales liegendes Rechteck neben den gegliederten Formen der historischen Dominanten noch einigermaßen erträglich. Im Stadtinneren dagegen sprengt es den Maßstab der mittelalterlichen Stadt. (Abbildung 21)

Auch bei der künftigen Umgestaltung der Greifswalder Altstadt besteht das Problem, neue Dominanten in unmittelbarer Nachbarschaft von historischen Dominanten zu errichten. Dazu gab es bereits im Jahre 1968 einen städtebaulichen Ideenwettbewerb, der sich mit der Neugestaltung des Zentrums befaßte. Der 2. Ankauf plaziert nur außerhalb der Wallanlagen am Platz der Freiheit, am Bahnhof und im Bereich des Karl-Marx-Platzes hohe Bauten und hält sich damit in angemessener Entfernung von den historischen Dominanten. (Abbildung 22)

Anders dagegen die Konzeption des 1. Ankaufes. Hier wird eine Reihung von 4 Hochhäusern am Ryck vorgeschlagen. Hinzu kommen Hochhäuser am Platz der Freiheit. Die Reihung am Flußufer wirkt durch ihre Gleichförmigkeit zu starr und durch die fehlende Überschneidung mit flachen vorgelagerten Gebäuden fehlt eine räumliche Wirkung, welche die Tiefe der Stadt deutlich macht. Die unangenehme Wirkung hoher Gebäude am Flußufer werden an Speicherbauten in Rostock deutlich. (Abbildung 23)

Der 1. Preis versucht mit 4 differenzierten Hochhausgruppen an den Hauptachsen das Zentrum neu zu markieren. Das ergibt für die Nordansicht eine Mischung von alten und neuen Dominanten in der Zentrumsmitte. Zugunsten einer Trennung und deutlichen Unterscheidung wäre eine Beschränkung der hohen Bauten auf wenige Standorte von Vorteil (Abbildung 24). Diese Standorte müßten ausgehend von den funktionellen Anforderungen in einer gewissen Entfernung von den historischen Dominanten liegen. Die neuen Dominanten bilden dann ein selbständiges Element, wobei die unmittelbare Uferzone niedrigen Gebäuden vorbehalten bleibt. Bei der künftigen Umgestaltung kommt es darauf an, eine Synthese zwischen alten und neuen Dominanten zu finden, die den historischen Teil der Silhouette in seiner Schönheit erhält und darüber hinaus eine Bereicherung und Weiterentwicklung der Stadt sichtbar macht.

Literatur

Osnovy sovetskogo gradostroitel'stva Bd. 4, Moskwa 1969
Barchin, M.: Über die Architektur Moskaus, in Architektura SSSR 37 (1969) 3 S. 1
H. Hüller; H. Räder: Wettbewerb Zentrum Greifswald, in deutsche architektur 19 (1970), H. 2, S. 96
H. Schmidt; R. Linke; G. Wessel: Gestaltung und Umgestaltung der Stadt, Berlin 1969



1

1
Modellfoto. Blick vom Südosten auf den gesamten zentralen Bereich

Die Planung von Wohnungsneubauten in der Innenstadt von Frankfurt (Oder)

Dipl.-Ing. Manfred Vogler
Stadtarchitekt Frankfurt (Oder)

Im Fünfjahrplan wird auch in der Bezirksstadt Frankfurt (Oder) ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm verwirklicht. Dabei wird unter Berücksichtigung der Gesamtziffer ein Teil des Wohnungsneubaus in innerstädtischen Gebieten der Stadt Frankfurt durchgeführt. Das betrifft insbesondere den vielgeschossigen Wohnungsbau, der vom ganzen Bezirk im Interesse einer hohen Einwohnerdichte und einer effektiven Ausnutzung der Anlagen der technischen Versorgung im wesentlichen auf diesen Standort konzentriert wurde.

Im Jahre 1959 wurde die „Grundlinie zur Gestaltung des Stadtzentrums Frankfurt (Oder)“ ausgearbeitet. In diese Grundlinie wurde die bereits bestehende Planung für das zentrale Wohngebiet „Halbe Stadt“ übernommen.

Die Grundlinie entstand als Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt und dem VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder).

Im zweiten Halbjahr 1969 wurde die Planungsarbeit gemeinsam mit einem Kollektiv der Deutschen Bauakademie, einer Gruppe unter Leitung des Chefarchitekten von Leipzig und mit dem Bezirksarchitekten Dipl.-Ing. Härtel vorerst abgeschlossen.

Ausgehend von dieser Grundlinie wurde 1970/71 die Bebauungskonzeption „WK Halbe Stadt“ weiterbearbeitet und für die Realisierung vorbereitet. In einem ersten Bauabschnitt wurde bereits mit der Baudurchführung begonnen.

An der städtebaulichen Vorbereitung waren beteiligt:

Kollektiv des Büros für Stadtplanung beim Rat der Stadt Frankfurt (Oder):

Dipl.-Ing. Manfred Vogler, Stadtarchitekt
Dipl.-Ing. Günter Ansorge, Verkehr – Stadttechnik
Dipl.-agr. ing. oec. Rainer Zeletzki, Freiflächen
Architekt BdA Rudi Zarn
Dipl.-Ing. Bernd Beringschmidt, Architekt

Kollektiv des Büros für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder):

Dipl.-Ing. Dietrich Koch, Chefarchitekt
Dipl.-Ing. Gunter Richter, Architekt
Dipl.-Ing. Günter Hartzsch, Architekt
Dipl.-Ing. Gisela Grselka, Architekt
Gartenbau-Ing. E. Zinn, Freiflächenplanung
Dipl.-Ing. G. Kassner, Verkehrsplanung
Dipl.-Ing. D. Zander, Stadttechnische Versorgung
Ingenieur V. Plock, Stadttechnische Versorgung
Dipl.-Geog. G. Klose, Kostenplanung, Ökonomie
Grafiker W. Bugzel, Farbkonzeption

Bildkünstlerische Konzeption:

R. Grunemann, VDK-DDR, Maler
W. Kreisel, VDK-DDR, Bildhauer
H. Fehlhaber, VDK-DDR, Grafiker

Die Bezirksstadt Frankfurt (Oder) ist das gesellschaftliche und geistig kulturelle Zentrum des Oderbezirkes, Transitpunkt im Güterverkehr und Standort bedeutender elektronischer Industrie. Die Zahl der Einwohner betrug 1970 mehr als 61 000 und wird bis 1975 auf rund 73 000 ansteigen.

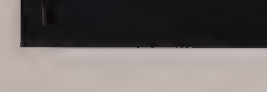
Unter Beachtung der vorhandenen Zentrumsansätze führten stadtökonomische und stadtgestalterische Untersuchungen zu der Festlegung, mit der weiteren Entwicklung des Stadtzentrums am bisher entstandenen Bereich anzubinden, aber die gegenwärtig parallel zur Oder ausgerichtete Zentrumslage durch eine Ost-West-Achse zu ergänzen.

Diese Konzeption muß mit grundsätzlichen stadtstrukturellen Maßnahmen verbunden werden, die auf eine wesentliche Verbesserung der Stadtökonomik zielen:

- Verdichtung in und am Stadtzentrum durch Wohnungsbau (es bestehen dort Gebiete mit einer Einwohnerdichte von weniger als 100 EW/ha)
- Weiterer Ausbau der nördlichen und der westlichen Stadtteile als Wohngebiete
- Verdichtung des Stadtzentrums und des nördlich angrenzenden Industriegebietes mit Arbeitsstätten
- die grundsätzliche Neuordnung der Verkehrslösung; die Herstellung einer das Stadtzentrum westlich tangierenden Nord-Süd-Verbindung.

Mit der vorliegenden städtebaulichen Konzeption für das Stadtzentrum wurde nachgewiesen, daß im zentralen Bereich in relativ kurzer Zeit eine Verdoppelung der Einwohnerzahl gegenüber 1970 erreicht werden kann, so daß in den Jahren 1978/80 dort etwa 26 000 Menschen wohnen werden.

Das Vorhaben, einen Teil des Wohnungsbauprogramms durch vielgeschossige Wohnbauten im zentralen Bereich zu realisieren, hat sich als grundsätzlich möglich erwiesen. Durch Konzentration des mehr-





2

Kennziffern
für die erste und zweite Bauetappe

Geplante Einwohnerdichte	485 EW/ha
Geplante Wohnungsbelegung	3,2 EW/WE
Erhaltung und Modernisierung innerhalb des Bebauungsgebietes	610 WE
Gesamtzahl der Einwohner in neuen Wohnungen	etwa 9200 EW

Bauprogramm
für die erste und zweite Bauetappe
2852 Wohnungen
2 zweizügige Oberschulen mit 720 Plätzen
Turnhalle GT 60 L
Mehrzweckgebäude für Gaststätte und Schulspeisung
3 Kombinationen für Kindergarten/Kinderkrippe 108/48 Plätze
Umbau eines denkmalgeschützten Wohnhauses zum Kindergarten mit 100 Plätzen
Mehrzweckgebäude für Dienstleistungen, Friseur, öffentliches WC
Kaufhalle mit 630 m² Verkaufsraumfläche
Erweiterung des bestehenden Ambulatoriums durch Anbau

2
Modellfoto. Zustand des Stadtzentrums im Jahre 1971. Blick von Nordosten

3
Modellfoto. Massenaufbau des zentralen Bereiches Ein Teil der Wohngebäude befindet sich im Bau. Rechts im Hintergrund der Wohnkomplex „Halbe Stadt"

geschossigen Wohnungsbaus soll schrittweise eine Umgestaltung des Stadtzentrums erreicht werden.

Das geplante Wohngebiet „Halbe Stadt" – benannt nach einer historischen Straße am Ostrand der wichtigsten Bebauungsfläche – schließt westlich an die bestehende Zentrumsanlage an und wird mit dem südlich entstehenden neuen Zentrumsteil eine räumliche Einheit bilden.

Im Osten wird das Wohngebiet von dem historischen Lennépark und im Norden von dem im Aufbau befindlichen Kulturpark begrenzt. Damit sind gute Voraussetzungen für die Naherholung gegeben, so daß eine außergewöhnlich hohe Dichte im Bebauungsgebiet erreicht werden kann. Im Wohngebiet sollen in drei Bauetappen (auch über 1975 hinaus) mehr als 3100 Wohnungen gebaut werden. Das Rekonstruktionsgebiet erfordert in den ersten beiden Etappen, in denen 2850 Wohnungseinheiten fertiggestellt werden sollen, auch die Modernisierung von Wohnungen und einer geringen Zahl anderer Einrichtungen. Der Aufbau in der ersten Etappe erfolgt parallel zum Bau von anderen Wohngebieten, nahe dem Stadtzentrum.

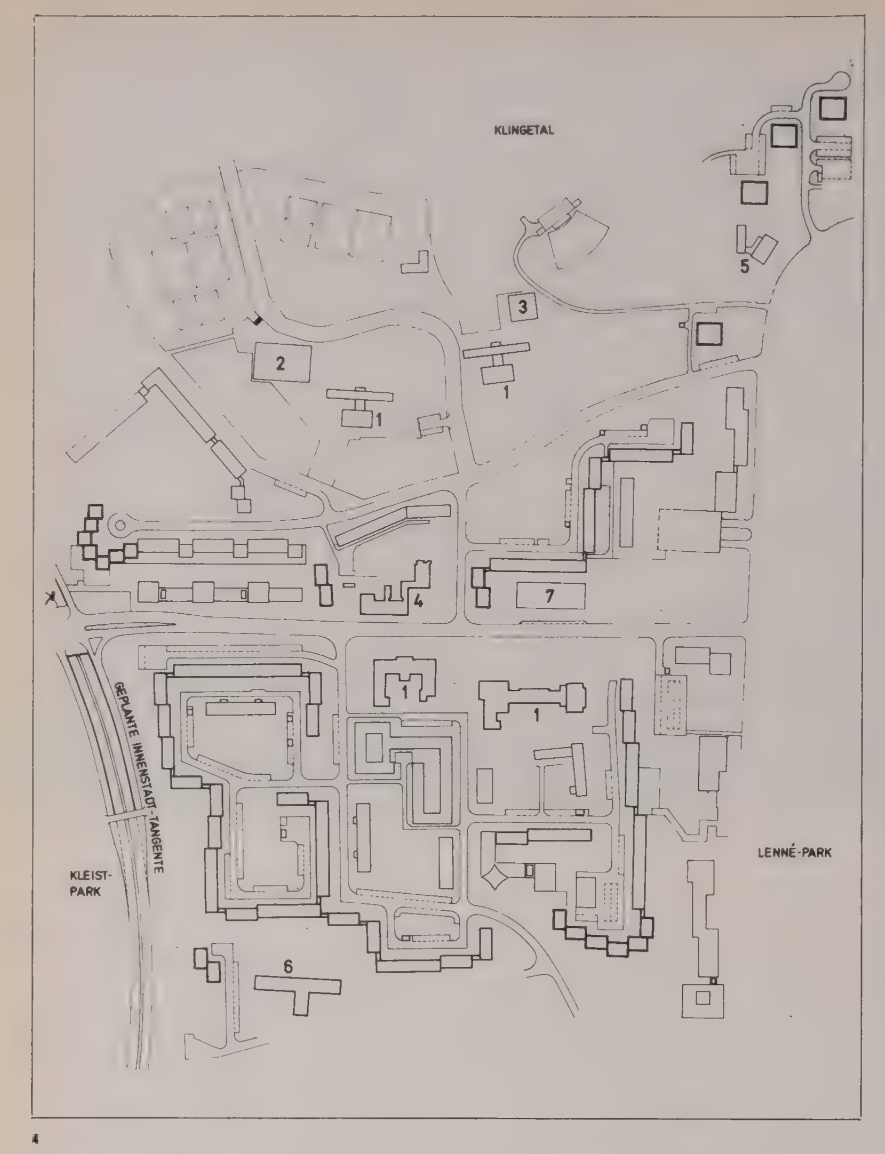
Das Wohngebiet „Halbe Stadt" wird vorwiegend mit elfgeschossigen P 2 Wohnhaustypen gestaltet. Nach 1975 werden dann die geplanten vielgeschossigen Punkthausgruppen in Plattenbau errichtet. Diese gereihten und gestaffelten Wohngebäudegruppen sollen insbesondere auch Wohnungen für ältere Leute aufnehmen.

Neben größeren Wohnungen werden dort Einraumwohnungen unterschiedlicher Wohnqualität entstehen.

Bei der Planung für dieses Wohngebiet wird die notwendige mannigfaltige Funktionsmischung im Stadtzentrum durch das Nebeneinander zentraler gesellschaftlicher Einrichtungen und Wohngebäuden erreicht. Diese Lösung erscheint für die gegenwärtige Aufbauphase und für die besonderen topographischen Bedingungen des Bebauungsgebietes am meisten geeignet. Dagegen wird – für spätere Realisierungszeitpunkte – an anderen, direkt an Zentrumsräumen gelegenen Standorten eine baukörperliche Durchdringung und Über-

3





4

4
Wohnkomplex „Halbe Stadt" Lageplan
1 Polytechnische Oberschule
2 Turnhalle
3 Gaststätte, Schulspeisung
4 Pionierhaus
5 Kindergarten
6 Poliklinik
7 Dienstleistungskomplex

5
Schaubild. Blick über den zentralen Platz
6
Modellfoto. Der neue Wohnkomplex „Halbe Stadt"
7
Schaubild. Blick über die Oder auf die Punkthausgruppe. Die ehemalige Nicolaikirche im Vordergrund wurde 1968 bis 1971 zur Konzerthalle umgebaut.

5



lagerung von Wohnbauten und gesellschaftlichen Einrichtungen angestrebt, wie das bereits mit der Bebauungsstudie für den Rathausplatz versucht wurde.

Die städtebauliche Gestaltung des Stadtzentrums beachtet als besonderes Charakteristikum die Lage der Stadt an der Oder-Neiße-Friedensgrenze und nutzt die morphologische Struktur des Geländes im zentralen Bereich. Bei dieser städtebaulichen Gestaltungsidee geht es nicht einfach um eine formal-reizvolle Ausnutzung der landschaftlichen Gegebenheiten zur Erringung einprägsamer Besonderheiten, sondern es wurde vielmehr die Grundidee verfolgt, in der städtebaulichen Komposition – auch außerhalb des Stadtzentrums – die Hauptkommunikationslinien, die zum Stadtzentrum führen, zu betonen und das Stadtzentrum räumlich zu umschließen.

Die konsequente Bebauung der oberen Hangränder führt zur Ausbildung von städtebaulichen Großräumen, in denen die gesellschaftlich aktivsten städtebaulichen Ensembles liegen werden.

Eine solche Formation, die die 15 bis 30 m hohen Hänge bewußt betont, wird es ermöglichen, im engeren Zentrumsbereich Platzfolgen mit gesellschaftlichen Funktionen aufzubauen, die sich eng mit den Wohnbereichen verknüpfen, aber nicht baulich überlagern. Die Dominanz der massiven Wohnbebauung hebt die zentralen Räume hervor und erbringt für die Silhouette der Stadt einen eindrucksvollen Aufbau.

Die hervorragende städtebauliche Dominanz des geplanten Wohngebietes führte im Verlaufe der Planungen wiederholt zu der Frage, ob es nicht richtiger wäre, auf dem gleichen Standort anstelle von Wohnungen gesellschaftliche Einrichtungen zu bauen. Eine solche Lösung hätte jedoch kein erlebnisfähiges Stadtzentrum ergeben. Topografisch bedingt wäre es schwierig geworden, eine wirkungsvolle Anbindung an die übrigen Stadtgebiete herzustellen: Die Kommunikationslinien der Stadt verlaufen in den Tälern. Die Geländedominanz wäre durch die niedrigen Baukörper der gesellschaftlichen Anlagen verloren gegangen. Der für gesellschaftliche Einrichtungen erforderliche, langwierige Bebauungsprozeß würde für das relativ große Umgestaltungsgebiet über große Zeiträume hinweg keine Ensemblewirkung bringen.

Mit der, für die Realisierung vorgesehenen Lösung, wird für die Zentrumsräume eine große Raumschale geschaffen.

Das dominierende Wohnensemble macht die bedeutende Dichte im Stadtzentrum sichtbar.

Die hohe Einwohnerdichte wirft Probleme für die innere Freiflächengestaltung auf. Eine Freiflächengestaltung, wie sie sich in vielen Wohngebieten – nicht nur in Frankfurt (Oder) – bietet, wird hier nicht möglich sein. Durch die hohe Funktionsdichte werden große Teile der Außenanlagen in vielförmiger Weise befestigt werden müssen.

Die Pflanze wird als schmückendes Element eingesetzt. Bei der Planung des Wohngebietes wurde bewußt auf Hügelhäuser, Terrassenhäuser und ähnliche Gebäudeformen verzichtet. Gegenwärtig sind solche Wohnhausanlagen sehr aufwendig und ein zeitliches Hinausschieben der Bebauung für dieses Gebiet könnte nur bedeuten, daß auch zu einem ferneren Zeitpunkt neuere Gebäudeformen als zukunftsträchtig angesehen werden, die wiederum eine Verzögerung angeraten sein ließen. Die Lage des Wohnkomplexes Halbe Stadt in der räum-

6

lichen Zentrumsstruktur erfordert eine straffe ruhige Baukörpergestaltung. Aus diesem Grunde wurde auch bewußt auf gewinkelte und gerundete Bauglieder verzichtet. Die städtebaulich-gestalterische Aufgabe kann durch die Wohnblöcke nur erfüllt werden, wenn diese als äußere Raumschale, als geschlossener Hintergrund der differenzierten Räume der gesellschaftlichen Anlagen wirken.
Die Baukörpergestalt an den Außenrändern des Wohngebietes wird – im Gegensatz zu den Zentrumsgebäuden – bewußt zurückhaltend bleiben. Sie wird die gesellschaftlichen Gebäude hervorheben und mannigfaltige Raumerlebnisse bieten. Nicht das individuelle Gestalten eines jeden Einzelnen, sondern der Kontrast zwischen der speziellen, teilweise dominierenden Gestalt gesellschaftlich bedeutender Bauwerke und dem vielfach wiederholten Wohnungsbau kann eine echte Überwindung städtebaulicher Monotonie bringen. Eine solche grundsätzliche Gestaltungslinie entspricht auch am besten der notwendigen Ökonomie im Städtebau.
Durch den hohen Ausnutzungsgrad der Anlagen der technischen Versorgung und des Verkehrs wird in dem Wohngebiet, trotz vielgeschossiger Bebauung, eine günstige Aufwandskennziffer erreicht. Mit der stadttechnischen und verkehrstechnischen Aufschließung werden gleichzeitig die Versorgungsverhältnisse im gesamten Stadtzentrum verbessert und Reserven für gesellschaftliche Gebäude geschaffen. Das Gebiet erfordert, vergleichsweise zu anderen Wohnungsbaustandorten im Stadtgebiet, den geringsten Aufwand für die Primärerschließung.
Das Wohngebiet wird eine Einwohnerdichte von 485 EW/ha haben. In die Umgestaltung werden drei- bis fünfgeschossige Wohnhäuser in gutem Bauzustand einbezogen. Den bestehenden Schulen werden größere Funktionsflächen zugeordnet. Das Wohngebiet erhält kein selbständigen Versorgungszentrum. Die erforderlichen Anlagen werden in Verbindung mit bestehenden Einrichtungen im Stadtzentrum entstehen. Durch die Standortwahl für die Gaststätten und Schulspeiseeinrichtungen an der vorhandenen Freilichtbühne und durch die Einordnung der Schulsportanlagen im Klingetal, wird das im Norden des Zentrums gelegene Tal weiter zum zentralen Kulturpark der Stadt umgestaltet.

7



Baugebundene Kunst im industriellen Fertigungsprozeß

Dipl.-Ing. Heinz Kästner, Bezirksarchitekt
Bezirksbauamt Cottbus



1

Die Ablösung der traditionellen durch die industrielle Bauweise, das heißt der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Bauwesen, wirft qualitativ veränderte Probleme der architektonischen Gestaltung auf.

Unter Beachtung der technologischen Linien in den Betonwerken, der weiteren Vervollkommnung des Montageprozesses auf den Baustellen und der Erhöhung des Vorfertigungsgrades muß die künstlerische Gestaltung als ein Element der Herausbildung sozialistischer Lebensbedingungen zum Anliegen der Bauschaffenden und Künstler gemacht werden.

Nacharbeiten und Zusatzverfahren an Fassaden, die sich als Bildträger eignen, sind technologisch schwierig und unökonomisch. Das im Prozeß der Herstellung befindliche Betonelement unter Berücksichtigung seiner konstruktiven und bauphysikalischen Eigenschaften baukünstlerisch zu gestalten, bringt folgende Vorteile:

1. Das Bauelement erhält – in Abhängigkeit vom angewandten Verfahren – bereits im Betonwerk seine endgültige Gestaltung.
2. Das gestaltete Element wird entsprechend der Fließstrecke und dem Montageprozeß des Betonwerkes zur Montage abgerufen.
3. Durch die Versetzung des gestalteten Elementes wird die baugebundene Kunst in den Montageprozeß einbezogen.
4. Nach Abschluß der Rohbaumontage, nach Fugenverstrich und gewissen Korrekturen erübrigt sich eine zusätzliche Behandlung der Außenfassade.
5. Der Bauprozeß wird in keiner Weise behindert, Terminverzüge werden ausgeschaltet.

Die Vorteile für den Künstler sind folgende:

1. Mit dem Beginn des Entwurfes – des hochbaulichen Projektes – ist der Künstler voll in den Entwicklungsprozeß einbezogen.
2. Nach Abschluß der Projektierungsphase muß der Entwurf für die Ausführung der künstlerischen Gestaltung unter Berücksichtigung der technologischen Linien bei der Fertigung der Betonelemente vorliegen.
3. Die künstlerische Gestaltung in der Nebenproduktion des Betonwerkes macht den Künstler von Witterungseinflüssen unabhängig.
4. Unter Regie des Künstlers werden qualifizierte Facharbeiter in die Lage versetzt, technische Verfahren bei der baukünstlerischen Gestaltung von Außen- und Innenwandplatten anzuwenden, ohne daß dabei

2



1
Betonaußenwandelement (3300 mm × 2400 mm) nach dem elektrostatischen Beschichtungsprozeß auf dem Transport zum Stapelplatz

2
Isolierung von elektrostatisch beschichteten Außenwandplatten auf Marmorsplitt-Untergrund (4 bis 5 mm) im Betonwerk Hoyerswerda

3
Montage von Außenwandplatten am Muster- und Experimentalbau POS Boxberg.
Entwurf des Wandbildes: S. Pieper, Aspirant der Hochschule für bildende Künste Dresden, unter Leitung von NPT Prof. G. Bondzin

4
Beispiel großflächiger baukünstlerisch gestalteter Bauelemente.
Wand des Mehrzwecksaales der POS Boxberg
Entwurf des Wandbildes: D. Beirich, Aspirant der Hochschule für bildende Künste, Dresden, unter Leitung von NPT Prof. G. Bondzin.
Verantwortlicher für die Ausführungsarbeit: NPT Prof. G. Stengel

3

4





5

6

die durchgehenden Fließstrecken in den Betonwerken gestört werden.
Dabei ist jedoch zu garantieren, daß die entstehenden Mehrkosten im Rahmen der Betonproduktion exakt erfaßt und bei den Mitteln für die baugebundene Kunst berücksichtigt werden.
Diese Verfahrensweise führt zu qualitativ völlig neuen Gesichtspunkten bei der architektonischen Lösung einzelner Baukörper oder ganzer städtebaulicher Räume.
Im Rahmen der Bebauungskonzeption der Stadt ist die baukünstlerische Gestaltung so vorzusehen, daß sie „bei möglichst geringem materiellem Aufwand dem wachsenden Kulturniveau und dem sich verändernden ästhetischen Bewußtsein des modernen sozialistischen Produzenten entspricht" (deutsche architektur 6/1971).
Es ist zum Beispiel möglich, ein für einen Wohnkomplex typisches Dekor zu verwenden, das – als gestaltetes Grundelement wiederkehrend – dem Baugebiet eine besondere Eigenart verleiht. Geringe Veränderungen in der Anordnung der Elemente oder unterschiedlich gefärbter Beton lassen vielseitige Varianten bei der Gestaltung des städtebaulichen Raumes zu.
Für den Künstler ergeben sich neue Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Monumentalkunst. Großdimensionale Fassadenflächen, die nach der Realisierung den städtebaulichen Raum allseitig beherrschen, sind in den künstlerischen Gestaltungsprozeß einzubeziehen.
Die seit 1966 bestehende Zusammenarbeit von Vertretern des VEB Wohnungsbaukombinates Cottbus, Sitz Hoyerswerda, und der Hochschule für bildende Künste, Dresden, führte zu einer langfristigen Vereinbarung bis 1975 im Sinne der Forderungen der dritten Hochschulreform.
Die Untersuchung von Anwendungsverfahren in technologischen Linien der Synthese von Architektur und baugebundener Kunst erfolgt im Bezirk Cottbus im Zusammenhang mit dem Forschungskomplex leichte Geschoßbauweise.

7

5

Erstmalige Anwendung industriell gestalteter Außenwandelemente in der DDR. Synthese von Architektur und baugebundener Kunst, unter Berücksichtigung bautechnologischer Linien in Fertigung und Montage. Polytechnische Oberschule Boxberg

Entwurf des Gebäudes: Dipl.-Ing. H. Kästner, Architekt BdA/DDR

6;7

Detailansichten des Außenwandmotivs der POS Boxdorf

8

NPT Prof. G. Stengel bei einer Beratung im WBK Cottbus, Betonwerk Hoyerswerda, mit dem verantwortlichen Meister der Nebenproduktion und den Aspiranten

8



Mit der Entwicklung einer neuen Schulbauserie für den Bezirk Cottbus konnten der Anwendung der baugebundenen Kunst erste Möglichkeiten eingeräumt werden.

Die seit 1968 bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Rektor der Hochschule für bildende Künste, Dresden, Prof. G. Bondzin, dem damaligen Abteilungsleiter für Forschung und Entwicklung beim VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus, Dipl.-Ing. H. Kästner, dem gesellschaftlichen Auftraggeber, dem späteren Direktor der polytechnischen Oberschule, Boxberg, Dipl.-Päd. S. Fritschke, der Ständigen Kommission für Stadtgestaltung und bildende Kunst hat ihren Niederschlag in der Gestaltung des Muster- und Experimentalbaues polytechnische Oberschule, Boxberg, gefunden.

Es galt, die bereits erzielten Ergebnisse im Betonwerk Hoyerswerda und im Wohnungsbaukombinat Cottbus voll auszuschöpfen und die Gestaltungsmöglichkeiten durch Anwendung des elektrostatischen Beschichtungsverfahrens zu erweitern. Erstmalig konnten Außenwandplattenelemente von 3300 × 2400 mm in der Nebenproduktion des Betonwerkes künstlerisch gestaltet werden. Weder das Beschichtungsverfahren noch der Transport oder die Montage brachten einschränkende Auswirkungen auf die Anwendung des Verfahrens mit sich. Für die gute Qualität in der Gesamtlösung sorgte nicht zuletzt die präzise Arbeit der Betonfacharbeiter und der Montagebrigaden.

Diese neue Entwicklungslinie, die neuen Formen und Methoden der Zusammenarbeit werden von allen Verantwortlichen des bezirklichen Bauwesens voll unterstützt.

Es erscheint jedoch notwendig, daß Elemente, die künstlerisch gestaltet werden sollen, im Betonwerk als Nebenproduktion hergestellt werden. Der Direktor des VEB Wohnungsbaukombinates Cottbus erklärte sich bereit, im Rahmen der Weiterentwicklung der Betonproduktion und bei Sicherung der notwendigen Investitionsmittel die Errichtung einer solchen Anlage voranzutreiben. Die ersten sichtbaren Ergebnisse der Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauarbeitern, Projektanten und Künstlern an der polytechnischen Oberschule, Boxberg, finden ihre Fortsetzung in der Wohnkomplexgaststätte WK VIII, in der Bezirksparteischule und im Bildungszentrum Cottbus.

Die Vorzüge der sozialistischen Produktion voll für die architektonische Gestaltung nutzbar zu machen und damit der Herausbildung sozialistischer Lebensbedingungen neue Akzente zu setzen, das ist das Anliegen der Bauschaffenden und Künstler.

1

Perspektiven der Plastanwendung im Bauwesen

Prof. Dr.-Ing. Alfred Hütter

2



1. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die Erzielung eines hohen Standes in der Materialökonomie macht auch den Einsatz moderner, effektiver Werkstoffe in Verbindung mit der Anwendung neuartiger Technologien und Verfahren erforderlich. In diesem Zusammenhang kommt zweifellos dem Aufkommen und dem Einsatz moderner Plastwerkstoffe große Bedeutung zu. Bei prognostischen Einschätzungen zur Entwicklung der Plastanwendung im Bauwesen ist allerdings in der letzten Zeit sehr häufig davon ausgegangen worden, daß die Plaste schon in den nächsten Jahren ihren derzeitigen Charakter als Spezialwerkstoffe weitgehend verlieren und auf vielen Gebieten als Massenbaustoff zur Anwendung kommen werden. Solche Vorstellungen tragen weder den realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten noch dem erreichten Stand des wissenschaftlichen Vorlaufes in der Anwendungsvorbereitung Rechnung und haben deshalb keine Aussicht auf Verwirklichung. Im Gegensatz dazu führen die heute noch bei der Plastanwendung im Bauwesen bestehenden Schwierigkeiten manchmal zu der ebenso falschen Auffassung, daß die Plaste in absehbarer Zeit überhaupt nicht in der Lage sein werden, in großem Umfange herkömmliche Baustoffe abzulösen. Diese Fehleinschätzung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Preise für Plasterzeugnisse im Verhältnis zu den traditionellen Baustoffen noch sehr hoch liegen

3

1
Busbahnhof Karl-Marx-Stadt. Überdachung mit Randträgern aus glasfaserverstärktem Polyester

2
Experimentalbau mit Gips-Außenwandelementen in Dessau. Vorhangfassade aus PVC

3
Winterüberdachung des Freischwimmbades in Buna-Schkopau. Traglufthalle aus Plast.
Breite: 36,5 m, Länge: 62 m, Höhe: 12 m

4
Blick in die Halle des winterüberdachten Schwimmbades. Zwei Notausgänge in der flexiblen Hüllenwand

4



und daß bei vielen Anwendungsgebieten infolge der zu geringen Lebensdauer der Plaste gegenwärtig überhaupt kein Substitutionsnutzen erzielt werden kann. Auch die in mancher Hinsicht noch unzureichenden Kenntnisse über das Verhalten der Plastwerkstoffe im Bauwerk, insbesondere über die Dauerbeständigkeit und das Brandverhalten, sowie die fehlenden Erfahrungen beim Entwurf sind die Ursache dafür, daß bei vielen Architekten und Ingenieuren hinsichtlich der Plastanwendung vielfach noch eine recht große Skepsis vorherrscht.

Bei den Überlegungen über den sinnvollen Einsatz der Plaste im Bauwesen muß davon ausgegangen werden, daß ökonomisch günstige Lösungen im allgemeinen nur dann erzielt werden, wenn die vollkommen neuen konstruktiven, gestalterischen, bauphysikalischen und ästhetischen Möglichkeiten, die die Plastwerkstoffe in sich bergen, auch weitgehend ausgenutzt werden. Dabei müssen allerdings immer die mehr oder weniger eng gezogenen Grenzen beachtet werden, die diesen organischen Werkstoffen durch ihre chemischen und physikalischen Eigenschaften gezogen sind. Zu den Eigenschaften, die die Anwendung im Bauwesen nachteilig beeinflussen, gehört einmal die starke Abhängigkeit der mechanischen Eigenschaften von der Temperatur und dem Zeitfaktor, der vor allem bei der konstruktiven Plastanwendung beachtet werden muß.

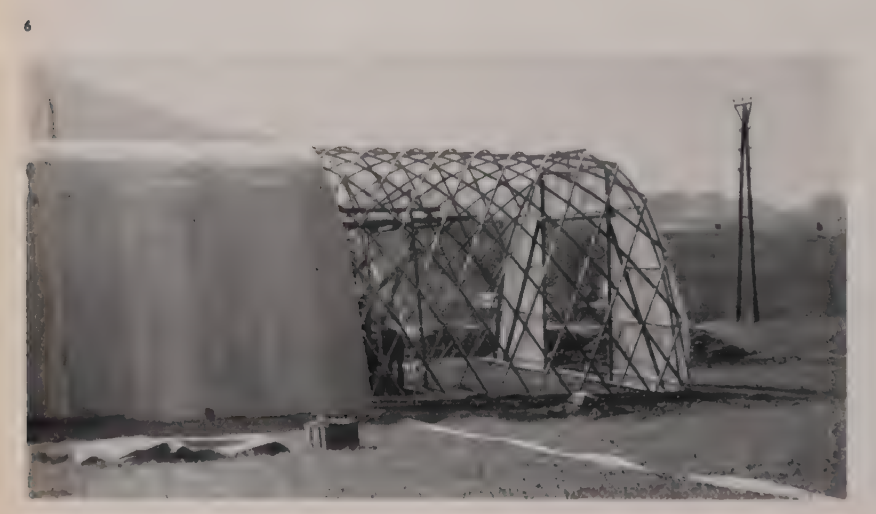
5

Bei allen Anwendungsgebieten, die eine Bewitterung einschließen, muß zudem mit einer geringeren Lebensdauer gerechnet werden. Schwierige Probleme bei der Plastanwendung im Bauwesen ergeben sich häufig auch daraus, daß die Plaste als Kohlenstoffverbindungen brennbar sind.

Entsprechend den international erkennbaren Tendenzen wird sich auch in der DDR bis 1980 die Plastanwendung in erster Linie auf den Ausbau erstrecken. Dieser stellt heute noch ein sehr arbeitsintensives Gebiet dar, bei dem nicht nur hohe Kosten anfallen, sondern vor allem auch noch erhebliche Reserven in den Bauzeiten erschlossen werden können. Die breite Anwendung von Plasten im Ausbau, insbesondere die Entwicklung ganzer Ausbausysteme auf der Grundlage des Einheitssystems Bau stellt eine Aufgabe dar, deren Lösung entscheidend dazu beitragen wird, die heute noch bestehende große Differenz zwischen den Bauzeiten für den Rohbau und den Ausbau zu beseitigen. Damit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Verringerung der stark ansteigenden Kosten für die Werterhaltung geleistet werden. Die Austauschbarkeit der Plastbauelemente macht es zudem möglich, in viel stärkerem Maße als bei traditionellen Werkstoffen die Eigenhilfe der Nutzer der Gebäude für die Modernisierung und Unterhaltung in Anspruch zu nehmen. In Japan werden beispielsweise heute schon leichte Innenwände, Schiebetüren und Schiebefenster aus Plasten durch Kaufhäuser angeboten.

Im Gegensatz zum Ausbau, der ein bewährtes Anwendungsgebiet für Plaste darstellt, steckt die konstruktive Plastanwendung noch in den Anfängen. Zwar bieten die Formbarkeit, Leichtigkeit, Dichtigkeit und Lichtdurchlässigkeit der Plaste vor allem in Kombination mit anderen Baustoffen viele Vorteile bei der Herstellung von Teilen des Rohbaues. Die Anwendung beschränkt sich allerdings auch international vorerst meist auf Prototypen, mit denen durchaus gute Erfahrungen gesammelt worden sind. Die Kosten liegen aber im allgemeinen noch zu hoch. Ein breiter konstruktiver Plasteinsatz in Form von Primärkonstruktionen ist nicht vor 1985 zu erwarten. Eine Ausnahme bilden leichte Flächentragwerke in Gestalt von Tragluft- und Seil-

6



5
Im Buna-Werk entwickelte Plastrohrkonstruktion für eine Halle der „agra 71"

6
Halle aus Plastrohren in Mengersgereuth-Hämmern

7
Wellenstegfaltdach mit GUP-Wellen-Mattenverstärkung. Prototyp

netzkonstruktionen, Sandwichkonstruktionen für Wände und Dächer vor allem in Verbindung mit dem Metalleichtbau sowie Belichtungselemente.

Ein bekanntes Beispiel für die Vorteile, die die konsequente Kombination des Stahlleichtbaues mit der Plastanwendung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau mit sich bringen kann, stellt das Bausystem „Shell" dar. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß die tragende Konstruktion aus einem Stahlskelett aus zusammengeschweißten kaltverformten Stahlprofilen besteht, das durch das leichte Raumtragwerk des Daches und die Decken ausgesteift ist. Plaste werden beim Rohbau in Form von Verbundplatten für die Wände einschließlich der Fenster und Türen sowie als Verbindungselemente verwendet.

Durch die industrielle Vorfertigung aller Elemente mit automatisierten Produktionslinien in Verbindung mit der Anwendung eines Modularsystems werden vor allem bei größeren Serien erhebliche ökonomische Vorteile erzielt.

2. Die Entwicklung auf dem Gebiet des Ausbaues

Da gerade im Bereich des Ausbaues die Anwendungsmöglichkeiten für Plaste außerordentlich vielfältig sind, können im Rahmen dieser Betrachtungen nur die Entwicklungstendenzen für die wichtigsten Anwendungsgebiete dargestellt werden.

■ Technische Gebäudeausrüstung

In der technischen Gebäudeausrüstung liegen die Vorteile der Plastanwendung vor allem darin, daß durch den höheren Vorfertigungsgrad, die einfachere Einbaumöglichkeit und Auswechselbarkeit der Bauelemente eine weitgehende Rationalisierung der Ausbauarbeiten erzielt werden kann. Bei der elektrotechnischen Installation kann die Entwicklung mit der Erreichung des vollen Plasteinsatzes praktisch als abgeschlossen angesehen werden. Auch in der Installation für Kalt- und Abwasser ist das weitgehend der Fall. Systeme aus PVC- und Polyolefinrohren haben sich im Trink- und Abwasserbereich als dauerhaft bewährt. Ihre niedrige Dichte erspart Montagekosten und erleichtert den Transport. Im Gegensatz zu Metallrohren sind keine Inkrustationen zu befürchten. Die Plastrohre bieten auch eine erhöhte Sicherheit gegen das Einfrieren. Für Armaturenteile, die galvanisiert werden, eignen sich ABS-Polymerisate sehr gut. Große Serien lassen sich im Spritzgußverfahren billiger herstellen als im Metallspritzguß. Wenn an Leitungen kleinen Querschnitts und geringer Neigung Haushaltswaschmaschinen und ähnliche Einrichtungen angeschlossen werden, empfiehlt es sich, die Schleppleitungen aus Polypropylenrohren auszuführen, die sich im Heißwasserbereich gut bewährt haben.

Auf dem Gebiet der Sanitärelemente haben die seit etwa 15 Jahren laufenden Bemühungen, Spülbecken, Waschbecken, Duschwannen, Badewannen und ähnliche Teile aus glasfaserverstärkten Polyestern in großer Breite einzuführen, nicht zum Ziele geführt. Durch Verlust des Oberflächenglanzes, Durchscheuern der Oberschicht und Heraustreten der Glasfasern werden die Elemente in zu kurzer Zeit rauh und rissig. Deshalb gewinnen für diesen Zweck Thermoplaste, die im Tiefziehverfahren verarbeitet werden können, ständig zunehmende Bedeutung. Wegen seiner leichten Verarbeitbarkeit, der guten Einfärbbarkeit und der hervorragenden Oberflächenbeschaffenheit eignet sich vor allem Polymethacrylat für solche Sanitärelemente. Infolge der geringeren Steifigkeit müssen geeignete konstruktive Maßnahmen wie zum Beispiel Hinterschäumen vorgesehen werden. Auch Polystyrol und ABS-Polymerisate mit bleibend eingestelltem Oberflächenglanz werden in der Sanitärinstallation im zunehmenden Maße eingesetzt. Für große Teile wie komplette Installationszellen für Küche und Bad werden glasfaserverstärkte Polyester bevorzugt. Zweischalige Konstruktionen aus Polymetacrylaten spielen demgegenüber eine geringe Rolle. Die aus einem Stück gefertigte Badezelle hat sich allerdings im kapitalistischen Ausland nicht durchgesetzt, weil die durch die Fertigung begrenzten Abmessungen den Anforderungen an den Wohnkomfort nicht gerecht werden. Die Entwicklung ist dort dadurch gekennzeichnet, daß die Zelle in leicht zusammenfügbare Teile zerlegt wird, die mit Installationswänden aus Polyester und Polyurethan-Hartschaum-Zwischenschicht kombiniert werden. Vielfach wird auch Hartschaumleichtbeton für die Installationswände verwendet.

■ Bautechnischer Ausbau

Auf dem Gebiet der Fußböden werden zweifellos die seit Jahrzehnten bewährten Bahnenbeläge auf der Grundlage von PVC vor allem in Form von Dämmbelägen ihre Bedeutung behalten. Daneben werden aber sicher auch die fugenlosen Beschichtungen mit Polyurethan-, Polyester- und Epoxidharzen, im Wohnungsbau vor allem für Küche und Bad, zunehmende Anwendung erfahren. Zur besseren Befriedigung der gestalterischen Ansprüche sind in den letzten Jahren solche Beschichtungen mit marmorartigen oder terrazzoähnlichen Oberflächen entwickelt worden. Epoxidharzbeschichtungen kommen vor allem im Industriebau bei rauhen Bedingungen in Betracht, wo hohe Anforderungen an die mechanische Festigkeit und die Chemikalienbeständigkeit gestellt werden. Bei Beanspruchungen durch Säuren gibt man Polyesterbeschichtungen den Vorzug. Sie eignen sich hauptsächlich für die Anwendungsbereiche, bei denen auf dekoratives Aussehen Wert gelegt wird und ein fugenloser Bodenbelag erforderlich ist wie in Krankenhäusern, Labors und Ausstellungsräumen. Polyurethanbeschichtungen eignen sich vor allem bei Beanspruchung durch Wasser. Sie liefern sehr dekorative Beläge, die aber etwas zur Vergilbung neigen. Bevorzugt werden elastische Einstellungen, die hohe Abriebfestigkeit besitzen.

Die mehr als zehnjährigen Erfahrungen mit Plastfenstern sind so gut, daß die Zuwachsrate in der Produktion solcher Fenster in den letzten Jahren erheblich angestiegen ist. Dabei hat sich vor allem das Fenster aus schlagzähem PVC durchgesetzt, bei dem Profile an den Verbindungspunkten verschweißt werden. Die in Formen gepreßten Fenster aus glasfaserverstärktem Polyester haben demgegenüber eine wesentlich geringere Bedeutung, weil die Fertigungsanlage sehr hohe Investitionen erfordert. Das witterungsbeständige, leicht zu pflegende Plastfenster wird sich zweifellos in den nächsten Jahren auch in der DDR für viele Zwecke durchsetzen.

Bei der Verwendung von Bahnen aus PVC, Polyisobutylen, Butylkautschuk und anderen Plasten für die Dachhaut von Flachdächern sind vor allem bei unbekiesten Ausführungen sehr unterschiedliche Erfahrungen gesammelt worden. Da die Kosten meist höher liegen als bei traditionellen Eindeckungen, wird mehr und mehr der Flüssigbeschichtung mit chlorsulfoniertem Polyäthylen, Synthesekautschuk, Polyurethan, Polyestern und Epoxidharzen der Vorzug gegeben. Besonders aussichtsreich erscheinen auf diesem Gebiet die in den letzten Jahren entwickelten Beschichtungen aus Bitumen-Plastkombinationen, die gegenüber reinen Plastbeschichtungen vor allem ökonomische Vorteile aufweisen. Für die Wärmedämmung von Flachdächern werden in großem Umfange Hartschaumplatten aus Polystyrolschaum verwendet, die häufig unterseitig mit einer entlüfteten Dampfsperre und oberseitig mit Bitumendachpappe versehen sind.

Polyurethan- und Phenolharzschaumplatten werden zwar auch für diesen Zweck eingesetzt, sind aber als weniger gut geeignet anzusehen.

Im Bereich der Abdichtungstechnik sind unter den bewährten Anwendungsgebieten, die auch weiterhin ihre große Bedeutung behalten werden, in erster Linie die Herstellung von Grundwasserwannen, Sickerwasserdichtungen und Wasserreservoirauskleidungen mit Bahnen aus PVC-weich zu nennen. Auch Butylkautschuk findet für diesen Zweck zunehmend Verwendung. Für die Abdichtung von Fugen werden die Plaste sowohl in Form von Dichtungsmassen wie auch in Gestalt von Dichtungsleisten und -profilen eingesetzt. Plastische Dichtungsmassen werden hauptsächlich auf der Grundlage von Polyisobutylen, Butylkautschuk und Polyacrylat hergestellt, während elastische meist Silikonkautschuk, Polysulfidkautschuk und Polyurethan ent-

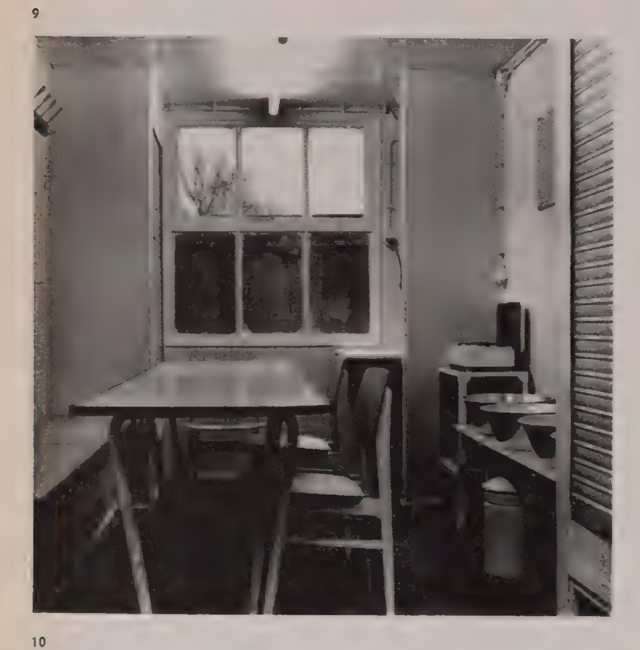
7





8

9



10

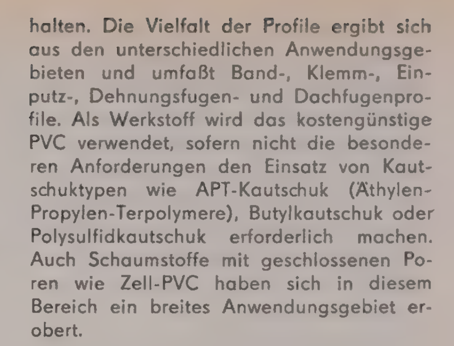


8|9
Baustellenunterkunft
aus Sandwichelementen.
GUP-Deckschicht
mit Wabenkern

10
Vollkomplettierte
selbsttragende
Küche Bad-Raumzelle
aus PVC-h-Kastenprofilen.
Entwicklung:
Architekt G. Maibaum,
VE WBK Cottbus

11|12
Duschzellen
aus PVC-Kastenprofilen
Hersteller:
PGH Baumittel Werdau

13
Komplette Sanitärzelle
für die Altbausanierung
Entwicklung:
VEB (St) Baureparaturen
Dresden
Hersteller:
VEB Schiffswerft Rechlin



halten. Die Vielfalt der Profile ergibt sich aus den unterschiedlichen Anwendungsgebieten und umfaßt Band-, Klemm-, Einputz-, Dehnungsfugen- und Dachfugenprofile. Als Werkstoff wird das kostengünstige PVC verwendet, sofern nicht die besonderen Anforderungen den Einsatz von Kautschuktypen wie APT-Kautschuk (Äthylen-Propylen-Terpolymere), Butylkautschuk oder Polysulfidkautschuk erforderlich machen. Auch Schaumstoffe mit geschlossenen Poren wie Zell-PVC haben sich in diesem Bereich ein breites Anwendungsgebiet erobert.

3. Die Entwicklung auf dem Gebiet der konstruktiven Plastanwendung

■ Konstruktionsformen und Werkstoffe

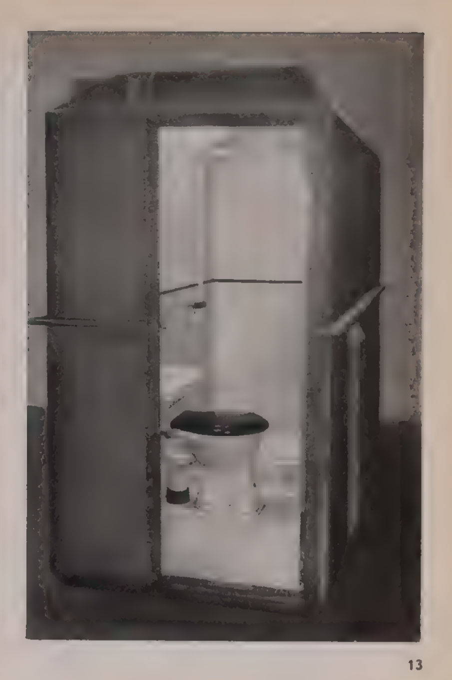
Wie die traditionellen Baustoffe haben auch die Plaste ihre eigenen Konstruktionsformen, die den Materialeigenschaften am besten gerecht werden. Erfolgt die konstruktive Anwendung der Plaste nach den Prinzipien, die sich für die herkömmlichen Baustoffe Stahl, Aluminium, Beton oder Holz entwickelt haben, sind effektive Lösungen nicht zu erwarten. Nur wenn neue Formen entwickelt werden, die es möglich machen, solche vorteilhaften Eigenschaften wie hohe Festigkeit bei sehr niedriger Dichte, Korrosionsbeständigkeit, Lichtdurchlässigkeit und leichte Verarbeitbarkeit weitgehend im Komplex auszunutzen, ist die Substitution der traditionellen Konstruktionswerkstoffe durch Plaste sinnvoll.
Ganz entscheidende Bedeutung für die Ökonomie der konstruktiven Plastanwendung besitzen die Fertigungskosten. Räumliche Schalenkonstruktionen, Kuppeln und Faltwerke machen es zwar möglich, die hohe spezifische Festigkeit vor allem der glasfaserverstärkten Kunststoffe am besten auszunutzen und den ungünstigen Einfluß der Verformbarkeit weitgehend auszuschließen. Gegenwärtig lassen sich aber Bauelemente großer Abmessungen nur mit wenig produktiven Verfahren herstellen. Die Vorstellung, daß plastgerechtes Gestalten mit schalenförmigen Bauteilen am ehesten gewährleistet ist, kann also nur für Bauelemente kleinerer Abmessungen realisiert werden. Bei dem derzeitigen Entwicklungsstand müssen Konstruktionen großer Spannweite zur Ermöglichung einer Serienherstellung in einem hochproduktiven Verfahren aus Halbzeugen wie ebene Platten, Well- und Profilplatten sowie stabförmigen Profilen zusammengesetzt werden.
Die größte Bedeutung als Werkstoffe für die konstruktive Plastanwendung haben die glasfaserverstärkten Duroplaste wie Epoxid- und Polyesterharze. In ihren Festigkeitseigenschaften sind sie einander ähnlich. Aus Preisgründen und wegen der leichteren Verarbeitung werden im allgemeinen Polyesterharze bevorzugt. Bei den in Plastkonstruktionen eingesetzten Harzen handelt es sich in der Regel um Typen, deren Entflammbarkeit durch Zusatz von flammwidrigen Mitteln so weit verringert worden ist, daß selbstlöschende Eigenschaften gewährleistet sind. An der Einbeziehung der Massenplaste wie Polyvinylchlorid und Polyäthylen in die Herstellung glasfaserverstärkter Kunststoffe wird in der Forschung gearbeitet. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Problem noch vor 1980 gelöst wird und daß dann billigere Konstruktionswerkstoffe zur Verfügung stehen. Der Einsatz anderer Verstärkungsmaterialien wie Kohlenstoffasern, Metallfeinstfäden und Whisker gewährleistet eine beträchtliche Steigerung der Festigkeiten und des Elastizitätsmoduls. Er ist zwar heute schon technisch



11



12



13

möglich, wird aber für Bauzwecke aus ökonomischen Gründen erst nach dem Jahre 2000 Bedeutung erlangen.

Vor allem bei Anwendung der Sandwichbauweise sind auch Plastschäume als Werkstoffe für die Herstellung von Plastkonstruktionen gut geeignet. Für tragende und selbsttragende Bauelemente kommen im allgemeinen nur solche Schäume in Betracht, die nach ihrem Verformungsverhalten als „zäh-hart" bezeichnet werden. Dazu gehören vor allem der Polyurethan-, Polystyrol- und Phenolharz-Hartschaum.

Die Vorteile des Polyurethan-Hartschaumes liegen nicht zuletzt in der Vielfalt der Verarbeitungsmöglichkeiten. Sie erstrecken sich vom Einfüllen in offene oder geschlossene Formen über das Füllen von Hohlkörpern unter Druck, das Überschichten von wandernden Unterlagen bis zum Übereinanderschichten von Schäumen unterschiedlicher Dichte.

Durch geeignete Maßnahmen läßt sich eine sehr hohe Dichte in der Randzone und damit auch eine gute Festigkeit erzielen. Auf diese Weise entstehen die als Integralschäume bezeichneten leichten Konstruktionsmaterialien, deren Festigkeit noch durch selektive Verstärkung der dünnen Deckschichten erhöht werden kann.

Die für lichtdurchlässige Konstruktionen geeigneten Plaste sind vor allem Polyacrylate und glasfaserverstärkte Polyester. Dabei besitzen die Acrylgläser die größte Bedeutung für die Herstellung von Belichtungselementen. Sie zeichnen sich durch hervorragende Licht- und Wetterbeständigkeit aus und neigen viel weniger zur Vergilbung als Polyester.

Extrem leichte Bauten in Gestalt von Flächentragwerken lassen sich durch die Verwendung flexibler, hochzugfester synthetischer Fasermaterialien erzielen, die durch eine Beschichtung mit PVC gegen Witterungseinflüsse geschützt sind. Die zur Zeit fast ausschließlich verwendeten Gewebe aus Polyesterfäden erreichen heute schon in transluzenter Ausführung eine Lebensdauer von 12 Jahren, in lichtundurchlässiger von 18 Jahren.

■ Anwendungsgebiete von Plastkonstruktionen

Bei den leichten Flächentragwerken auf der Grundlage von technischen Textilien ist die zugbeanspruchte Membran das Hauptkonstruktionsglied. Ihre Vorspannung wird bei den Tragluftkonstruktionen durch einen geringen Innendruck erzeugt, der meist im Gebrauchsraum herrscht. Sonderformen stellen die Kissen- und Stützschlauchkonstruktionen dar, bei denen geschlossene, durch Innendruck stabilisierte Membranen als Tragelemente Verwendung finden. Die Vorteile solcher Konstruktionen liegen in dem durch die geringe Masse bedingten niedrigen Transportaufwand, der sehr schnellen Montage und den verhältnismäßig geringen Kosten. Als geeignete Anwendungsgebiete haben sich Lager, Ausstellungshallen, Garagen, Sportstätten, Winterbauobjekte und Gewächshäuser erwiesen. Die mit den bisher ausgeführten Tragluftkonstruktionen gesammelten guten Erfahrungen werden diesen zweifellos in den nächsten Jahren auch in der DDR eine breite Anwendung sichern.

Reine Membranen werden im allgemeinen für sehr leichte Bauten von kleiner bis mittlerer Spannweite (etwa 30 m) verwendet. Seilnetzbauten, bei denen offene Netze und Gitter mit Membranen über- oder unterspannt werden, eignen sich für dauerhafte Bauten mit mittlerer und großer Spannweite. Sie werden in Form von Zeltdachkonstruktionen zur Überdachung von Freilichttheatern, Ausstellungs- und Verkaufshallen, Sportstätten und Lagern benützt. Besonders erwähnenswert sind die vielseitigen architektonischen Möglichkeiten dieser Konstruktionen.

Lichtdurchlässige Plaste haben sich schon jetzt ein breites Anwendungsgebiet als Fassadenelemente, Bedachungen und Oberlichte von Industrie-, Gesellschafts- und Landwirtschaftsbauten erobert.

Vor allem finden glasfaserverstärkte Polyesterwellplatten und -profilplatten für diesen Zweck Verwendung, weil sie neben hoher Lichtdurchlässigkeit auch gute Festigkeitseigenschaften besitzen.

Für Fassadenelemente wird daneben auch Polyvinylchlorid eingesetzt, während für Oberlichte Acrylglas bevorzugt wird.

Ein sehr zukunftsträchtiges Gebiet für die konstruktive Plastanwendung stellen leichte Mehrschichtelemente für Wände und Dächer dar. Sie bestehen aus einem Schaumstoffstützkern, der dünne Deckschichten aus Hartfaserplatten, glasfaserverstärkten Polyestern, Asbestzementplatten oder Aluminium schubsteif verbindet und gegen Ausbeulen sichert. Für den Schaumkern werden Phenolharz-, Polystyrol- und Polyurethanschäume eingesetzt. Die zunehmende Verwendung solcher Elemente als Umhüllungskonstruktion für den Metall-Leichtbau, als Wand-, Decken-, Dach- und Fußbodenelemente für leichte Bauten wie Büros oder Wohnunterkünfte, Bungalows sowie Baracken und als Innenwände oder untergehängte Decken im Industrie- und Gesellschaftsbau spricht für ihre Vorteile. Sie bestehen vor allem in der geringen Masse, der leichten Herstellung in hochproduktiven Verfahren, der einfachen Montage und den gestalterischen Möglichkeiten, die sich aus den vielfachen Formen der Oberflächenbehandlung ergeben. Zweifellos werden solche Sandwichkonstruktionen in den nächsten Jahren auch für die Raumzellenbauweise Bedeutung erlangen.

In den letzten Jahren sind in vielen Ländern Plaste für die Herstellung von dünnwandigen räumlichen Konstruktionen verwendet worden. Bekannte Beispiele aus der DDR sind die Überdachung des Bus-Bahnhofs Karl-Marx-Stadt mit Randträgerschalen aus glasfaserverstärkten Polyestern sowie das Blockgewächshaus aus 1 mm dikken Randträgerschalen von 18 m Spannweite in Großbeeren aus dem gleichen Material. In der Regel handelt es sich aber bei diesen Ausführungsbeispielen um Prototypen. Eine Serienfertigung ist nur dann ökonomisch, wenn die Konstruktion aus Teilen zusammengesetzt wird, die sich in hochproduktiven Verfahren herstellen lassen. Auch dafür gibt es schon eine Reihe überzeugender Beispiele. So wurde im VEB Bunawerke eine Dachkonstruktion entwikkelt, die aus einem Rohrsystem besteht, das durch Kaltverformung in die gewünschte Form gebracht wird. Aussichtsreiche Lösungen stellen auch Faltwerkskonstruktionen dar, die vor allem bei geschickter Kombination der Plaste mit anderen Werkstoffen für den Industrie- und Landwirtschaftsbau Bedeutung gewinnen können. Das im Institut für Baustoffe der DBA entwickelte Wellstegdach stellt dafür ein Beispiel dar.

Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau

Am 3. und 4. Juni 1971 fand in Halle eine Fachtagung der „Arbeitsgruppe Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" der Zentralen Fachgruppe Städtebau des BdA der DDR statt. Aus dem Referat und den Diskussionsbeiträgen dieser Beratung veröffentlichen wir im folgenden Auszüge.

Rationalisierung und wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau

Aus dem Hauptreferat von
Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier, NPT
Leiter der Arbeitsgruppe „Arbeitsorganisation im Städtebau" im BdA der DDR

... Als Städtebauer, Planer, Architekten wollen wir mit Ökonomen, Mathematikern, Soziologen und Vertretern vieler anderer Disziplinen über die Verbesserung unserer Arbeit und über die Erhöhung ihrer Effektivität und damit über die Möglichkeiten beraten, die große Zielsetzung der Direktive für den Fünfjahrplan im Städtebau zu erreichen und dazu Reserven zu erschließen.

Unserer Meinung nach besteht der Hauptweg dazu in der konsequenten sozialistischen Rationalisierung und der Organisation einer qualifizierten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, und eben dazu stellt die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (WAO) ein wesentliches Hilfsmittel dar. Deshalb möchte ich mich zunächst mit dem Beitrag des sozialistischen Städtebaus zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger unserer Republik auseinandersetzen. Dabei gehen wir von den Beschlüssen aus, die auf unserem VI. Bundeskongreß des BdA der DDR gefaßt wurden und betrachten die dort erarbeitete Plattform als Grundlage für die Arbeit unserer Fachtagung. Haben sich doch für den Städtebau und die Städtebauer für die vor uns liegende Arbeitsetappe bis 1975 bei aller Kontinuität im Grundsätzlichen doch in einigen Positionen entscheidende Veränderungen und neue Denkansätze ergeben.

Es wurden gesellschaftliche Zielstellungen erarbeitet, deren Erfüllung die Mobilisierung aller Aktivitäten und Reserven – die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation als wichtiges Hilfsmittel unumgänglich erfordern. Dazu gehören der massenweise Bau fünfgeschossiger Wohnungen und die damit verbundenen Konsequenzen, die Proportionen zwischen Neubau und Werterhaltung sowie die Senkung des Bauaufwandes im Tiefbau und die Schaffung eines Vorlaufs der Primärerschließungen.

Zu den inzwischen weitgehend geklärten Problemen gehört das Verhältnis von fünf- zu vielgeschossigen Gebäuden. Es ist allen Beteiligten klar, daß unter den gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Bedingungen im industriellen Wohnungsbau überwiegend fünfgeschossig gebaut werden muß. Das hat etwas mit dem Aufwand pro Wohnung und mit der Miete zu tun, denn eine Wohnung im Hochhaus ist bekanntlich bei gleicher Größe nicht unwesentlich teurer, sowohl im Bau als auch in der Miete. Es besteht eine direkte Beziehung zwischen Geschoßzahl und Investitionsaufwand. Schließlich geht es doch darum, die Wohnbedingungen unserer Werktätigen noch schneller zu verbessern. Dazu müssen vor allen Dingen möglichst viele Wohnungen errichtet werden ...

Der hohe Anteil der auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte konzentrierten Investitionen des komplexen Wohnungsbaus hatte und hat naturgemäß zur Folge, daß im wesentlichen auch nur an diesen Standorten gebaut wurde. Deutlich ausgesprochen: Diese unbedingt erforderliche Konzentration wurde zu Lasten jener Kreise, Städte und Gemeinden durchgeführt, die nicht Schwerpunkte und Hauptstandorte darstellten. Man sieht es diesen Städten und Gemeinden oft auch an. Allzu häufig haben wir die für Baureparaturen und Werterhaltung vorgesehenen Baukapazitäten für die Fertigstellung der Investitionen eingesetzt.

Jetzt haben wir uns den Grundsatz erarbeitet, daß im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 der Wohnungsbau an den Hauptstandorten in dem bisher vorgesehenen Umfang realisiert und der in der Direktive vorgesehene Zuwachs an Wohnungen in anderen Städten und Siedlungszentren durchgeführt wird. Das ist zweifellos eine Maßnahme, um zusammen mit der Werterhaltung, der Modernisierung und des Um- und Ausbaus der vorhandenen Bausubstanz die Lebens- und Wohnverhältnisse unserer Bürger auch über die bisherigen Standorte hinaus spürbar zu verbessern. Man muß dazu sagen, daß wir gegenwärtig auf solche Lösungen noch nicht ausreichend vorbereitet sind, weder im Tiefbau, noch in der Vorfertigung, der Montage und bei den TGA-Ausrüstungen.

Es ist notwendig zu untersuchen, welche Möglichkeiten und Reserven für die Errichtung von mehr Wohnungen in den Kreisen, Städten und Gemeinden geschaffen werden können, wie der Prozeß der Werterhaltung der Wohnungsbausubstanz verbessert und der Ausbau intensiviert werden kann, wie wir planmäßig Initiativen wecken und effektiver leiten können. Auch das hat etwas mit wissenschaftlicher Arbeitsorganisation zu tun, ganz besonders auf dem Gebiet der Werterhaltung.

Es ist an der Zeit, bestimmte Erkenntnisse des Investitionsbaus auch auf die Werterhaltung anzuwenden. Gemeint sind damit vor allem die Prinzipien der Konzentration und der technologischen Linien. Es ist schlechterdings nicht möglich, daß jeder Bezirk, jeder Kreis auf dem Gebiet der Werterhaltung seinen eigenen Weg geht. Aber so ist im wesentlichen die Lage. Hier bedarf es der straffen Koordinierung durch die zentralen und bezirklichen Organe. Trotz bestimmter Ansätze wird das gegenwärtig nicht genügend wahrgenommen. Werterhaltung und Reparaturen werden noch immer und zu oft als Probleme niederer Ordnung behandelt. Man vergleiche zum Beispiel die Anzahl der an der Vorbereitung des Neubaus Beteiligten mit der Anzahl derjenigen, die sich mit der Werterhaltung leitungsseitig befassen. Es ist nach unserer Übersicht ein Verhältnis von 10 : 1. Das kann bei der gewachsenen Bedeutung der Grundfonds und der Notwendigkeit ihrer rationellen Nutzung nicht ausreichen. Das ist keine Stellenplanfrage, sondern eine Wertung, die verändert werden muß.

Daraus ergibt sich die Forderung, daß die Probleme der Werterhaltung viel stärker als bisher im Rahmen der Generalbebauungspläne bearbeitet werden müssen. Auch hier stellen sich unmittelbar Bezüge zur Anwendung der WAO her.

Wir nutzen gegenwärtig und in den nächsten Jahren zur Reduzierung des Investitionsaufwandes die vorhandenen Ressourcen auf dem Gebiet der materiell-technischen Territorialstruktur, das heißt die Anlagen und Netze der stadttechnischen Primärerschließung für Bewässerung, Entwässerung, Energie-, Gas- und Wärmeversorgung und anderes, weitgehend aus. Wir machen diese Reserven zum vorrangigen Kriterium für alternative Standortvorschläge, und das in allen Bezirken der Republik. Daraus ergibt sich, daß wir im Fünfjahrplan nicht nur diese Reserven nutzen, sondern darüber hinaus entscheiden müssen, wo und in welchem Umfang primärtechnische Erschließungen für die Jahre nach 1975 vorzubereiten oder zu beginnen sind. Am Ende des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 werden wir im wesentlichen keine solche Reserven mehr haben. Wir müssen diesen Tatbestand zur Kenntnis nehmen und entsprechende Maßnahmen einleiten.

Wir brauchen neben dem Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan offenbar auch einen Generalplan der materiell-technischen Territorialstruktur, denn damit werden die Weichen für die Entwicklung in den folgenden Jahren gestellt.

Es ist notwendig, zu erkennen, daß der Fünfjahrplan 1971 bis 1975 außer den bisher genannten Aufgaben natürlich auch eine hohe Qualität der Vorbereitung des nächsten Perspektivplanabschnittes ab 1976 beinhaltet.

Auch auf diesem Gebiet der stadttechnischen Erschließung und des Verkehrs stehen wir also vor der Notwendigkeit, in breitem Umfange Verfahren und Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation zu entwickeln und anzuwenden.

Die Anwendung der WAO im Städtebau erstreckt sich, analog zu anderen Gebieten, sowohl auf die optimale Organisation der Reproduktionsprozesse, die den Inhalt des Städtebaus bilden, als auch auf die optimale Organisation der Leitungs- und Planungsprozesse im Städtebau. Beide Seiten bilden eine dialektische Einheit.

Die Werktätigen unserer Republik gestalten unter Führung der Partei der Arbeiterklasse immer bewußter ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch in den wichtigen Bereichen der Arbeits- und Lebensbedingungen, die durch den Städtebau maßgeblich beeinflußt werden, müssen die Initiative und Schöpferkraft der Werktätigen voll zur Geltung kommen. Das ist auf traditionelle Weise nicht möglich, deshalb ist die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau zur Erhöhung der Qualität der gesellschaftlichen Führungstätigkeit auf diesem Gebiet eine objektive Notwendigkeit. Die wachsende Kompliziertheit und Komplexität der im Städtebau wirkenden und zu berücksichtigenden Prozesse erfordert zwangsläufig neue, effektive und rationelle Formen der Leitung, Planung und Organisation.

Die komplexen und komplizierten Entscheidungen auf dem Gebiet des Städtebaus können nur dann auf wissenschaftlicher Grundlage getroffen, nur dann bewiesen werden, wenn der Städtebau einschließlich der wichtigsten in ihm wirkenden Prozesse wissenschaftlich analysiert worden ist und die erforderliche Datenaufbereitung vorliegt. Bedeutung und Umfang der gesellschaftlichen Prozesse führen auch im Städtebau zu einer Zunahme der zu verarbeitenden Informationen, die mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr verarbeitet werden können und gebieterisch die Anwendung der EDV verlangen ...

Es ist für die Städtebauer und Architekten nicht nur von der Menge her mehr, was zu leisten ist. Eine neue Qualität ist gefordert. Dabei geht es um das politisch-ideologische Verständnis des gewaltigen Auftrages, den die Direktive zum Fünfjahrplan stellt, und der damit verbundenen Verantwortung zur Herbeiführung der Einheit von Quantität und Qualität, der Einheit von Effektivität und Schönheit, der Einheit von Ökonomie und Architektur. Es geht nicht nur um mehr Wohnungen, Kindereinrichtungen, Schulen und Versorgungseinrichtungen, sondern um eine neue Qualität des sozialistischen Städtebaus überhaupt.

Planer, Städtebauer, Architekten müssen der Tatsache immer besser Rechnung tragen, daß unsere Bürger zugleich Bauherren, Erbauer und Nutzer unserer Städte und Dörfer sind. Das bedingt Konsequenzen im Leitungsstil. Da ist kein Platz mehr für ressortmäßige und betriebsegoistische Arbeitsweisen auch nur eines einzigen Kooperationspartners im Prozeß der Planung und Leitung, der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen auf dem Gebiete des Städtebaus.

Es wäre aber unrealistisch, wollten wir übersehen, daß es auch jetzt noch solche Erscheinungen gibt; denn auch hier liegen Reserven, die wir zur Lösung unserer Aufgaben erschließen wollen.

Die Schaffung von 500 000 modernen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren ist in jedem Falle ein komplizierter arbeitsteiliger Prozeß mit vielen Personen. Er erzwingt objektiv eine neue Qualität der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Weil nach wie vor die Hauptproduktivkraft der Mensch ist und bleibt, muß eben das in den Köpfen und Herzen klar sein, denn darin liegt der große Effekt der Rationalisierung. Wir möchten die sozialistische Gemeinschaftsarbeit entsprechend jener Vielfalt der gesellschaftlichen Bezüge und Partner des Städtebaus besser und effektiver lösen. Wesentliche Voraussetzung und wichtiges Hilfsmittel dazu ist die Anwendung der Erkenntnisse der Organisationswissenschaften, der elektronischen Datenverarbeitung, der Kybernetik und der Mathematik. Das ist das Anliegen unserer Fachtagung.

Ich bin auf diese Dinge eingegangen, weil ich glaube, daß ohne diese Grundlagen die Arbeiten auf dem Gebiet der WAO nicht zielstrebig und gründlich und vor allen Dingen auch nicht richtig bewältigt werden können.

Die Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau" hat sich diesen Standpunkt als Ausgangsbasis für ihre Arbeit gesetzt. Kriterien für den Nutzeffekt unserer Arbeit sind nicht die Anwendung von Verfahren und Methoden der WAO. Nutzeffektskriterien sind die Erfüllung der Plan- und Planungsaufgaben, sind die Arbeitsergebnisse, sind die ökonomischen, technologischen, gestalterischen Resultate der städtebaulichen Planung. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe erhalten und sich selbst das Ziel gesetzt, durch die Anwendung der WAO die Effektivität des Städtebaus zu erhöhen.

Es geht uns darum, mit den spezifischen Mitteln des Städtebaus unseren Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bürger zu leisten und dabei alle in der WAO begründeten Rationalisierungseffekte zu nutzen. Kurz gesagt verstehen wir die Anwendung der WAO im Städtebau als Arbeitsmittel im Sinne der Rationalisierung, zur Mobilisierung schöpferischer Potenzen, zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgabenstellung für den sozialistischen Städtebau unserer Republik.

Deshalb sind wir zunächst der Auffassung, daß es erforderlich ist, den Zeitraum des Fünfjahrplanes in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken, denn die Effektivität des Beitrages des Städtebaus wird in erster Linie an den Vorhaben nachgewiesen, die wir bis 1975 realisieren und im gleichen Zeitraum für die folgenden Jahre vorbereiten. Wir interpretieren die WAO im Städtebau so: Rechnen, rechnen und nochmals rechnen im Sinne der Einhaltung und Realisierung der staatlichen Vorgaben und Normative für den Fünfjahrplan auf unserem Gebiet. Die Erfahrungen bestätigen; hypothetische Orientierungen auf das Jahr 2000 oder allgemeine Systemaussagen bringen, gemessen daran, wenig Nutzen. Wir sind darüber hinaus der Auffassung, daß die Anwendung der WAO auf die Entscheidungsgrundlagen, auf die Prämissen des Entwurfs von vorrangiger Bedeutung ist, um quantifizierte Entscheidungskriterien nutzen zu können. Es gibt immer wieder Vorstellungen, die darauf hinzielen, mit EDV-Anlagen in erster Linie gestalterische Aufgaben lösen zu wollen. Ich glaube, das ist nicht der Hauptweg der Anwendung der WAO und EDV im Städtebau. Es geht vielmehr um den wissenschaftlichen Anteil in unserer Arbeit, der die Grundlagen des Entwurfs bestimmt.

Ein solcher Standpunkt bewahrt uns davor, Vorstellungen nachzugehen, die gegenwärtig und auf absehbare Zeit– vielleicht überhaupt – nicht zu realisieren sind.

Durch die Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau" wurde in Vorbereitung der Fachtagung ein Entschließungsentwurf erarbeitet und den Teilnehmern vorgelegt. Dort haben wir eine Einschätzung des Erreichten vorgenommen, Hauptaufgaben und Grundsätze der Anwendung moderner Verfahren und Methoden im Städtebau sowie Ziele und Aufgabenstellungen formuliert. Der Inhalt dieser Entschließung, der auch Gegenstand der Diskussion sein wird, soll nicht wiederholt werden. Es soll jedoch das Hauptanliegen nochmals hervorgehoben werden: Volle Nutzung der Vorteile unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse bei der Gestaltung des Lebensmilieus der baulich-räumlichen Umwelt für unsere Bürger durch zweckmäßige wirkungsvolle Leitung und Planung der städtebaulichen Entwurfs- und Realisierungsprozesse in umfassendem Sinne. Auf der Basis der bisherigen städtebaulichen Erkenntnisse und Ergebnisse, im Prozeß der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik sind Inhalt, Stellung und Organisation des Städtebaus entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen und Möglichkeiten entscheidend zu vervollkommnen . . .

Im Mittelpunkt mancher Diskussionen und Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit hat die Interpretation des Gesetzblattes über die Reproduktion der Grundfonds gestanden. Ich meine damit das häufig zitierte Gesetzblatt Nr. 1 vom Januar 1971.

Die Praxis zeigt, daß diese gesetzliche Regelung begrüßt und befürwortet wird. Das Problem beginnt dort, wo wir konkret herzuleiten haben, was wir als Städtebauer und Stadtplaner auf der Basis dieser gesetzlichen Grundlagen zu lösen haben. Zweifellos gilt ein solches Gesetz genauso für die Energiewirtschaft wie für das Verkehrswesen, für den Maschinenbau wie für den Städtebau. Für uns ist aber wichtig, auf der Basis einer solchen generellen gesetzlichen Verordnung – wie der über die Grundfondsökonomie – herauszuarbeiten, was die spezifischen Arbeitsaufgaben auf dem Sektor des Städtebaus sind. Es ist unseres Erachtens notwendig, zu diesem Gesetz eine für uns zutreffende Durchführungsbestimmung zu erlassen. Es geht um die einheitlichen Handlungsplattformen, um Methoden, Verfahrensweisen, Zuständigkeiten und Verantwortung in der städtebaulichen Planung. Darin sehen wir den konkreten Nutzen der Anwendung der WAO in diesem speziellen Fall.

Es bewegt uns weiter das Problem der Territorialökonomie. Es gibt keinen Zweifel, daß der Städtebau mit der territorialen Ökonomie unmittelbar verbunden ist. Das Problem beginnt in diesem Falle damit, daß wir aus der Sicht des Städtebaus unseren spezifischen Beitrag nicht im einzelnen definieren können. Uns Städtebauern geht die Verpflichtung, daß wir mit der Generalbebauungsplanung Beiträge zur ökonomischen und zweckmäßigen Einordnung von Investitionen leisten müssen, glatt von den Lippen. Wie aber weisen wir diese nach? Was wird wie, von wem gemessen und womit verglichen? Das ist noch viel zu oft eine „Ermessensfrage". Es besteht ein großer Unterschied zwischen der Formulierung des Ziels und seiner praktischen Realisierung. Damit werden die auf diesem Sektor erbrachten Leistungen nicht bestritten. Es soll ausgesagt werden, daß wir in einer Vielzahl von Fällen eben nicht zur Formulierung konkreter Handlungsbedingungen und Handlungsrichtlinien kommen; zum Beispiel dazu, was im einzelnen und spezifisch der Städtebau beim Standortgenehmigungsverfahren aussagen muß. Das wäre aber notwendig, um ein einheitliches Handeln zu gewährleisten.

So ähnlich ist das auf dem Gebiet der Landeskultur. Mit dem Landeskulturgesetz ist den Städtebauern und Architekten eine Handhabe gegeben worden, maßgeblich auf die Veränderung der räumlichen Umwelt Einfluß zu nehmen. Hier tritt die gleiche Situation auf, daß wir uns vollinhaltlich mit der Zielstellung des Landeskulturgesetzes in Übereinstimmung befinden, daß aber die Problematik der konkreten Umsetzung eben wieder nicht im einzelnen bestimmt und definiert ist – bestimmt zwar hinsichtlich dessen, was das Landeskulturgesetz will, aber nicht bestimmt in dem Teil, den der Städtebau als eigenen Anteil zur Realisierung des Landeskulturgesetzes beizubringen hat. Ich meine, daß auch hier die allgemeine Formulierung, daß wir unter dem Gesichtspunkt gesamtgesellschaftlicher Modelle optimale Entscheidungen zu fällen haben, nicht ausreicht. Auf der Basis des konkreten funktionellen und gestalterischen Details, das in unseren Aufgabenbereich unmittelbar hineingehört, ist die praktische Lösung zu finden und zu verwirklichen.

Man kann sich Landeskultur und Umweltgestaltung schlecht ohne Städtebau vorstellen, aber wie ist das konkret? Was die Landwirtschaft, die Industrie, die Hygiene und Medizin und viele andere Bereiche auszusagen haben liegt fest, für den Städtebau nicht. Warum eigentlich nicht? Auch diese Beispiele ließen sich fortsetzen . . .

Die Anwendung von Verfahren und Methoden der WAO – wie sie auch im Einzelfall immer gestaltet sein möge – geschieht nie um ihrer selbst willen, sondern immer im Interesse unserer Bürger zur Erfüllung der Aufgaben des Städtebaus. Wir wollen sie in diesem Sinne anwenden. Uns liegt viel an der Einheitlichkeit im Denken und Handeln aller Städtebauer und Architekten unserer Republik, an einer Gemeinschaftsarbeit auf gleicher Basis, nicht nur in Haupt- und Oberbegriffen, sondern auch auf der Basis konkreter Regulative und Algorithmen.

Wir finden gegenwärtig auf dem Gebiet der Anwendung der WAO im Städtebau eine Vielzahl von Teillösungen und Konzepten vor. Sie alle weisen nach, in welch bedeutendem Umfang Reserven erschlossen werden können. Es ist jetzt erforderlich, die herangereiften Aufgaben einheitlich zu lösen und uns künftigen Problemen zuzuwenden.

Es wurde die Forderung gestellt und an einigen Beispielen bewiesen, daß die Integration des Städtebaus in die Leitung und Planung unserer Volkswirtschaft besser und zügiger vor sich gehen sollte.

Diese Integration des Städtebaus in den Prozeß der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erfolgt nicht im Selbstlauf, sondern nur durch konkrete, determinierte Programme. Wir müssen eine einheitliche Leitung des Städtebaus fordern, denn Ordnung und Organisiertheit sind die Basis für Disziplin und Planerfüllung, sind schließlich auch die Basis zur Erschließung von Reserven . . .

Der Beitrag der WAO könnte und sollte darin bestehen, auf der Grundlage der generellen staatlichen Zielsetzungen die konkreten Realisierungsbestimmungen, die konkreten Handlungsrichtlinien für die Lösung der gestellten Aufgaben zu erarbeiten und zu verallgemeinern. Diese Forderung ist nicht an eine bestimmte Adresse gerichtet, – als gäbe es eine Stelle, die das zu tun habe – sondern sie läuft darauf hinaus, daß wir selbst dazu beitragen müssen, im Rahmen unserer Arbeitsgemeinschaft und im Rahmen unseres Fachverbandes, im Rahmen unserer dienstlichen Obliegenheiten dafür Sorge zu tragen, daß herangereifte Entscheidungen gründlich und rechtzeitig gefällt werden können und alle in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiet Tätigen darüber informiert sind und auch so handeln. Es geht einfach um exaktere Arbeit, um besseres Zusammenwirken der Partner dieser arbeitsteiligen Prozesse. Es geht um die nachweisbare Basis, um die wissenschaftlichen Grundlagen für den schöpferischen Entwurf.

Im Prinzip ist die bewußte Anwendung von Erkenntnissen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation nicht nur eine Frage des Wissens sondern vor allem auch eine Frage der Einstellung. In diesem Zusammenhang sind die Darstellungen der Heuristik von Interesse, die über das Verhältnis zwischen Problem und Aufgaben gegeben werden. Vereinfacht heißt das:

Aufgaben sind jene Arbeiten, für deren Bewältigung bereits ein erprobter und bekannter Algorithmus vorliegt. Für die Lösung von Problemen gibt es demgegenüber noch keinen Algorithmus. Unter Algorithmus ist dabei nicht nur an einen anspruchsvollen mathematisch formulierten Lösungsweg gedacht, sondern auch an eine für jeden verständliche Beschreibung des logischen Ablaufs der Lösung einer Aufgabe. Für viele Arbeiten der Städtebauer könnten solche Algorithmen leicht erarbeitet werden; für Arbeiten an der Generalbebauungsplanung, an den Bebauungskonzeptionen und für viele andere Komplexe. Überall gibt es erprobte Lösungswege. Wir erkennen sie jedoch oft nicht als solche und haben vor allen Dingen keinen einheitlichen Standpunkt dazu. Hier bietet die WAO offenkundig Reserven an, die unkompliziert zu erschließen sind.

Es ist erforderlich, daß dieser wichtige Unterschied zwischen Aufgabe (und Aufgabenlösung) und Problem (und Problemlösung) allen unseren Kollegen bewußt wird. Solche erprobten Lösungswege verallgemeinern, als Algorithmen generell anwenden, das ist schon heute eine Aufgabe und sollte kein Problem mehr sein. Wie oft aber werden selbst Routineaufgaben zum Problem erhoben. Es müßte eigentlich klar sein, was als echte Aufgabe und was als echtes Problem in diesem Sinne bewertet werden muß. Wie nötig das ist, wird deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, was auf dem Gebiet des Städtebaus und der Anwendung der WAO im Städtebau zu leisten ist.

Es wäre förderlich, systematische Prozeßanalysen der städtebaulichen Planungs- und Realisierungsarbeiten verstärkt durchzuführen, um auf dieser Basis effektive Algorithmen für die Hauptprozesse unserer Arbeit zu erhalten. Vor allem die im Prinzip immer wiederkehrenden Prozesse sollten mit den Mitteln und Methoden des wissenschaftlichen Arbeitsstudiums und der Arbeitsgestaltung untersucht und zweckmäßig organisiert werden. Dadurch könnten Kapazitätsreserven erschlossen werden, die im Interesse des Resultats zur Durchführung von Variantenrechnungen einzusetzen sind.

Immer wieder und berechtigt wird herausgearbeitet, daß es notwendig ist, im Ergebnis von Variantenrechnungen das effektivste volkswirtschaftliche Resultat nachzuweisen. Es gibt eine Vielzahl erprobter Verfahren für die Durchführung von Variantenrechnungen. Die Praxis bestätigt, daß es noch immer nicht gang und gäbe ist, effektivste Varianten nachzuweisen. Hier liegt noch viel zu oft die Behauptung vor dem Beweis.

Es ist notwendig, sooft wie möglich zu rechnen, so exakt wie möglich zu rechnen, um volkswirtschaftlich bewiesene Entscheidungsvarianten auf den Tisch zu legen, sei dies bei der Bestimmung von Standorten des Industriebaus, des komplexen Wohnungsbaus, bei Reparaturmaßnahmen, bei der Bestimmung von Standorten für gesellschaftliche Einrichtungen. Hierzu gehören auch die verschiedensten Optimierungsverfahren. Die Algorithmen der Hauptprozesse der städtebaulichen Planungsarbeiten müssen von vornherein und obligatorisch Variantenuntersuchungen und Optimierungsrechnungen beinhalten.

Neben Kapazitätsgründen wird für die ungenügende Nutzung dieser Möglichkeiten geltend gemacht, daß es nicht gelingt, die notwendigen Bestandskennziffern und Planungsdaten immer verfügbar zu halten. Diese Frage der Kennziffernbildung und Datenspeicherung ist für die Arbeit im Städtebau von besonderer Bedeutung, denn erst mit der Bildung von Kennziffern erreichen wir das quantifizierte Durchdringen der Probleme. Wir stellen immer wieder fest, wie wenig wir Zusammenhänge beweisen können, und es wird schließlich viel zu oft noch auf der Basis von Behauptungen entschieden.

Die Erhöhung der Effektivität des Städtebaus erfordert eine systematische Kennziffernarbeit, das Durchdringen der Abhängigkeiten und Wechselwirkungen.

Auch hier ist es so, daß eine Vielzahl einzelner Arbeiten auf diesem Sektor vorliegen, aber die einheitliche Konzeption, Integration und Zusammenführung der einzelnen Aktivitäten ungenügend gewährleistet wird.

Wir brauchen die einheitliche Führungskonzeption auf dem Gebiet der methodischen Probleme, auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau. Die unzureichende Beherrschung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen verursacht erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden . . .

Mit dem System Datenbank, wie es von uns erarbeitet wurde, ist eine Grundlage geschaffen worden, auf der es möglich ist, eine Vielzahl mathematischer Programme für unterschiedliche Zwecke und Ressourcen aufzubauen. Das läßt sich aber ohne entsprechende Vereinbarungen und Koordinierung nicht nutzen. Das geht über die Kapazitäten und Initiativen einzelner Bezirke oder Büros hinaus. Auch auf diesem Sektor – wie auf vielen anderen – liegen eine Reihe zum Teil anwendungsbereiter Arbeiten vor, die bei besserer Zusammenarbeit höheren Nutzen bringen würden . . .

Es sollte deutlich werden, daß es bei der Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation auf unserem Gebiet um die Rationalisierung unserer Arbeit geht. Wir beides, Rationalisierung und Anwendung der WAO, als aktuelle und ständige Aufgabe ansehen. Wir wollen dazu beitragen, einen einheitlichen Standpunkt der Städtebauer und Architekten zu schaffen, daß unsere eigene politische und fachliche Qualifizierung in der Auseinandersetzung mit der WAO erforderlich ist, daß wir die Pflicht zur eigenen Qualifizierung haben und lernen müssen, diese besser zu erfüllen . . .

Wissenschaftliche Arbeitsorganisation und Leitungstätigkeit

Aus dem Referat von
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Leiter der Abteilung Städtebau
im Ministerium für Bauwesen

Diese Fachtagung behandelt ein für den Städtebau sehr bedeutendes Thema ausgehend von der Erkenntnis, daß wir die wissenschaftliche Arbeitsorganisation nutzen und anwenden müssen zur rationellen Bewältigung unserer städtebaulichen Aufgaben, zur Erreichung hoher gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Effektivität . . .

Die Aufgaben des Städtebaues im Fünfjahrplan sind mit der Direktive des ZK der SED eindeutig markiert. Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion verlangt auch vom Städtebau Erhöhung der Effektivität und Ökonomie der Investitionen und städtebaulichen Maßnahmen, um damit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aktiv beizutragen. Wenn es gelingt, den gesellschaftlichen Auftrag mit hoher Effektivität zu erfüllen, den staatlichen Organen und Volksvertretern die jeweils optimale Variante, getragen von der Verantwortung für das Ganze, rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen, dann beteiligen wir uns am Aufbau des Sozialismus, wie es unsere Gesellschaft von den Städtebauern erwartet. Wir wissen, daß trotz einer Reihe guter Ergebnisse der letzten Jahre noch manches in unserer Arbeit verbessert werden muß.

Die ökonomische Durchdringung unserer Arbeit ist wohl das entscheidende Aufgabengebiet, das wir immer besser beherrschen lernen müssen. Damit ist auch gesagt, worauf wir die schrittweise Durchsetzung wissenschaftlicher Arbeitsorganisation im Städtebau lenken müssen. Um welche Ziele geht es gegenwärtig in der städtebaulichen Arbeit?

In erster Linie geht es um die städtebauliche Vorbereitung von 500 000 Wohnungen, die durch Neubau und Modernisierung zur Verbesserung der Wohnbedingungen einschließlich der Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen werden.

Vielleicht meinen einige, daß sei zu eng gesehen, schließlich geht es um die sozialistische Stadt als Ganzes. Aber 500 000 Wohnungen, also acht Prozent aller gegenwärtig vorhandenen Wohnungen in der DDR, verändern in den nächsten fünf Jahren in erster Linie das Gesicht unserer Städte und die Lebensbedingungen ihrer Bewohner. Deshalb dürfte völlig klar sein, daß eben hier beim Wohnungsbau der Schwerpunkt der städtebaulichen Planung liegen wird. Damit sind nicht die Aufgaben der Generalbebauungsplanung und die Fragen der Umgestaltung der Städte zurückgestellt, sondern bei ihrer Weiterführung werden sie ebenfalls in den nächsten zwei bis drei Jahren auf die Lösung der Probleme gerichtet, die mit dem Wohnungsbau die Entwicklung der Städte insgesamt fördern, und auf solche Probleme, die zur Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes nur aus der Planung der ganzen Stadt abgeleitet werden können.

Unter den Gesichtspunkten einer planmäßigen proportionalen Entwicklung und der Verbesserung der Wohnbedingungen vor allem in den Zentren der Arbeiterklasse geht es nicht mehr um eine Konzentration des Wohnungsbaues auf nur wenige Standorte, sondern unter Ausnutzung der rationell bebaubaren Standorte um eine wesentlich größere Zahl von Städten, in denen künftig der Wohnungsbau schwerpunktmäßig erfolgen wird. Dabei müssen in erster Linie diejenigen Standorte genutzt werden, die in den nächsten Jahren in der stadttechnischen Erschließung einen möglichst geringen Aufwand erfordern. Die Konzentration des Wohnungsbaues in größeren Städten ist entscheidend davon abhängig, ob der Schwellenwert der stadttechnischen Versorgung überschritten und welcher Investitionsaufwand damit erforderlich wird. Wenn zum Beispiel – wie im Bezirk Potsdam – der hohe Konzentrationsgrad des Wohnungsbaues auf die Bezirksstadt um etwa 20 Prozent reduziert und damit nachgewiesen wird, daß mehr als 20 Millionen Mark im Erschließungsbereich eingespart werden können, so ist das bei der außerordentlichen Anspannung im Bereich der Erschließung ein gewichtiges Argument, das bei der Festlegung über die Standortverteilung des Wohnungsbaues unbedingt Beachtung finden muß. Es muß also eine entscheidende Schlußfolgerung bei der städtebaulichen Vorbereitung sein, die Standortauswahl und -optimierung mit großer Gewissenhaftigkeit insbesondere unter Beachtung der stadttechnischen Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Die Errichtung überwiegend 5geschossiger Wohnhäuser und die Reduzierung des Anteils der vielgeschossigen Wohnhäuser werden die Standortplanung und Bebauungskonzeption des Wohnungsbaues prägen. Hierzu wurden in den Bezirken bereits mehrere Ausarbeitungen mit gutem Ergebnis vorgenommen. Es geht hier nicht um eine dogmatische Regelung, sondern es erfolgt eine sehr gewissenhafte Beratung und Durcharbeitung der Probleme mit den Bezirken, um die Grundforderung nach Verbesserung der Wohnbedingungen zu erfüllen und gleichzeitig volkswirtschaftlich effektiv zu bauen. Dazu zählt aber auch, volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden, die sich nachweislich in einigen Bezirken einstellen würden – insbesondere im Bereich der Vorfertigung des Wohnungsbaues –, wenn man rigoros auf reinen 5geschossigen Wohnungsbau umschalten würde.

Im Durchschnitt der Republik werden wir die Zielstellung erreichen, daß etwa 75 bis 80 Prozent Wohnungsbau bis zu 5 Geschossen entstehen wird. Es ist Aufgabe der Bezirke, weiterhin mit der Bearbeitung der Bebauungskonzeptionen zur Erreichung dieser Zielstellung unter Beachtung der jeweils spezifischen städtebaulichen Anforderungen beizutragen.

Eine eindeutig neue Rangordnung erhält die Aufgabe der Modernisierung der Wohnbausubstanz. Über 100 000 Wohnungen zu modernisieren wirft zwangsläufig neue Probleme der Planung und Leitung auf. Es ist erforderlich, hierzu spezifische städtebauliche Konzeptionen zu erarbeiten, damit dieses große Programm der Modernisierung von Beginn an als gesellschaftlich effektive Maßnahme zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zur Umgestaltung der Städte mit möglichst geringem volkswirtschaftlichem Aufwand wirksam wird. Dazu muß klar gesagt werden, daß wir die Modernisierungsaufgaben nicht schematisch angehen können und schlechthin fordern, daß die modernisierte Wohnung die Qualität einer Neubauwohnung besitzen muß. Das wird nicht möglich sein. Es geht darum, bestimmte Kategorien festzulegen, in welcher Form, in welchem Umfang modernisiert wird. In erster Linie gilt es, neben der Grunderhaltung der Wohnbauten mit entsprechenden Maßnahmen die Sanitärtechnik zu verbessern oder neu in die Wohnungen einzufügen. Eine andere Kategorie bezieht dann auch Verbesserung der räumlichen Lösungen, Ausstattung mit modernen Heizsystemen und anderes ein.

Die städtebauliche Konzeption, die Auswahl der Objekte müssen solchen Staffelungen des Modernisierungsumfanges entsprechen. Mit den Modernisierungsmaßnahmen werden die Häuser für weitere 25 bis 30 Jahre einen guten Zustand erhalten und günstige Benutzung ermöglichen. Das ergibt Festpunkte für die zu treffende städtebauliche Auswahl. Wir können zum Beispiel nur dort modernisieren, wo nachweislich auf Grund des Generalbebauungsplanes keine Abrißmaßnahmen vorgenommen werden müssen und wo die vorhandene Substanz Möglichkeiten zu einer effektiven Modernisierung anbietet.

Mit ständig besserer wissenschaftlicher Arbeitsorganisation müssen wir diese großen Aufgaben meistern. Ein entscheidendes Kettenglied ist die Erreichung des Vorlaufes in der Vorbereitung des komplexen Wohnungsbaues. Im Jahre 1971 sind die Bebauungskonzeptionen für die neuen Vorhaben, die 1972 und 1973 beginnen, fertigzustellen. Bis Ende 1972 geht es um die Fertigstellung aller Bebauungskonzeptionen zur Investitionsvorentscheidung für den Fünfjahrplan bis 1975. Künftig wird, um eine klare Ordnung herbeizuführen, der Stand der Vorbereitung genauso erfaßt und abgerechnet wie heute der Stand der Durchführung der Bauten. Jeder wird verstehen, daß es hier nicht um formale Maßnahmen geht, sondern daß eine rechtzeitige und gute Vorbereitung ein wichtiges Fundament für effektives und rationelles Bauen ist. Dem gleichen Ziel dient eine weitere Maßnahme, mit der die Bezirke unterstützt werden. Beginnend im Sommer dieses Jahres werden die Bebauungskonzeptionen wichtiger Wohnungsbauvorhaben im Ministerium für Bauwesen beraten. Damit schaffen wir günstige Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Vermittlung der fortgeschrittensten Erkenntnisse.

Durchdenken wir diese Aufgaben, so erhebt sich die Frage, inwieweit es notwendig ist und die Möglichkeit besteht, die Generalbebauungsplanung intensiv weiterzuführen. Es besteht als erstes die Notwendigkeit, einen vollständigen städtebaulichen Vorlauf für die Aufgaben des Fünfjahrplanes zu erreichen. Wir müssen die Bebauungskonzeptionen in erster Linie auf der Basis der bisherigen Ergebnisse der Generalbebauungsplanung einschließlich der langfristigen Konzeptionen städtebaulicher Entwicklung für den Wohnungsbau fertigstellen. Das verlangt, den Hauptteil unserer Kräfte dafür einzusetzen. Andererseits darf natürlich die langfristige Vorbereitung der Maßnahmen nach 1975 nicht vernachlässigt werden und auch nicht die ständige Weiterentwicklung zwischen Gesamtplanung und Teilplanung. Deshalb wird – 1972 beginnend und in den Folgejahren – die langfristige Gesamtplanung zur Hauptaufgabe und sofort anschließend und sich zum Teil überlagernd die konkrete Teilplanung wiederum für die Vorhaben nach 1975.

Das ist gewissermaßen die Grundstruktur eines schwerpunktmäßigen Arbeitsrhythmus im Städtebau.

Sie muß jedoch ständig ergänzt werden durch eine bestimmte Kontinuität der Generalbebauungsplanung. Es geht um eine Fortschreibung der Daten, Weiterführung von Analysen und um Herausarbeitung derjenigen Ergebnisse, die unaufschiebbar noch zur Qualifizierung der Fünfjahrplanaufgaben sowie zu ihrer rationellen Lösung beitragen müssen. Also zum Beispiel Standortoptimierungen nach gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kriterien und Ermittlung rationellster Formen der Primärerschließung. Gerade hier können wir nicht nachlassen, unsere Überlegungen weiterzuführen, denn wir wissen: Den Vorlauf in der Standortauswahl und der stadttechnischen Erschließung für den Zeitraum nach 1975 müssen wir in entscheidenden Punkten bereits in diesem Fünfjahrplan schaffen und durch Baumaßnahmen auch sichern . . .

Zur Einführung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und der EDV können wir feststellen, daß es in allen Bezirken bereits erste Ergebnisse gibt. Aus der Phase des Diskutierens ist die Phase des Experimentierens und erster Anwendungen geworden. Kollegen von der Abteilung Städtebau und Architektur des Magistrats von Berlin, vom ZOD und vom WBK Berlin, vom Büro für Städtebau und Architektur Halle, vom Bezirksbauamt und dem Büro für Städtebau Rostock, von den Büros der Bezirksarchitekten Erfurt und Dresden haben hier Schrittmacherarbeit geleistet.

Überblicken wir das bisher geleistete mit kritischen Augen, so fällt auf, daß es die ersten Erfolge auf den vorwiegend technisch-mathematisch orientierten Teilgebieten gibt und wir nicht in gleichem Maße auf gesellschaftswissenschaftlich orientierten Gebieten der WAO vorangekommen sind. Ohne je die Grundfragen der Ökonomie aus den Augen zu lassen, muß man ständig Klarheit darüber besitzen, daß wir die WAO im Dienste einer gesellschaftspolitischen Zielstellung einsetzen und keine technokratische Behandlung gesellschaftlicher Probleme zulassen können.

Bei der Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau der DDR geht es einmal um die Verbesserung der Arbeit der Städtebauer, das heißt die Erhöhung des Grades der Wissenschaftlichkeit der Planung und die Vertiefung der Erkenntnisse mit dem Ziel, höchste gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Effektivität zu erreichen; und zum anderen um die umfassende Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse und Planungsergebnisse, ihre zielgerichtete und formgerechte Weiterleitung an andere planende und prognostizierende Einrichtungen und Organe des Staates und der Wirtschaft, es geht um ihre durchgängige Verarbeitung im Prozeß der Projektierung und vor allen Dingen auch um die bewußte Ausgestaltung des Entscheidungsprozesses mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aus unserem Fachgebiet.

Es ist erkennbar, daß sich die ersten Erfolge bei der Einführung der WAO in unserem Fachgebiet bisher fast ausschließlich auf die Verbesserung der eigenen Arbeitsprozesse und der eigenen Arbeitsergebnisse beziehen und damit nicht ausreichend effektiv werden.

Dieser noch unbefriedigende Zustand liegt vor allem daran, daß es bisher nur ungenügend gelingt, die Arbeitsergebnisse in der richtigen Auswahl zum richtigen Zeitpunkt beim jeweils verantwortlichen Organ in einer Form vorzulegen, die von diesem Organ auch voll verstanden und als Leitungsentscheidungsgrundlage verarbeitet werden kann.

Es genügt also nicht, nur unseren eigenen internen Arbeitsbereich zu sehen. Wir müssen den Entscheidungsprozeß sehen, dem unsere Arbeit dient. Oder genauer gesagt: Wir Architekten und Städtebauer müssen diesen Entscheidungsprozeß mit gestalten und unsere Arbeit auf diesen Prozeß ausrichten.

Der Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds (GBl. II/1/71) gibt dazu konkrete Aufgaben, aber auch Fragestellungen, auf die in kürzester Zeit Antworten gegeben werden müssen.

Das Ministerium für Bauwesen wird dazu spezifische Durchführungsbestimmungen herausgeben. Wir nehmen diese Aufgabe zum Anlaß, um zielstrebig in der Vereinheitlichung des Inhaltes, der Formen und der Methoden der Planung und Leitung und damit der Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau voranzuschreiten.

Die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben erfordert die wissenschaftliche Arbeitsorganisation mit ihren Teildisziplinen in allen Phasen der städtebaulichen Vorbereitung sowie in der Generalbebauungsplanung anzuwenden und nicht nur als ein einzelnes technisches Hilfsmittel zu betrachten.

Bei ihrer weiteren Einführung und Anwendung gilt es jetzt aber vor allem, die Schwerpunkte der Fünfjahrplanaufgaben damit besser und effektiver zu lösen. . .

Schrittweise Einführung der EDV in den Städtebau

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dipl.-Ing. Ewald Henn,
Bezirksarchitekt Erfurt

... Im Büro des Bezirksarchitekten von Erfurt wurde begonnen, eine Reihe bereits erprobter mathematischer Verfahren hinsichtlich ihrer Datenbasis als auch ihrer Ergebnisse zu einem System komplexer Problemlösungen zu verknüpfen. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Dipl.-Ing. Glänzer eingesetzt.

... Auf der Grundlage der Erkenntnisse zur Schaffung einer einheitlichen territorialen Datenbank haben wir zur Datenerfassung und Speicherung in vertretbarem Umfang für die Einführungsphase der EDV Untersuchungen durchgeführt.

Von uns wurde als eine Aufgabe des Planes Wissenschaft und Technik im Jahre 1970 ein Anforderungsprogramm für städtebauliche Kennziffern auf der Grundlage

– der Generalbebauungsplanung (Bezirk und ausgewählte Städte),
– der bereits angewendeten und in Vorbereitung befindlichen mathematischen Verfahren und Modelle und
– der Abstimmung mit Kooperationspartnern auf dem Sektor der städtebaulichen Planung im Territorium erarbeitet.

Die Kennziffern wurden in Primär- und Sekundärkennziffern gegliedert und in einer Matrix zur übersichtlichen Darstellung der Verknüpfungen nach verschiedenen Aggregationsstufen für Einzeleinrichtungen, Teilgebiete, Zentren und Städte aufbereitet.

Weiterhin sind im Büro verschiedene problemorientierte Erfassungsbelege für Analysen im Rahmen der Generalbebauungsplanungen, sowie für die Erfassung der Eingabedaten für mathematische Verfahren ausgearbeitet worden. Es erfolgte eine enge Koordinierung mit dem im Büro für Territorialplanung ausgearbeiteten Standortkatalog sowie dem Gemeindepaß für den Bezirk.

Diese Lösung zielt auf eine systematische Analyse der bereits im Territorium verfügbaren aktuellen Kennziffern und bildet eine notwendige Übergangslösung bis zur Einführung einer umfassenden territorialen Speicherorganisation, die auf der Grundlage eines vom Rat des Bezirkes Erfurt beschlossenen Maßnahmeplanes zu schaffen ist.

Die endgültige Aufstellung und Praktizierung des Systems einer territorialen Speicherorganisation verlangt in der Vorbereitungsphase von jedem Nutzer ein genau definiertes Kennziffernprogramm, besonders mit Aussagen zum Umfang, zur Bedeutung, zur Wertigkeit, zum Aktualisierungsrhythmus des benötigten Datenmaterials und der Informationskomplexe. Diese Grundlagen sind als Ergebnis einer laufenden Fortschreibung aus den Erfahrungen mit den charakterisierten Übergangslösungen zu präzisieren.

Das in der Schriftenreihe Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 21 (1968) veröffentlichte lineare Optimierungsprogramm zur Ausarbeitung eines optimalen Generalbebauungsplanes einer Stadt (Modell Tallinn) wurde von uns überarbeitet und nach notwendigen Korrekturen für die Anwendung bei Klein- und Mittelstädten vorbereitet. Dieses Modell ist für den Teil Wohnungsbau aufgestellt und ermöglicht die Einbeziehung der Rekonstruktionsgebiete unserer Städte.

Wesentliche Aspekte sind dabei:

– die Einbeziehung der Nutzungskosten der vorhandenen Altbausubstanz,
– die Ermittlung der optimalen Variante zwischen Abriß, Ersatzneubau oder komplexer Aufwertung,
– die Differenzierung der Wohnungsbaustandorte nach ihrer Erreichbarkeit und den laufenden Nutzungsaufwendungen,
– die Einbeziehung des Planungszeitraumes als ökonomische Größe im Sinne der Ökonomie der Zeit,
– die Berücksichtigung der Trendentwicklung der Kosten in den verschiedenen Etappen des Planungszeitraumes sowie der möglichen Abrißquoten der vorhandenen Substanz,
– die Berücksichtigung des unterschiedlichen subjektiven Wertes einer Altbauwohnung in Abhängigkeit vom Wohnungsbedarf sowie
– die Einbeziehung der durch die Kapazität der Bauindustrie gegebenen objektiven Grenzen.

Dieses Verfahren wurde im Jahre 1970 am Beispiel der Stadt Sömmerda mit einem ZRA-1-Programm getestet. Das Ergebnis bringt zum Ausdruck, in welcher Reihenfolge welcher Wohnungsbaustandort mit welchem Bebauungstyp (Anteil der Bauten nach Geschoßzahl) bebaut werden soll, damit die Gesamtaufwendungen, einschließlich der laufenden Nutzungskosten für den Planungszeitraum ein Minimum ergeben. Die Zielfunktion berücksichtigt, daß die nicht durch Neubau ersetzte vorhandene Substanz durch komplexe Rekonstruktion in einem gewünschten Modernisierungsgrad dem Neubauniveau angenähert wird.

Das Verfahren wurde Anfang dieses Jahres nach umfangreicher Vorbereitung für die Bezirksstadt Erfurt in einer ersten Version auf der beim LZOR des VEB Carl Zeiß stationierten ICL-Anlage gerechnet, und gegenwärtig erfolgte eine Optimierungsrechnung für die Entwicklung des Wohnungsbaus auf 69 extensiven Standorten in den Städten der Makrostruktur des Bezirkes zur Fundierung der Wohnungsbaukonzeption 1971 bis 1975.

Bei der Anwendung des Modells ergaben sich Probleme hinsichtlich der Erfassung von charakteristischen Daten über die vorhandene Altbausubstanz. Zur Verbesserung dieser Aussagen und zur Auswahl optimaler Strategien für die komplexe Aufwertung unter Berücksichtigung der vorhandenen Fonds wurde mit der Datenerfassung zur Anwendung der vom Forschungsinstitut für Hochbau, Prag, und der DBA Berlin ausgearbeiteten Repräsentantenmethode für die Städte Eisenach, Sondershausen und Sömmerda begonnen. Diese Repräsentantenmethode soll eine rationelle Datenerfassung sowohl für das komplexe Optimierungsprogramm als auch für folgende weitere Rechenprogramme ermöglichen, die als Beitrag zur Erarbeitung der Konzeption zur Reproduktion der Grundfonds durch die örtlichen Organe dienen:

– Ermittlung des Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwandes an Wohngebäuden in Abhängigkeit von der Restnutzungsdauer.
– Verfahren zur Auswahl von Umgestaltungsvarianten für die Erhöhung der Gebrauchseigenschaften des vorhandenen Wohnungsfonds einer Stadt (IBM-Programm)
– Verfahren zur Bewertung städtischer Flächen im Hinblick auf ihre Erreichbarkeit (DBA Berlin).

Zur Aufbereitung und instruktiven Darstellung der Ergebnisse wird die im Büro als Baustein in heuristischer Programmform entwickelte Methode der Kostennetzwerke und Schwellendiagramme angewendet, die bereits am Beispiel ausgewählter Städte des Untersuchungsgebietes „Raum Erfurt“ getestet werden konnte.

Aus diesen Erfahrungen leiten sich Schlußfolgerungen zur präzisierten Aufgabenstellung für die erste Phase der Anwendung der EDV ab.

Die zunächst an wenigen Anwendungsbeispielen für spezielle Problemstellungen durchgeführten Verfahren sind noch stärker zu verknüpfen und, wenn möglich, weitgehender zu integrieren.

Die angewendeten oder in Anwendung befindlichen Verfahren zeigen auch, daß zur besseren Lösung grundsätzlicher städtebaulicher Probleme die Modelle erweitert werden sollten, besonders hinsichtlich der Nutzungskosten, des Baulandflächenwertes, der Zentrumsausstattung, des Nachholebedarfs, der Amortisationsraten, der Erreichbarkeit nach der Zeitsummenmethode, der Trend der Preisgestaltung für den komplexen Wohnungsbau, der Fertigungstechnik und des Störschutzes.

Zur Sicherung eines hohen Effektes und der späteren Anwendung komplexer territorialer Modelle sollte in den bezirklichen Einrichtungen des Städtebaus vorrangig der Weg der Erprobung und Verknüpfung erprobter Verfahren beschritten und zielgerichtet fortgesetzt werden.

Neben der Neuentwicklung komplexer territorialer Modelle sollten sich die zentralen Forschungskapazitäten auf die Erweiterung der vorhandenen Verfahren mit folgender Zielstellung konzentrieren:

– Erforschung der Zusammenhänge und Verflechtungen zwischen der Entwicklung des Wohnungsneubaus und der Industrie,
– Analyse und Optimierung der Struktur der Stadt und ihrer Hauptfunktionen durch Berechnung des gesellschaftlichen Aufwandes zum „Betrieb“ der Stadt und
– Untersuchungen zu den Vor- und Nachteilen des Konzentrationsprozesses im Siedlungssystem mit dem Ziel der Quantifizierung wesentlicher Einflußfaktoren.

Diese Kriterien können zunächst in den vorhandenen linearen Modellen schrittweise berücksichtigt werden und später in integrierte Systeme Eingang finden.

Aus den bisherigen Ergebnissen ist zu erkennen, daß die Arbeit zur einheitlichen Leitung und Koordinierung sowohl in den staatlichen Organen als auch im Informationsverband „EDV im Städtebau“ und in der AG „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau“ weiter aktiviert werden muß. Diese Aufgabe sollte auch in der DBA als komplexer Bestandteil der zentralen Forschung ihrer Bedeutung entsprechend eingeordnet werden.

Wenn wir den Erfahrungsaustausch wirksamer organisieren und die Kräfte der Forschung einschließlich der Aktivitäten der Praxis zielgerichtet und wirksam koordinieren, werden wir unserer gesellschaftlichen Verpflichtung auf diesem Gebiet gerecht werden können.

Erfahrungen mit Modellen und Programmen im Städtebau

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dipl.-Ing. Horst Gräfe
Chefarchitekt im Büro für Städtebau Rostock

Das Bemühen, Erkenntnisse der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation auf den Städtebau anzuwenden, muß angesichts der außerordentlichen Komplexität und Kompliziertheit in der gegenwärtigen Situation, in der es noch keine generelle Konzeption für ein einheitliches und koordiniertes Herangehen gibt, notwendigerweise im einzelnen vorerst noch stark vom Zufall bestimmt sein. Darüber täuschen wir uns auch nicht hinweg, wenn wir unabhängig voneinander in wissenschaftlichen und Planungsinstitutionen versuchen, sogenannte Systeme für die Anwendung der EDV in der Generalbebauungsplanung auszuarbeiten oder wie wir ähnliche Vorhaben auch im einzelnen bezeichnen mögen.

Auch wir bemühen uns seit Mitte 1969 durch Anwendung der WAO und der EDV in unserem Aufgabenbereich neue Wege zu beschreiten. Nach fast zweijähriger Anstrengung müssen wir jedoch feststellen, daß ein bezirkliches Büro, will es gleichzeitig auch die anderen Aufgaben wahrnehmen, sehr schnell überfordert ist.

Es bedarf einer zentral geleiteten koordinierten Zusammenarbeit, bei der ein bezirkliches Planungsbüro im begrenzten Rahmen mitarbeiten kann, wie es zum Beispiel in unserem Fall im Zusammenhang mit dem Forschungsvorhaben „Sozialistischer Städtebau“ vorgesehen ist.

Wir sind davon überzeugt, daß der größte Teil unserer bisherigen Ergebnisse wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit geben und teilweise direkt in komplexe Lösungen eingehen kann.

Entscheidend sind aber die ideologischen Auswirkungen unserer bisherigen Arbeit, die darin bestehen, daß eine große Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Erkenntnissen und bei allen Mitarbeitern eine neue kritische Einstellung gegenüber unserer bisherigen Arbeit und Arbeitsweise festzustellen ist.

Hieraus resultiert das Bestreben, die Arbeit im eigenen Büro zu rationalisieren und die Zusammenarbeit mit den anderen Planungsbüros des Bezirkes (Büro für Territorialplanung, Büro für Verkehrsplanung, Büro für Planung des Komplexen Wohnungsbaus) effektiver zu gestalten. Das kann nur dann geschehen, wenn Klarheit über die eigenen Aufgaben besteht.

Der erste Schritt bestand also in der Erarbeitung des Aufgabenverzeichnisses des Büros, da die Bestimmung und Systematisierung der Aufgaben als ein wichtiges Kettenglied zur wissenschaftlichen Fundierung der Arbeit angesehen wird.

Auf der Grundlage der Aufgabenverzeichnisse wird der aufgabenbezogene Informationsbedarf ermittelt und in Informationsbedarfslisten zusammengestellt, in denen die zur Lösung der Aufgaben objektiv notwendigen Informationen verzeichnet sind.

Durch die Reihenfolge der Informationen wird zwar der Ablauf des Arbeitsprozesses annähernd sichtbar, aber die Verflechtungsbeziehungen werden nicht deutlich. Deshalb ist als nächster Schritt vorgesehen – aufbauend auf den Aufgabenverzeichnissen und den Informationsbedarfslisten –, Ablaufpläne für die Aufgaben zu erarbeiten, die es ermöglichen sollen, die Aufgaben effektiver durchzuführen.

Die rationellere Arbeitsweise wird sich zwangsläufig in einer höheren Arbeitseffektivität niederschlagen.

Die „Methode zur Optimierung der räumlichen und zeitlichen Ordnung von Planungseinheiten im Rahmen der Generalbebauungsplanung“ ist als Gesamtarbeit in das Programm des Forschungsprojektes Greifswald im Rahmen des DBA-Forschungsvorhabens „Sozialistischer Städtebau“ Siedlungszentren aufgenommen worden, um

1. die bisherigen theoretischen Erkenntnisse an einem praktischen Beispiel zu erproben und

2. die Arbeiten in diesem größeren Rahmen weiterzuführen, weil sich gezeigt hat, daß selbst die Beratung in zeitweiligen Arbeitsgruppen mit Vertretern aus verschiedenen Institutionen aus mehreren Bezirken nicht ausreicht, um eine komplexe Bearbeitung zu gewährleisten.

Um sich gegenseitig überhaupt verständigen zu können und die eigene Arbeit sinnvoll in das Gesamtsystem der Generalbebauungsplanung einordnen zu können, versuchte die Arbeitsgruppe einige Gedanken zur

– Zielstellung der Stadtentwicklung
– Definition des Systems Stadt

— Funktion des Systems Stadt
— Struktur und Elemente des Systems Stadt
— Modell an der Arbeit der Stadtentwicklung

zu formulieren.

Diese Arbeit kann aber nur sinnvoll innerhalb der Teilaufgabe „Generalbebauungsplanung der Städte und Bezirke" des DBA-Forschungsvorhabens, die unter Leitung des Kollegen Dipl.-Ing. Schattel (DBA, Institut für Städtebau und Architektur) steht, durchgeführt werden, was auch vorgesehen ist.

Die Arbeiten innerhalb der Arbeitsgruppe konzentrierten sich daher im wesentlichen auf die Stufen der Datenaggregation. Die Daten für die Planungseinheiten leiten sich aus den Daten zum Flurstück (als Bezugseinheit des Systems Territoriale Datenbank) und daraus aggregierten Analyseeinheiten ab...

Während die Analyseeinheiten (flächenförmige und netzförmige) als stabile Elemente angesehen werden, die in Größe und Begrenzung so fixiert sind, daß Relationen zu beliebigen anderen Systemen (gesellschaftliche Zentren, Netze des Verkehrs) sowie zu anderen Analyseeinheiten hergestellt werden können, haben Planungseinheiten dynamischen Charakter; ihre Stabilität ist von der Dauer der Prozeßabläufe abhängig.

Die nächsten Arbeitsschritte im Rahmen des Forschungsprojektes Greifswald leiten sich aus dem bisher erreichten Stand ab:

— Einteilung der Stadt Greifswald in Analyseeinheiten und Planungseinheiten
— Präzisierung des Informationsbedarfes für die Analyseeinheiten und Planungseinheiten als Anforderung an die Datenbank.

Dabei gelten folgende Ausgangspunkte:

— Die territoriale Datenbank (TDB) wird nach dem Beispiel Halle eingeführt.
— Für den Zeitraum bis zum Wirksamwerden der TDB müssen praktikable Zwischenlösungen gefunden werden, die zu einem schrittweisen Aufbau städtebaulicher Teildatenbanken führen.

In die weitere Arbeit wird auch die im Büro für Städtebau Rostock seit 1969 entwickelte und praktisch erprobte Methode zur Erfassung und Auswertung städtebaulicher Ressourcen der Hochbausubstanz mit Hilfe von EDVA einbezogen, da sie zur Vorbereitung von Entscheidungsfindungen beiträgt und ebenfalls eine erste Stufe der Optimierung ermöglicht.

Um eine städtebauliche, bautechnische und ökonomische Beurteilung der Hochbausubstanz einzuleiten, um eine Übersicht über den Zustand, die Rekonstruktionswürdigkeit sowie den notwendigen Rekonstruktionsaufwand für die vorhandene Bausubstanz zu erhalten und damit die Grundlage für die Planung der Rekonstruktions- und Umgestaltungsmaßnahmen zu haben, werden die Angaben zum Grundstück, zum Gebäude und zur Gebäudenutzung auf nur einem Formblatt zusammengestellt.

Diese Zusammenstellung baut auf vorhandenen Datensammlungen auf, insbesondere

— den Flurbüchern des Liegenschaftsdienstes
— der Bauzustandskartei
— der Wohnraumkartei

und künftig auf Ergebnissen der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung.

Das Formblatt dient gleichzeitig als Ablochbeleg für die Lochkarten und auch als Stammunterlage für eine Datensammlung der Hochbausubstanz.

Neben den üblichen Aggregationsprogrammen wurden auch solche zur Errechnung städtebaulicher Kennziffern sowie besonders zur Beurteilung und ökonomischen Bewertung der Bausubstanz nach bautechnischen Merkmalen entwickelt (Programmiert in FORTRAN auf IBM).

Mit Hilfe der zuletzt genannten Programme läßt sich schnell eine Aussage über die Rekonstruktionswürdigkeit von Gebäuden und damit von Rekonstruktionsgebieten zur Vorbereitung von komplexen Grundsatzentscheidungen treffen. Darüber hinaus lassen sich erste Angaben über Proportionen von Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung, Abriß und Ersatz — Neubau machen.

Eine Weiterführung und Weiterverwendung der gewonnenen Daten im Rahmen der Generalbebauungsplanung ist in dem im Büro für Städtebau entwickelten städtebaulichen Kennkatalog des Bezirkes gesichert.

Da der städtebauliche Kennkatalog eine Sammlung der wichtigsten Daten zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung eines Ortes ist, trägt er besonders durch die Daten zu Angebotsgebieten (Neubau und Rekonstruktion) für erste Überlegungen bei Standortproblemen zur Entscheidungsfindung bei.

Die einzelnen Arbeitsschritte sind als Gesamtmethode so angelegt, daß die Daten jederzeit in die aufzubauende Datenbank übernommen werden können. Da diese Datenbank vorerst noch nicht besteht, stellt die im Büro entwickelte Methode eine praktikable Möglichkeit dar, wie sich bereits an den in Arbeit befindlichen Beispielen erwiesen hat, die bei den vor uns stehenden Aufgaben zur Anwendung kommen kann.

Kostenvarianten der Territorialstruktur

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dipl.-Ing. Ök. Gunter Clemens und
Dipl.-Ing. Gottfried Geyer

Die Weiterentwicklung der Territorialplanung und die Verbesserung ihrer Einordnung in die Leitung und Planung der Volkswirtschaft erfordern eine Verstärkung der theoretischen und methodologischen Arbeit auf diesem Gebiet. Die Autoren Bönisch und Ostwald haben Wege aufgezeigt, die zu einer neuen Qualität der Planung der Territorialstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion führen (1). In den Rahmen der dort gegebenen Zielstellung ordnen sich die seit geraumer Zeit im Büro für Territorialplanung (BfT) Cottbus laufenden Untersuchungen über die Modellierung der Territorialplanung im Bezirk Cottbus ein.

Als Ergebnis dieser Arbeiten wurde ein territoriales Modellsystem für die Arbeit auf Bezirksebene konzipiert, das sich aus Teilmodellen aufbaut und Grundlage für Berechnungen zur ökonomischen Bewertung der Entwicklung der Siedlungsstruktur ist (2). Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei Berechnungen von „Kostenvarianten der Infrastruktur" im Rahmen des Modellsystems zur effektiven Entwicklung der Siedlungsstruktur.

Diese bauen auf Untersuchungen über Kostenschwellen bei der Entwicklung einzelner Städte auf. Es wird dabei vorausgesetzt, daß für bestimmte, ausgewählte Städte im Territorium städtebauliche Untersuchungen über die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Städte auf die von den territorialen Planungsorganen vorgegebenen Größen gewissermaßen als erste Etappe der Arbeit durchgeführt werden und entsprechende Daten vorliegen ...

Darüber hinaus ist die Ermittlung von Entwicklungsdaten des Versorgungsgrades der sozialen Infrastruktur erforderlich, die nach Konsultation der entsprechenden Organe vom BfT durchgeführt wird. Bei der Erarbeitung der Grundlinie der ökonomischen Entwicklung des Bezirkes ergibt sich für die Organe der Territorialplanung die Forderung nach einer ökonomischen Bewertung verschiedener möglicher Varianten der prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes im Bezirksmaßstab.

Das Kollektiv des BfT Cottbus ging bei der Lösung dieser Aufgabe davon aus, daß die Entwicklungsschwerpunkte des Siedlungsnetzes nicht als „Inseln" betrachtet werden können und daß vor allem Aussagen über den Aufbau zur Entwicklung der Siedlungsstruktur des Bezirkes als ganzes erforderlich sind.

Um das mathematisch kaum zu bewältigende Problem der Bewertung von unendlich vielen Kombinationen der prognostischen Verteilung der Produktivkräfte im Territorium eines Bezirkes zu lösen, haben wir uns zunächst mit der ökonomischen Bewertung vorgegebener Varianten beschäftigt.

Dabei ist zu beachten, daß die Gesamtsumme der Bevölkerung im Territorium bei zu vergleichenden Varianten gleich sein muß. Die Varianten unterscheiden sich in der Größe der prognostisch konzipierten Konzentration der Bevölkerung im Territorium. Bei diesem variablen Konzentrationsgrad der Bevölkerung im Territorium gibt es noch weitere Varianten der unterschiedlichen Konzentration der disponiblen Bevölkerung auf die verschiedenen Zentren im Territorium. Bei dem von uns vorgesehenen Herangehen ist es möglich, bei den einzelnen Elementen der sozialen Infrastruktur den jeweiligen konkreten Einzugs- und Versorgungsbereich der Einrichtungen in die Berechnung einzugeben. Damit ist auch das Problem des Nichtdeckens der Einzugs- und Versorgungsbereiche bei den verschiedenen Einrichtungen gelöst.

In die ökonomischen Berechnungen werden einbezogen:

— einmalige Kosten für Flächeninanspruchnahme und technische Infrastruktur,
— einmalige Kosten für die soziale Infrastruktur, wobei der Wohnungsbau einen besonderen Schwerpunkt darstellt.

Bei diesen einmaligen Kosten wird jeweils der Nachhole- und Erweiterungsbedarf sowie der Ersatzbedarf ermittelt. Diese einmaligen Kosten werden ergänzt durch die „laufenden Kosten".

Es ist möglich, den territorialen Aufwand für die Entwicklung der Produktionsstruktur, speziell der Industrie, in einem zusätzlichen Rechengang hinzuzuaddieren, so daß man den gesamten territorialen Aufwand für Varianten der Entwicklung der Siedlungsstruktur erhält ...

Unter Verwendung der Erfahrungen der Vorarbeiten, die im BfT Cottbus geführt wurden, liegt als Ergebnis der Arbeit der Arbeitsgruppe ein Grobprojekt zur Berechnung von „Kostenvarianten der Infrastruktur" auf der EDVA R 300 vor.

Zielstellung des Projektes ist:

Durch Kostenvergleichsrechnungen für vorzugebende prognostische Varianten der Standortverteilung der Produktivkräfte in abgegrenzten Territorien (zum Beispiel im Bezirk) werden für das jeweilige Gesamtterritorium komplexe, sowie für ausgewählte Schwerpunktstandorte standortbezogene ökonomisch begründete Aussagen zu folgenden Problemen gemacht:

— Effektivität des Konzentrationsprozesses im Siedlungsnetz in Form der territorialen Aufwendungen für die Entwicklung und Nutzung der Infrastruktur, Aussagen zu optimalen territorialen Angeboten zur Standortverteilung der Produktivkräfte.
— Bestimmung des erforderlichen territorialen Aufwandes und Aussagen zur Realisierbarkeit vorgegebener prognostischer Varianten der Standortverteilung der Produktion.
— Bestimmung des erforderlichen territorialen Aufwandes und Aussagen zur Realisierbarkeit vorgegebener prognostischer Varianten der Entwicklung des Versorgungsgrades der Bevölkerung mit Leistungen der Infrastruktur.
— Ermittlung des Kapazitätsbedarfes für die Elemente der Infrastruktur, nach Varianten und Zeitabschnitten.

Durch Vergleich der Ergebnisse mehrerer Variantenrechnungen ist eine iterative Näherung zu der vom territorialen Aufwand her optimalen Lösung der Standortverteilung der Produktivkräfte möglich.

Diese Aussagen sind Hilfsmittel für die Vorbereitung von objektivierten Entscheidungsfindungen der zuständigen örtlichen und zentralen Organe mit folgenden Komplexen:

— Ökonomische Berechnungen zur Effektivität der Entwicklung der Siedlungsstruktur.
— Bestimmung des Umfanges des Kapazitätsbedarfes bei den Elementen der Infrastruktur in festgelegten Zeitetappen nach ausgewählten Standorten und im Gesamtterritorium (zum Beispiel Wohnungen, Kindergartenplätze, Unterrichtsräume)
— Festlegung volkswirtschaftlich vertretbarer Orientierungskennziffern für die Entwicklung des Versorgungsgrades der Bevölkerung. Bei Zusammenfassung des Aufwandes der einzelnen Territorien zu einem DDR-Ergebnis ist es möglich, diesen Aufwand mit dem Anteil des Nettoproduktes, der für die Entwicklung der Bereiche der Infrastruktur konzipiert ist, zu vergleichen und entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Die Voraussetzung für die Berechnung nach dem Programm ist die Ermittlung der erforderlichen Eingabedaten, und zwar laut Nomenklatur gemäß Festlegung der Arbeitsgruppe folgende:

— Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung im Territorium nach Zeitetappen,
— Bestand von Kapazitäten der Elemente der Infrastruktur,
— Bestand und Entwicklung der Einzugsbereiche der einzelnen Elemente der Infrastruktur,
— Orientierungskennziffern für die Entwicklung des Versorgungsgrades der Bevölkerung,
— Kosten der Elemente je Kapazitätseinheit.

Die Berechnungen erfolgen im Projekt für Einzelstandorte und Standortgruppen ...

Die Errechnung der Gesamtkosten für den volkswirtschaftlichen Aufwand einer Variantenberechnung erfolgt durch Addition der Kosten der einzelnen Standorte oder Standortgruppen und der Kosten der bezirklichen Netze. Die Kosten für die Entwicklung der Produktionsstruktur sind addierbar.

Auf Grund erster durchgeführter Berechnungen lassen sich folgende Faktoren, die die Aufwandsdifferenzen zwischen den Varianten bewirken, herausstellen:

— unterschiedliche Nutzung der vorhandenen Fonds der Infrastruktur,
— Nutzung standortspezifischer Besonderheiten für die Erweiterung bei der Auswahl der optimalen Variante des Konzentrationsprozesses,
— weiterhin wirken Aspekte der Konzentration, der Kapazitätsgröße und der Kombination der Einrichtungen mit.

In der weiteren Arbeit ist vorgesehen, daß im Jahre 1972 in ausgewählten Bezirken Variantenrechnungen durchgeführt werden. Da die Arbeit der Arbeitsgruppe „Ökonomische Bewertungen zur Effektivität der Entwicklung der Siedlungsstruktur" auf städtebaulichen Untersuchungen aufbaut, ist eine enge Zusammenarbeit mit den Organen des Städtebaues erforderlich.

Dieser Beitrag soll deshalb auch dazu dienen, die notwendige Abstimmung und Kooperation bei der Anwendung der sozialistischen Leitungswissenschaft im Städtebau und in der Territorialplanung vorzubereiten.

Literatur:

(1) Bönisch, Ostwald: Zur Planung der Territorialstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion. In: Volkswirtschaftsplanung 1/1971
(2) Autorenkollektiv: Modellierung und Arbeiten der Territorialplanung im Bezirk Cottbus, Cottbus 1971 (Broschüre)

Zur Optimierung der verkehrsbezogenen Stadtstruktur

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dr.-Ing. Heinz Michalk
Stadtarchitekt Magdeburg

Die sozialistische Umgestaltung der Städte und ihrer Einzugsbereiche erfordert die enge Koordinierung der Generalbebauungs- und Generalverkehrspläne. Im Mittelpunkt steht dabei die Erfassung der Zusammenhänge von Stadtstruktur, Verkehrsaufkommen und Verkehrssystemen. Das Planungsziel besteht darin, die Wechselbeziehungen zwischen den verkehrserzeugenden Elementen der Stadt so zu optimieren, daß der volkswirtschaftliche Aufwand für die Realisierung der Verkehrsbeziehungen minimiert wird.

Ein entscheidender Durchbruch dazu wurde in den letzten Jahren im Wissenschaftsbereich Planung der Sektion Bauingenieurwesen der TU Dresden unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund erreicht.

Mit der Weiterentwicklung des Gelegenheitsmodells zur Berechnung von Verkehrsverteilungen und soziologischen Untersuchungen zur Erforschung der Gesetzmäßigkeiten des spezifischen Verkehrsaufkommens sind die entscheidenden Grundlagen zur Beherrschung dieser Problematik gegeben.

Der große Vorteil des weiterentwickelten Gelegenheitsmodells gegenüber allen bisherigen Verfahren besteht darin, daß eine wesentliche Vereinfachung und Überschaubarkeit der Berechnungen erreicht werden kann. Mit diesem Modell ist es möglich, bei einer erheblichen Reduzierung des Aufwandes gegenüber den bisherigen Verfahren in kurzer Zeit eine Vielzahl von praktischen Planungsvarianten zu berechnen. Mit dieser Berechnungsmethode ist es weiterhin möglich, die Schwellentheorie auch für den Bereich der Verkehrssysteme voll anzuwenden, da mit Hilfe dieses Verfahrens die Verkehrsbelastung an den Schwellenpunkten berechnet werden kann.

Den praktischen Ausgangspunkt der Untersuchungen bildeten die gegenwärtig noch nicht gelösten Probleme des Zusammenhangs von Bebauungsstruktur und Leistungsschwellen des öffentlichen Personenverkehrs in der Stadt Magdeburg.

Unter der städtebaulichen Struktur bezüglich der Konzentration oder Dekonzentration des Verkehrsaufkommens hat sich eindeutig die territoriale Verteilung der zu drei Hauptgruppen zusammengefaßten Funktionselemente der Stadt erwiesen. Diese drei Hauptgruppen sind die Arbeitsplätze, die Wohnplätze, und die Plätze in den gesellschaftlichen Einrichtungen. Von den Beziehungen zwischen diesen drei Elementen spielt die Beziehung Wohnen — Arbeiten eine besondere Rolle. Sie kann durch ihre Bedeutung im Produktionsprozeß und durch die geringe zeitliche Überlagerung mit anderen Relationen charakterisiert werden. Das heißt, diese Relation bestimmt ohne wesentliche Beeinflussung durch andere Faktoren die Frühspitze des Verkehrs, besonders des öffentlichen Personennahverkehrs.

Unter Berücksichtigung der meist bekannten Tagesgangkurven läßt sich deshalb relativ leicht auch auf andere Zeiten — besonders den Spitzenverkehr nachmittags — schließen. Zur Klärung der extremen Auswirkungen unterschiedlicher Stadtstrukturen wurden zunächst für zwei gegensätzliche Verteilungen der relevanten Elemente die Verkehrsaufkommen bestimmt. Die beiden Varianten der berechneten Versuchsanordnung zeigt Abbildung 1. Diesem Stadtmodell liegen folgende Parameter zugrunde:

- 100 000 Arbeitskräfte beziehungsweise etwa 200 000 Einwohner
- Diese Kapazität ist im Einzugsbereich einer beliebigen Verkehrstrasse angeordnet. Als Einzugsbereich wurde ein Streifen von jeweils 500 bzw. 1000 m Gesamtbreite zugrunde gelegt.
- Für das Verhältnis von Stadtlänge und Reisegeschwindigkeit wurde eine Zeitausdehnung von 60 Minuten angenommen (das entspricht einer Stadtlänge von 15 km und einer Reisegeschwindigkeit von 15 km/h, die im wesentlichen der Zeitausdehnung für Massenverkehrsmittel in unseren Großstädten entspricht. Darüber hinaus erfolgte gleichzeitig die Untersuchung des Einflusses anderer Zeitausdehnungen.

Für die Verteilung der Wohn- und Arbeitsplätze existieren zwei extreme Möglichkeiten:
Variante A — absolute Ungleichmäßigkeit
Variante B — absolute Gleichmäßigkeit.

Bei Variante A kann das Verkehrsaufkommen ohne jegliche Berechnung am Schwellenpunkt in der Mitte leicht bestimmt werden. Da alle Beziehungen über diesen Punkt gehen müssen, ergibt sich eine Größenordnung von 100 000 Personen pro Tag.

Wenn man den praktisch möglichen Fall annimmt, daß im Wohnbereich etwa 15 000 Arbeitskräfte zur Versorgung notwendig sind, die den Schwellenpunkt nicht passieren, beträgt die Summe am Schwellenpunkt noch 85 000 Personen pro Tag. Das ist eine Größenordnung, die selbst von einer vollausgebauten Schnellbahnlinie nicht bewältigt werden kann.

Bei Variante B liegt dagegen eine ideale Gleichmäßigkeit der Verteilung der Elemente vor. Gesucht ist ebenfalls das Verkehrsaufkommen am Schwellenpunkt in der Mitte. Hierbei ist eine Ablesbarkeit des Verkehrsaufkommens nicht ohne weiteres gegeben. Die Berechnung erfolgte mit dem weiterentwickelten Gelegenheitsmodell, für das entsprechende Rechenprogramme für den Kleinrechner Cellatron SER 2b vorliegen. Bei einer geringen Anzahl von Verkehrsgebieten ist auch eine manuelle Berechnung möglich. Entsprechend der Berechnung ergibt sich für die Variante B am Schwellenpunkt ein Verkehrsaufkommen von 14 232 Personen pro Tag. Die Größe dieses Wertes bei anderen Zeitausdehnungen ist in Abbildung 2 dargestellt. Demzufolge gibt es zwei Grenzwerte:
den oberen Grenzwert mit 25 000 Personen pro Tag und
den unteren Grenzwert, der sich asymptotisch dem Wert Null nähert.

Aus der Berechnung der beiden Werte für die günstigste und die ungünstigste städtebauliche Struktur lassen sich wichtige Schlußfolgerungen im Zusammenhang mit der Schwellentheorie ziehen. Die Berechnung der beiden Werte sagt aus, daß die Leistungsanforderungen an die Verkehrssysteme bei extremen Strukturunterschieden bis zum sechsfachen Betrag schwanken können.

Während wir für alle anderen Bereiche der materiell-technischen Territorialstruktur feststellen können, daß eine relativ eindeutige Abhängigkeit zwischen der Einwohnerzahl einer Stadt und dem jeweiligen Bedarf besteht, die durch die Verteilungsstruktur nicht beeinflußt wird, gibt es beim Verkehrsbedarf in Abhängigkeit von der Verteilungsstruktur der Grundelemente Unterschiede, die zwischen Minimum und Maximum erheblich schwanken können.

Aus dieser Erscheinung läßt sich folgendes ableiten (Abb. 3):

- Die günstigste Struktur liefert einen idealen Wert, der durch keine andere Anordnung unterboten werden kann.
- Jede wirkliche Struktur wird in der Regel eine bestimmte Abweichung von der Idealstruktur aufweisen, da es aufgrund vielfältiger praktischer Bedingungen nicht möglich ist, die ideale Struktur zu erreichen, sondern nur eine Annäherung an die Idealwerte.
- Durch die Entwicklung des Gelegenheitsmodells ist es möglich, sowohl wirkliche als auch ideale Strukturen zu berechnen. Damit kann gleichzeitig die Abweichung jeder wirklichen Struktur von der ihr entsprechenden Idealstruktur bestimmt werden. Die Idealisierung einer wirklichen Struktur für die Berechnung des Idealwertes wird erreicht, indem der wirklichen Verteilung der Arbeitsplätze eine Idealverteilung der Wohnplätze zugeordnet wird oder umgekehrt.
- Mit der Idealstruktur und der Berechnung der Abweichung liegt demzufolge ein eindeutiger quantitativer Maßbegriff vor, mit dem es möglich ist, unterschiedliche Planungsvarianten für einen bestimmten Zeitraum oder unterschiedliche Zeiträume sowie unterschiedliche Städte bezogen auf ein einheitliches Maßkriterium zu messen.

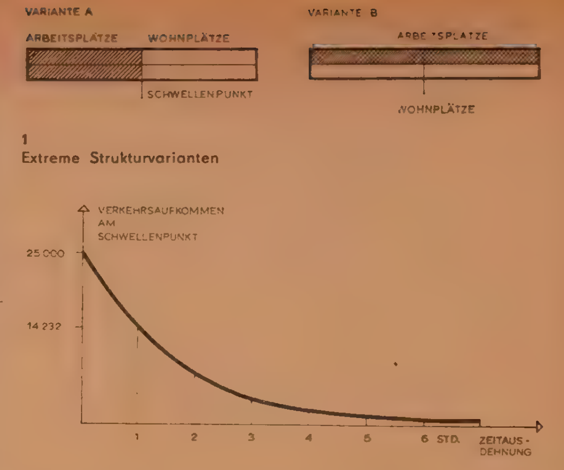
Aus den Berechnungen der Variante B läßt sich gleichzeitig ableiten, wie hoch die Leistungsfähigkeit einzelner Verkehrslinien bei idealer Struktur bzw. einem bestimmten Grad der Abweichung von der Idealstruktur ist. Für die Aufstellung von Varianten zur exakten Berechnung ist das ein wesentliches Hilfsmittel.

So läßt sich zum Beispiel berechnen, daß eine Straßenbahnlinie mit einer Leistungsfähigkeit von 12 000 Personen pro Stunde am Schwellenpunkt bei idealer Struktur, einer Zeitausdehnung von 60 Minuten und einem Anteil des Individualverkehrs von 30 Prozent eine Stadt mit 375 000 Einwohnern versorgen kann.

Von diesen Grundbetrachtungen ausgehend wurde ein entsprechender Berechnungsansatz für die Optimierung der Struktur der Stadt Magdeburg abgeleitet. Dabei ergab sich bezogen auf die Hauptäste der Straßenbahn die in Abbildung 4 dargestellte Verteilung der Wohn- und Arbeitsplätze.

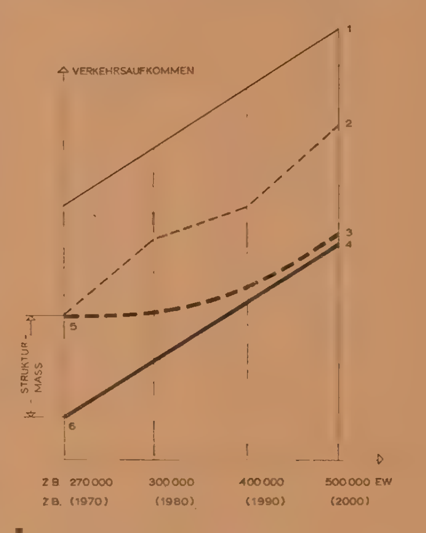
Aus dieser einfachen Darstellung ist bereits für die Optimierung der Struktur und den Ansatz der erforderlichen Varianten bzw. Kombinationen folgendes zu entnehmen:

- Die vorhandene Struktur ist weitgehend ausgeglichen.
- Ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den Bereichen West und Süd-Ost, der durch entsprechende Ansiedlung von Wohnungen und, soweit es möglich ist, auch von Arbeitsstätten abgebaut werden kann.
- Der Ast in östlicher Richtung bietet absolut gesehen sowohl für die Ansiedlung von Wohnplätzen als auch für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen von den Verkehrsressourcen her die größten Möglichkeiten.

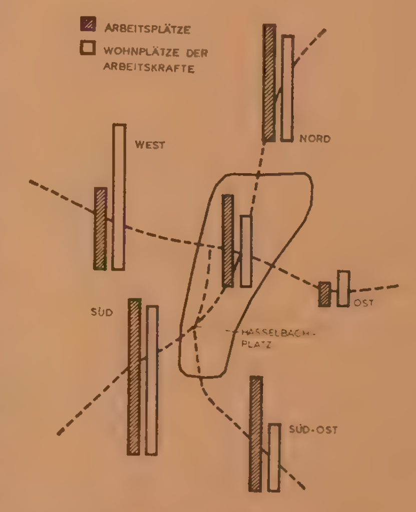


1
Extreme Strukturvarianten

2
Verkehrsaufkommen bei unterschiedlicher Zeitausdehnung



3
Schematische Darstellung des Optimierungsansatzes
1 Obere Grenze des strukturbedingten Bedarfs
2 ungünstige Planung
3 Optimierungszielkurve
4 untere Grenze des strukturbedingten Bedarfs
5 wirklicher Ist-Wert
6 idealer Ist-Wert



4
Struktur der Stadt Magdeburg

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es mit Hilfe dieser Methoden möglich ist, städtebauliche Strukturen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Versorgungssysteme zu berechnen und damit einen entscheidenden Beitrag zum rationellsten Einsatz der Investitionen und zur Nutzung vorhandener Ressourcen zu leisten.

Zur Entwicklung eines Modellsystems der Generalbebauungsplanung

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dipl.-Ing. Martin Beutel
Deutsche Bauakademie

Die Generalbebauungsplanung gewinnt zunehmend an Bedeutung bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte und ländlichen Siedlungszentren.

Sie beinhaltet die langfristige und komplexe Planung und Steuerung des Reproduktionsprozesses der baulichen Substanz entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen und in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Bauwesens. Sie schafft damit den örtlichen Räten wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, für die Erhöhung der Ökonomie der baulichen und territorialen Grundfonds und nimmt Einfluß auf die optimale Verteilung der Produktivkräfte.

Ausgehend davon wurden in den letzten Jahren in Praxis und Wissenschaft große Initiativen entwickelt, um durch Anwendung mathematisch-ökonomischer und kybernetischer Methoden, Modelle und Verfahren, die Generalbebauungsplanung zu objektivieren. Diese Initiativen führten zu einer wesentlichen Verbesserung der Ergebnisse der Generalbebauungsplanung.

Die vorhandenen Modelle und Verfahren wurden jedoch isoliert voneinander zu eingeengten Problemstellungen erarbeitet und gingen von keiner einheitlichen und dem Charakter der Generalbebauungsplanung entsprechenden komplexen Zielstellung aus. Das führte dazu, daß die Anwendung dieser Modelle auf örtliche Situationen und Problemstellungen begrenzt bleibt und ihre Kopplung zur Erreichung der erforderlichen Komplexität der Ergebnisse nur schwer oder gar nicht möglich ist.

Durch das Fehlen einer einheitlichen, arbeitsteiligen Organisation bei der Erarbeitung entstand vielfach Doppelarbeit. So wurden und werden beispielsweise in vier Bezirken gleichzeitig Modelle zur Optimierung von Wohnungsbaustandorten erarbeitet.

Parallel zu Arbeiten der Büros für Städtebau und der Deutschen Bauakademie zu Problemen des städtischen Verkehrs werden in der Verkehrsforschung Modelle und Verfahren erarbeitet, die bei entsprechender Modifizierung und gegenseitiger Abstimmung zur Lösung wichtiger Probleme der Generalbebauungsplanung beitragen könnten. Die so entstandenen Ergebnisse sind nur schwer miteinander zu vergleichen. Das erschwert die bezirkliche und zentrale Auswertung und Bilanzierung dieser Ergebnisse sowie ihre Weiterverarbeitung in anderen Planungsebenen und -prozessen.

Außerdem wirkt sich das Fehlen einer zweckmäßigen arbeitsteiligen Organisation nachteilig auf die Qualität der Verfahren und Modelle selbst aus. Die relativ kleinen und isoliert arbeitenden Kollektive in Wissenschaft und Praxis sind oft nicht in der Lage, die jeweilige Problemstellung ausreichend tief zu durchdringen und alle wesentlichen Einflußfaktoren in ihrer Wirkung richtig zu erfassen.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Sozialistischer Städtebau" wird an einer Aufgabenstellung für ein Modellsystem der Generalbebauungsplanung gearbeitet, das unter rationeller Anwendung der EDV die Integration vorhandener Modelle und Verfahren ermöglicht, den unterschiedlichen Problemstrukturen in der Praxis Rechnung tragen soll und das, ausgehend von einer einheitlichen theoretischen Ausgangsbasis und Zielstellung der Generalbebauungsplanung, in einer arbeitsteiligen Organisation durch Wissenschaft und Praxis in aufeinander aufbauenden Stufen erarbeitet und praxiswirksam werden kann.

Dabei liegen folgende Ausgangsüberlegungen zugrunde:

Bei der Entwicklung und Anwendung einzelner Modelle der Operationsforschung auf der Grundlage abgegrenzter Problemstellungen und -analysen entstehen relativ abgeschlossene Verfahren und Rechenprogramme, die auf die jeweiligen, örtlich und zeitlich sehr unterschiedlichen Problemsituationen und -strukturen zugeschnitten sind und nicht in flexibel verwendbare Unterprogramme zerlegt werden können.

Demgegenüber muß bei der Konzipierung des Modellsystems von der systemtheoretischen Betrachtung und Analyse des Gegenstandes und des Prozesses der Generalbebauungsplanung ausgegangen werden.

Voraussetzung für die Erarbeitung des Modellsystems ist es also, die Generalbebauungsplanung als ein relativ selbständiges System im Rahmen der Prognosearbeit der Räte der Bezirke zu definieren, ihre Einordnung in das System der langfristigen Planung der örtlichen Räte zu fixieren und auf der Grundlage entsprechender systemtheoretischer Untersuchungen eine einheitliche theoretische Ausgangsbasis zu formulieren. Damit und durch eine einheitliche Definition und Klassifikation der Elemente des Systems Stadt aus der Sicht der Generalbebauungsplanung und die Aufdeckung und Darstellung der Gesetzmäßigkeiten ihres gesamten Verhaltens (Systemanalyse) wird ein Gerüst für die stufenweise Erarbeitung der Grundlagen geschaffen. Aus diesem Gerüst und den in der Praxis der Generalbebauungsplanung dringend zu lösenden Problemstellungen werden die zu entwickelnden Bausteine als Elemente des aufzubauenden Modell- und Programmsystems abgeleitet.

Entsprechend den in der Praxis jeweils vorliegenden Aufgabenstrukturen und -situationen und dem gewählten Lösungsverfahren können diese Elemente zu einem Programm verkettet und maschinell oder auch manuell (heuristische Programme) abgearbeitet werden.

Für die Erarbeitung von solchen neuen Fragen besteht u. a. folgende wissenschaftsmethodische Problematik:

Es gibt keine ausreichenden theoretischen Grundlagen.

Vorhandene Grundlagen und damit gewonnene praktische und wissenschaftsmethodische Erkenntnisse beziehen sich vorwiegend auf weitgehend determinierte Prozesse aus dem Bereich der materiellen Produktion.

Die notwendige Langfristigkeit der Generalbebauungsplanung erfordert es jedoch, die Entwicklung der baulichen Substanz als teilweise nicht determinierten Prozeß aufzufassen und Prognosemodelle bzw. strategische Modelle und Verfahren für die Beherrschung und Steuerung dieses Prozesses anzuwenden. Eine Vielzahl stochastischer Prozesse und probabilistischer Einflußfaktoren sind bei der Planung des Reproduktionsprozesses der baulichen Substanz im Rahmen der Generalbebauungsplanung zu berücksichtigen, und eine große Menge Informationen aus fast allen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft muß verarbeitet werden.

In der zur Zeit in Arbeit befindlichen ersten Grobkonzeption des Modellsystems wird deshalb davon ausgegangen, daß der Prozeß der Generalbebauungsplanung in absehbarer Zeit nicht durchgängig automatisierbar sein wird.

Aus dem vorangegangenen folgt außerdem, daß die Grundstruktur sowie die arbeitsteilige Organisation für eine Erarbeitung des Modellsystems aus dem Gegenstand und dem Prozeß der Generalbebauungsplanung abgeleitet werden müssen.

Für die Generalbebauungsplanung der Städte liegen Vorstellungen für eine derartige Aufgabenstruktur vor. Diese Aufgabenstruktur für die Erarbeitung des Modellsystems zeigt Möglichkeiten für die arbeitsteilige Organisation im Rahmen des Forschungsvorhabens.

Es wird angestrebt, das System Stadt mit seinen für die Generalbebauungsplanung wesentlichen Elementen und Relationen, seine Struktur und seinen Entwicklungsprozeß durch mathematische Strukturen abzubilden.

Ein entsprechend zu erarbeitendes Programmsystem ermöglicht es, Simulationen von Lösungsvarianten und Entscheidungen an diesem Modell durchzuführen und nach verschiedenen Bewertungskriterien und Zielfunktionen zu bewerten bzw. optimale Entwicklungsvarianten zu ermitteln.

In der Grobkonzeption wird zwischen Struktur- und Entwicklungsmodellen unterschieden:

■ Strukturmodelle stellen vorhandene (Ist-Modelle) oder geplante (Soll-Modelle) Strukturen konkreter Städte dar. Sie bestehen aus Modellebenen.

In der Modellebene A werden die Anforderungen der Bevölkerung an die bauliche Substanz sowie der Verlauf der Prozesse der Nutzung der baulichen Substanz, das Verhalten der Bevölkerung im Nutzungsprozeß, statistisch bzw. mathematisch beschrieben. In der Modellebene B werden die durch die städtebauliche Substanz jeweils gegebenen baulichen (Modellebene B_1), verkehrs- und stadttechnischen (Modellebene B_2) sowie natürlich-räumlichen (Modellebene B_3) Bedingungen für die Realisierung der in der Modellebene A formulierten Anforderungen statistisch und in ihren ökonomischen und funktionellen Relationen mathematisch beschrieben.

■ Entwicklungsmodelle stellen strategisch-konzeptionelle Varianten für den Ablauf des Reproduktionsprozesses konkreter Städte dar. Sie bilden also geplante oder mögliche, inhaltliche und zeitliche Strukturen des Reproduktionsprozesses der baulichen Substanz mathematisch ab.

Diesen Modellen sind folgende Programme zugeordnet:

■ Analyse und Bewertungsprogramme zur Analyse und Bewertung der Gebrauchswerteigenschaften der Elemente der Ebene B, der Ökonomie und Funktionstüchtigkeit und Realisierbarkeit von Struktur- und Entwicklungsvarianten der Stadt u. a. m.

■ Simulationsprogramme ermöglichen die Simulation hypothetisch angenommener, wahrscheinlicher oder geplanter Entscheidungen und Entwicklungen im Reproduktionsprozeß einer konkreten Stadt an den entsprechenden Struktur- und Entwicklungsmodellen mit Hilfe der EDV mit dem Ziel, ökonomische und funktionelle Konsequenzen und Auswirkungen für die konkrete Stadt zu ermitteln, Planspielsimulationen durchzuführen und Planungsvarianten zu bewerten.

Sie stellen vor allem auch die Kopplung zwischen den Struktur- und Entwicklungsmodellen her.

■ Optimierungsprogramme sind Unterprogramme der obengenannten Programme und sichern im Ablauf einzelner Untersuchungen, bei denen jeweils Teilmengen der vorgenannten Programme ablaufen, bestimmte Suboptima.

Optimierungsprogramme werden zu bestimmten Lösungsverfahren entwickelt oder aus vorhandenen Modellen und Verfahren übernommen.

So wird z. B. die Optimierung von Wohnungsbaustandorten innerhalb einer Variante zum Generalbebauungsplan durch Optimierungsprogramme realisiert.

■ Heuristische Programme für die Handhabung der Modelle.

Sie gewährleisten unter anderem die manuelle Denk- und Planungsprozesse nachzuvollziehen und sichern den logischen Zusammenhang des Modellsystems im Sinne des Prozesses der Generalbebauungsplanung.

Die Gesamtheit der im Zusammenhang zu erarbeitenden oder zu übernehmenden heuristischen Programme kann als Methodik der Generalbebauungsplanung angesehen werden. Es bestehen Vorstellungen zu einem heuristischen Oberprogramm der Generalbebauungsplanung und zu verzweigten Hauptprogrammen und Unterprogrammen. Letztere können durch den Anwender entsprechend den jeweils gegebenen Problem- bzw. Aufgabensituationen weitgehend beliebig gekoppelt, ergänzt oder verändert werden.

Weiterhin sind umfassende Kriterien für die Bewertung der Ökonomie und Funktionstüchtigkeit bzw. Realisierbarkeit von Struktur- und Entwicklungsvarianten der Stadt zu erarbeiten.

Das Modellsystem wird wirksam:

■ in der operativen Planung durch Simulation operativer Entscheidungen an den Struktur- und Entwicklungsmodellen und Ermittlung ihrer Konsequenzen und Auswirkungen.

■ in der kontinuierlichen Planung durch weitgehende Objektivierung der Prozesse, der Ermittlung von Zielbildern und langfristigen Entwicklungsprogrammen für die Stadtstruktur und der entsprechenden Steuerungsgrößen für den Reproduktionsprozeß. Es liefert Parameter für die räumliche und zeitliche Entwicklung der baulichen Substanz der Stadt.

■ für die Wissenschaft: Struktur- und Entwicklungsmodelle dienen als Experimentierobjekt zur Erkenntnisgewinnung über den Gegenstand Stadt und seine Verhaltensweise, zur Verifizierung von Hypothesen und sind damit eine Grundlage für den Aufbau einer Theorie der Generalbebauungsplanung.

Die Erarbeitung des Modellsystems erfolgt anhand konkreter und akuter Problemstellungen der Praxis. Dabei werden aus der hier zusammenfassend beschriebenen Grobkonzeption jeweils die Bausteine der Methodik realisiert, die zur Lösung der konkreten Problemstellungen erforderlich sind. So wird beispielsweise durch das an der Deutschen Bauakademie entwickelte Modell und Verfahren zur Bewertung städtischer Flächen im Hinblick auf ihre Erreichbarkeit ein Teil der Modellebene B_2 realisiert, und das enthaltene Programm zur Ermittlung der zeitkürzesten Wege kann als ein Unterprogramm bzw. als Element des zu entwickelnden Programmsystems angesehen werden. Ebenso lassen sich andere Modelle und Programme, wie die an der Deutschen Bauakademie entwickelten bzw. in Entwicklung befindlichen Modelle zur Optimierung von Wohnungsbaustandorten und zur Optimierung des Verlaufs des Konzentrationsprozesses im Wohnungsbau in das konzipierte Gerüst einordnen.

In dieser Weise kann bei der Lösung weiterer Problemstellungen auf vorhandene, bereits realisierte Bausteine aufgebaut werden.

Der Planungspraxis bleibt es vorbehalten, in der schöpferischen Gestaltung der Planungs- und Entscheidungsprozesse entsprechend der jeweiligen konkreten Problem- bzw. Aufgabenstruktur verschiedene Kopplungen dieser Bausteine, Unterprogramme und Programmroutinen herzustellen.

Schließlich führt die im Rahmen der Weiterentwicklung der Erkenntnisse und damit Methoden und Verfahren notwendige Veränderung einzelner Bausteine nicht zur Störung des Ganzen, die Bausteine können fast beliebig erweitert, ergänzt oder ausgetauscht werden.

Diese Stabilität oder auch Anpassungsfähigkeit des Modellsystems ist in Anbetracht des Tempos der die Städtebauwissenschaft und -praxis beeinflussenden wissenschaftlich-technischen Entwicklung einerseits und des hohen Aufwandes für die Erarbeitung der Methodik andererseits von großer Bedeutung für die Effektivität in Wissenschaft und Praxis der Generalbebauungsplanung.

Die Einordnung von Ökonomie und sozialistischer Wissenschaftsorganisation in den Städtebau

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dr.-Ing. Friedemann Röhr
Hochschule für Ökonomie Berlin

Der schnelle Fortschritt der Wissenschaft findet seinen Ausdruck in einer Vielzahl neuer wissenschaftlicher Disziplinen, die in jüngster Zeit entstanden sind. Wir stehen vor dem Problem, daß in einigen dieser neuen Fachgebiete die Möglichkeit besteht, Probleme des Städtebaus unter neuen Aspekten zu sehen und tiefgründiger zu erforschen. Dazu ist meines Erachtens erforderlich:

- Der Städtebau selbst muß sich als Wissenschaft formieren, muß seinen Inhalt, seine Gesetzmäßigkeiten und seine Methoden klar formulieren. Es muß eine Theorie des sozialistischen Städtebaus ausgearbeitet werden, die sich deutlich von konvergenztheoretischen Auffassungen abgrenzt.

- Der Städtebau muß sich in Wechselwirkung und gegenseitiger Durchdringung mit anderen Wissenschaftsdisziplinen weiterentwickeln. Die Rolle, die die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen im Städtebau spielen bzw. spielen können, muß exakt geklärt werden.

Deshalb ist es notwendig alle Potenzen, darunter auch die der neuen Wissenschaftsdisziplinen, zu nutzen, um die Aufgaben des Städtebaus rationeller und effektiver zu lösen.

Der Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen ist die Einordnung des Städtebaus in das gesellschaftliche Leben des Sozialismus, die Abteilung seiner grundsätzlichen Aufgaben von den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Stadt als wichtigster Standort der materiellen Produktion und darüber hinaus der Reproduktion des gesamten gesellschaftlichen Lebens trägt mit ihrer Bausubstanz entscheidend zur Befriedigung der materiellen und ideellen Bedürfnisse bei. Die Bausubstanz, d. h. die Gebäude und baulichen Anlagen, die ihrem ökonomischen Wesen nach Grundfonds für die Befriedigung der materiellen und ideellen Bedürfnisse der Gesellschaft darstellen, wird während ihrer Nutzungsdauer verbraucht; sie unterliegt sowohl einem materiellen als auch einem moralischen Verschleiß. Infolge der relativ langen Nutzungsdauer und des hohen Wertes werden Gebäude und bauliche Anlagen nur in größeren Zeitabständen erneuert. Kompliziert wird der Erneuerungsprozeß, wenn er über die Erneuerung eines Einzelobjektes hinausgeht und städtebauliche Strukturveränderungen einschließt, da sehr häufig die Bausubstanz im betreffenden Teilgebiet eine unterschiedliche Restnutzungsdauer besitzt. Je umfangreicher und tiefgreifender die städtebaulichen Umgestaltungen sind, um so dringender wird für eine Optimierung von Aufwand und Nutzen eine exakte Planungstätigkeit.

Im Städtebau besteht ein Widerspruch in dem Verhältnis zwischen den vielfältigen Anforderungen an die städtische Bausubstanz, die sich durch die dynamische Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ergeben, einerseits und der relativ langen Nutzungsdauer der Bausubstanz sowie den begrenzten Mitteln zur Erneuerung der Bausubstanz andererseits.

Die gesellschaftlichen Prozesse bilden also den Inhalt des Städtebaus, sie spiegeln sich wider in Funktion und Struktur der städtischen Bausubstanz.

Die Produktion und Reproduktion der städtischen Bausubstanz wird durch technische Prozesse verwirklicht. Sie hat jedoch gleichzeitig einen ökonomischen Inhalt, indem sie bedeutende Aufwendungen an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit erfordert. Da die Mittel dafür – sofern sie nicht Ersatz für verbrauchte Produktionsmittel sind – von der Gesellschaft erst erarbeitet und „vorgeschossen" werden müssen, ehe sie in Form von Gebäuden und baulichen Anlagen genutzt und – damit ökonomisch betrachtet – verbraucht werden können, sind sie – wenn auch zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlicher Höhe – immer nur begrenzt vorhanden. Damit ist gleichzeitig eine Beschränkung für das Maß an Bedarfsbefriedigung durch die städtische Bausubstanz gegeben. Der Wirkungsgrad der zur Verfügung stehenden Mittel kann durch ihren optimalen Einsatz vergrößert werden, z. B. indem günstige städtebauliche Lösungen gefunden werden, die fördernd auf die Steigerung der Produktion und auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einwirken.

Der Wirkungsgrad, der mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bei dem Reproduktionsprozeß der städtischen Bausubstanz erreicht wird, hängt weitgehend ab von den Fähigkeiten der Städtebauer, die diesen Prozeß planen und leiten. Da die Gesellschaft für diese Aufgabe nur einen bestimmten Teil ihres Arbeitsvermögens bereitstellen kann, ist es entscheidend, wie die Städtebauer es verstehen, den immer komplizierter werdenden arbeitsteiligen Leitungs- und Planungsprozeß des städtebaulichen Reproduktionsprozesses zu organisieren. Dabei sind die prognostische Erfassung der Entwicklungstendenzen, die enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Auftraggebern, die Einbeziehung der Werktätigen unabdingbare Voraussetzung. Das erfordert aber andererseits, moderne Methoden, Verfahren und Mittel der Organisation gesellschaftlicher Prozesse auch im Städtebau anzuwenden.

Hieraus ergeben sich für den Städtebau folgende große Wissenschaftskomplexe:

- Der Komplex von Wissenschaftsdisziplinen, der die Arbeits- und Lebensprozesse der Gesellschaft sowie der Individuen erforscht. Sie behandeln die Menschen als soziales und biologisches Wesen. Aus ihnen ergeben sich die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen an die gebaute räumliche Umwelt.

- Der Komplex von Wissenschaftsdisziplinen, der sich mit den wissenschaftlichen und technischen Grundlagen zur Schaffung der gebauten räumlichen Umwelt befaßt. Hierzu gehören alle technischen Grundlage- und Spezialdisziplinen, die bisher schon traditionell gelehrt wurden, die aber jetzt unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Weiterentwicklung erfahren.

- Die Ökonomie durchdringt alle Bereiche, die mit der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit verbunden sind.

Im Städtebau sind das zwei große, miteinander verbundene Bereiche:

die ökonomische Gestaltung der Arbeits- und Lebensprozesse der Gesellschaft, hier konkret der sozialistischen Bürgergemeinschaft in der Stadt, die als Nutzer der Bausubstanz, der gebauten räumlichen Umwelt in der Stadt auftritt.

die ökonomische Gestaltung des Reproduktionsprozesses der städtischen Bausubstanz. Sie hat die Fragen der rationellen Nutzung der Bausubstanz, der Erhaltung und Modernisierung, des Abrisses, des Neubaus als Erweiterung oder Ersatz zum Inhalt. Das sind vorwiegend Probleme der Grundfondsökonomie.

Einzelprobleme sind wohl bisher teilweise bearbeitet worden, jetzt wird jedoch die zusammenfassende Behandlung erforderlich. Die Zielstellung und die Kriterien auch in ökonomischer Hinsicht sind von der übergeordneten Aufgabe, der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft abzuleiten.

- Die Organisation der gebauten räumlichen Umwelt, in der die gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozesse ihren Niederschlag finden, sowie die immer komplizierter werdende Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses der Bausubstanz erfordern Methoden, Verfahren und Instrumentarien, die von Wissenschaft mit Querschnittscharakter, die sich mit Fragen der Organisation und Struktur beschäftigen, zur Verfügung gestellt werden. Diese Wissenschaften, darunter vor allem die sozialistische Wissenschaftsorganisation, sind notwendige Hilfsmittel zur Erfüllung der Aufgaben, die die entwickelte sozialistische Gesellschaft heute an den Städtebau stellt.

Diese Wissenschaften erforschen jedoch keine inhaltlichen Probleme. Sie können aber helfen, inhaltliche Probleme schärfer zu sehen, präziser zu erfassen und besser zu beherrschen. Speziell die sozialistische Wissenschaftsorganisation hat die Aufgabe in spezifischer Weise zu helfen, alle Seiten der Produktivkraft Organisation auszunutzen und damit das Arbeits- und Leistungsvermögen der sozialistischen Gesellschaft stetig zu erhöhen.

Hier soll noch auf eine Wissenschaft hingewiesen werden, die durch ihre Betrachtungsweise, durch ihr Begriffsinstrumentarium dazu beitragen kann, die ästhetische Wirkung von Städtebau und Architektur schärfer zu erfassen – die Semiotik. Eine richtige Anwendung der Semiotik kann uns helfen, durch die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen architektonischer Gestalt und ästhetischer und damit auch ideologischer Wirkung zielgerichtet auch die städtebaukünstlerischen Probleme ohne größere Umwege zu lösen.

Alle diese Wissenschaftskomplexe wirken im Städtebau nicht nebeneinander, sondern sind in ihm integriert.

Wie soll nun ein Städtebauer das alles beherrschen?

Hier ist ein neues Herangehen notwendig:

Der alte Leitsatz der Wissenschaftler, „etwas über alles und alles über etwas" zu wissen, reicht heute nicht mehr aus. Es kommt vielmehr darauf an, „das Wesen des Ganzen zu kennen".

Entscheidungshilfen bei der Bestimmung von Standorten des komplexen Wohnungsbaus

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dipl.-Ing. Johannes Hunger

Im ersten Halbjahr 1970 wurde im Entwurfsbüro für Städtebau des Rates der Stadt Dresden die Anwendung neuer Verfahren in der städtebaulichen Planung vorbereitet. Die Arbeit erfolgte in Gemeinschaftsarbeit mit der Abteilung Städtebau und Architektur, Dipl.-Ing. Hartmann, und dem VEB MR Dresden.

Dem Städtebau waren Aufgaben für die Umgestaltung und Rekonstruktion von Stadtgebieten gestellt worden. Diese Teilaufgaben konnten jedoch nur im Zusammenhang mit der Gesamtstadt, zum Beispiel hinsichtlich der Primärdatenorganisation, gesehen werden. Da bisher keine Voraussetzungen für die automatisierte städtebauliche Planung und Projektierung vorlagen, mußte sich eine entsprechende Studie zwangsläufig auf die Gesamtproblematik sowie die Relationen des EDV-Komplexes innerhalb eines künftigen IDVS erstrecken. Der Arbeitsaufwand für die Studie war erheblich.

Diese umfassende Aufgabe wurde durch die Forderung des Rates der Stadt, aufgetretene aktuelle Probleme der Investitionsvorbereitung des Komplexen Wohnungsbaus zu lösen, beeinflußt, wobei allerdings bereits erzielte Teilergebnisse zum Gesamtproblem nutzbringend verwendet werden konnten. Die Forderungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Qualifizierung der Entscheidungsvorbereitung zu Standorten für den komplexen Wohnungsbau.

Mit den wachsenden Anforderungen zur Vorbereitung von Entscheidungen im Städtebau – ausgelöst durch die sich ständig erhöhende Kompliziertheit städtebaulicher Lösungen in bezug auf Funktion und Ökonomie wurden die verantwortlichen Organe vor immer schwierigere Situationen gestellt. Unmittelbar damit verbunden waren ein sehr hoher Zeitaufwand, der insbesondere den staatlichen Leitern abverlangt werden mußte, sowie Zeitverlust bei der Vorbereitung der Investitionen insgesamt. Bereits vorhandene städtebauliche Projektierungsleistungen konnten zum Teil nicht mehr verwendet werden.

Daraus leitete sich die Forderung ab, die bei Vorlagen zur Entscheidung über Wohnungsbaustandorte durch die verantwortlichen Fachorgane zu unterbreitenden Materialien zu qualifizieren und schnell verfügbar zu machen. Durch neue Arbeitsmethoden sollte auch ein grundsätzlicher Beitrag zur weiteren Objektivierung der Entscheidungsvorbereitung erreicht werden.

Es ging um die Verbesserung der Vorbereitung von Leitungsentscheidungen, um die Verbesserung der Ökonomie der städtebaulichen Planungs- und Projektierungsmethoden und Projektierungsergebnisse sowie der Investitionsvorbereitung und um einen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Folgende Schritte zur Lösung wurden getan:

- Erkennung von für die Automatisierung in Frage kommenden Teilkomplexen im städtebaulichen Planungsprozeß.
- Ausarbeitung einer entsprechenden Problemanalyse für den Teilkomplex „Variantenvergleich" beziehungsweise „Variantenoptimierung".
- Vergleichbarmachung und Auswahl durch Bewertung und Wichtung von Kriterien in einem Angebot von Varianten.

Ziel war die Ausarbeitung eines Verfahrens, nach dem die Beurteilung von Varianten verschiedener Standorte sowie von Varianten für einen Standort bei unterschiedlichen städtebaulichen Vorgaben vorgenommen werden kann. Bei den Varianten für einen Standort sind hier zunächst solche gemeint, die markante Unterschiede zum Beispiel durch die Bauweise und ähnliches zeigen.

Anfang 1971 wurde eine neue Aufgabe formuliert, eine Studie über Möglichkeiten zur Findung der optimalen Varianten für einen Standort vorzulegen, und zwar nunmehr unter der Voraussetzung, daß die Hauptparameter, wie der Anteil einzelner Wohnungstypen, bereits vorgegeben sind.

Ausgearbeitet wurden:

1. das Feinprojekt „Verfahren zur Bewertung und zum Vergleich von Wohnstandorten in Varianten" in Zusammenarbeit mit dem VEB Maschinelles Rechnen, Dresden,

2. die Studie „Erarbeitung eines Modells zur Optimierung von Standortvarianten des komplexen Wohnungsbaus", bezogen auf einen Standort bei vorgegebenen Führungsgrößen.

Dem unter 1. genannten Verfahren liegt ein Algorithmus zugrunde, der folgende Aspekte beinhaltet:

- städtebauliche Einschätzung (Funktion, Ökonomie, Gestaltung),
- städtebauliche Effektivität (welcher städtebaulicher Gewinn wird erreicht?)
- Kostenbewertung (welcher gesellschaftlich notwendige Aufwand ist zur Durchführung erforderlich?)

Es wurden quantifizierte beziehungsweise nach Bewertungsstufen definierte städtebauliche Kriterien benutzt, deren Bedeutung der jeweiligen Aufgabe entsprechend gewichtet sind.
Die Kriterien können je nach Problemstellung beliebig ausgewählt und entweder insgesamt (also unter dem Gesichtspunkt aller Belange der städtebaulichen Bewertung) zusammengeführt oder nach speziellen Themen aggregiert werden.
Diese Kriterien stellen die fachlich-sachlichen Gesichtspunkte dar. Sie sind im wesentlichen allgemeingültig, was natürlich nicht bedeutet, daß sie nicht weiter qualifiziert werden sollen.
Die Wichtungen bringen die kommunalpolitischen Gesichtspunkte zum Ausdruck und sollten jeweils vom Rat der Stadt vor dem Produktionslauf des Programms bestätigt werden. Die Wichtungen können für eine Problemstellung beziehungsweise in der Abarbeitung für einen Produktionslauf variiert werden.

Nach positiver Erprobung durch eine Handmatrix (Inhalt) und einen Testlauf (EDV-Programmierung) wurde das Verfahren mit Erfolg zur Vorbereitung der Wohnungsbaustandorte im Zeitraum 1971–1975 angewendet. Es wurden 20 Standorte mit je 33 Kriterien untersucht.
Bei der Übernahme des Verfahrens in die Praxis bestand bei den Kollegen des Städtebaus große Aufgeschlossenheit. Die EDV-gerechte Durchführung vollzog sich nahezu reibungslos und zügiger als erwartet. Als Voraussetzung wurden jedoch eine gute Vorbereitung und Anleitung gewährleistet.
Das Hauptproblem bei der Erarbeitung lag nicht im eigentlichen EDV-Teil, sondern in der Quantifizierung der städtebaulichen Kriterien beziehungsweise in der Definition der Bewertungsstufen. Fehlende statistische Grundlagen, fehlende Primärdaten beziehungsweise Primärdatenorganisation und mangelnder Vorlauf in bezug auf das IDVS sind einige der Ursachen. Bei der Lösung der Probleme erwies sich die Anwendung der Methode sozialistischer Gemeinschaftsarbeit im örtlichen und überörtlichen Sinne als unabdingbar.

Zu der unter 2. genannten Studie:
Entsprechend den Zielstellungen des genannten Feinprojektes wurden in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit Vorstellungen über Führungsgrößen, Zielfunktionen sowie Lösungswege entwickelt. Ausgehend von der Aufgabenstellung, der Analyse des Ist-Zustandes und insbesondere den möglichen Voraussetzungen ergeben sich folgende Wege:

- entweder eine Optimierung als Optimierungsrechnung
- oder ein Variantenvergleich.

Ein besonderes wichtiges Problem, das zunächst eine Rolle spielen wird, besteht in der vorläufigen Ausgangsgrundlage eines Angebotes von Bebauungsvarianten; deren Zahl kann, bedingt durch den hierfür nötigen Arbeitsaufwand nur begrenzt sein, während andererseits tatsächlich ja aus einer theoretisch unbegrenzten Zahl von Varianten die Vorzugsvarianten und daraus dann die günstigste zu bestimmen wären.
Unter den Bedingungen der Vorgabe von Bebauungskonzeptionen muß also für das mathematische Modell als vereinbart gelten, daß diese bereits den Charakter von Vorzugsvarianten tragen.
Bei der Verteidigung der Studie wurde empfohlen:

- Ausarbeitung eines modifizierten Variantenvergleiches als kurzfristige Maßnahme
- Durchführung eines Optimierungsmodells auf der Grundlage der Operationsforschung – parallel als langfristige Maßnahme.

Es wurde weiterhin als wichtiger Gesichtspunkt angesehen, die Ergebnisse der weiteren Arbeit an der Problematik kurzfristig nutzbar zu machen. Gewisse Einschränkungen, die sich zum Beispiel durch fehlende echte Primärdaten im Sinne einer endgültigen Primärdatenorganisation (zum Beispiel Kataster) ergeben, werden vertreten.
Aus den Darlegungen zu den Arbeitsergebnissen wurden nachstehende Einschätzungen und Schlußfolgerungen gegeben:
In der gesamten Arbeit ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kraft in richtiger Proportion das Nebeneinander von theoretischer Weiterentwicklung und schneller Übernahme von Ergebnissen in die Praxis zu gewährleisten.
Es kommt darauf an, daß Verbesserungen sowohl in bezug auf Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung als auch auf die städtebauliche Ökonomie erreicht werden.
Zur Gewährleistung der schnellen Übernahme in die Praxis müssen gewisse Unvollkommenheiten, wie im vorher Gesagten dargestellt, in Kauf genommen werden. Natürlich müssen diese definiert sein.
Dieses Problem sei unter nochmaliger Zitierung der städtebaulichen Kriterien des Feinprojektes verdeutlicht:
Gewonnen wurden die Bewertungen aus kontrollfähigen Objekten und Projekten. Sie wurden einzeln und in Aggregation zuerst mit der erwähnten Handmatrix, später im EDV-Test und Produktionslauf erprobt. Sie wurden in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mehrfach verbessert. Dennoch muß gesagt werden, daß es vermessen wäre, sie als nicht mehr qualifizierungswürdige Ergebnisse hinzustellen.
Die Merkmale sind quantifiziert beziehungsweise in Bewertungsstufen definiert und den entscheidenden Organen bekannt. Die entscheidende Stelle weiß, welche Kriterien beachtet wurden, wie die Wertung erfolgte, wie die Bedeutung im Gesamtsystem bestimmt ist und nach welchem Algorithmus sie abgearbeitet werden.
Die meisten Kriterien sind deterministisch formuliert. Dennoch bestehen gewisse subjektive Relikte, zum Beispiel dort, wo es sich um die Einschätzung soziologischer Gesichtspunkte, etwa in bezug auf die Wohnqualität oder gestalterische Gesichtspunkte in bezug auf die Stadtkomposition handelt.
Insgesamt kann aber festgestellt werden, daß ein wesentlicher Schritt zur Objektivierung vorgenommen wurde.
Die zweite Schlußfolgerung wäre, daß eine ständige Qualifizierung der Grundlagen erfolgen muß. Daß auch in diesem Falle eine schrittweise Entwicklung ins Auge gefaßt werden muß, liegt auf der Hand.
Es wird nicht zu umgehen sein, in vielen Fällen zunächst mit städtebaulichen Erfahrungswerten fehlende echte Primärdaten zu ersetzen.
Ein dritter wichtiger Punkt ist die Qualifizierung der Mitarbeiter, und zwar in ideologischer und fachlicher Hinsicht. Infolge des hohen Integrationsgrades aller städtebaulichen Probleme, der Nutzung von Schlüsselsystematiken und Daten anderer Fachbereiche ist die Qualifizierung auch im Bereich der anderen Träger des IDVS zu sichern und abzustimmen.
Die Nutzbarmachung von Informationen, wie die Kurse der Fernsehakademie, haben die schnelle Einarbeitung vieler Kollegen begünstigt. Die künftige Entwicklung des Städtebaues wird es jedoch erfordern, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, um eine optimale Qualifizierung und daraus bedingte Arbeitsergebnisse zu erzielen.

Ein neuer Aufgabenbereich in der städtebaulichen Planungspraxis

Aus dem Diskussionsbeitrag von
Dr.-Ing. Peter Bote

International hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Städtebau nicht mehr in erster Linie als eine Bauaufgabe zu betrachten ist, sondern das Ziel hat, vor allem eine dem Menschen gemäße Umwelt zu gestalten, und zwar mit zu minimierendem gesellschaftlichem Aufwand. Das bedeutet vor allem in unserer Gesellschaftsordnung, alle Faktoren, die die politisch-sozialen, ökologischen und ökonomischen Beziehungen der Menschen beeinflussen, zu analysieren, zu quantifizieren und die sich daraus ableitenden Schlußfolgerungen bei der städtebaulichen Planung zu berücksichtigen. Mit anderen Worten – der Städtebau muß sich auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen. Dabei liegt die Besonderheit darin, daß es bei der zu entwickelnden Städtebauwissenschaft nicht nur um die wissenschaftliche Begründung der „baurelevanten" technisch-ökonomisch-ästhetischen Faktoren geht, wie verbreitet noch angenommen wird, sondern daß vor allem auch politische, soziologische, hygienische, demographische, organisatorische Faktoren und die ihnen zugrunde liegenden Wissenschaften einbezogen werden müssen. Die Städtebauwissenschaft könnte man – davon ausgehend – als interdisziplinären Wissenschaftskomplex bezeichnen, der die städtebaubezogenen Inhalte und Methoden der städtebaurelevanten Wissenschaften vereinigt und integriert.
Sie ist somit nur ein weiteres Beispiel für die sich verstärkende generelle Tendenz der Integration der Einzel-Wissenschaften.
In der Städtebauforschung wird dieser Entwicklung schon weitgehend Rechnung getragen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit verstärkt sich. Obwohl noch eine Reihe neuer Probleme der Wissenschaftsorganisation zu lösen sind, liegen bereits wertvolle Ergebnisse vor.

Wie wird aber diese breite Palette städtebaurelevanter wissenschaftlicher Grundlagen in der konkreten Städtebaupraxis, bei der Vorbereitung der Wohnungsbaustandorte oder bei der Generalplanung wirksam? Der für die Grundlagenforschung eingesetzte Aufwand muß sich in der Praxis in volkswirtschaftlichen Effekt umsetzen, und gerade hier muß die Wirksamkeit als noch viel zu gering eingeschätzt werden. Der Umfang und die Komplexität der in der Städtebaupraxis zu lösenden Probleme aber wachsen und parallel dazu auch die Anstrengungen in der Forschung.
Es besteht also die Gefahr, daß sich die Kluft zwischen der Menge der vorliegenden Forschungsergebnisse und deren tatsächlichem Wirksamwerden in der Praxis noch vergrößert, wenn keine entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.
Die Hauptursache für die gegenwärtige Situation ist meines Erachtens in der mangelnden methodischen Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Planungspraxis zu suchen.
Nach der bisherigen Verfahrensweise werden die Forschungsergebnisse zwar veröffentlicht, ihre Anwendung aber erfolgt überwiegend zufällig. Das liegt vor allem daran, daß

- methodische Hinweise für den Anwender zur Nutzung der Ergebnisse, die eigentlich Bestandteil jeder wissenschaftlichen Veröffentlichung sein sollten, in der Regel fehlen
- Forschungs- und Entwicklungsergebnisse weder zentral katalogisiert und bewertet werden noch ihre Anwendung koordiniert wird, und
- in den Planungsbüros keine gezielte Auswertung vorhandener wissenschaftlicher Unterlagen mit dem Ziel ihrer Nutzung im Planungsprozeß erfolgt.

Will man der eingangs dargestellten wissenschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen und eine optimale Praxiswirksamkeit der Forschung erreichen, sind meines Erachtens vor allem in den Planungsbüros eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen.
Diese Bedingungen sind:

- In den Planungsbüros erfolgt eine ständige Analyse der im Arbeitsprozeß auftretenden inhaltlichen und organisatorischen Probleme. Auf diese Weise kann die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zielorientiert erfolgen, andererseits aber auch das Programm der Grundlagenforschung von der Praxis beeinflußt werden.
- Die Mitarbeiter in den Planungsbüros haben ausreichende Grundkenntnisse in den städtebaurelevanten Wissenschaftsdisziplinen (z. B. Mathematik, Soziologie, Organisationswissenschaften), um deren Berührungspunkte zum Städtebau zu erkennen und mit den Wissenschaftlern dieser Disziplinen eine gemeinsame Basis für die Problemlösung zu finden.
- Die Anwendung bestimmter Forschungsergebnisse, insbesondere Methoden, Modelle, Programme erfolgt zumindest bei Erstanwendung in enger Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Institutionen.
- Die Zusammenarbeit der Planungsbüros mit den wissenschaftlichen Institutionen erfolgt nach langfristigen Konzeptionen auf der Grundlage von vertraglichen Vereinbarungen.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben sind in den Planungsbüros die Voraussetzungen erst zu schaffen.
Der Städtebauer, der an einer konkreten Planungsaufgabe arbeitet, ist objektiv nicht in der Lage, parallel dazu ständig alle neuen Forschungsergebnisse des Städtebaus, aber auch der Mathematik, der Soziologie, der Kommunalhygiene, der Organisationswissenschaften zu verfolgen, geschweige denn diese Erkenntnisse für seine speziell zu lösende Aufgabe aufzubereiten und zu nutzen.
Die breite Palette heute notwendiger Kenntnisse und Fertigkeiten im städtebaulichen Planungsprozeß erfordert eine weitere Spezialisierung.
Höchstwahrscheinlich werden wir in den Planungsbüros spezielle Mitarbeiter benötigen, die die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse aufbereiten, ihre konkrete Anwendung im Planungsprozeß methodisch vorbereiten sowie die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Institutionen organisieren. Man könnte diese Mitarbeiter, die neben einem soliden Grundwissen als Städtebauer sowie Spezialwissen auf einem städtebaurelevanten Wissensgebiet, vor allem über wissenschaftliches Denkvermögen und Organisationstalent verfügen müßten, als Wissenschaftsorganisatoren für die städtebauliche Planungspraxis bezeichnen.
Eine spezifische Ausbildung ist für dieses neue Aufgabengebiet sicher nicht erforderlich, aber es sollten Überlegungen angestellt werden, wie durch eine gezielte Weiterbildung ausgewählter Kader dem dargestellten Problem Rechnung getragen werden kann. Da erste Ansätze zum Einsatz solcher Mitarbeiter in den Büros bereits erkennbar sind, scheint es an der Zeit, die konkrete Aufgabenstruktur sowie das Profil der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten dieser Wissenschaftsorganisatoren generell herauszuarbeiten und die konkreten Formen ihrer Weiterbildung festzulegen.

Aus der Entschließung der Tagung

1. Hauptaufgaben und Grundsätze

Gesellschaftlicher Auftrag des sozialistischen Städtebaus ist es, mit seinen spezifischen Mitteln zur Hebung des Volkswohlstandes, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bürger beizutragen.
Dazu ist es erforderlich, auf allen Gebieten der Stadtplanung und des Städtebaus geeignete Problemlösungen auszuarbeiten, die es ermöglichen, die Vorteile der sozialistischen Produktionsverhältnisse auch bei der Umweltgestaltung wirksam auszunutzen.
Der Städtebau hat mit seinen spezifischen Mitteln zur Lösung folgender Hauptaufgaben beizutragen:

- Optimale Gestaltung der sozialistischen Umwelt in den Städten und Gemeinden.
- Schaffung der günstigsten Bedingungen für die effektive Gestaltung des Reproduktionsprozesses in den Territorien, insbesondere durch die bewußte Ausnutzung aller Vorteile der Konzentration, Kooperation und Kombination.
- Schrittweise Beherrschung der Ökonomie der Stadt, ausgehend von einer rationellen Nutzung der Grundfonds.
- Rationelle Organisation der Prozesse der Planung und Leitung der Reproduktion der Grundfonds.

Die genannten Aufgaben sind mit den herkömmlichen Methoden der Leitung und Planung sowie der herkömmlichen Arbeitsgestaltung nicht mehr zu beherrschen.
Es kommt darauf an, umfassender als bisher praktische Schlußfolgerungen für den Städtebau aus einem tieferen Eindringen in

- die marxistisch-leninistische Theorie,
- die Theorie und Praxis der sozialistischen Wirtschaftsführung,
- die wissenschaftliche Arbeitsorganisation und das Wesen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit,
- die Anwendung kybernetischer und ökonomisch-mathematischer Methoden und die moderne Informationsverarbeitung zu ziehen.

Die Anwendung dieser Organisationswissenschaften kann nicht Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zur Erkenntnis und Lösung konkreter Probleme und Aufgaben sein.
Mit ihrer Hilfe sind

- die Arbeitsergebnisse nach den Kriterien des Optimalaufwandes immer effektiver und
- die Leitungs-, Planungs-, Arbeits- und Forschungsprozesse nach dem Kriterium der Ökonomie der Zeit immer rationeller zu gestalten. Die Städtebauer in der DDR grenzen sich dabei bewußt und eindeutig von allen Formen eines technokratischen Managements ab und wenden sich entschieden gegen alle Versuche einer konvergenztheoretischen Interpretation der sozialistischen wissenschaftlichen Arbeitsorganisation.

2. Möglichkeiten und gegenwärtiger Stand der Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau

Prinzipielle Möglichkeiten für die Anwendung rationeller Verfahren und Methoden der Arbeitsorganisation im Städtebau ergeben sich

- bei der Analyse und sinnvollen Organisation und Gestaltung der Leistungs- und Leitungsprozesse im Städtebau, um die Objektivität und Beweiskraft der Ergebnisse zu erhöhen, wichtige Abhängigkeiten zu erkennen und nach Möglichkeit bestimmte Prozesse zu formalisieren und jederzeit nachvollziehbar zu machen,
- bei der Herausarbeitung der qualitativen und quantitativen Zusammenhänge zwischen dem Investitionsvermögen der Volkswirtschaft, den Entwicklungsmöglichkeiten der Bauwirtschaft, den Erfordernissen und Bedingungen der territorialen Entwicklung sowie der komplexen Umweltgestaltung,
- bei dem Aufbau eines komplexen Systems der Erfassung, Speicherung, Bereitstellung und Fortschreibung von Bestands- und Planungsdaten unter Nutzung der EDV für die Anwendung mathematischer Modelle und Programme und bei der Ausarbeitung komplexer Kennziffern.

Damit ergeben sich die Forderungen nach

- Erarbeitung einer theoretischen Grundlage sowie einer darauf aufbauenden einheitlichen Führungskonzeption für die Anwendung einer wissenschaftlich begründeten Arbeitsorganisation in Stadtplanung und Städtebau,
- zentraler Koordinierung aller Einzelaktivitäten auf der Grundlage der einheitlichen Führungskonzeption und zentrale Information und Bereitstellung der erzielten Ergebnisse,
- systematischer Qualifizierung aller in Stadtplanung und Städtebau tätigen Mitarbeiter im Rahmen der Aus- und Weiterbildung auf der Grundlage einer einheitlichen Führungskonzeption.

Es muß erreicht werden, daß die rationellen Methoden und Verfahren zur selbstverständlichen Arbeitsbasis aller Mitarbeiter werden.

3. Zielstellungen für die Anwendung rationeller Verfahren und Methoden in Stadtplanung und Städtebau

Im einzelnen werden folgende Zielstellungen abgeleitet:

- Klärung des Prozesses der Leitung und Planung der Territorien in bezug auf die Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt und der Integration der Stadtplanung und des Städtebaus in diesen Prozeß als Grundlage für einheitliche staatliche Regelungen.
- Einheitliche Gestaltung des Prozesses der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitions- und Rekonstruktionsmaßnahmen und Regelung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aller an diesem Prozeß beteiligten Partner.
- Maximale Nutzung vorhandener mathematischer Modelle und Programme zur Optimierung der Investitions- und Rekonstruktionsmaßnahmen unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Varianten sowie koordinierte Weiterentwicklung der Modelle und Programme.
- Rationalisierung der Arbeitsprozesse und der Arbeitsmittel.
- Schaffung einheitlicher ökonomisch-stadtplanerischer und bauwirtschaftlicher Kennzahlen.
- Systematischer Aufbau von territorialen Datenbanken und schrittweise Erfassung der erforderlichen Daten als Grundlage für die wissenschaftliche Vorbereitung von Investitionen, insbesondere für den komplexen Wohnungsbau, sowie Entwicklung und Anwendung von Auswertungsprogrammen zur rationellen Erschließung des Datenbestandes.
- Aufbau von praktikablen Informations- und Wissensspeichern in den städtebaulichen Planungsbüros und Institutionen.

In der gegenwärtigen Phase ist die Anwendung moderner Verfahren und Methoden vorrangig auf die Aufgaben zu konzentrieren, die sich aus den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED und aus der Entschließung des VI. Bundeskongresses des BdA in der DDR für Stadtplanung und Städtebau ergeben.
Das bedeutet vor allem Rationalisierung der laufenden Prozesse und Erhöhung der Effektivität beim Einsatz der gegenwärtig gegebenen volkswirtschaftlichen Potenzen, insbesondere bezogen auf die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus im Fünfjahrplan 1971 bis 1975.

Zur Gestaltung der Wissenschaftsdisziplin „Ökonomie des Städtebaus"

Prof. Dr. habil. J. Mausolf
Technische Universität Dresden
Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft

Die ökonomische Bedeutung der Stadt

Alle Fragen der Umweltgestaltung sind eine zutiefst gesellschaftspolitische Aufgabe. Mit der Lösung von Aufgaben der Umweltgestaltung muß jeder, ob Architekt, Ingenieur oder Ökonom, einen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft leisten. Im Imperialismus ist Umweltgestaltung ein neues Gebiet bürgerlicher Spekulation und Profitsucht.

Durch Baumaßnahmen in den Städten hat die Bauwirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft einen gewichtigen Beitrag zur Gestaltung einer schönen und würdigen Umwelt zu leisten.

Über die Bebauung ist die Reproduktion der Arbeitskraft jedes Werktätigen zu verbessern.

Die Ökonomie des Städtebaues ist als Teilgebiet der Ökonomie der Stadt und der Ökonomie des Territoriums zu betrachten. Alle Funktionen der Stadt werden von gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrem Inhalt und in ihrer Wirkungsweise zueinander bestimmt. Die Entwicklung des sozialistischen Menschen stellt an die Stadt hohe Anforderungen. Sie ist nur als einheitlicher, komplexer Prozeß der Verbindung von Politik, Ökonomie, Technik, Wissenschaft, Bildung und Kultur mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der sozialistischen Demokratie zu begreifen. In der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist die Stadt Konzentrationspunkt von Wohnen, Produktion, Verkehr, Wissenschaft, Bildung, Kultur, Verwaltung, Kommunikation, Versorgung und hat dementsprechende Funktionen zu erfüllen.

Die effektive Nutzung dieses Potentials für die Reproduktion des gesamtgesellschaftlichen Lebens ist von erstrangiger ökonomischer und politischer Bedeutung. Der gesellschaftliche Fortschritt wird durch die Stadt in umfassendem Sinne entscheidend mitbestimmt (gesellschaftlicher Produktivitätsfaktor).

In der Stadt wird jährlich zunehmend ein bedeutender Teil des Nationaleinkommens für die Erweiterung und komplexe Erhaltung der baulichen Grundfonds aufgewendet (rund 10 bis 15 Milliarden Mark oder etwa 1000 Mark je Kopf und Jahr der städtischen Bevölkerung).

In den Städten wird der größte Teil (70 Prozent) der in Nutzung befindlichen baulichen Grundfonds (Gebäude und bauliche Anlagen) gebunden, das sind 560 Milliarden Mark oder 50 000 Mark je Kopf der städtischen Bevölkerung! In den Städten wird der größte Teil des Nationaleinkommens produziert (über 80 Prozent), wohnt der weitaus größte Teil der Bevölkerung (73 Prozent). Der jährliche Nutzungsaufwand für Städte beträgt 50 Milliarden Mark, das sind rund 4000 Mark je Kopf und Jahr der städtischen Bevölkerung. (Alle

Zahlenangaben für die DDR sind geschätzt.)

Die Nutzungskosten von Wohnungsbauten betragen jährlich 5 Prozent der Herstellungskosten (einmaliger Aufwand), Abschreibungen 1 Prozent; Erhaltung und Modernisierung 1,8 Prozent; Betriebskosten 2,2 Prozent.

Die Höhe des Fondseinsatzes und dessen effektive Verwendung ist bisher vielfältig Grundlage für das Entstehen ökonomischer Wissenschaftsdisziplinen gewesen.

Die ökonomische Forschung auf dem Gebiet des Städtebaus

Die Stadt wird sich in der sozialistischen Gesellschaft immer auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren, wobei die Reproduktion extensiv und vor allem intensiv erfolgt. Beide Gesichtspunkte der marxistischen Reproduktionstheorie verdienen in der Ökonomie des Städtebaus besondere Beachtung. Das uns hinterlassene kapitalistische Erbe, besonders gekennzeichnet durch die Bausubstanz und die Bauaufgaben aus der Erweiterung der Lebensbedürfnisse mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verlangen, die Reproduktion der Stadt stets als Einheit von intensiver und extensiver Reproduktion zu sehen.

In der städtebaulichen Forschung sind zum Beispiel ökonomische Aussagen zu städtebaulichen Problemen zu vereinzelt und außerdem zu isoliert, nicht im erforderlichen Zusammenhang, vorhanden. Dadurch sind die meisten Entscheidungen zur Gestaltung dieses wichtigen Gebietes des gesellschaftlichen Lebens unzureichend wissenschaftlich begründet. Das führt mit zu gewaltigen Effektivitätsverlusten für die Volkswirtschaft und auch zur Beeinträchtigung des Lebens der Bürger (lange Fahrzeiten, Verunreinigung von Luft und Wasser, Geruchs- und Lärmbelästigung).

Dabei muß hervorgehoben werden, daß unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die Mittel für den Städtebau bedeutend effektiver als im Kapitalismus eingesetzt werden. Umfang und Gliederung des Bedarfs, Standortbestimmung, zeitliche Einordnung sowie Baustoff, Konstruktion und Technologie aller Baumaßnahmen in einer Stadt sind nur unter Beobachtung aller Zusammenhänge und der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten effektiv zu entscheiden. Das ist unter sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich. Das erfordert aber, einen wissenschaftlichen Vorlauf an gesicherten ökonomischen Erkenntnissen zur effektiven Gestaltung des Städtebaus zu schaffen.

Die Ökonomie des Städtebaus wird eine zentrale Stelle im Aufgabenkomplex Städtebau einnehmen müssen. Sie muß ein eigenes Wissenschaftsgebäude entwickeln und die gesamte städtebauliche naturwissenschaftliche und architektonische Forschung und Entwicklung beeinflussen und durchdringen.

Die Ökonomie des Städtebaus ist als Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften zu verstehen. Es ist von ihr eine ökonomische Theorie zu entwickeln, die in Verbindung mit den ingenieur- und architekturwissenschaftlichen Theorien eine hohe Effektivität der baulichen Investitionen, ihrer Nutzung, Wartung und Modernisierung, räumlich-funktionellen Organisation und ästhetisch-künstlerischen Gestaltung sichert. Die Ökonomie des Städtebaus kann nicht die ökonomische Berechnung von städtebaulichen Lösungen der Ingenieure und Architekten sein.

Die Wissenschaftsdisziplin „Ökonomie des Städtebaus" als Teil der marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften ist wie diese durch fünf Hauptmerkmale gekennzeichnet:

- Parteilichkeit (klare Einordnung in die sozialistische Entwicklung)
- Einheit von Theorie und Praxis
- Primat der materiellen Bedingungen (Unversöhnlichkeit von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie)
- demokratischer Zentralismus (zentrale staatliche Planung und breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie)
- Entwicklungsniveau und gesellschaftlicher Charakter der Produktivkräfte

Spezifik der Reproduktion der Stadt als Grundlage der Ökonomie des Städtebaus

Über Baumaßnahmen erfolgt eine starke Beeinflussung der Stadt. Sie haben zum Ziel, die Funktionstüchtigkeit der Stadt den sich entwicklungsbedingt dynamisch verändernden Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft anzupassen und die planmäßige Gestaltung und Umgestaltung der Städte zu sichern.

Der Zugang zur theoretischen Bearbeitung der Ökonomie des Städtebaus kann nur von der marxistisch-leninistischen Theorie der sozialistischen Reproduktion gefunden werden.

Aus den spezifischen Reproduktionsbedingungen der Produktion entstand die sozialistische Betriebswirtschaft in Industrie, Bauwirtschaft und Landwirtschaft.

Die Stadt als materielle Objektivität hat ihren eigenen Reproduktionsprozeß, der durch bestimmte Spezifika gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen – zum Beispiel der Produktion – gekennzeichnet ist.

In folgendem soll die Spezifik der Reproduktion der Stadt kurz aufgeführt werden:

1. Wirkung äußerer Einflußfaktoren auf die Stadt (Erfordernisse der sozialistischen Entwicklung in Produktion, Bildung, Kultur, Lebensweise usw.; natürliche Gegebenheiten, wie topographische Verhältnisse, Klima usw.; historische Bedingungen, wie Bausubstanz usw.)
2. Wirkung der inneren Faktoren auf die Stadt (Siedlungssystem, Verkehr, Versorgung, Produktion, Bildung, Freizeitgestaltung usw.)
3. Beachtung der Dialektik aus dynamischer Entwicklung der äußeren und inneren Faktoren und weitgehend statischem Verhalten der baulichen Fonds.
4. Komplexität der Reproduktion bei Sicherung aller Funktionen der Stadt und aller Interessen der Bedarfsträger aus der Verflechtung aller Teilsysteme der Stadt (Produktion, Wohnen, Verkehr, Dienstleistung, Kommunikation usw.)
5. Unterschiedlicher Reproduktionszyklus sowie Funktionswandel der städtischen Teilbereiche
6. Enge Verflechtung von materiellem und nichtmateriellem Bereich
7. Die Höhe des Fondseinsatzes

Es ergeben sich hieraus Aufgabenstellungen, die in ihrer Komplexität bisher von keiner ökonomischen Disziplin wahrgenommen werden. Die Spezifik der Reproduktion der Stadt bewirkt die Eigenständigkeit einer sozialistischen Ökonomie des Städtebaus.

Es sei hier deshalb hervorgehoben, daß es unter den Bedingungen des privatkapitalistischen Eigentums keine Ökonomie des Städtebaus geben kann. Die Profitinteressen führen nur zur Betrachtung und Maximierung der Verwertungsbedingungen des eigenen Kapitals. Die privatkapitalistische Aneignung verhindert eine den gesellschaftlichen Interessen dienende Verteilung des Nationaleinkommens unter Beachtung der Erfordernisse der Umweltgestaltung. Kennzeichnend hierfür ist die Verseuchung der Lebensbedingungen in kapitalistischen Industriegebieten. Auch hierin zeigt sich die Vertiefung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung. Das Primat des Profits führt zur rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Bedingungen. Die Überwindung der sich dadurch ergebenden Schäden aus den natürlichen Lebensbedingungen fällt über die Steuer dem Arbeiter zur Last. Staatsmonopolistische Maßnahmen zur Regeneration der Lebensbedingungen sind ein Mittel zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutung.

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ist die Einhaltung der natürlichen Lebensbedingungen und damit auch die Gestaltung der Stadt ein primäres gesellschaftliches Anliegen und damit unter anderem ein betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor. Wir müssen Mittel und Wege finden, Erfordernisse aus der Reproduktion der Stadt in der Verhaltensweise sozialistischer Betriebe voll zur Wirkung zu bringen. Die Ökonomie des Städtebaus hat hierzu einen wesentlichen Beitrag zu liefern.

Zur Begründung einer eigenständigen Ökonomie des Städtebaus sei noch die Problematik der Akkumulation angesprochen.

Alle Teilsysteme der Stadt müssen sich aufeinander abgestimmt entwickeln, um eine optimale gesellschaftliche Reproduktion zu erreichen. Das kann nur über ein allseitig entwickeltes Bewertungssystem erfolgen, das alle Elemente der Teilsysteme, so neben der Industrie und Wohnen auch Kultur, Sport usw. in ökonomische Entscheidungen der Stadt einbezieht. Hierzu müssen die genannten spezifischen Reproduktionsbedingungen der Stadt komplex erfaßt und ökonomisch bewertet werden.

Informationssystem und Teilaufgaben zur Ökonomie des Städtebaus

Eine Ökonomie des Städtebaus kann ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn ihr ein entsprechendes Informationssystem zur Verfügung steht. Die Erfassung, Speicherung und Verarbeitung der erforderlichen Daten ist nur über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller am Städtebau Beteiligten möglich. Hierzu müssen ein einheitliches Begriffssystem und Nutzenskriterien und darauf aufbauend ein einheitliches Kennziffernsystem geschaffen und die erarbeiteten Daten über Datenbänke bereitgestellt werden. Kennziffernsystem und Datenbank ermöglichen die ökonomische Durchdringung der sich aus der Spezifik der Reproduktion der Stadt ergebenden Aufgaben. Vor allem dadurch können die wichtigen Beziehungen der Teilsysteme der Stadt analysiert und geregelt werden. So können die gesellschaftlichen Forderungen nach maximaler Funktionstüchtigkeit bei geringstem einmaligem und ständigem Aufwand optimal durchgesetzt werden.

Als Teilaufgaben für die Forschung können genannt werden:

- Qualifizierung der Planung im Städtebau unter der Sicht ihrer Eingliederung in die gesamtgesellschaftliche Planung.
- Ermittlung der Ökonomie der Bebauung und Sicherung ihrer Übereinstimmung mit der Ökonomie der Bauausführung,
- Optimierung des einmaligen und ständigen Aufwandes für städtebauliche Investitionen,
- Ermittlung und Bewertung der Kapazitäten und der Beziehungen der Teilsysteme einer Stadt zur Sicherung ihrer optimalen Gestaltung,
- ökonomische Probleme der Funktionsänderung und Funktionsüberlagerung im Städtebau,
- Bestimmung des optimalen Reproduktionszyklus für die Teilsysteme und das Gesamtsystem Stadt,
- ökonomische Bewertung von vorhandener Bausubstanz und bebauter Gebiete unter besonderer Beachtung des Baugrundes,
- Verbindung der Ökonomie der Stadtwirtschaft mit den Erfordernissen der Bebauung.

In allen sozialistischen Ländern wird zur Ökonomie des Städtebaus Forschungsarbeit geleistet. Es muß erreicht werden, daß diese Aktivitäten und Kapazitäten sich in sozialistischer Kooperation verbinden, um damit eine höhere Effektivität zum Nutzen der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Günter Seltz, Leipzig,
1. Februar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur
Wolf-Dietrich Stier, Potsdam,
1. Februar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.Ing. Kurt Wittlinger,
Karl-Marx-Stadt,
2. Februar 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Helmut Mudra, Großräschen,
3. Februar 1902, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Wirtschaftler
Friedrich Sonnemann, Magdeburg,
6. Februar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Adolf Gärtner, Berlin,
19. Februar 1917, zum 55. Geburtstag

Architekt Erich Liese, Potsdam,
21. Februar 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Gottfried Schramm, Radebeul,
21. Februar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Martin Köhler, Dresden,
24. Februar 1922, zum 50. Geburtstag

Standardisierung

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 10 572, Blatt 4, **Kanäle für Versorgungsleitungen, Fertigteile aus Beton und Stahlbeton für rechteckige Kanalstrecken und -bauwerke,** in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Außer den technischen Forderungen werden das Sortiment, die Bezeichnung, die Prüfung, Kennzeichnung, Lagerung und der Transport geregelt.

Als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 23 425, Blatt 1, **Versorgungsleitungen, Anordnung unterirdischer Leitungen in geschlossenen Ortslagen,** in der Ausgabe September 1970, am 1. Juli 1971 verbindlich. Nach der Erklärung von zehn Begriffen folgen die Grundsätze und die technischen Forderungen. Zum Schluß ist die Einordnung der Leitungen und Kanäle aufgeführt.

Am 1. Februar 1970 erlangte der Fachbereichstandard, TGL 2847, Blatt 3, **Schweißerprüfungen,** Prüfung von Handschweißern für das Schweißen von Stahl in den Ausführungsklassen II und I, in der Ausgabe November 1969 seine Verbindlichkeit. Im einzelnen werden die Abnahme der Prüfung, die Einteilung der Prüfungen und der Nachweis der Fachkenntnisse, die Zulassung zu den Prüfungen, das Schweißen der Prüfstücke – Probenformen, die Bewertung der Prüfstücke und Proben, das Prüfergebnis, Ersatzproben, Prüfungsbescheinigung sowie die Wiederholungsprüfung geregelt.

Vom VEB Rohrkombinat Riesa wurde der Fachbereichstandard, TGL 14 514, Blatt 1, **Stahlrohre für Wasser- und Gasleitungen,** nahtlos geschweißt, Abmessungen, erarbeitet, der in der Ausgabe September 1970 am 1. Juli 1971 verbindlich wurde. Im einzelnen sind Bestellbeispiele, Bezeichnung, Maße, Werkstoff und technische Lieferbedingungen aufgeführt.

In der Ausgabe Dezember 1970 wurde der Fachbereichstandard, TGL 23 967, Blatt 1, **Ingenieurgeologische graphische Dokumentation,** Zeichen und Farbgebungen, ab 1. April 1971 verbindlich. Ingenieurgeologische Karten enthalten eine komplexe Darstellung und Bewertung geologischer, geomorphologischer, petrographischer, hydrogeologischer, hydrologischer, montangeologischer sowie landeskultureller Verhältnisse und die Auswertung physikalisch-mechanischer Parameter, soweit sie für eine ingenieurmäßige Nutzung, und damit auch für das Bauwesen, Bedeutung besitzen. Diese Karten ersetzen keine speziellen Untersuchungen, bilden aber die Grundlage für ingenieurbiologische Untersuchungen. Zunächst wird im Standard der Aufbau der Karten (Grundkarten, Zusatzkarten) geklärt, dem die Zeichen und Farben folgen. 81 verschiedene Benennungen enthält der Standard, der auf der Grundlage einer Empfehlung der RGW-Standardisierungsorgane entstand.

In der Ausgabe September 1970 wurde der Fachbereichstandard, TGL 24 344, **Abwässer aus Fischverarbeitungsbetrieben,** Behandlung für Neuanlagen, ab 1. Juli 1971 verbindlich. Nach allgemeinen Festlegungen folgen Forderungen der Wasserwirtschaft, Betriebswasserwirtschaft, zur Behandlung der Abwässer, Rückgewinnung von Wertstoffen, Beseitigung der festen Rückstände, Instandhaltung und zum Betrieb. Der Standard hat auch für die bestehenden Anlagen seine Bedeutung, da die Verbindlichkeit in Maßnahmeplänen für Rekonstruktionen festgelegt wird.

Im Umfang von 30 Seiten wurde der Fachbereichstandard, TGL 25 011, Blatt 1, Hydrogeologie; Projektierung und Dokumentation, **Hydrogeologisches Projekt,** in der Ausgabe Mai 1970, am 1. Januar 1971 verbindlich. Außer allgemeinen Forderungen enthält der Fachbereichstandard Einzelheiten zum Deckblatt, Bearbeitungsnachweis, Inhalt des Textteils und der Anlagen, zu den Schriftfeldern für Übersichts- und Bohrpläne sowie Formblätter zum Textteil und zum Anlagenteil.

Der Fachbereichstandard, TGL 25 325, **Schläuche aus Gummi; Gummidruckschläuche mit Textilverstärkung,** Klassifikation, Hauptabmessungen, Betriebsdrücke, wurde in der Ausgabe Dezember 1970 am 1. Juli 1971 für Neu- und Weiterentwicklungen verbindlich. Er hat internationalen Charakter und klärt den Begriff des Haupttitels. -er.

Rechtsnormen

Nach Art. 16, Abs. 2 des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens und über die Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle beim Grenzübertritt, der am 5. August 1971 in Kraft trat (GBl. I Nr. 7 S. 149, vom 18. August 1971), sind die Vertragspartner auf ihrem Hoheitsgebiet für den **Bau,** den Ausbau, die Ausstattung und die Erhaltung **der Gebäude,** Anlagen und Einrichtungen **zur Kontrolle von Personen, Waren und Transportmitteln** zuständig. Nach Art. 12, Abs. 1 gilt die gleiche Zuständigkeit für den Bau und die Unterhaltung der Fernmeldeeinrichtungen.

Die Rahmenordnung für die **Leitung der Datenverarbeitungsprojektierung** bildet die Anlage des Beschlusses zur Erhöhung der Effektivität und zur Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung bei der Einsatzvorbereitung für die elektronische Datenverarbeitung vom 14. Juli 1971 (GBl. II Nr. 60 S. 522).

Als Erholungsgebiet kann in Folgenutzung eine bergbaulich genutzte Bodenfläche nach § 3, Buchstabe a) der Anordnung über die Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen – **Wiederurbarmachungsanordnung –,** vom 10. April 1970 (GBl. II Nr. 38 S. 279), genutzt werden, wenn dies vor Beginn der bergbaulichen Nutzung mit dem Rat des Bezirkes abgestimmt wurde. Die Anordnung trat am 4. Mai 1970 in Kraft.

Am 3. März 1971 trat die Anordnung Nr. 4 über Vorschriften des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung vom 11. Februar 1971 (GBl. II Nr. 26 S. 228) in Kraft. Danach wird auf den Erlaß von DAMW-Vorschriften auf dem Gebiet der Warenprüfung für **Wohnraumleuchten,** Gestaltungsgrundsätze für die ästhetische Beurteilung, Grundsätze für die Kontrolle der Montageleistungen, **Wasseraufbereitungsanlage mit Nebenanlagen** und die Zulassung neuer **Baustoffe,** allgemeine Bedingungen, Fragespiegel hingewiesen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1971 gilt die Anordnung über die Änderung von **Preisanordnungen** im Bereich **des Bauwesens – Aufhebung der Sonderregelung für Betriebe der Landwirtschaft,** vom 15. Februar 1971 (GBl. II Nr. 29, S. 243). Damit wurde die Industriepreisreform auch im Landwirtschaftsbau wirksam.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1971 trat die Anordnung über die Bildung der **Industriepreise für Investitionsleistungen** und für den Export von Anlagen durch General- und Hauptauftragnehmer, vom 10. März 1971 (GBl. II Nr. 32, S. 259) in Kraft, die u. a. eine größere Preisstabilität sichert. – Auf diese Norm wird in § 1 der Anordnung über die **Bildung und Verwendung des Risikofonds** im Bereich des Bauwesens vom 1. Juni 1971 (GBl. II Nr. 52, S. 445) Bezug genommen, die ebenfalls am 1. Januar 1971 in Kraft trat.

Am 1. Januar 1971 trat die Verfügung über die Anwendung der **Finanzierungsrichtlinie für 1971** im volkseigenen örtlichgeleiteten Bauwesen, vom 15. April 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 5, S. 13) in Kraft, die in der Anlage die zulässigen Geldfonds tabellarisch ausweist.

Die Direktive für die **Sicherung der ordnungsgemäßen Vorbereitung und Kontrolle der Durchführung des Schulbauprogramms** vom 22. März 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 6, S. 19) enthält als Anlage das Muster einer Objektkarte.

Am 1. Juli 1971 trat die Richtlinie zur **Anwendung des leistungsabhängigen Zuschlages bei wissenschaftlich-technischen Leistungen** im Bauwesen vom 16. Juni 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 7, S. 25) in Kraft.

Am 30. Juni 1971 trat die Anweisung über die Auflösung der Aufbauleitung Splitt- und Schotterwerk Oßling und die **Gründung des VEB Splitt- und Schotterwerk Oßling** vom 4. Juni 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 8, S. 33) in Kraft. -er.



Februar 1972

Montag		7	14	21	28
Dienstag	1	8	15	22	29
Mittwoch	2	9	16	23	
Donnerstag	3	10	17	24	
Freitag	4	11	18	25	
Sonnabend	5	12	19	26	
Sonntag	6	13	20	27	

5. Februar 1847 Karl Hinckeldeyn (deutscher Architekt) geb.
10. Februar 1898 Bertolt Brecht geb.
11. Februar 1842 Gottlob Friedrich Thormeyer (deutscher Architekt) geb.
15. Februar Fastnacht
15. Februar 1932 Heinrich Seeling (deutscher Architekt) gest.
16. Februar 1772 Friedrich Gilly (deutscher Architekt) geb.
18. Februar 1972 3. Präsidiumssitzung des BdA/DDR in Karl-Marx-Stadt
20. Februar 1797 Domenico Merlini (ital.-poln. Architekt) gest.
27. Februar 1902 Lucio Costa (bras. Architekt) geb.
28. Februar 1802 Ernst Friedrich Zwirner (deutscher Architekt) geb.

Der Nahm ist auß 2. Wörtern zusammen gesetzt / als Mägde / vnd Burg. Nun ist der Römer Brauch gewesen / ihrer Götter / vnd Göttinnen Tempel / in / oder neben jhre Bürge zu setzen / vnd dieselbigen nach den Abgöttern zu nennen. Weil denn bey der alten Römischen Burg allhie / auch die Abgöttin Venus, welche auch Magada geheissen / samt den Gratiis, ihren Mägden / gestanden / vnd Ihr auch sonsten Mägde zu Priesterinnen / zugeordnet gewesen / ist kein Zweifel / daß der Nahme Maydeburg / von der Venere, und jhren Mägden / vnd der dabey ligenden Burg / gekommen / vnd der Statt biß daher geblieben seye. Vnd diese Venus ist von den alten Einwohnern dieser Lande im Heydenthumb / sonderlich allhie im Holtzkreis / zwischen der Elbe / Bode / Saale / Aler vnd Orha / für eine Göttin geehrt und angebetet worden.

Von dieser Statt stehet im Landrecht, daß Sie die älteste Statt in Sachsen / und der anderen Städte Haupt / vnd ein Hertz deß Sächsichen Rechten sey.

(Aus „Topographie Saxoniae interioris", Herausgegeben von Matthaeus Merian und seinen Erben, 1653)
Stecher: Caspar Merian
Text: Martin Zeiler

Informationen der VVH Baumaterialien

Gassilikatbeton – Baustoff mit Zukunft

Im Jahre 1970 nahm im Bezirk Leipzig der VEB Betonleichtbaukombinat, Betrieb Laußig, das modernste Gasbetonwerk der DDR, die Produktion auf.

Die Jahreskapazität dieses, nach einer teilautomatisierten Technologie arbeitenden Werkes beträgt bei dreischichtigem Betrieb etwa 210 000 m³ Gasbeton. Dieser Gasbeton wird unter dem eingetragenen Warenzeichen SILTON angeboten.

Damit steht der Bauindustrie unserer Republik ein hochwertiger Baustoff für alle Bauvorhaben zur Verfügung.

Das geringe Eigengewicht von 600 bis 700 kg/m³ im trockenen Zustand verleiht dem Baustoff hervorragende Eigenschaften. Bauphysikalisch besonders wertvoll ist das hohe Wärmedämmvermögen von SILTON. Eine 70 mm dicke Wandkonstruktion aus SILTON hat das gleiche Wärmedämmvermögen wie eine 240 mm starke Ziegelmauer oder eine 360 mm dicke Wandkonstruktion aus Schwerbeton. Die Struktur des Baustoffes erlaubt eine gute Bearbeitung. SILTON kann leichter als Holz gesägt, gebohrt, genagelt und gefräst werden. Aussparungen, Schlitze, Anschläge und Verbindungen lassen sich mühelos und ohne großen Zeitaufwand herstellen. Die stoffliche Zusammensetzung garantiert einen hohen Feuerwiderstand.

Die günstigen Eigenschaften von SILTON erlauben ein breites Anwendungsgebiet.

Im Industriebau sind Wandplatten im Raster von 6000 mm hervorragend für die Ausbildung von Fassaden für ein- und mehrgeschossige Hallen geeignet.

Aber auch im Innenausbau von Industriebauten können SILTON-Wandplatten oder SILTON-Wandbausteine für tragende und nichttragende Wände eingesetzt werden.

Das geringe Eigengewicht erspart Kosten im Gründungsbereich.

Im Sektor Landwirtschaft bringt der Einsatz von SILTON gute Ergebnisse bei der Errichtung von warmen Stallbauten; aber auch für Bergeräume und andere landwirtschaftliche Zweckbauten ist SILTON einsetzbar.

Im Wohnungsbau kann SILTON für Innenwandsysteme als Wandbausteine mit geringen Dicken (min. 70 mm) oder als geschoßhohe Innenwandplatten verwendet werden.

Gegenwärtig wird an vielen Stellen auch der Einsatz als Außenwand im fünfgeschossigen Wohnungsbau vorbereitet.

Hier sind die Erfahrungen des Bezirkes Schwerin bei der Errichtung von Wohnungsbauten mit Gasbeton aus Parchim sinnvoll zu nutzen.

Nicht nur der Wohnungsbau, sondern auch die Rekonstruktion der Altbausubstanz steht im Vordergrund. SILTON-Wandbausteine helfen hier, ohne große Veränderungen der Deckensysteme moderne Raumaufteilungen zu schaffen.

Auch beim Bau von Kindereinrichtungen, Schulen, Verkaufseinrichtungen und anderen Zweckbauten kann SILTON als Wandbauplatten oder Wandbausteine – je nach den vorhandenen Baukapazitäten – sinnvoll und kostengünstig eingesetzt werden.

Verladung von paketierten SILTON-Platten



Die Anwendung von SILTON-Produkten beschränkt sich nicht nur auf Wandkonstruktionen. Mit diesem Baustoff steht ein ausgezeichnetes Dämmaterial für Decken-, Wand- und Fußbodenisolierungen zur Verfügung.

Wärmedämmung und Hitzebeständigkeit von SILTON (700–800 °C) führen zum Einsatz in der Feuerfest-Industrie. SILTON hilft hier, teure Importrohstoffe einzusparen.

Um die Eigenschaften von SILTON voll in einem Gebäude nutzen zu können, wird gegenwärtig die Produktion von SILTON-Dachplatten in den Systemlängen 3000 mm und 6000 mm vorbereitet. Diese Dachplatten stehen ab 1972 zur Verfügung.

Die Montage von SILTON-Wandplatten kann an Skeletten aus Stahlbeton oder Stahlleichtbau erfolgen.

Das für die Montage notwendige Befestigungs- und Fugenmaterial wird vom Werk mitgeliefert. Für die Ausbildung der Lagerfugen (2 bis 3 mm) wird eine speziell für SILTON entwickelte Verbundmasse angeboten. Der Materialbedarf beträgt pro m² Fugenfläche bei einer Fugenstärke von 2 mm 5 bis 7 kg Trockenmischgut.

Entstehen während des Transportes und der Montage Beschädigungen an den Wandplatten, können diese mit einer für SILTON entwickelten Reparaturmasse ausgebessert werden.

Nach erfolgter Montage ist eine Oberflächenbehandlung der Fassade erforderlich. Neben traditionellem Außenputz kann auch Plastputz verwendet werden. Für diese Plastputzbeschichtung wird Ilmantin-Plastputz empfohlen.

Die Innenwandflächen können mit einem Anstrich versehen werden. Die Maßhaltigkeit von SILTON-Wandplatten erfordert kein vorheriges Putzen. Wandbausteine werden mit herkömmlichem Mörtel oder mit der gleichen Verbundmasse wie die Wandplatten verarbeitet. Bei der Verwendung von Innenwandsteinen mit einer Dicke von 70 mm ist generell Verbundmasse anzuwenden.

SILTON-Wandbausteine können für alle Innen- und Außenwände eingesetzt werden. Bei tragenden Außenwänden ist die Geschoßhöhe bei fünf Geschossen auf 3300 mm begrenzt.

Tragende Wände müssen 240 mm dick und nichttragende Wände 70 mm dick ausgeführt werden.

Tragende Einzelpfeiler sind nicht ausführbar. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für Fenster- und Türpfeiler, die ohne Anschläge eine Breite von 600 mm aufweisen.

SILTON-Wandbausteine dürfen ab 300 mm über OKG eingebaut werden.

Für Räume, in denen ständig rund 70 Prozent relative Luftfeuchtigkeit bis 20 °C vorhanden sind, und Naßräume ist SILTON nicht geeignet. Diese Bedingungen treffen jedoch nicht bei Küchen und Bädern im Wohnungsbau zu. Gegenstände der häuslichen Sanitärtechnik und Heizkörper sind mind. 120 mm tief in Zementmörtel einzulassen.

Für die Behandlung der Außenwandoberflächen gilt gleiches wie bei den Wandplatten.

Die Innenflächen brauchen bei sorgfältiger Ausführung keine Putzbehandlung. Abschleifen von geringen Unebenheiten ist ohne große Mühe möglich.

Innenwände können sofort tapeziert oder mit einem Farbanstrich versehen werden.

Die Technologie der Produktion von SILTON legt die Grundtechnologie für den Transport von Wandplatten und Wandbausteinen fest.

SILTON-Wandplatten werden in Paketen zu je 3 oder 4 Stück jeder Plattenposition geliefert. Das Gewicht eines Paketes mit 4 Wandplatten der Abmessungen 6000 × 600 × 240 beträgt 2,88 t.

Der Umschlag erfolgt mit speziellen Anschlagmitteln. Der Transport wird je nach Lieferentfernung mit LKW oder Eisenbahnwaggon durchgeführt.

Wandplatten werden in gleitender Verladeweise auf Unterlagskonstruktionen zweilagig in O-Waggons verladen. Beim LKW-Transport erfolgt eine Verladung auf Kanthölzern mit mind. Abmessungen von 50 mm × 50 mm.

Verbundmasse wird in Plastsäcken mit je 35 kg Inhalt geliefert.

Die Lagerung auf der Baustelle hat auf ebenen Flächen zu erfolgen. Niederschläge müssen schnell abgeleitet werden können. Die Platten sind in mehreren Lagen übereinander einzustapeln. Jedes Plattenpaket ist auf zwei Lagerhölzer abzusetzen. Die unterste Lage ist auf Kanthölzern oder Lagerschwellen abzusetzen. Lagerhölzer im Stapel müssen senkrecht übereinander liegen.

Werden SILTON-Pakete mit Seilschlupf umgeschlagen, muß stets ein Kantenschutz unter den Seilen verwendet werden.

SILTON-Wandbausteine werden ebenfalls in Paketen geliefert. Alle Größen (siehe Tabelle) werden in einer Paketgröße mit den Abmessungen 1500 × 960 × 600 mm geliefert. Wandsteinpakete sind auf ebenen Flächen ohne Zwischenlagen zu stapeln; sie können zwei bis drei Lagen übereinander gelagert werden.

Abmessungen — Wandbausteine (Maße in mm)

Länge	Höhe	Dicke	Länge	Höhe	Dicke
600	240	200	600	240	120
300	240	200	600	240	100
600	240	150	600	240	70

SILTON-Wandplatten werden nach den Katalogen für die Anwendung von Gasbeton im Industrie- und Landwirtschaftsbau produziert.

Für den eingeschossigen Industriebau werden Wandplatten in den Systemlängen von 6000 mm und einer Wanddicke von 200 mm als Hauptsortiment nach dem Katalog TBE-AK 69–7 gefertigt.

Die Projektierung von Gebäuden mit SILTON-Fassaden erfolgt nach dem Katalog TBE-PK 69–8.

Die öffnungsbildenden Elemente werden nach den Katalogen TBE PK/AK 69–9 und TBE PK/AK 69–10 projektiert und ausgeführt. Neben dem Hauptsortiment sind in diesen Katalogen alle Elemente für die Ausführung kompletter Fassaden enthalten. Bereits jetzt gibt es eine Reihe von Ergänzungen zu diesen Katalogen.

Das in diesen Katalogen angegebene Material zur Befestigung gehört bis auf einige Sonderausführungen von Bewegungsfugen zum Lieferumfang.

Eine Bestellung von SILTON-Wänden muß enthalten:

- Position der Elemente nach TBE AK 69–7,
- Position der Befestigungstelle und Fugenmaterial nach TBE AK 69–8,
- Position der öffnungsbildenden Elemente nach TBE AK 69–9 und TBE AK 69–10.
- Menge der benötigten Verbundmasse,
- Menge des benötigten Ilmantin-Plastputzes.

Für die Anwendung im Landwirtschaftsbau werden entsprechend der Information 70–1 des VEB Landbauprojekt Potsdam, Wandplatten mit Systemlänge bis 6000 mm und einer Wanddicke von 240 mm geliefert.

Die Produktion von SILTON-Wandbausteinen ist den vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten angepaßt.

Reichen die in der Tabelle angeführten Abmessungen nicht aus, um bestimmte Wandkonstruktionen auszuführen, kann mit dem Hersteller die Produktion anderer Abmessungen unter Beachtung der Produktionstechnologie vereinbart werden.

Gassilikatbeton kann über den VEB Baustoffversorgung des jeweiligen Bezirkes oder vom Hersteller direkt bezogen werden.

Bei der Projektierung und Ausführung von Bauwerken aus SILTON-Produkten sind folgende Informationen, Vorschriften und Richtlinien zu beachten.

- Vorschriften und Informationen zur Anwendung von autoklavgehärtetem Gasbeton
  Herausgeber: VEB Betonleichtbaukombinat, Betrieb Laußig.
- Vorläufige Richtlinie für Bauten in Montagebauweise mit bewehrten Elementen aus Gassilikatbeton – Projektierung und Ausführung –
  Herausgeber: VEB Betonleichtbaukombinat Institut für Stahlbeton
- Vorläufige Richtlinie für Mauerwerksbau aus Gassilikatbeton – Wandbausteine
  Herausgeber: VEB Betonleichtbaukombinat, Institut für Stahlbeton

TGL 21 098 Bl. 1 (Entwurf April 1971)
„Gasbeton – Technische Forderungen"
TGL 23 374, Bl. 3 (Entwurf April 1971)
„Außenwandplatten für den Skelettbau"
„Vollwandplatten aus Gasbeton"
Systemlänge bis 6000 mm
TGL 25 553 (Entwurf April 1971)
„Wandbausteine aus Gasbeton"
TGL 21 098, Bl. 2 (Entwurf April 1971)
„Gasbeton – Prüfungen"

Kurzfassung	Содержание

KB 610.1+301 DK 711.4:352/353

Anding; Rühle; Näther; Siegel; Urbanski; Grund; Seyfarth; Tattermusch; Hartmann

Städtebau und sozialistische Demokratie

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 4 bis 8

Auf eine Umfrage der Redaktion antworten Kommunalpolitiker und Stadtarchitekten. Die sozialistische Demokratie ermöglicht den Volksvertretungen und der Bevölkerung, aktiven Einfluß auf die Vorbereitung städtebaulicher Planungen zu nehmen. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Volksvertretungen, der Bevölkerung und den Städtebauern notwendig. Versammlungen, Ausstellungen, die Verteidigung von Projekten und die Information in der Presse haben sich dabei gut bewährt. Notwendig ist eine rechtzeitige Diskussion und eine für alle Bürger verständliche Darlegung der Planungsziele.

4

УДК 711.4:352/353

Anding; Rühle; Näther; Siegel; Urbanski; Grund; Seyfarth; Tattermusch; Hartmann

Градостроительство и социалистическая демократия

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 4 до 8

Деятели городского управления и городские архитекторы ответили на вопрос редакции. Социалистическая демократия открывает для народных представителей и населения возможности активного влияния на подготовку градостроительного планирования. Это требует тесного сотрудничества народных представителей, населения и градостроителей. Митинги, выставки, защита проектов и информация в прессе сдали хорошие результаты. В целях дальнейшего развития необходимо провести своевременную дискуссию и представить понятное всем гражданам разъяснение целей планирования.

KB 321.1 DK 711.435.004.69

Gräfe, H.; Grebin, R.

Neubukow – zur Nutzung baulicher Ressourcen im städtebaulichen Umgestaltungsprozeß

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 14 bis 18, 7 Abbildungen, 4 Lagepläne, 4 Grafiken

Auf der Grundlage einer datenverarbeitungsgerechten Methode für die Analyse städtischer Teilgebiete (nach Abmessung, Gebäudeart, Bauweise, Ausbaustufe, Bauzustand, Baualter und sanitärer Ausstattung der Gebäude) wird in der Kleinstadt Neubukow ein langfristiger Umgestaltungsprozeß konzipiert, der besonders durch die Einbeziehung der Altbausubstanz interessant ist. Die Umgestaltung erfolgt in drei Etappen.

14

УДК 711.433.004.69

Gräfe, H.; Grebin, R.

Нойбуков — о пользовании строительными ресурсами в градостроительном процессе преобразования

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 14 до 18, 7 илл., 4 плана расположения, 4 граф. изображ.

На основе годящегося к переработке данных метода анализа городских парциальных территорий (по димeнсии, виду здания, режиму строительства, степени достройки, состоянию, возрасту и санитарному оборудованию) для города Нойбукова концилируется долгосрочный процесс преобразования, представляющий интерес особенно при включении старых жилых фондов. Преобразование осуществляется в трех этапах.

KB 328 DK 711.65

Wessel, G.

Stadtsilhouetten

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 26 bis 34, 10 Lageskizzen, 6 Perspektiven, 4 Ansichten, 5 Abbildungen

Die Silhouette als Widerspiegelung der baulich-räumlichen Ordnung des Stadtgrundrisses gehört zu den eindrucksvollsten Bildern, die wir von Städten kennen. In historischen Städten waren gesellschaftlich bedeutende Gebäude wie Dom, Burg oder Rathaus durch Form und Größe als Dominanten in der Silhouette deutlich zu erkennen. Im Prozeß der Umgestaltung unserer Städte wird die Tendenz deutlich, daß nicht mehr das Einzelhaus, sondern ganze Gebäudestrukturen unterschiedlicher Funktion und Form die Stadt gliedern und sich neben historischen Gebäudestrukturen als neue Dominanten in der Stadt markieren.

26

УДК 711.65

Wessel, G.

Городские силуэты

дорче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 26 до 34, 10 эскизов расположения, 6 перспектив, 4 вида, 5 илл.

Силуэт как отражение архитектурно-пространственного порядка городского плана принадлежит к выразительным картинам городов. В исторических городах является возможным ясно узнавать общественно важные здания как, напр., собор, замок и ратушу как выдающиеся доминанты. В процессе преобразования наших городов показывается тенденция оформления городского облика не отдельным зданием, а целыми структурами зданий различных функций и форм, которые вместе с историческими комплексами выступают как новые доминанты города.

KB 323.3 DK 711.581:711.523

Vogler, M.

Die Planung von Wohnungsneubauten im Stadtzentrum Frankfurt (Oder)

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 34 bis 37, 1 Lageplan, 3 Perspektiven, 5 Abbildungen

Frankfurt (Oder), gesellschaftliches Zentrum des Oderbezirkes, mit einer sich bedeutend entwickelnden elektronischen Industrie, wird sein Stadtzentrum in Anbindung an den bisherigen Zentrumsabschnitt weiter ausbauen. Dafür wurde eine neue Planung ausgearbeitet, die insbesondere durch die Konzentration des vielgeschossigen Wohnungsbaus im zentralen Bereich im nächsten Zeitraum realisiert werden soll. Dabei wurde durch Nutzung der topographischen Gegebenheiten ein differenziertes erlebnisreiches Raumgefüge angestrebt. Vorgestellt wird ein neues Wohngebiet für etwa 10 000 EW, das mit einer geplanten Einwohnerdichte von 485 EW/ha direkt am Stadtzentrum gelegen ist und als Umgestaltungsgebiet, bei einem Abriß von 205 WE, günstige ökonomische Bedingungen bietet.

34

УДК 711.581:711.523

Vogler, M.

Планирование жилых новостроек в центре города Франкфурта на Одере

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 34 до 37, 1 план расположения, 3 перспективы, 5 илл.

Франкфурт на Одере, общественный центр одрового района, характеризован быстро развивающейся электронной промышленностью, будет дальше расширять центр города. С этой целью выработано новое планирование, осуществляемое прежде всего путем концентрации многоэтажного жилищного строительства в центральной области. При этом стремлятся к дифференцированной, богатой впечатлениями пространственной структуре, получаемой использованием топографических фактов. Представлена новая жилая область на ок. 10 000 жилых единиц — запланированной плотностью населения 485 житетей на гектар — которая расположена прямо у центра города. Она открывает благоприятные экономические условия при сносе 205 жилых единиц.

KB 77:5/6 DK 69:678.01

Hütter, A.

Perspektiven der Plastanwendung im Bauwesen

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 42 bis 47, 13 Abbildungen

Die Erreichung eines hohen Niveaus in der Materialökonomie macht den Einsatz moderner, effektiver Werkstoffe und Verfahren immer stärker erforderlich. In diesem Zusammenhang kommt dem Einsatz moderner Plastwerkstoffe große Bedeutung zu.

Dabei sind allerdings immer auch die mehr oder weniger eng gezogenen Grenzen des Einsatzes der Plaste zu beachten; die starke Abhängigkeit der mechanischen Eigenschaften von Temperatur und Zeitfaktor beispielsweise. Entsprechend den internationalen Tendenzen, wird sich bis 1980 auch in der DDR der Plasteinsatz in erster Linie auf den Ausbau erstrecken.

42

УДК 69:678.01

Hütter, A.

Перспективы применения пластматериалов в строительстве

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 42 до 47, 13 илл.

Стремление к достижению высокого уровня материальной экономии все больше требует применения современных, эффективных материалов и методов. В этой связи, пластмассовые материалы приобретают важное значение. Следует, однако, учесть более или менее узкие границы применения этих материалов как, напр., большую зависимость механических свойств от температуры и времени. В соответствии с международными тенденциями, применение пластмассовых материалов и в ГДР до 1980 г. будет распространяться прежде всего на внутреннюю отделку и оборудование зданий.

KB 301.3 DK 711.4:001.89

Schlesier, K.; Kluge, H.-J.; Henn, E.; Gräfe, H.; Clemens, G.; Geyer, G.; Michalk, H.; Beutel, M.; Röhr, F.; Hunger, J.; Bote, P.

Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, S. 49 bis 58, 5 Abbildungen

Auf der ersten Fachtagung der Arbeitsgruppe Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau des BdA der DDR in Halle wurden in Referaten und Diskussionsbeiträgen Fragen der weiteren Rationalisierung im Städtebau erörtert. Die Beiträge befassen sich unter anderem mit Problemen der Leitungstätigkeit, der Einführung der EDV in den Städtebau, der Optimierung von Stadtstrukturen, der Entwicklung eines Modells der Generalbebauungsplanung und der Einordnung von Ökonomie und Wissenschaftsorganisation in den Städtebau. Diskussionsbeiträge und Referate werden auszugsweise wiedergegeben.

49

УДК 721.4:001.89

Schlesier, K.; Kluge, H.-J.; Henn, E.; Gräfe, H.; Clemens, G.; Geyer, G.; Michalk, H.; Beutel, M.; Röhr, F.; Hunger, J.; Bote, P.

Научная организации работ в градостроительстве

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 1, стр. 49 до 58, 5 илл.

На проведенном Союзом архитекторов ГДР в г. Галле первом отраслевом совещании рабочей группы по научной организации работ в области градостроительства обсуждены в рефератах и дискуссиях вопросы дальнейшей рационализации в градостроительстве. Докладчики занимались, между прочим, проблемами руководящей деятельности, внедрения электронной переработки данных в градостроительстве, оптимизации городских структур, развития модели генерального планирования застройки и вопросами включения экономии и научной организации в градостроительство.

Summary

DK 711.4 : 352/353

Anding; Rühle; Näther; Siegel; Urbanski; Grund; Seyfarth; Tattermusch; Hartmann
City Design and Socialist Democracy 4
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 4–8

Local government officers, councillors, and city architects have responded to a public inquiry organised by the editors. Socialist democracy is the very basis on which realistic opportunities are provided to both elected representatives and the general public to take active influence upon preparing town planning schemes. Yet, close cooperation is needed between representatives, voters, and city designers to put these opportunities into practice. In this context, meetings, exhibitions, public defence of projects, and the press have proved to be efficient tools. What is needed are public discussion in advance and clear explanation of the planning targets to all citizens.

DK 711.435.004.69

Gräfe, H.; Grebin, R.
Neubukow – Use of Existing Building Stock in Urban Renewal 14
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 14–18, 7 figs., 4 layouts, 4 graphs

A long-term renewal scheme is being conceptualised for the small town of Neubukow on the basis of a data-processing-compatible method to analyse urban sub-areas (by dimensions, types of structures, construction methods, finishing stages, building condition and age, and existing sanitary equipment). Great advantage is taken of old building stock, one of the most interesting aspects of the scheme. Renewal will be carried out in three phases.

DK 711.65

Wessel, G.
Urban Skylines 26
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 26–34, 10 layout sketches, 6 perspectives, 4 views, 5 figs.

The skyline may be one of the strongest expressions of a city. It, usually, is a true reflection of the urban "floor plan" in terms of structures-and-spaces arrangement. The skylines of historic towns used to be clearly marked by important focus-type buildings, such as cathedral, castle or town hall. The process of urban renewal in this country is accompanied by a trend under which cities are no longer organised only by historic buildings or single buildings in general, but by complete clusters of different functions as a new kind of focus.

DK 711.581 : 711.023

Vogler, M.
Planning of New Housing in the Centre of Frankfurt (Oder) 34
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 34–37, 1 layout, 3 perspectives, 5 figs.

Frankfurt (Oder), social centre of the Oder region with its steadily growing electronic industry, will further expand its centre in harmony with its existing central area. Plans have been prepared to that end and will be implemented mainly by concentrating multistorey housing in the central area in the forthcoming period. Efforts are being made towards differentiated and eventful siting and space design by using the given topographic conditions. Introduced is a new housing area for about 10,000 dwellers to be completed next to the main centre, its population density being 485 dwellers per hectare. Favourable economic conditions are offered by this urban renewal area for which 205 old dwelling units have to be demolished.

DK 69 : 678.01

Hütter, A.
Use of Plastics in Building – Prospects 42
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 42–47, 13 figs.

The demand for high standards in materials economy is increasingly calling for the use of up-to-date and efficient materials and methods. In this context, great importance must be attributed to the use of modern plastics. However, there are, sometimes narrow, limitations to the use of plastics, including strong dependence of their mechanical properties on temperature and age, which should be borne in mind. Until 1980, the situation in the GDR will be equal to world-wide trends, in that plastics will be used primarily for indoor finishing.

DK 711.4 : 001.89

Schlesier, K.; Kluge, H.-J.; Henn, E.; Gräfe, H.; Clemens, G.; Geyer, G.; Michalk, H.; Beutel, M.; Röhr, F.; Hunger, J.; Bote, P.
Scientific Organisation of Work in City Design 49
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 1, pp. 49–58, 5 figs.

Problems related to further economisation in city design were covered in papers and discussions at the first meeting of the BdA (Association of GDR Architects) Working Group for Scientific Organisation of Work in City Design which took place in Halle. Management, introduction of electronic data processing to city design, optimisation of urban structures, elaboration of a model for general planning, as well as economy and science organisation in city design were some of the topics included in the contributions made to the meeting. Extracts are given of some discussions and papers.

Résumé

DK 711.4 : 352/353

Anding; Rühle; Näther; Siegel; Urbanski; Grund; Seyfarth; Tattermusch; Hartmann
Urbanisme et démocratie socialiste
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, p. 4–8

Les experts de la politique communale et les architectes des villes ont répondu à une enquête de notre rédaction. La démocratie socialiste permet aux représentants des habitants et à la population à exercer une influence active à la préparation des planifications urbaines. Cela exige une coopération étroite entre les représentants des habitants, la population et les urbanistes. Les assemblées, les expositions et la défense des projets de même que l'information dans la presse se sont bien approuvées pour ce but. Une discussion précoce et une explication compréhensible à tous les citoyens des objectifs du plan sont indispensables.

DK 711.435.004.69

Gräfe, H.; Grebin, R.
Neubukow – Sur l'utilisation des ressources de bâtiments dans le procès de la réstructuration urbaine
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, p. 14–18, 7 fig., 4 plans du site, 4 graphiques

Sur la base d'une méthode adaptée au traitement des données pour l'analyse des zones partielles urbaines (d'après les dimensions, le type des bâtiments, le degré de l'achèvement intérieur, la condition de la construction, l'âge du bâtiment et les installations sanitaires dans les bâtiments) un procès de réstructuration à long terme est prévu pour la petite ville de Neubukow. Un trait particulièrement intéressant de ce procès, qui se déroulera en trois phases, est l'intégration de la substance des bâtiments vieux.

DK 711.65

Wessel, G.
Silhouettes des villes
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, p. 26–34, 10 esqu. du site, 6 persp., 4 vues, 5 fig.

La silhouette comme réflexion de la structure spaciale des batiments du plan horizontal de la ville fait partie des images les plus impressionnants que nous connaissons des villes. Dans les villes historiques, la forme et la hauteur des bâtiments publics importants comme la cathédrale, le château ou l'hôtel de ville, détachaient ceux-ci clairement dans la silhouette. Dans le procès de la réorganisation de nos villes on observe la tendance, que ce n'est plus le bâtiment individuel, mais que ce sont plûtot des structures complexes avec des fonctions et formes différentes qui divisent la ville et se détachent comme nouveaux points culminants à côté des structures historiques.

DK 711.581 : 711.523

Vogler, M.
La planification des nouveaux bâtiments d'habitation à Francfort sur l'Oder
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, p. 34–37, 1 plan du site, 3 persp., 5 fig.

Francfort sur l'Oder, centre social de la région sur l'Oder, dont l'industrie importante électronique s'évolue, étendra son centre en s'inspirant de la partie du centre déjà existant. On a élaboré, pour ce but, une nouvelle planification, dont la réalisation est prévue à un futur proche, par la concentration des bâtiments d'habitation à étages dans la zone centrale. En profitant de la situation topographique, on essayait à composer une structure spaciale différenciée. La contribution se réfère à une nouvelle zone d'habitation pour 10 000 habitants environ, avec une densité planifiée de 485 habitants/hectare, directement liée au centre urbain et offrant, en tant que zone de réstructuration urbaine avec une démolition de 205 habitations, des conditions économiques favorables.

DK 69 : 678.01

Hütter, A.
Prévisions sur l'emploi des plastiques dans le bâtiment
deutsche architektur, Berlin 21 (1971 1, p. 42–47, 13 fig.

L'orientation à un niveau élevé de l'économie des matériaux exige de plus en plus l'emploi des matériaux et technologies modernes efficaces. Dans cet ordre d'idées l'emploi des matières plastiques modernes est très important. Il faut respecter, cependant, les restrictions plus ou moins rigides de l'emploi des plastiques, par exemple la dépendance très forte des propriétés mécaniques de la température et du facteur du temps. Conformément aux tendances internationales, les plastiques seront employés, dans la RDA jusqu'à 1980, principalement pour l'achèvement intérieur des bâtiments.

DK 711.4 : 001.89

Schlesier, K.; Kluge, H.-J.; Henn, E.; Gräfe, H.; Clemens, G.; Geyer, G.; Michalk, H.; Beutel, M.; Röhr, F.; Hunger, J.; Bote, P.
Organisation scientifique du travail dans l'urbanisme
deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 1, p. 49–58, 5 fig.

Dans les contributions et discussions à la première conférence spéciale du groupe du travail « organisation scientifique du travail dans l'urbanisme », groupe du travail de l'Union des Architectes de la région de Halle, les problèmes de la rationalisation en urbanisme furent traités. Les contributions se référaient entre autres aux problèmes de la surveillance des travaux, de l'introduction de la gestion électronique des données dans l'urbanisme, de l'optimation des structures urbaines, du développement d'un modèle des plans généraux et de l'intégration d'économie et d'organisation de la science avec l'urbanisme. Extraits des discussions et contributions.

deutsche architektur

JAHRESINHALTSVERZEICHNIS 1971
XX. JAHRGANG



Sachwortverzeichnis

Städtebau und Architektur

Gebiets- und Stadtplanung

Industrialisierung und Rationalisierung

Ökonomische Fragen im Bauwesen

Wohnungsbau und Wohngebiete

Bauten der Produktion

Gesellschaftliche Bauten

Rekonstruktion und Denkmalpflege

Planung und Projektierung

Aus sozialistischen Ländern

Diskussion

Umschau

Aus der Tätigkeit des Bundes der Architekten der DDR

Biographie

Bücher



Autorenverzeichnis

31409